



# Monatsbericht Juli 2016

68. Jahrgang  
Nr. 7

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0  
Durchwahlnummer 069 9566- . . . .  
und anschließend die gewünschte  
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)  
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:  
15. Juli 2016, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



## ■ Inhalt

■ <b>Kurzberichte</b> .....	5
Konjunkturlage .....	5
Öffentliche Finanzen .....	8
Wertpapiermärkte.....	10
Zahlungsbilanz .....	12
■ <b>Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise..</b>	15
<i>Überarbeitung des BLS-Fragebogens im Jahr 2015.....</i>	17
<i>Schätzung aggregierter Kreditangebotschocks für Deutschland unter</i> <i>Verwendung des BLS .....</i>	25
■ <b>Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen</b> <b>im Euro-Raum</b> .....	43
<i>Zu weiteren Vorschlägen für reformierte Anleihevertragsbedingungen.....</i>	52
<i>Skizze eines reformierten Verfahrens zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen</i> <i>im Euro-Raum.....</i>	59
■ <b>Abwicklung und Restrukturierung von Banken –</b> <b>Die neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL</b> .....	65

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion .....	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken .....	20•
Mindestreserven .....	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt .....	50•
Finanzierungsrechnung .....	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland .....	58•
Konjunkturlage in Deutschland .....	65•
Außenwirtschaft .....	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank .....	83*

## Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## ■ Kurzberichte

### ■ Konjunkturlage

#### Grundtendenzen

*Deutsche Wirtschaft legt im zweiten Quartal Verschnaufpause ein*

Die deutsche Wirtschaft dürfte nach dem starken Jahresbeginn im zweiten Vierteljahr 2016 voraussichtlich eine Verschnaufpause eingelegt haben und allenfalls geringfügig gewachsen sein. Die Industrieproduktion ist zuletzt hinter das hohe Niveau des ersten Quartals zurückgefallen. Dies gilt noch stärker für die Aktivität im Baugewerbe. Hier dürfte der Bauboom zu Jahresbeginn größtenteils auf die Produktion zurückzuführen sein, die aufgrund der milden Witterung vorgezogen wurde. Auch vom Einzelhandel kamen zuletzt keine Anstöße, was eine verhaltene Entwicklung beim privaten Verbrauch signalisieren könnte. Stabilisierend wirkt dagegen das recht positive Bild bei den Warenausfuhren. Die konjunkturelle Grundtendenz ist aber weiter recht kräftig, und für das Sommerquartal ist wieder mit einem deutlichen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung zu rechnen. Die treibenden Faktoren des binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwungs – die sehr gute Arbeitsmarktlage, steigende Reallöhne und eine expansive Finanzpolitik – sind nach wie vor intakt. Auch die anhaltend günstige Stimmung der Unternehmen und Haushalte spricht für einen lediglich temporären Dämpfer im zweiten Quartal. Die Auswirkungen des Ausgangs des Referendums zum Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union auf die deutsche Wirtschaft sind gegenwärtig schwer abzuschätzen, könnten zumindest kurzfristig aber begrenzt bleiben.

#### Industrie

*Rückgang der Industrieproduktion im Mai teilweise bedingt durch Brückentagseffekt*

Die industrielle Erzeugung in Deutschland ist im Mai gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt kräftig gesunken. Zu dem Rückgang um 1¾% dürfte beigetragen haben, dass in diesem Jahr im Mai ungewöhnlich viele Brückentage lagen.

Heraus stach vor allem die Automobilindustrie, die nach dem sehr kräftigen Zuwachs im Vormonat ihren Ausstoß wieder stark reduzierte. Im Mittel der Monate April und Mai lag die Industrieproduktion damit spürbar unter dem Stand des ersten Vierteljahres (– 1%). Ausschlaggebend hierfür war der Rückschlag bei den Herstellern von Investitionsgütern (– 1½%).

Die Auftragseingänge in der Industrie verharrten im Mai saisonbereinigt auf dem Niveau des Vormonats und unterschritten im Durchschnitt der Monate April und Mai den Stand des ersten Quartals spürbar. Ausschlaggebend für das Minus (– ½%) war ein ganz erheblicher Rückgang der Bestellungen aus Ländern außerhalb des Euro-Raums (– 5¼%), in denen vor allem die deutschen Maschinenbauer besonders herbe Einbußen in ihren Auftragsbüchern hinnehmen mussten (– 13½%). Aus diesen Ländern fehlten in erster Linie Großaufträge. Diese ausgenommen fiel der Rückgang in Drittstaaten deutlich geringer aus. Stabilisierend wirkte demgegenüber der Auftragszufluss aus dem Inland (+ 1¼%) und insbesondere die schwungvollen Nachfrageimpulse aus dem Euro-Raum (+ 4½%), wo Großaufträge für das gute Ergebnis maßgeblich waren. Insgesamt konnten lediglich die Hersteller der Vorleistungsgüter ein höheres Ordervolumen verbuchen (+ 2¾%).

*Auftragslage der Industrieunternehmen im Mai unverändert verhalten*

Die Umsätze in der Industrie sanken im Mai verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt um ¾%. Damit wurde auch im Durchschnitt der Monate April und Mai der Stand des ersten Vierteljahres leicht unterschritten (– ¼%). Einbußen waren vor allem im Inlandsgeschäft zu verzeichnen (– 1¼%). Dagegen gab es in der EWU (+ ¾%) und in Drittländern (+ ½%) ein Absatzplus. Insbesondere die Hersteller der Investitionsgüter konnten von der erstarkten Nachfrage im Euro-Raum profitieren. Die nominalen Warenausfuhren gingen im Mai gegenüber dem Vormonat zwar kräftig zurück (– 1¾%). Im Durchschnitt der Monate April und

*Umsatzeinbußen vor allem im Inland, Ausfuhren noch über Vorquartalsstand*

## Zur Wirtschaftslage in Deutschland <sup>\*)</sup>

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2015 3. Vj.	109,4	104,7	113,2	110,3
4. Vj.	110,1	105,9	113,4	121,5
2016 1. Vj.	111,0	105,0	115,8	129,3
März	112,6	105,5	118,3	128,3
Apr.	110,5	107,2	113,2	127,3
Mai	110,5	105,2	114,8	...
Produktion; 2010 = 100				
	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2015 3. Vj.	110,4	105,9	118,1	104,9
4. Vj.	110,0	106,1	117,5	106,5
2016 1. Vj.	112,3	107,6	120,6	110,2
März	111,2	106,9	118,8	108,7
Apr.	112,3	107,3	121,0	105,5
Mai	110,3	107,0	116,3	104,5
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2015 3. Vj.	299,28	238,97	60,31	69,08
4. Vj.	297,61	237,05	60,56	63,94
2016 1. Vj.	298,66	236,54	62,12	74,13
März	101,33	77,57	23,76	26,33
Apr.	101,41	77,34	24,07	26,48
Mai	99,54	77,38	22,16	23,36
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2015 4. Vj.	43 232	608	2 767	6,3
2016 1. Vj.	43 414	630	2 728	6,2
2. Vj.	...	647	2 697	6,1
Apr.	43 503	637	2 706	6,2
Mai	43 548	651	2 696	6,1
Juni	...	655	2 690	6,1
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise <sup>2)</sup>	Ver- braucher- preise
2015 4. Vj.	99,1	102,9	111,8	106,9
2016 1. Vj.	96,1	101,4	112,5	106,6
2. Vj.	...	...	113,1	107,3
Apr.	96,1	101,2	.	107,1
Mai	97,0	101,6	.	107,3
Juni	...	...	.	107,5

\* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. <sup>1</sup> Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. <sup>2</sup> Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Mai konnte allerdings dennoch ein deutlicher Zuwachs gegenüber dem ersten Quartal 2016 verbucht werden (+ 1%). In realer Rechnung ist das Plus bei den Warenausfuhren ähnlich groß ausgefallen, weil die Ausführpreise ihre Abwärtsbewegung am aktuellen Rand nicht fortsetzten, sondern leicht anstiegen. Die nominalen Wareneinfuhren verharrten im Mai auf dem Vormonatsstand. Im Mittel von April und Mai war jedoch gegenüber dem Vorquartal ein erhebliches Minus zu verzeichnen (- 2%), das in realer Rechnung noch leicht höher ausfiel (- 2 ¼%).

## Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe setzte im Mai die Abwärtsbewegung der letzten Monate fort und fiel saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat deutlich (- 1%). Zudem wurde der Aprilwert nach unten revidiert. Dies ging vor allem auf den Index des Ausbaugewerbes zurück, der deutlich revisionsanfälliger ist als derjenige des Bauhauptgewerbes. Im Durchschnitt der Monate April und Mai wurde das Vorquartalsniveau damit ganz erheblich unterschritten (- 4 ¾%). Die Abwärtsbewegung war breit gefächert: Kräftige Einbußen standen sowohl im Bauhaupt- (- 5 ¾%) als auch im Ausbaugewerbe (- 3 ¼%) zu Buche. Im Bauhauptgewerbe ging die Produktion im Hochbau (- 7%) stärker zurück als im Tiefbau (- 4%). Zu der negativen Entwicklung haben die sehr milden Temperaturen im vergangenen Winter beigetragen, die zu temporär höherer Produktion vor allem in den Monaten Februar und Dezember sowie zu einer Gegenbewegung am aktuellen Rande geführt haben. Die Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes unterschritten dagegen im April – bis dahin liegen die Daten vor – den sehr hohen Vorquartalsstand vergleichsweise wenig (- 1 ½%). Damit zeigt sich zunehmend deutlicher, dass die Produktion in diesem Bereich nicht mit den seit dem Herbst 2015 stark gestiegenen Auftragseingängen Schritt hält.

*Bauproduktion aufgrund der Witterungseffekte weiterhin im Minus*

## Arbeitsmarkt

*Kräftiger  
Beschäftigungs-  
anstieg setzt  
sich unvermin-  
dert fort*

Die Beschäftigung expandiert weiter gleichmäßig. Im Mai erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland in saisonbereinigter Berechnung um 45 000 gegenüber April, was dem durchschnittlichen Anstieg der drei Vormonate entspricht. Der Vorjahresabstand vergrößerte sich auf 559 000 Personen oder 1,3%. Dahinter steht in erster Linie die kräftige Zunahme sozialversicherungspflichtiger Stellen. Im April waren 681 000 beziehungsweise 2,2% mehr Stellen besetzt als im April 2015. Die Frühindikatoren lassen vermuten, dass sich der Aufbau der Beschäftigung in den nächsten Monaten in ähnlichem Tempo fortsetzen wird. Sowohl das ifo Beschäftigungsbarometer als auch das Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung des Instituts zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der BA-Stellenindex (BA-X) der Bundesagentur für Arbeit blieben ungefähr auf dem im Vormonat erreichten hohen Stand.

*Vermehrter  
Einsatz aktiver  
Arbeitsmarkt-  
politik; regis-  
trierte Arbeits-  
losigkeit weiter  
leicht gesunken*

Im Juni verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat leicht. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren 2,69 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Die zugehörige Quote betrug wie im Mai 6,1%. Verglichen mit dem Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 97 000 und die Quote um 0,3 Prozentpunkte. Der Rückgang in den letzten Monaten wurde jedoch durch die Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen getrieben. Dies steht insbesondere im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung von Flüchtlingen, die ansonsten arbeitslos gemeldet wären. Entsprechend ist der Umfang der gesamten Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) saisonbereinigt in den letzten Monaten spürbar gestiegen. In den nächsten Monaten dürfte dem Arbeitsmarktbarometer des IAB zufolge die registrierte Arbeitslosigkeit nicht weiter zurückgehen.

## Preise

Nachdem die Rohölnotierungen Anfang Juni ihre Aufwärtsbewegung zunächst weiter fortgesetzt hatten, gaben sie in der zweiten Monatshälfte in der Tendenz wieder etwas nach. Dennoch lagen die Notierungen im Monatsmittel um knapp 5% über denen des Vormonats. Der Vorjahresstand wurde aber weiterhin um ein Fünftel unterschritten. In der ersten Hälfte des Juli gingen die Rohölpreise weiter zurück. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei 48 US-\$. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten 2½ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten 4¾ US-\$.

*Aufwärtstendenz  
der Rohölnotie-  
rungen unter-  
brochen*

Die Einfuhr- und Erzeugerpreise sind im Mai saisonbereinigt merklich gestiegen. Energie verteuerte sich spürbar. Aber auch ohne Energie zogen die Preise deutlich an, nachdem sie in den Monaten zuvor rückläufig gewesen waren. Insgesamt verminderte sich der negative Vorjahresabstand bei den Einfuhren auf 5,5% und bei den gewerblichen Erzeugnissen auf 2,7%.

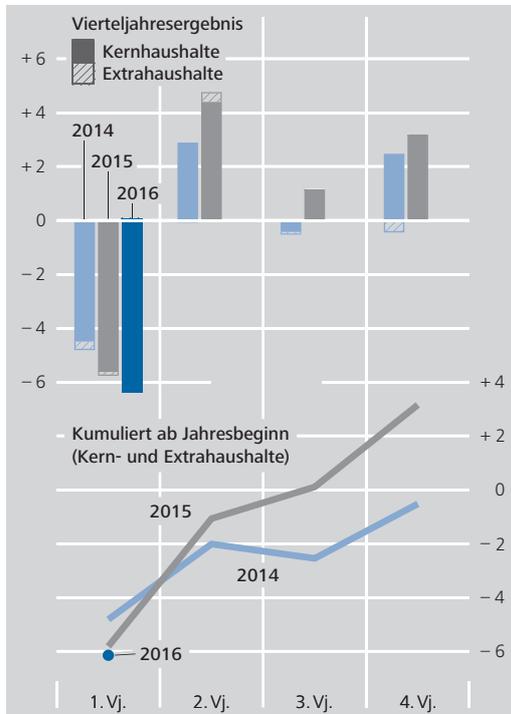
*Einfuhr- und  
Erzeugerpreise  
mit und ohne  
Energie  
gestiegen*

Auf der Verbraucherstufe stiegen die Preise im Juni um saisonbereinigt 0,2%. Wie im Monat zuvor war dies weitgehend auf höhere Energiepreise infolge der anziehenden Rohölnotierungen zurückzuführen. Die Preise für Nahrungsmittel insgesamt verharrten etwa auf dem Stand des Vormonats. Gewerbliche Waren wurden dagegen aufgrund ungewöhnlich kräftiger Preissenkungen für Bekleidung und Schuhe günstiger. Dienstleistungen verteuerten sich spürbar, was hauptsächlich an Reisedienstleistungen lag. Bei den Mieten setzte sich der moderate Anstieg fort. Die Vorjahresrate des nationalen Verbraucherpreisindex erhöhte sich auf + 0,3%. Beim harmonisierten Index waren es + 0,2%, nach 0,0% und – 0,3% in den beiden Monaten zuvor. Gemäß der aktuell an den Finanzmärkten erwarteten Entwicklung der Rohölpreise dürfte sich der langsame Anstieg der Rate in den kommenden Monaten fortsetzen.

*Verbraucher-  
preise vor allem  
wegen Energie  
gestiegen*

## Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt.  
 Deutsche Bundesbank

## Öffentliche Finanzen<sup>1)</sup>

### Kommunal финанzen

*Etwas höheres Defizit im ersten Quartal 2016 bei starkem Einnahmen- und Ausgabenplus*

Gemäß den jüngsten Kassenergebnissen<sup>2)</sup> verzeichneten die kommunalen Kern- und Extrahaushalte im ersten Quartal 2016 ein Defizit von 6 Mrd €. Sie verschlechterten sich damit aber nur leicht um knapp ½ Mrd € gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen legten kräftig um 6% (gut 2½ Mrd €) zu. Überdurchschnittlich stark wuchs das Steueraufkommen (+9% bzw. gut 1 Mrd €), wobei hier die Gewerbesteuer (+12%, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) ausschlaggebend war. Noch etwas deutlicher stiegen die laufenden Zuweisungen der Länder (+10½% bzw. 2 Mrd €). Neben höheren Leistungserstattungen und Zweckzuweisungen – nicht zuletzt zur Kompensation von flüchtlingsbedingten Aufwendungen – trugen auch die grundsätzlich an die Entwicklung der Ländersteuereinnahmen gekop-

pelten Schlüsselzuweisungen hierzu bei. Die Ausgaben wuchsen ähnlich stark wie die Einnahmen (+6% bzw. 3 Mrd €). Wie schon in den Vorquartalen lagen die Schwerpunkte des Anstiegs beim laufenden Sachaufwand (+7%) und den Sozialleistungen (+8½%). Bei Letzteren schlug sich insbesondere die Versorgung der Flüchtlinge in einem nochmals verstärkten Zuwachs der Leistungen für Asylbewerber (+148% bzw. 1 Mrd €) und in geringerem Umfang auch bei der Jugendhilfe (+21½% bzw. ½ Mrd €) nieder, die auch Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge umfasst. Demgegenüber waren die Unterkunftskosten für die Arbeitslosengeld II-Empfänger stark rückläufig (-10½%). Während die Personalausgaben vor dem Hintergrund des Ende Februar ausgelaufenen Tarifvertrags und vor dem Inkrafttreten der jüngst vereinbarten nächsten Anhebung nur moderat zulegten (+2½%), wurde für die Sachinvestitionen ein starkes Wachstum gemeldet (+10½%).

Auch für das Gesamtjahr 2016 ist mit einer Verschlechterung der Gemeindefinanzen zu rechnen (3 Mrd € Überschuss im Jahr 2015). Zwar dürfte der jüngste relativ moderate Tarifabschluss (+2½% jeweils im Jahresdurchschnitt 2016 und 2017)<sup>3)</sup> die Zuwachsraten der Personalausgaben eher stabilisieren. Deutlich belastend wirkt aber die erwartete Abschwächung bei den kommunalen Steuereinnahmen (+1% einschl. Stadtstaaten gemäß Steuerschätzung vom Mai 2016), die nicht zuletzt mit ausstehenden Rückzahlungen nach Gerichtsurteilen zusammenhängt. Gleichzeitig dürfte die starke – durch Landeszuweisungen offenbar nicht voll-

*Nach Sonderlasten im laufenden Jahr ...*

<sup>1</sup> In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal umfassend dargestellt. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

<sup>2</sup> Für die Verschuldung der Gemeindehaushalte veröffentlichte das Statistische Bundesamt aufgrund einer Änderung in der Erhebungsmethodik keine Angaben für das erste Quartal 2016.

<sup>3</sup> Dieser umfasst auch Vereinbarungen zur Zusatzversorgung und zu einer neuen Entgeltordnung ab 2017, die zusätzlich ausgabensteigernd wirken.

ständig ausgeglichene – Ausgabendynamik im Zusammenhang mit der Versorgung von Asylbewerbenden im Jahresverlauf noch anhalten, und die Investitionen könnten weiter deutlich anziehen.

... bessere  
 Perspektiven  
 ab 2017

Schon für das nächste Jahr scheint aber wieder eine Besserung der Finanzlage angelegt. So stellt die jüngste Steuerschätzung einen deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen in Aussicht, der auch mit dem Wegfall der Belastungen durch Steuerrückzahlungen und mit der bereits beschlossenen weiteren Aufstockung der kommunalen Mittel aus dem Umsatzsteueraufkommen zulasten des Bundes um 1 Mrd € zusammenhängt. Die Aufwendungen für Asylbewerberleistungen müssten bei anhaltend begrenzter Zuwanderung wieder zurückgehen.<sup>4)</sup> Daneben war für 2017 bereits eine einmalige Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Arbeitsuchende im Umfang von ½ Mrd € verabschiedet worden. Bezüglich der im Koalitionsvertrag vorgesehenen dauerhaften Entlastung der Kommunen ab 2018 wurde nunmehr vereinbart, 1 Mrd € für Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderung über die Länder an die Kommunen weiterzuleiten, den Kommunen 2 ½ Mrd € aus dem Bundesanteil am Umsatzsteueraufkommen zu überlassen und die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitsuchende um 1 ½ Mrd € zu erhöhen. Mit diesen Mitteln würden die Kommunen gegenüber dem Stand 2017 angesichts der auslaufenden Maßnahmen zusätzlich um 2 ½ Mrd € entlastet. Damit sollte neben den gewünschten höheren Investitionen auch eine weitere spürbare Verbesserung der Finanzlage möglich sein.

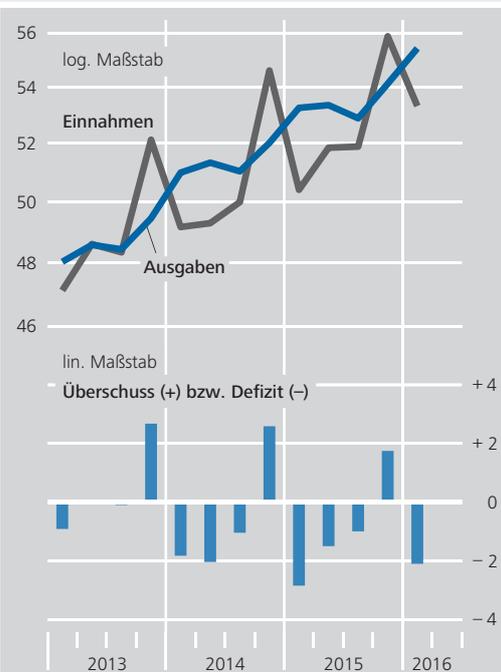
## Gesetzliche Krankenversicherung

Gesetzliche Krankenversicherung mit saisonüblichem Defizit zu Jahresbeginn

Im ersten Quartal 2016 verzeichnete die gesetzliche Krankenversicherung nach vorläufigen Angaben ein Defizit von 2 Mrd €. Das Ergebnis fiel gegenüber dem Vorjahr damit um gut ½ Mrd € günstiger aus. Die Verbesserung geht im

### Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung<sup>\*)</sup>

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. \* Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.  
 Deutsche Bundesbank

Wesentlichen auf die Krankenkassen zurück, die einen Überschuss von ½ Mrd € erzielten. Der Gesundheitsfonds verzeichnete ein nahezu unverändertes (saisonübliches) Defizit von 2 ½ Mrd €.

Die Einnahmen der Krankenkassen wuchsen auch aufgrund der zu Jahresbeginn um 0,25 Prozentpunkte auf durchschnittlich 1,08% gestiegenen Zusatzbeitragsätze mit gut 5% stärker<sup>5)</sup> als die Ausgaben mit 4%. Die Leistungsausgaben der Krankenkassen stiegen um ebenfalls 4%. Unterdurchschnittlich entwickelten sich vor allem die Aufwendungen für Krankenhausbehandlungen (+3%), welche den größten

Krankenkassen mit anhaltendem Ausgabenanstieg, aber auch Mehreinnahmen aus höheren Zusatzbeiträgen

4 Die Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge werden nach der jüngsten Vereinbarung schon ab 2016 vollständig vom Bund übernommen. Damit sollen erwartete Belastungen von ½ Mrd € im laufenden, 1 Mrd € im nächsten und 1 ½ Mrd € im übernächsten Jahr aufgefangen werden.

5 Die Einnahmen bestehen vor allem aus den Zuweisungen des Gesundheitsfonds. Der Gesundheitsfonds zieht auch die kassenindividuellen Zusatzbeiträge ein und leitet sie an die einzelnen Kassen weiter. Dabei gleicht er die Effekte von Einkommensunterschieden zwischen ihren Mitgliedern aus.

Ausgabenblock der Krankenkassen bilden. Dies ist allerdings insbesondere auf einen Sonder-effekt durch eine Buchungsumstellung zurück-zuführen. Für das Gesamtjahr ist infolge der Mehrausgaben durch das Krankenhausstruktur-gesetz eine Beschleunigung angelegt. Die Auf-wendungen für das Krankengeld, die in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen waren, blieben nun nahezu konstant. Im Arzneimittelbereich verlangsamten sich die Zuwächse etwas und entsprachen mit 4% dem der Leistungsaus-gaben insgesamt. Während hier im Vorjahr auch neue Behandlungsmethoden eine Rolle spielten, wirken im laufenden Jahr Rabattver- einbarungen der Kassen mit der pharmazeu- tischen Industrie stärker kostendämpfend. Da- gegen stiegen die Ausgaben für Heil- und Hilfs- mittel mit 6½%, aber auch die Kosten für am- bulante Behandlungen mit 4½% überdurch- schnittlich.

*Gesundheits-  
fonds mit  
kräftigem  
Einnahmen-  
zuwachs*

Der Einnahmewachstums beim Gesundheits- fonds fiel im ersten Quartal mit 6% kräftig aus. Dabei stiegen die Beitragseinnahmen um gut 5%. Dahinter stand neben den höheren Zusatz- beitragsätzen auch die anhaltend günstige Ent- gelt- und Beschäftigungsentwicklung. So stie- gen die Beiträge der Beschäftigten ohne Ber- ecksichtigung der Satzerhöhung um 4½%. Die Beiträge auf Renten nahmen mit 3% hingegen unterdurchschnittlich zu, da die Zusatzbeitrags- sätze für Rentnerinnen und Rentner erst im März 2016 erhöht wurden<sup>6)</sup> und die Renten schwächer wuchsen als die beitragspflichtigen Entgelte der Erwerbstätigen. Bei den übrigen Einnahmen wirkte sich die planmäßige Anhe- bung des (in den Vorjahren gekürzten) Bundes- zuschusses um ½ Mrd € positiv aus.

*Steigende Aus-  
gabendynamik  
im laufenden  
Jahr erwartet*

Im Gesamtjahr 2016 ist für den Gesundheits- fonds mit der Rückkehr zum regulären Bundes- zuschussniveau von 14 Mrd € ein etwa aus- gegleichenes Ergebnis angelegt.<sup>7)</sup> Bei den Kran- kenkassen dürfte sich das Ausgabenwachstum beschleunigen. So hat zu Jahresbeginn noch die angesprochene Buchungsumstellung bei Kran- kenhausbehandlungen den Anstieg gedrückt. Zudem sind die beschlossenen Leistungsauswei-

tungen unter anderem in der ambulanten Ver- sorgung und im Krankenhausbereich bislang nur teilweise umgesetzt und werden erst im weiteren Jahresverlauf finanzwirksam. Alles in allem erscheint auch für die Krankenkassen im Gesamtjahr ein in etwa ausgeglichenes Ergeb- nis möglich.

## ■ Wertpapiermärkte

### Rentenmarkt

Im Mai 2016 lag das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 113,1 Mrd € nur leicht unter dem Wert des Vormonats (118,7 Mrd €). Nach Abzug der deutlich niedrigeren Tilgungen und unter Ber- ecksichtigung der Eigenbestandsveränderun- gen der Emittenten wurden inländische Schuld- verschreibungen für netto 29,7 Mrd € begeben. Ausländische Schuldverschreibungen wurden im Berichtsmonat für netto 5,2 Mrd € am deut- schen Markt abgesetzt, sodass der Umlauf von Schuldtiteln in Deutschland insgesamt um 34,9 Mrd € zunahm.

*Hoher Netto-  
absatz am  
deutschen  
Rentenmarkt*

Die öffentliche Hand begab im Mai Schuldver- schreibungen in Höhe von netto 17,0 Mrd € (nach Tilgungen in Höhe von 12,7 Mrd € im April). Im Ergebnis emittierte vor allem der Bund neue Wertpapiere (19,5 Mrd €), und zwar hauptsächlich zehnjährige Bundesanleihen (5,0 Mrd €), zweijährige Bundesschatzanweisungen (4,7 Mrd €), fünfjährige Bundesobligationen (4,0 Mrd €) und unverzinsliche Bubills (3,0 Mrd €). Die Länder tilgten dagegen im Ergebnis eigene Anleihen für 2,6 Mrd €.

*Gestiegene  
Kapitalmarkt-  
verschuldung  
der öffentlichen  
Hand*

Heimische Kreditinstitute erhöhten im Mai ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 8,7 Mrd €,

<sup>6)</sup> Gemäß § 247 SGB V. Bei der Berechnung der Zuweisun- gen an die Krankenkassen wurde diese Verzögerung, die im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen allerdings auch nur von geringer Bedeutung ist, nicht berücksichtigt.

<sup>7)</sup> Im Jahr 2015 wurden die Mindereinnahmen gegenüber dem regulären Bundeszuschuss von 2½ Mrd € aus den Rücklagen des Gesundheitsfonds finanziert, was mit einem entsprechenden Defizit verbunden war.

*Nettoabsatz von  
 Bankschuldver-  
 schreibungen*

nach 7,2 Mrd € im April. Dabei stieg vor allem der Umlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (9,0 Mrd €), zu denen beispielsweise öffentliche Förderbanken zählen, aber auch von flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen (1,7 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Hypothekendarlehen sowie von Öffentlichen Pfandbriefen (1,2 Mrd € bzw. 0,7 Mrd €) gegenüber.

*Kapitalmarkt-  
 verschuldung  
 der Unterneh-  
 men gestiegen*

Inländische Unternehmen begaben im Berichtsmontat Anleihen für per saldo 4,0 Mrd €, im Vergleich zu Nettoemissionen von 2,0 Mrd € im Vormonat. Die Emissionen waren im Ergebnis überwiegend auf nichtfinanzielle Unternehmen zurückzuführen (2,8 Mrd €). Möglicherweise hat die im März beschlossene Erweiterung der Ankaufprogramme des Eurosystems um Wertpapiere des Unternehmenssektors bereits im Vorfeld der Käufe zu einer erhöhten Emissionstätigkeit inländischer Unternehmen geführt.

*Erwerb von  
 Schuldver-  
 schreibungen*

Auf der Erwerberseite trat im Mai vor allem die Bundesbank als Käufer auf (18,1 Mrd €). Dabei spielte der Erwerb von Anleihen im Rahmen der Wertpapierankaufprogramme die entscheidende Rolle. Auch ausländische Investoren erweiterten ihr Rentenportfolio deutlich um deutsche Werte, und zwar um netto 17,6 Mrd €. Inländische Nichtbanken nahmen für netto 5,2 Mrd € zinstragende Papiere in ihre Depots; sie erwarben im Ergebnis ausschließlich ausländische Schuldverschreibungen (6,5 Mrd €). Hingegen veräußerten hiesige Kreditinstitute Schuldverschreibungen für netto 6,1 Mrd €, und zwar vor allem inländische Titel öffentlicher Emittenten.

## Aktienmarkt

*Kaum Netto-  
 emissionen  
 am deutschen  
 Aktienmarkt*

Am deutschen Aktienmarkt wurden im Berichtsmontat neue Aktien von inländischen Gesellschaften für netto 0,3 Mrd € begeben. Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt stieg im gleichen Zeitraum um 5,5 Mrd €. Erworben wurden Aktien per saldo vor allem von inländischen Nichtbanken (4,3

## Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2015		2016	
	Mai	April	April	Mai
<b>Absatz</b>				
Inländische Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	- 0,5	- 3,5		29,7
darunter:				
Bankschuldverschreibungen	- 13,6	7,2		8,7
Anleihen der öffentlichen Hand	12,0	- 12,7		17,0
Ausländische Schuldverschreibungen <sup>2)</sup>	1,2	16,0		5,2
<b>Erwerb</b>				
Inländer	7,9	34,5		17,2
Kreditinstitute <sup>3)</sup>	- 9,5	- 5,1		- 6,1
Deutsche Bundesbank	13,3	15,8		18,1
Übrige Sektoren <sup>4)</sup>	4,1	23,8		5,2
darunter:				
inländische Schuldverschreibungen	3,8	3,4		- 1,3
Ausländer <sup>2)</sup>	- 7,2	- 22,0		17,6
<b>Absatz bzw. Erwerb insgesamt</b>	<b>0,7</b>	<b>12,6</b>		<b>34,9</b>

<sup>1</sup> Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. <sup>2</sup> Transaktionswerte. <sup>3</sup> Buchwerte, statistisch bereinigt. <sup>4</sup> Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Mrd €), aber auch von heimischen Kreditinstituten (2,8 Mrd €). Dem standen Nettoverkäufe der ausländischen Investoren in Höhe von 1,4 Mrd € gegenüber.

## Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Mai per saldo Mittelzuflüsse in Höhe von 11,3 Mrd € (April: 6,7 Mrd €). Hiervon profitierten Publikumsfonds und die institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds nahezu gleichermaßen. Von den Fondsanbietern verkauften vor allem Gemischte Wertpapierfonds und Offene Immobilienfonds neue Anteilscheine (4,8 Mrd € bzw. 3,8 Mrd €), aber auch Rentenfonds platzierten neue Anteile am Markt (1,4 Mrd €). Der Umlauf der in Deutschland vertriebenen ausländischen Fondsanteile nahm im Berichtsmontat um 1,5 Mrd € zu. Erworben wurden Investmentanteile im Mai vor allem von inländischen Nichtbanken (11,7 Mrd €). Dabei

*Deutsche  
 Investmentfonds  
 verzeichnen  
 Mittelzuflüsse*

## Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2015		2016	
	Mai <sup>1)</sup>	Apr.	Apr.	Mai <sup>1)</sup>
I. Leistungsbilanz	+ 11,7	+ 28,4	+ 28,4	+ 17,5
1. Warenhandel <sup>1)</sup>	+ 21,5	+ 27,7	+ 27,7	+ 23,3
Ausfuhr (fob)	94,9	103,2	103,2	96,4
Einfuhr (fob)	73,4	75,6	75,6	73,1
nachrichtlich:				
Außenhandel <sup>2)</sup>	+ 19,4	+ 25,7	+ 25,7	+ 21,0
Ausfuhr (fob)	95,7	104,3	104,3	97,2
Einfuhr (cif)	76,3	78,6	78,6	76,2
2. Dienstleistungen <sup>3)</sup>	- 2,0	- 0,8	- 0,8	- 1,8
Einnahmen	18,8	19,3	19,3	20,0
Ausgaben	20,8	20,2	20,2	21,9
3. Primäreinkommen	- 5,8	+ 3,2	+ 3,2	- 3,4
Einnahmen	16,7	15,9	15,9	16,5
Ausgaben	22,6	12,6	12,6	19,9
4. Sekundäreinkommen	- 2,0	- 1,7	- 1,7	- 0,6
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,2
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 17,5	+ 36,3	+ 36,3	+ 4,3
1. Direktinvestition	- 6,1	- 5,0	- 5,0	- 3,9
Inländische Anlagen im Ausland	+ 2,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,8
Ausländische Anlagen im Inland	+ 8,7	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,7
2. Wertpapieranlagen	+ 16,2	+ 46,6	+ 46,6	- 5,6
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 10,9	+ 21,3	+ 21,3	+ 10,8
Aktien <sup>4)</sup>	+ 5,2	- 0,9	- 0,9	+ 4,1
Investmentfondsanteile <sup>5)</sup>	+ 4,6	+ 6,2	+ 6,2	+ 1,5
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>6)</sup>	+ 4,1	+ 15,6	+ 15,6	+ 8,2
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>7)</sup>	- 2,9	+ 0,4	+ 0,4	- 3,0
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 5,3	- 25,3	- 25,3	+ 16,4
Aktien <sup>4)</sup>	+ 1,9	- 1,8	- 1,8	- 1,4
Investmentfondsanteile	0,0	- 1,6	- 1,6	+ 0,2
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>6)</sup>	- 6,6	- 27,3	- 27,3	+ 15,8
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>7)</sup>	- 0,6	+ 5,4	+ 5,4	+ 1,8
3. Finanzderivate <sup>8)</sup>	+ 1,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,2
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>9)</sup>	+ 6,5	- 8,5	- 8,5	+ 11,8
Monetäre Finanzinstitute <sup>10)</sup>	+ 4,6	- 28,4	- 28,4	- 15,1
darunter: kurzfristig	+ 3,2	- 31,0	- 31,0	- 22,9
Unternehmen und Privatpersonen <sup>11)</sup>	+ 6,6	+ 11,2	+ 11,2	- 0,3
Staat	+ 1,6	- 3,2	- 3,2	+ 4,6
Bundesbank	- 6,3	+ 11,9	+ 11,9	+ 22,6
5. Währungsreserven <sup>12)</sup>	- 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen <sup>13)</sup>	+ 5,3	+ 6,7	+ 6,7	- 13,4

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine. 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

handelte es sich im Ergebnis überwiegend um inländische Papiere. Heimische Kreditinstitute und ausländische Investoren erwarben Anteilsscheine für 0,9 Mrd € beziehungsweise 0,2 Mrd €.

## Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Mai 2016 einen Überschuss von 17,5 Mrd €. Das Ergebnis lag um 10,8 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter stand eine deutliche Verschlechterung sowohl beim Überschuss im Warenhandel als auch beim Saldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen.

*Leistungsbilanz-überschuss kräftig zurückgegangen*

Der Überschuss im Warenhandel sank im Vormonatsvergleich um 4,4 Mrd € auf 23,3 Mrd € im Mai, da sich die Warenexporte stärker als die Warenimporte verminderten.

*Aktivsaldo im Warenhandel deutlich gesunken*

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen stand im Mai ein Passivsaldo von 5,8 Mrd € zu Buche, nach einem Aktivsaldo von 0,7 Mrd € im April. Ausschlaggebend für den Rückgang war der Umschwung in der Bilanz der Primäreinkommen von Nettoeinnahmen in Höhe von 3,2 Mrd € zu Nettoausgaben von 3,4 Mrd €. Dahinter stand im Wesentlichen die Zunahme der Dividendenzahlungen an Gebietsfremde. Zudem stieg das Defizit in der Dienstleistungsbilanz um 1,0 Mrd € auf 1,8 Mrd €, vor allem wegen höherer Reiseverkehrs Ausgaben. Dagegen verringerte sich der Minussaldo bei den Sekundäreinkommen um 1,1 Mrd € auf 0,6 Mrd €, wobei insbesondere höhere Einnahmen des Staates von Gebietsfremden aus laufenden Steuern auf Einkommen und Vermögen eine Rolle spielten.

*Saldo bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen stark verschlechtert*

Im Mai waren die Transaktionen an den internationalen Finanzmärkten von wechselnden Erwartungen über die Geldpolitik geprägt. Diese resultierten im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands in Netto-Kapi-

*Im Wertpapierverkehr folgen Netto-Kapitalimporte auf Netto-Kapitalexporte*

talimporten (5,6 Mrd €), nachdem im April noch hohe Kapitalabflüsse zu beobachten gewesen waren (netto 46,6 Mrd €). Ausschlaggebend für den Umschwung war, dass gebietsfremde Anleger von der Verkäuferseite auf die Käuferseite wechselten (16,4 Mrd € im Mai, nach – 25,3 Mrd € im April). Ihr Interesse richtete sich vor allem auf Anleihen (15,8 Mrd €), und hier vor allem auf jene privater Emittenten (11,7 Mrd €). Zusätzlich fragten sie Geldmarktpapiere nach (1,8 Mrd €). Hingegen trennten sie sich von Aktien (1,4 Mrd €). Inländische Investoren engagierten sich im Ausland (10,8 Mrd €), obgleich nicht so stark wie in den Vormonaten. Während sie im Ausland – insbesondere in Euro denominierte – Anleihen (8,2 Mrd €) sowie Aktien (4,1 Mrd €) erwarben, reduzierten sie ihre Bestände an Geldmarktpapieren (3,0 Mrd €).

*Direktinvestitionen vom Engagement ausländischer Unternehmen geprägt*

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Mai ebenfalls Netto-Kapitalimporte (3,9 Mrd €). Dabei investierten im Ausland ansässige Unternehmen Kapital in Höhe von 5,7 Mrd € in Deutschland, vor allem im Rahmen des konzerninternen Kreditverkehrs (5,1 Mrd €). Die Gelder entfielen größtenteils auf zusätzliche Kredite, die ausländische Niederlassungen ihren

in Deutschland beheimateten Muttergesellschaften einräumten (4,5 Mrd €). Umgekehrt investierten hiesige Firmen 1,8 Mrd € im Ausland. Dabei stand einer Aufstockung des Beteiligungskapitals im Ausland (4,7 Mrd €) eine Rückführung konzerninterner grenzüberschreitender Kredite gegenüber (2,8 Mrd €).

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im Mai Netto-Kapitalexporte in Höhe von 11,8 Mrd €. Davon entfielen 4,3 Mrd € auf die Nichtbanken und hier in erster Linie auf Dispositionen staatlicher Stellen. Weitere 7,5 Mrd € flossen netto über das Bankensystem ab. Dabei standen Kapitalexporte bei der Bundesbank (22,6 Mrd €), die in erster Linie aus höheren Forderungen im Rahmen des Großbetragszahlungsverkehrssystems TARGET2 resultierten, Netto-Kapitalzuflüsse bei den Kreditinstituten (15,1 Mrd €) gegenüber.

*Mittelabflüsse im übrigen Kapitalverkehr*

Die Währungsreserven der Bundesbank stiegen im Mai – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,8 Mrd € an.

*Währungsreserven*



## Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise

*Während der Finanz- und Staatsschuldenkrise lieferten die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey: BLS) wichtige Indikatoren zur zeitnahen Einschätzung von Entwicklungen auf dem Markt für Bankkredite in Deutschland und im Euro-Raum. Die qualitativen Angaben der beteiligten Banken, die für Deutschland von der Bundesbank regelmäßig zu einem nationalen Ergebnis zusammengefasst werden, umfassen nicht nur Informationen zur Veränderung der Kreditvergabepolitik der Banken und ihrer Einschätzung zur Nachfrageentwicklung, sondern beinhalten auch die jeweils treibenden Faktoren sowie Erwartungen für die nahe Zukunft. So stellte sich etwa heraus, dass die Verschärfung der Kreditvergabepolitik bereits unmittelbar vor Beginn der Finanzkrise vor allem auf Restriktionen bei bankseitigen Faktoren wie den Refinanzierungsbedingungen oder der Liquiditätsposition beruhte, während realwirtschaftliche Faktoren erst später an Bedeutung gewannen.*

*Über die regelmäßig erhobenen Standardfragen hinaus ermöglicht es der BLS mittels Ad-hoc-Fragen schnell und flexibel Informationen zu neuen Themen zu erfragen. So wurden in den vergangenen Jahren etwa Fragen zu Auswirkungen neuer aufsichtlicher und regulatorischer Anforderungen oder zu geldpolitischen Sondermaßnahmen gestellt. Damit wurden im Rahmen des BLS nicht nur Krisenphänomene beschrieben, sondern auch Reaktionen auf die Krise seitens der Aufsichtsbehörden und der Geldpolitik aufgegriffen und evaluiert.*

*Nach langjährigen Erfahrungen mit dem anfangs formulierten Fragenkatalog und grundsätzlichen Veränderungsprozessen während der Krisenjahre verbesserte das Eurosystem außerdem den Fragebogen und ergänzte detailliertere Erläuterungen. Anfang 2015 konnte somit der alte Fragebogen durch eine überarbeitete Version ersetzt werden, die noch tiefere Einsichten zum Verständnis der Entwicklung der Kreditvergabepolitik verspricht.*

*Einführung der  
Umfrage zum  
Kreditgeschäft  
im Jahr 2003*

## ■ Umfrage zum Kreditgeschäft

Mit dem BLS rief das Eurosystem Anfang 2003 eine Umfrage ins Leben, mit der hochrangige Bankmanager regelmäßig um aktuelle Informationen zu ihrer Kreditvergabepolitik sowie um Einschätzung der Nachfragesituation gebeten werden.<sup>1)</sup> Die vierteljährlich durchgeführte, qualitative Umfrage dient dem Ziel, ein umfassenderes Verständnis des geldpolitischen Transmissionsprozesses zu entwickeln und damit geldpolitische Entscheidungen zu unterstützen. Da die Banken für die Finanzierung von Unternehmen und privaten Haushalten im Euro-Raum eine wesentliche Rolle spielen, ist eine direkte Befragung einer Auswahl von Instituten in diesem Zusammenhang besonders sinnvoll. Zu Beginn der Umfrage nahmen 17 deutsche Banken teil, deren Auswahl sich sowohl an ihrem eigenen Marktanteil im Kreditgeschäft als auch an dem Marktanteil derjenigen Bankengruppe der Bankenstatistik, der sie statistisch zugeordnet wurden, orientierte. Nach Stichprobenerweiterungen in den Jahren 2008 und 2012 sowie dem Wegfall einzelner Banken, etwa aufgrund von Fusionen oder Übernahmen, besteht die deutsche Stichprobe derzeit aus 34 Banken<sup>2)</sup>. Sie stellt damit im Vergleich mit den anderen Ländern des Euro-Raums die mit Abstand größte Stichprobe dar.

*Kreditrichtlinien  
als zentraler  
Indikator für die  
Vergabepolitik*

Zentral für das Verständnis des Kreditangebotsverhaltens der befragten Banken ist die Frage nach den Kreditrichtlinien (Kreditstandards), das heißt im Wesentlichen den von potenziellen Kreditnehmern zu erfüllenden Mindestvoraussetzungen.<sup>3)</sup> Hierzu werden mögliche Bestimmungsfaktoren erhoben, die neben der Risikoeinschätzung seitens der befragten Institute auch ihre Risikotoleranz, die Refinanzierungskosten am Geld- oder Kapitalmarkt, potenzielle bilanzielle Restriktionen und die Wettbewerbssituation umfassen.

Ergänzend zu den Kreditrichtlinien erteilen die BLS-Banken Auskunft über ihre in tatsächlich abgeschlossenen Kreditverträgen enthaltenen Kreditbedingungen<sup>4)</sup>, zu denen auch die Mar-

gen<sup>5)</sup> gehören, sowie zur Einschätzung der institutsspezifischen Kreditnachfrage und zu deren vermutlichen Bestimmungsfaktoren. Da die Richtlinien durch die Lage der Kreditnehmer beeinflusst sein können, hängen sie indirekt von der Kreditnachfrage ab. Umgekehrt können sich auch die Richtlinien auf die Nachfrage auswirken. Zur Bestimmung des isolierten angebotsseitigen Einflusses im engeren Sinne können Kreditangebotsschocks berechnet werden (vgl. S. 25 ff.). Seit der Reform des Fragebogens<sup>6)</sup> 2015 werden zudem Bestimmungsfaktoren der Kreditbedingungen sowie die Veränderung des Anteils abgelehnter Kreditanträge erfragt.

Die Einschätzung der aktuell geltenden Vergabepolitik und der Nachfrage erfolgt – wie grundsätzlich auch bei den übrigen Fragen – als Ver-

*Kreditbedin-  
gungen und  
Kreditnachfrage  
sowie Bestim-  
mungsfaktoren  
als ergänzende  
Angaben*

1 Für eine ausführliche Darstellung des Hintergrunds und der Ziele des BLS vgl.: Deutsche Bundesbank, Deutsche Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht, Juni 2003, S. 69 ff. Für eine erste Bilanz der Umfrage nach sechs Jahren vgl.: Deutsche Bundesbank, Bank Lending Survey: eine Zwischenbilanz und aktuelle Entwicklungen, Monatsbericht, Januar 2009, S. 15 ff.

2 Die Banken der Stichprobe gehören den Gruppen der Großbanken, Regionalbanken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften inklusive genossenschaftlicher Zentralbanken und privaten Hypothekenbanken an.

3 Die Kreditrichtlinien sind die internen, grundsätzlichen Kreditvergabekriterien einer Bank. Ihre Festlegung erfolgt vor den eigentlichen Verhandlungen mit potenziellen Kreditkunden über die Kreditbedingungen. Sie umfassen Vorgaben dahingehend, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet und welche nicht, welche sektorspezifischen und geografischen Prioritäten zu beachten sind, welche Sicherheiten als akzeptabel gelten und welche nicht usw. Zudem sind in den Kreditrichtlinien die Voraussetzungen (z. B. Bilanzsituation, Einkommenslage, Alter oder Beschäftigungsstatus) geregelt, die ein Kreditnehmer zur Gewährung eines Kredits erfüllen muss. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen auf S. 17 ff.

4 Kreditbedingungen sind die Konditionen in tatsächlich geschlossenen Kreditverträgen. Im Allgemeinen umfassen sie den vereinbarten Aufschlag auf den relevanten Referenzzinssatz, die Kredithöhe, die Zugangsbedingungen und sonstigen Bedingungen in Form von Kreditnebenkosten (d. h. Gebühren), vom Kreditnehmer zu stellende Sicherheiten oder Garantien (einschl. Deckungsguthaben), Zusatz- oder Nebenvereinbarungen („covenants“) sowie die vereinbarte Fristigkeit. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen auf S. 17 ff.

5 Unter der Kreditmarge soll seit der Fragebogenreform 2015 der – in Abhängigkeit von den Merkmalen des betreffenden Kredits festgelegte – Aufschlag auf einen „relevanten Referenzmarktzinssatz“ (wie EURIBOR, LIBOR oder den Zinsswap für die entsprechende Fristigkeit von Festzinskrediten) verstanden werden. Zuvor war der Margenbegriff nicht definiert gewesen. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen auf S. 17 ff.

6 Vgl. hierzu die Erläuterungen auf S. 17 ff.

## Überarbeitung des BLS-Fragebogens im Jahr 2015

Nach mehr als zehn Jahren Erfahrung mit dem BLS wurden 2015 der Fragebogen sowie die ergänzenden Erläuterungen (Compilation Guide) hinsichtlich Verständlichkeit, Eindeutigkeit und Effektivität evaluiert. Im Zuge der Finanzkrise war das Interesse an vergleichbaren Länderergebnissen gestiegen. Eine informelle Umfrage im Jahr 2013 ergab jedoch, dass einige wichtige Schlüsselbegriffe über die teilnehmenden Banken und Länder hinweg unterschiedlich interpretiert wurden. Auch ist das Antwortverhalten bei qualitativen Umfragen wie dem BLS weniger objektiv kontrollierbar als bei quantitativen Umfragen, sodass es umso genauer und sorgfältiger erarbeiteter Definitionen bedarf. Daher wurde beschlossen, einige Fragen klarer zu formulieren sowie Schlüsselbegriffe eindeutig zu definieren. Zu bedenken war dabei allerdings, dass eine Vergleichbarkeit der Antworten im Zeitverlauf auch Kontinuität der Fragestellung erfordert, um insbesondere bei bedeutenden und häufig zitierten Indikatoren wie den Kreditrichtlinien einen Strukturbruch zu vermeiden. Außerdem kann die Länge des Fragebogens nicht beliebig ausgedehnt werden, um die Belastung der Banken nicht über Gebühr zu erhöhen und die hohe Teilnahmequote am BLS – die ja auf freiwilliger Basis erfolgt – nicht zu gefährden. Neben der Überarbeitung des Fragebogens und der dazugehörigen Erläuterungen sollten beide Dokumente stärker verknüpft werden, um jederzeit leicht auf Erläuterungen zurückgreifen zu können. Vor finaler Umsetzung der Anpassungen wurde eine Testumfrage mit einem Teil der Banken der BLS-Stichprobe durchgeführt, um eventuell noch weiteren Anpassungsbedarf umsetzen zu können.

Insgesamt wurde der regelmäßige Fragebogen um fünf auf 23 Fragen ausgeweitet. Überarbeitungen der Ad-hoc-Fragen finden

ohnehin regelmäßig statt und waren daher nicht Teil dieser Reform. Die wichtigsten Änderungen betrafen die begriffliche Abgrenzung der Kreditrichtlinien (Kreditstandards) von den Kreditbedingungen, das Konzept der Kreditmargen, die Kreditnachfrage sowie die erklärenden Faktoren für die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten.

Für die Kreditrichtlinien als interne Richtlinien einer Bank für die Kreditgewährung gilt seit der Fragebogenreform explizit, dass sie bereits vor jeglichen Kreditverhandlungen festgelegt sind, im Gegensatz zu den Kreditbedingungen, über die mit den Kreditnehmern verhandelt wird und die in die tatsächlich genehmigten Kreditverträge eingehen. Anhand der Kreditrichtlinien werden konkrete Entscheidungen über die Genehmigung beziehungsweise die Ablehnung des Kredits getroffen, denn sie umfassen Vorgaben dahingehend, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet. Sie regeln die Mindestvoraussetzungen (z. B. Bilanzsituation, Einkommenslage), die ein Kreditnehmer zur Gewährung eines Kredits erfüllen muss. Die Kreditbedingungen dagegen umfassen als Bestandteil von Kreditverträgen im Allgemeinen den vereinbarten Aufschlag auf den Referenzzinssatz (Marge), die Kredithöhe, Kreditnebenkosten, vom Kreditnehmer zu stellende Sicherheiten, Zusatz- oder Nebenvereinbarungen sowie die vereinbarte Fristigkeit (Ursprungslaufzeit). Die Kreditbedingungen richten sich nach den spezifischen Merkmalen des Kreditnehmers und können – parallel zu den Kreditrichtlinien oder unabhängig von diesen – Veränderungen unterliegen.

Nachdem im ursprünglichen Fragebogen die Veränderung der einzelnen Kreditbedingungen nur separat abgefragt worden war, wurde im reformierten Fragebogen eine

Kategorie hinzugefügt, nach der die Veränderung der Kreditbedingungen auch in ihrer Gesamtheit beurteilt werden soll. Ebenfalls ergänzt wurde die Frage nach den erklärenden Faktoren für die Veränderung bei den Bedingungen insgesamt sowie bei den Margen. Grundsätzlich handelt es sich dabei um dieselben erklärenden Faktoren wie bei den Kreditstandards. Um allerdings die Länge des Fragebogens im Rahmen zu halten, werden im Fall der Bedingungen die einzelnen Faktoren unter den vier Oberbegriffen Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen, Wettbewerbssituation, Risikoeinschätzung und Risikotoleranz zusammengefasst, und es soll nur der Einfluss dieser Komponenten eingeschätzt werden. Der letztgenannte Faktor, die Risikotoleranz der individuellen Bank, wurde in alle Faktorlisten für Kreditrichtlinien und -bedingungen neu aufgenommen. Sie bezieht sich auf die Bereitschaft der Bank, bei der Kreditvergabe Risiken einzugehen. Diese kann sich im Zuge von Änderungen in der grundlegenden Geschäftsstrategie der Bank verändern. Im Gegensatz dazu soll die Risikoeinschätzung (wie bisher) abbilden, wie die Bank das gegenwärtige kreditnehmerseitige Risiko einschätzt und auf Veränderungen hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten, der branchen- und firmenspezifischen Lage und Aussichten, der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers sowie der geforderten Sicherheiten reagiert.

Das Konzept der Kreditmarge wird in den überarbeiteten Erläuterungen zum Fragebogen erstmals festgeschrieben. Zuvor war es jeder antwortenden Bank selbst überlassen gewesen zu definieren, was sie unter Kreditmarge versteht, sodass am Ende ein Nebeneinander unterschiedlichster Definitionen bestand, wie eine informelle Umfrage unter den am BLS teilnehmenden Banken ergab. Unter der Kreditmarge einer BLS-Bank sollte nach der Fragebogenreform fortan der – in Abhängigkeit von den Merkmalen des betreffenden Kredits festgelegte – Aufschlag

auf einen relevanten Referenzmarktzinssatz (wie EURIBOR, LIBOR oder den Zinsswap für die entsprechende Laufzeit von Festzinskrediten) verstanden werden. Ein solcher Aufschlag umfasst dann Änderungen, die bei den Refinanzierungskosten der individuellen Bank eintreten (im Wesentlichen bei der Refinanzierung über Bankschuldverschreibungen und über Einlagen) oder auf der Beurteilung des Kreditrisikos des Kreditnehmers beruhen. Zudem spiegelt der Aufschlag Änderungen wider, die sich bei etwaigen weiteren, nicht mit Marktzinsschwankungen zusammenhängenden Faktoren ergeben.

Neu in den Fragebogen aufgenommen wurde eine Frage zum Anteil abgelehnter Kreditanträge. Unter Kreditanträgen sollten zumindest formelle Kreditanträge erfasst werden, idealerweise zusätzlich auch informelle Kreditanfragen, die nicht das Stadium eines formellen Kreditantrags erreicht haben. Die Angaben sollten sich auf das Volumen der Kreditanträge beziehen, und es soll der Anteil der vollständig abgelehnten Anträge eingeschätzt werden.

Erstmals definiert wurde auch, dass unter der Nachfrage nach Bankkrediten die Veränderung der nominalen Bruttonachfrage im Vergleich zum Vorquartal zu verstehen ist. Die Nachfrage soll Kreditprolongationen einschließen, aber die üblichen saisonalen Schwankungen vernachlässigen. Sie bezieht sich auf den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und privaten Haushalten durch Bankkredite unabhängig davon, ob tatsächlich ein Kredit gewährt wird.

Bei den erklärenden Faktoren für die Nachfrage wurden ebenfalls einige Anpassungen vorgenommen. So wurde in allen drei Kreditkategorien (Unternehmens-, Wohnungsbau- und Konsumentenkredite) das allgemeine Zinsniveau als erklärender Faktor ergänzt. Wie sich herausgestellt hat, war dieser neue Faktor angesichts des Niedrig-

zinsumfelds im Jahr 2015 sogar in allen drei Kreditsegmenten der Haupttreiber für den Anstieg der Nachfrage. Des Weiteren gab es Veränderungen bei den erklärenden Faktoren für die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten: So wurde neben dem Zinsniveau auch der Faktor „Rechtlicher und steuerrechtlicher Rahmen des Wohnungsbaukreditmarktes“ neu aufgenommen. Daneben wurde der Faktor „Aussichten für den Wohnungsmarkt“ um „... und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum“ ergänzt, um explizit die Preiskomponente mit abzubilden. Zudem wurde der Faktor „Ersparnisse der privaten Haushalte“ durch seine Umbenennung in „Eigenfinanzierung von Wohneigentum aus Ersparnissen/Anzahlung (d. h. aus Eigenmitteln des privaten Haushalts finanziert Anteil)“ nun explizit so ausgelegt, dass Ersparnisse zur Substitution anderer Finanzierungsquellen dienen und damit den Kreditbedarf senken, statt ihn, wie zuvor auch möglich, im Falle

hoher Eigenmittel als Sicherheit erhöhen zu können. Gestrichen wurde bei der Nachfrage nach Wohnimmobilienkrediten der Faktor „Konsumausgaben, die nicht in Zusammenhang mit der Beschaffung von Wohnraum stehen“. Stattdessen enthält die Liste der erklärenden Faktoren für die Nachfrage nach Konsumentenkrediten nun zusätzlich den Faktor „Mit immobilienbesicherten Krediten finanzierte Konsumausgaben („zusätzliche Beleihung von Immobilien“)“.<sup>1)</sup>

---

1 Der Fragebogen (Standardfragen) einschl. der Ad-hoc-Fragen der jeweiligen Umfragerunde sowie ergänzende Erläuterungen finden sich auch auf der Internetseite der Bundesbank unter [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Aufgaben/Geldpolitik/volkswirtschaft\\_bank\\_lending\\_survey.html?searchArchive=0&submit=Suchen&searchIssued=0&templateQueryString=bank+lending+survey](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Aufgaben/Geldpolitik/volkswirtschaft_bank_lending_survey.html?searchArchive=0&submit=Suchen&searchIssued=0&templateQueryString=bank+lending+survey)

änderung im Vergleich zum Vorquartal (bei der Nachfrage abgesehen von saisonalen Schwankungen). Es handelt sich um eine qualitative Umfrage mit Antwortmöglichkeiten in Form von Tendenzaussagen auf einer fünfstufigen Skala<sup>7)</sup>. Alle Angaben werden separat für Ausleihungen an Unternehmen (meist noch unterteilt in Unternehmen gesamt, kleine/mittlere Unternehmen und große Unternehmen) sowie für Wohnungsbau- und Konsumentenkredite an private Haushalte erhoben. Unterschieden werden darüber hinaus zwei verschiedene Bezugszeiträume: die Entwicklung in den zurückliegenden drei Monaten und die von den Banken erwartete Veränderung in den folgenden drei Monaten.

Seit Beginn der Finanzkrise wurde der reguläre Fragebogen immer wieder durch Ad-hoc-Fragen ergänzt, deren Inhalt und Frequenz je nach Bedarf angepasst wurden. So gibt es derzeit ein Set von sechs verschiedenen Fragenkomplexen, die vierteljährlich, halbjährlich im Wechsel oder jährlich gestellt werden:

- In jedem Quartal ist eine Zusatzfrage zu den Auswirkungen der Lage an den Finanzmärkten auf die Refinanzierungsbedingungen und die Kreditangebotspolitik der Banken im Fragebogen enthalten.
- Jeweils in der Januar- und in der Juli-Runde werden Fragen zu möglichen Anpassungen der Kreditangebotspolitik der Banken aufgrund neuer regulatorischer und aufsichtlicher Aktivitäten sowie zur Teilnahme der Banken an den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) gestellt und jeweils in der April- und in der Oktober-Runde Fragen zu den Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten (ex-

---

7 Die Skala umfasst bei angebotsbezogenen Fragen die Antwortmöglichkeiten „deutlich verschärft“, „leicht verschärft“, „unverändert“, „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“. Bei nachfragebezogenen Fragen besteht die Auswahl aus „deutlich gestiegen“, „leicht gestiegen“, „unverändert“, „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“.

panded Asset Purchase Programme: APP) und – seit April 2016 – zu den Auswirkungen des negativen Zinssatzes der Einlagefazilität.

- Hinzu kommt die seit 2014 jährlich in der April-Runde gestellte Frage nach dem aktuellen Niveau der Kreditrichtlinien.<sup>8)</sup>

*BLS-Ergebnisse für Deutschland und den Euro-Raum*

Die Angaben der am BLS teilnehmenden deutschen Banken werden im Rahmen von persönlichen Interviews erhoben. Diese intensive Befragungsform findet im ESZB nur in Deutschland Anwendung und gewährleistet eine besonders gute Datenqualität. Im Anschluss werden in Deutschland wie auch in den übrigen EWU-Staaten alle Einzelangaben fragenweise auf nationaler Ebene in Kennzahlen zusammengefasst.<sup>9)</sup> Dabei werden für die Fragen des regulären Fragebogens mit fünfstufiger Antwortskala prozentuale Nettosalde<sup>10)</sup> berechnet, die von der Bundesbank regelmäßig publiziert und analysiert werden. Auch im Fall der Ad-hoc-Fragen werden, soweit möglich, Nettosalde berechnet und veröffentlicht, oder es kommen fragenindividuell alternative Aggregationsmaße zur Anwendung. Die Angaben aller im Währungsgebiet teilnehmenden Institute finden Eingang in das Euro-Raum-Aggregat, das von der EZB ermittelt wird.

## Entwicklung der Angebotspolitik deutscher Banken

*BLS-Angaben grundsätzlich als Veränderungen im Vorquartalsvergleich*

Da quantitativ erfassbare Indikatoren wie Zinsen oder Kreditvolumen durch die harmonisierte MFI-Zinsstatistik beziehungsweise die monatliche Bilanzstatistik abgedeckt sind, werden sie im BLS nicht abgefragt. Im Mittelpunkt der Kreditumfrage stehen die quantitativ deutlich schwieriger oder gar nicht erfassbaren Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen, ergänzt durch ihre Bestimmungsfaktoren. Die Schwierigkeit beruht vor allem darauf, dass kein einzeln abfragbares, quantitatives Maß für das Niveau der Kreditrichtlinien existiert. Deshalb beziehen sich grundsätzlich alle Fragen im Standardfragebogen des BLS auf die Veränderung

gegenüber dem Vorquartal. Mittels einer 2014 eingeführten und jährlich wiederholten Ad-hoc-Frage erhält man allerdings gewisse Anhaltspunkte für das jeweils aktuell herrschende Niveau der Kreditrichtlinien im Vergleich zu einem Referenzwert.

## Kreditrichtlinien (Kreditstandards)

Im Hinblick auf die Veränderung der Richtlinien für Unternehmenskredite hatten die deutschen Banken im ersten Halbjahr 2007 noch angege-

<sup>8</sup> In den Jahren 2009 und 2010 wurde zudem die im Juli 2009 erstmals und zunächst noch separat durchgeführte „Sonderumfrage zum Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Unternehmen“ in den deutschen BLS-Fragebogen integriert. Diese Umfrage hatte vor dem Hintergrund der Diskussion über die Gefahr einer Kreditklemme zum Ziel, die vorhandenen Informationen zur Kreditentwicklung durch Einschätzungen der Banken zu ihrem erwarteten Kreditvergabeverhalten in den nachfolgenden 12 Monaten zu ergänzen. Auch wurden die teilnehmenden Institute darum gebeten, die Entwicklung ihrer Eigenkapitalposition zu prognostizieren. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zweite Sonderumfrage zum Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Unternehmen, Monatsbericht, Februar 2010, S. 38; Deutsche Bundesbank, Dritte Sonderumfrage zum Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Unternehmen, Monatsbericht, August 2010, S. 35; sowie Deutsche Bundesbank, Vierte Sonderumfrage zum Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Unternehmen, Monatsbericht, Februar 2011, S. 35.

<sup>9</sup> Bei der Aggregation der deutschen Antworten erhalten die Angaben aller deutschen Banken dieselbe Gewichtung. Annähernde Repräsentativität im Hinblick auf den deutschen Bankensektor wird dadurch hergestellt, dass sich der Anteil der Banken in der Stichprobe je Bankengruppe am Anteil des Kreditvolumens jeder Bankengruppe am gesamten Kreditvolumen im deutschen Bankensektor orientiert. Die aggregierten Umfrageergebnisse für Deutschland finden sich unter [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Kerngeschaeftsfelder/Geldpolitik/volkswirtschaft\\_bank\\_lending\\_survey.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Kerngeschaeftsfelder/Geldpolitik/volkswirtschaft_bank_lending_survey.html)

<sup>10</sup> Für angebotsbezogene Fragen berechnet sich der Nettosaldo als Differenz zwischen der Summe der Angaben unter „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben unter „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ (in % der gegebenen Antworten). Positive Werte für den Nettosaldo entsprechen demnach restriktiveren Konditionen, negative Werte einer Lockerung. Für nachfragebezogene Fragen berechnet sich der Nettosaldo als Differenz zwischen der Summe der Angaben unter „deutlich gestiegen“ und „leicht gestiegen“ und der Summe der Angaben unter „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“ (in % der gegebenen Antworten). Positive Werte für den Nettosaldo entsprechen dann einer gestiegenen Nachfrage, negative Werte einer gesunkenen. Neben dem Nettosaldo werden auch Mittelwerte über die Angaben aller Banken sowie Diffusionsindizes berechnet, die ähnlich wie die Nettosalde, allerdings mit halber Gewichtung der weniger ausgeprägten („leicht“) Angaben bestimmt werden.

*Kreditrichtlinien in Deutschland während der Finanzkrise verschärfte, seither wenig verändert*

ben, diese gelockert zu haben, bevor ab dem dritten Quartal 2007 eine gut zwei Jahre andauernde Verschärfungsphase folgte. Geprägt war dieser Zeitraum insbesondere von den Anpassungen infolge der Krise an den Finanzmärkten nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. So verschärfte im ersten Vierteljahr 2009 mit per saldo 50% der befragten deutschen Banken mehr Institute gleichzeitig ihre Richtlinien für Unternehmenskredite als je zuvor und in der Folge während des gesamten BLS-Befragungshorizontes. Von leichteren Veränderungen in beide Richtungen einmal abgesehen blieben die Richtlinien dann seit Mitte 2009 bis zum aktuellen Zeitpunkt weitgehend konstant. Im Geschäft mit privaten Haushalten wurden die Kreditstandards noch bis Mitte 2008 gelockert, bevor auch sie restriktiven Einflüssen im Zuge der Finanzkrise unterworfen waren. Diese waren aber sowohl bei den Wohnungsbau- als auch bei den Konsumentenkrediten deutlich weniger intensiv als bei den Ausleihungen an Unternehmen. So wurden die Kreditstandards im Geschäft mit privaten Haushalten in den ersten Krisenjahren vergleichsweise mäßig gestrafft, bevor sie dann ab Frühjahr 2011 nur noch geringen Anpassungen unterlagen, bei den Richtlinien für Baufinanzierungen allerdings weiterhin mit einer Tendenz zu leichten Verschärfungen. Die Mindestvoraussetzungen für potenzielle Baukreditnehmer wurden demnach im Zuge des Immobilienbooms in den letzten Jahren nicht gelockert. Dennoch legen die gegenwärtigen guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Vermutung nahe, dass mehr Kreditbewerber die gleich gebliebenen Voraussetzungen der Banken erfüllen.<sup>11)</sup> Zuletzt zeichnete sich erstmals seit der Finanzkrise wieder eine deutliche Verschärfung der Standards für Wohnungsbaukredite ab.

Die Bestimmungsfaktoren für die Anpassungen der Richtlinien änderten sich im Verlauf der Finanz- und Staatsschuldenkrise. So waren die Lockerungen im Unternehmenskreditgeschäft in der ersten Jahreshälfte 2007 noch durch die anziehende Konkurrenz im Bankensektor sowie

die optimistische Einschätzung der Wirtschaftslage und der Konjunkturaussichten sowie der branchen- und firmenspezifischen Lage bedingt. Im Zuge erster Turbulenzen an den Finanzmärkten infolge der Subprime-Krise in den USA zeichnete sich dann ab dem zweiten Halbjahr 2007 ab, dass steigende Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen, das heißt bankseitige Faktoren, die Standards, für sich genommen, merklich restriktiv beeinflussten. Mit Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 kam dann unvermittelt eine deutlich verschlechterte Einschätzung der realwirtschaftlichen Risikolage hinzu, die den wesentlichen Treiber für die kräftige Richtlinienverschärfung in diesem Zeitraum darstellte. Sowohl die bankseitigen Faktoren als auch die Risikoeinschätzung wirkten sich auf die Standards für Kredite an große Unternehmen deutlich restriktiver aus als auf diejenigen für Ausleihungen an kleine und mittlere Firmen.<sup>12)</sup> Letztere dürften unter anderem deshalb weniger von der Verschärfung betroffen gewesen sein, weil sich die kleineren Kreditinstitute als typische Geschäftspartner der kleinen und mittleren Unternehmen weniger am von der Krise besonders beeinträchtigten Geld- und Kapitalmarkt als vielmehr durch Einlagen refinanzieren und dadurch weniger stark mit steigenden Refinanzierungskosten konfrontiert waren als die großen Geschäftsbanken. Auch infolge der geldpolitischen Maßnahmen (langfristige Refinanzierungsgeschäfte, Programm zum Ankauf gedeckter Bankschuldverschreibungen) ließ die restriktive Wirkung der bankseitigen Faktoren, insbesondere der verschlechterten Refinanzierungsbedingungen und der Liquiditätsposition, bereits 2009 wieder nach und kehrte sich sogar kurzzeitig ins Gegenteil um. Die mit dem Risiko der Ausleihungen im Zusammenhang stehenden Faktoren

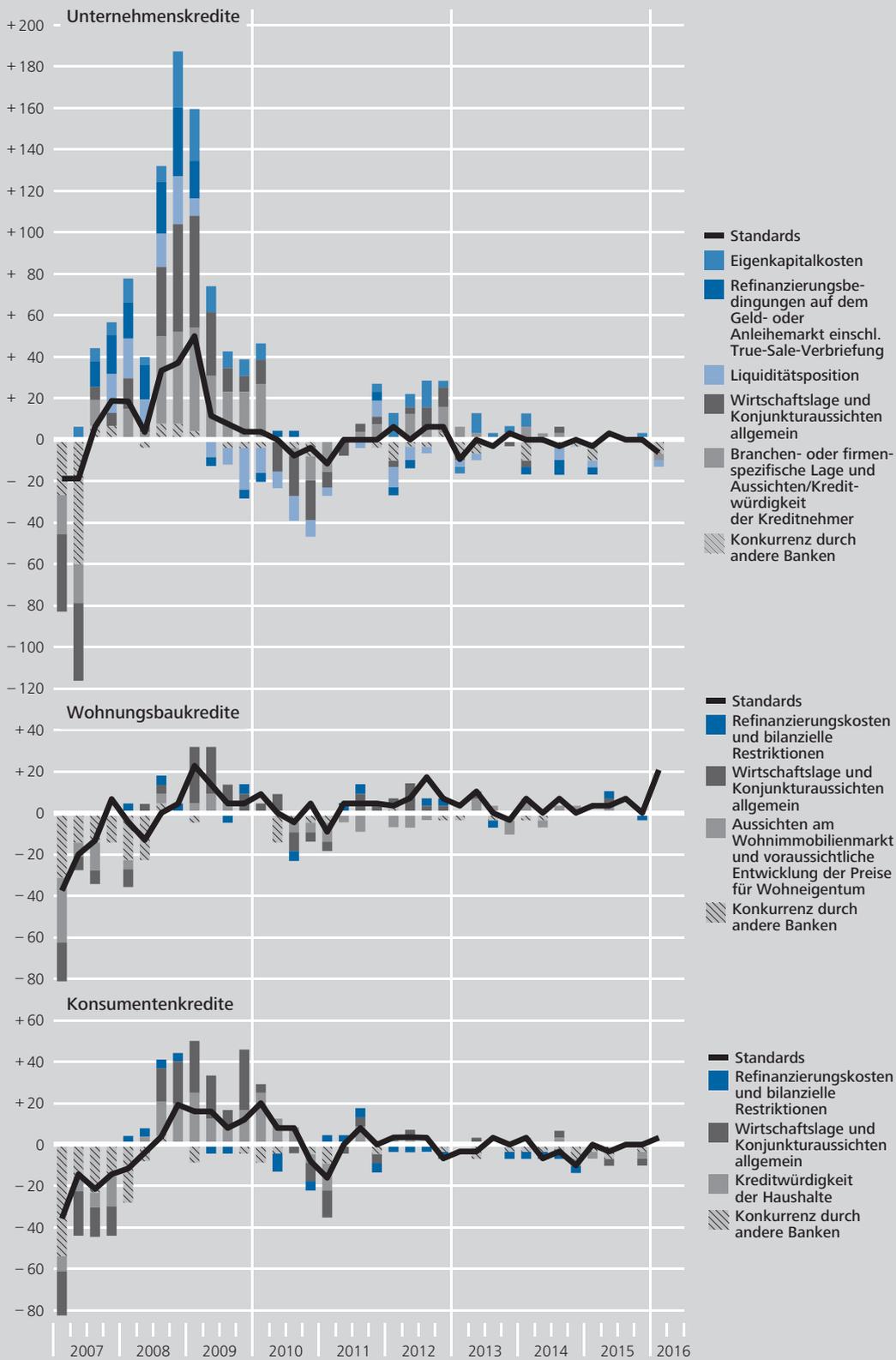
*Zu Beginn der Finanzmarkt-turbulenzen zunächst bankseitige Faktoren für Verschärfungen der Standards verantwortlich, später realwirtschaftliche*

<sup>11</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Immobilienmärkte: Keine erhöhten Risiken durch Kreditvergabe, Website-Themenbeitrag unter [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2016/2016\\_02\\_16\\_wohnungsbaukredite.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2016/2016_02_16_wohnungsbaukredite.html)

<sup>12</sup> Gemäß Erläuterungen zum Fragebogen erfolgt die Unterscheidung zwischen großen sowie kleinen und mittleren Unternehmen anhand des Netto-Jahresumsatzes. Ein Unternehmen gilt als groß, wenn sein Netto-Jahresumsatz über 50 Mio € beträgt.

### Veränderungen der Kreditstandards<sup>\*)</sup> und ausgewählte erklärende Faktoren<sup>\*\*)</sup>

in %



\* Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. \*\* Saldo aus der Summe der Angaben „trug deutlich zur Verschärfung der Kreditrichtlinien bei“ und „trug leicht zur Verschärfung der Kreditrichtlinien bei“ und der Summe der Angaben „trug leicht zur Lockerung der Kreditrichtlinien bei“ und „trug deutlich zur Lockerung der Kreditrichtlinien bei“ in % der gegebenen Antworten.

blieben angesichts der eingetrübten realwirtschaftlichen Lage jedoch als Treiber bis ins Jahr 2010 erhalten, wenn auch mit kontinuierlich abgeschwächter Wirkung.

*Standards für Kredite an private Haushalte während der Finanzkrise vergleichsweise mäßig verändert*

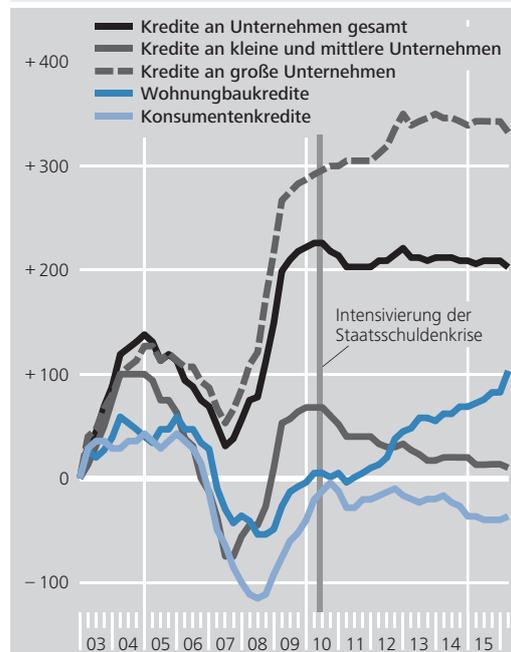
Im Einklang mit den sich in den ersten Quartalen der Krise nur moderat ändernden Standards im Geschäft mit privaten Haushalten hatten auch die Bestimmungsfaktoren hier nur geringe Effekte. Restriktive Auswirkungen der Wirtschaftslage und der Konjunkturaussichten zeigten sich im Immobiliengeschäft im Wesentlichen nur 2009 und im Konsumentenkreditgeschäft – zusammen mit der Kreditwürdigkeit der Haushalte – von der zweiten Jahreshälfte 2008 bis Mitte 2010. Angesichts der seit Ende 2009 nur noch wenig veränderten Kreditstandards entfaltete in der Folge keiner der erfragten Faktoren mehr einen nennenswert restriktiven Einfluss, der länger als ein Quartal anhielt. In beiden Geschäftsfeldern ist allerdings seit 2008 immer wieder, isoliert betrachtet, ein gewisser lockernder Einfluss aufgrund des zunehmenden Wettbewerbsdruckes insbesondere durch andere Institute feststellbar. Für die zuletzt deutliche Verschärfung der Richtlinien für private Baufinanzierungen im ersten Quartal 2016 machten die befragten Banken mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften per 21. März 2016 einen Sonderfaktor verantwortlich. Durch dieses Gesetz werden die Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung erheblich verschärft.

*Kumulierte Veränderungen der Kreditstandards als Niveaumass*

Um neben den hauptsächlich kommentierten quartalsweisen Veränderungen der Kreditrichtlinien auch noch eine Art Niveaumass im Zeitverlauf benutzen zu können, behelf man sich zunächst mit den aufsummierten Veränderungen der Richtlinien sowie der Margen. Das am Ausgangspunkt zum Jahreswechsel 2002/2003 vor Beginn der Umfrage herrschende Niveau der Kreditstandards war und bleibt im Rahmen dieser Betrachtung aber dennoch unbekannt.<sup>13)</sup> Diese Kumulationsmethode weist darüber hinaus konzeptionelle Schwächen auf: So sollte

### Kumulierte Veränderungen der Kreditstandards

kumulierte Nettosalde in %<sup>1)</sup>



<sup>1)</sup> Salden aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten aufsummiert vom 1. Vj. 2003 bis zum jeweiligen Zeitpunkt.  
 Deutsche Bundesbank

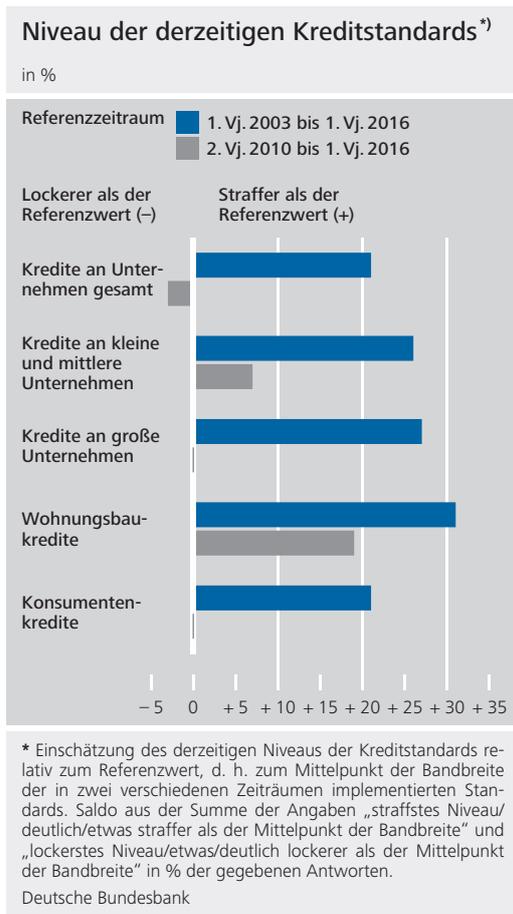
der Aufsatzpunkt einer Kumulation ein Zeitpunkt mit einem „neutralen“ Niveau sein; dies lässt sich aber nicht identifizieren.<sup>14)</sup>

Aufgrund dieser Schwächen wurde 2014 eine Ad-hoc-Frage eingeführt, in der die befragten Bankmanager erstmals direkt und separat für jede Kreditkategorie angeben sollten, wie restriktiv oder expansiv sie ihre derzeitigen Kreditstandards verglichen mit zwei Referenzzeiträumen einschätzen: zum einen vom Beginn des BLS im Jahr 2003 bis zum aktuellen Zeitpunkt, zum anderen von der Intensivierung der Staatsschuldenkrise im zweiten Quartal 2010 bis

*2014 eingeführte Ad-hoc-Frage zum Niveau der Kreditstandards*

<sup>13)</sup> Selbst darüber, ob jenes Niveau im historischen Vergleich strikt oder locker war, kann keine Aussage getroffen werden. Auch verbieten sich Vergleiche zwischen einzelnen Banken oder Kreditsegmenten, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die jeweiligen Ausgangsniveaus identisch waren. Gleiches gilt für einen Vergleich von Länderaggregaten.

<sup>14)</sup> Für eine Diskussion weiterer Schwächen dieser Methode vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Niveau der Kreditstandards im Bank Lending Survey, Monatsbericht, August 2014, S. 46 f.



zum aktuellen Zeitpunkt. Als Referenzniveau sollte die einzelne Bank dabei den Mittelpunkt der Bandbreite ihrer Antworten verwenden, das heißt den Mittelpunkt zwischen dem straffsten und dem lockersten Niveau der von ihr aufgestellten Richtlinien im jeweiligen Zeitraum.<sup>15)</sup>

*Kreditstandards derzeit deutlich straffer als vor der Krise, aber auf ähnlichem Niveau wie Referenzwert seit 2010*

Die in den letzten Jahren nahezu konstanten Kreditrichtlinien in allen Geschäftsbereichen sind vor dem Hintergrund der teilweise deutlichen Verschärfungen im Vorfeld während der Finanzkrise zu beurteilen. Ähnlich wie die kumulierten Veränderungen der Standards deuten die Antworten auf die Ad-hoc-Frage nach dem aktuellen Standard-Niveau darauf hin, dass die Standards in allen Kreditsegmenten derzeit deutlich strenger sind als ihr Referenzwert seit 2003. Im Vergleich zum Zeitraum seit dem zweiten Quartal 2010 liegen die Richtlinien aktuell aber insgesamt auf einem dem Referenzwert vergleichbaren Niveau.<sup>16)</sup> Eine Ausnahme bilden die Standards für Wohnungsbaukredite, die derzeit etwas strenger sind als ihr

Referenzwert seit 2010. Die Befunde dieser Ad-hoc-Frage sowie der kumulierten Standardveränderungen lassen darauf schließen, dass sich die Bandbreite der Standards in allen Geschäftsbereichen seit der Intensivierung der Staatsschuldenkrise verkleinerte und in Richtung einer restriktiveren Ausgestaltung verschob.

## Kreditbedingungen

Zu den Kreditbedingungen zählen die Margen (separat für durchschnittliche und für risikoreichere Kredite erfragt) und die „sonstigen Bedingungen“: Kreditnebenkosten, Kredithöhe beziehungsweise Kreditlinie, Sicherheitserfordernisse, Fristigkeit und Zusatz- oder Nebenvereinbarungen („covenants“, bei Unternehmenskrediten) beziehungsweise Beleihungsquote (bei Wohnungsbaukrediten). Seit 2015 geben

**15** Bei der Einschätzung des aktuellen Niveaus der Kreditstandards im Vergleich zum Referenzniveau waren acht Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Neben den sich am Standardfragebogen orientierenden fünf Abstufungen (von „deutlich straffer als der Mittelpunkt der Bandbreite“ bis zu „deutlich lockerer als der Mittelpunkt der Bandbreite“) gab es noch drei weitere Antwortvorgaben, die besonders herausstellungswürdige Niveaus (straffstes bzw. lockerstes Niveau in diesem Zeitraum) bzw. Entwicklungen (Niveau blieb über diesen Zeitraum konstant) erfassen sollen. Für die Aggregation der Antworten wurden Nettosalde bestimmt, bei denen der Saldo aus der Summe aller Angaben zu einem relativ straffen Niveau und der Summe aller Angaben zu einem relativ lockeren Niveau berechnet wurde (in % aller gegebenen Antworten). Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Niveau der Kreditstandards im Bank Lending Survey, Monatsbericht, August 2014, S. 47 f.

**16** Die aggregierten Angaben für Unternehmen gesamt liegen nicht zwangsläufig zwischen den aggregierten Angaben für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und denen für große Unternehmen (vgl. kumulierte Standards 2004/2005 sowie Niveaufrage für den Zeitraum vom zweiten Quartal 2010 bis zum ersten Quartal 2016), selbst wenn die Ergebnisse für jede einzelne Bank konsistent sind. Zu einer vermeintlich inplausiblen Konstellation kann es etwa bei folgendem vereinfachten Beispiel kommen: Bank 1 gibt für die Standards im Geschäft mit großen Unternehmen und Unternehmen gesamt „unverändert“ an, für das (für sie volumenmäßig unwichtigere) Geschäft mit KMU „verschärft“; Bank 2 gibt für das Geschäft mit großen Unternehmen und Unternehmen gesamt „gelockert“ an, für das (für sie unwichtigere) Geschäft mit KMU „unverändert“; Bank 3 gibt für das Geschäft mit KMU und Unternehmen gesamt „unverändert“ an, für das (für sie unwichtigere) Geschäft mit großen Unternehmen „verschärft“. Im Aggregat über die drei Banken ergeben sich Nettosalde für die Standards von - 33 („gelockert“) für Kredite an Unternehmen gesamt, 0 („unverändert“) für Kredite an große Unternehmen sowie + 33 („verschärft“) für Kredite an KMU.

## Schätzung aggregierter Kreditangebotschocks für Deutschland unter Verwendung des BLS

Die Analyse der Effekte potenzieller angebotsseitiger Restriktionen für die Kreditentwicklung bedarf der Ermittlung reiner, das heißt exogener Kreditangebotsveränderungen. Die Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey: BLS) bietet sich grundsätzlich als Datenquelle zur Identifikation solcher „Kreditangebotschocks“ an, da die Banken in Form der Anpassungen der Kreditvergabestandards regelmäßig nach ihrer Kreditangebotspolitik befragt werden. Allerdings dürfen Veränderungen der Kreditstandards nicht ohne Weiteres als exogene Kreditangebotschocks interpretiert werden, da sie möglicherweise noch weiteren Einflüssen unterliegen:

So könnte ein direkter Zusammenhang zwischen Standards und Kreditnachfrage bestehen, beispielsweise, wenn Banken ihre Standards anpassen, um zur Stabilisierung ihrer Marktanteile Schwankungen der Kreditnachfrage auszugleichen.

Ferner könnten gemeinsame Faktoren für Änderungen von Kreditstandards und Kreditnachfrage verantwortlich sein:

- Eine veränderte Wirtschaftslage dürfte eine Anpassung von Vergabestandards und Kreditnachfrage bewirken.<sup>1)</sup>
- Auch bankspezifische Variablen, die für die Ausgestaltung der Standards einer Bank von Bedeutung sein können, könnten von Einflussgrößen abhängen, die gleichzeitig auch die Kreditnachfrage verändern. So könnte ein wirtschaftlicher Abschwung, der zu einem Anstieg notleidender Kredite führt, Banken zur Straffung ihrer Standards bewegen, damit sich ihr Kreditportfolio nicht verschlechtert. Zugleich könnte der wirtschaftliche

Abschwung auch zu einem Rückgang der Kreditnachfrage führen, falls Unternehmen im Zuge einer Verringerung ihrer Investitionsneigung aufgrund verschlechterter Absatzmöglichkeiten ihre Nachfrage nach Bankkrediten verringern.

Zur Bestimmung derjenigen Änderungen der Standards, die unabhängig von anderen Größen erfolgen und somit exogen sind, müssen folglich die von den Banken gemeldeten Standardänderungen nicht nur um den direkten Einfluss von Änderungen der Kreditnachfrage bereinigt werden. Zusätzlich müssen alle Einflussgrößen berücksichtigt werden, die zum einen die Standards beeinflussen und zum anderen entweder unmittelbar die Nachfrage verändern oder selbst von Größen beeinflusst sein können, die zu einer Änderung der Kreditnachfrage führen.

Hierfür wird – basierend auf der in Bassett et al. (2014)<sup>2)</sup> angewandten Methodik – in einem ersten Schritt zunächst der Einfluss einer Reihe von Variablen auf Änderungen der Kreditstandards mithilfe eines dynamischen „fixed effects“-Panelmodells für die in der deutschen BLS-Stichprobe enthaltenen und zu Bankengruppen<sup>3)</sup> zusammengefassten Banken geschätzt:

<sup>1</sup> Im BLS wird bspw. der Einfluss der Konjunkturaussichten und der Wirtschaftslage auf die Standards erfasst. Eine Einflussgröße, die hiermit stark korreliert sein dürfte, ist das aufseiten der Nachfrage der privaten Haushalte erhobene Verbrauchervertrauen.

<sup>2</sup> Vgl.: W.F. Bassett, M.B. Chosak, J.C. Driscoll und E. Zakrajsek (2014), Changes in bank lending standards and the macroeconomy, *Journal of Monetary Economics* 62, S. 23–40. Eine ähnliche Methodik wird von C. Altavilla, M. Darracq Parie und G. Nicoletti (2015), Loan supply, credit markets and the euro area financial crisis, EZB working paper series No. 1861, verwendet.

<sup>3</sup> Für die Schätzung werden Daten auf Bankengruppenebene verwendet, da eine Schätzung mit für das gesamte Bankensystem aggregierten Daten die Anzahl der Freiheitsgrade deutlich reduzieren würde.

$$\begin{aligned} \Delta S_{i,t} = & \alpha + \beta_1 \Delta S_{i,t-1} + \beta_2 \Delta D_{i,t} \\ & + \lambda' E_{t-1} [m_{t+4} - m_t] \\ & + \gamma' [n_t - n_{t-4}] + \delta' \Delta f_t \\ & + \theta' \Delta Y_{i,t-1} + \vartheta' Z_{i,t-1} \\ & + \eta_i + \epsilon_{i,t} \end{aligned} \quad (1)$$

mit:

- $\Delta S_{i,t}$ : Nettosaldo der Veränderungen der Kreditstandards der Bankengruppe  $i$ ,
- $\Delta D_{i,t}$ : Nettosaldo der Veränderungen der Kreditnachfrage<sup>4)</sup> der Bankengruppe  $i$ ,
- $m_t$ : Vektor mit makroökonomischen Indikatoren für die Wirtschaftsaussichten in Deutschland,
- $n_t, f_t$ : Vektoren mit Indikatoren für die gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland,
- $Y_{i,t-1}, Z_{i,t-1}$ : Kontrollvariablen der Bankengruppe  $i$ ,
- $\eta_i$ : „fixed effects“ der Bankengruppe  $i$ ,
- $\epsilon_{i,t}$ : exogene Veränderung der Standards der Bankengruppe  $i$ .

Die Idee dieses Ansatzes ist es, die Änderungen der Standards, wie sie sich aus den BLS-Antworten ergeben, um die Einflüsse der Rechthandvariablen zu bereinigen. Übrig bleibt dann der Teil der Veränderung der Standards, der durch die Rechthandvariablen nicht erklärt wird und deshalb als Näherungsgröße für exogene Änderungen des Kreditangebots, also reinen Kreditangebotschocks, auf Bankengruppenebene interpretiert werden kann. Wichtig bei dieser empirischen Identifikationsstrategie ist es somit, neben der Kreditnachfrage möglichst alle anderen denkbaren Einflussgrößen auf die Standards zu erfassen, die entweder direkt

die Kreditnachfrage verändern oder von anderen Größen beeinflusst werden, die zugleich auch zu einer Änderung der Kreditnachfrage führen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegung besteht der Vektor  $m_t$  in Gleichung (1) im Einzelnen aus dem realen Bruttoinlandsprodukt (logarithmiert), der Arbeitslosenrate, dem Satz für Dreimonatsgeld (EURIBOR) und der Rendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Für die Berechnung der in Periode  $t-1$  gebildeten Erwartungen  $E_{t-1}$  hinsichtlich der Veränderung der in  $m_t$  enthaltenen Variablen über den Zeitraum  $t$  bis  $t+4$  wurde unter anderem auf die von Consensus Forecast erhobenen Erwartungen zurückgegriffen. Der Vektor  $n_t$  enthält das reale Bruttoinlandsprodukt (logarithmiert) und die Arbeitslosenrate; der Vektor  $f_t$  den Tagesgeldsatz (EONIA) sowie den Volatilitätsindex (VDAX), der die Schwankungsbreite des Deutschen Aktienindex (DAX) wiedergibt.<sup>5)</sup>

<sup>4</sup> Zur Ermittlung der bankengruppenspezifischen Nettosalden der Veränderungen der Standards,  $\Delta S_{i,t}$  (Nachfrage,  $\Delta D_{i,t}$ ) wurden zunächst für jede Bankengruppe  $i$  und zu jedem Zeitpunkt  $t$  Nettosalden der Standardveränderungen (Nachfrageveränderungen) für die drei im BLS erfragten Kreditkategorien (Unternehmenskredite, private Wohnungsbaukredite, Konsumentenkredite und sonstige Kredite) berechnet. Anschließend wurde für jede Bankengruppe  $i$  und jeden Zeitpunkt  $t$  das gewichtete Mittel der bankengruppenspezifischen Nettosalden der drei Kreditkategorien berechnet, wobei als Gewichte der Anteil der jeweiligen Kreditkategorie am gesamten Kreditbestand an den nichtfinanziellen Privatsektor der betrachteten Bankengruppe  $i$  zum Zeitpunkt  $t-1$  verwendet wurde.

<sup>5</sup> Änderungen des EONIA bzw. des VDAX werden im Modell berücksichtigt, um für Änderungen im geldpolitischen Expansionsgrad bzw. in der wahrgenommenen Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage bei Standardanpassungen zu kontrollieren. Möglicherweise spiegeln die Änderungen des EONIA einige der im Zuge der Anpassung des geldpolitischen Expansionsgrades ergriffenen unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen nicht angemessen wider. Allerdings zeigen die Ergebnisse des BLS, dass die deutschen Banken ihre Standards aufgrund der GLRG und des APP nicht angepasst haben. Potenzielle Effekte anderer Sondermaßnahmen, die sich nicht adäquat durch Änderungen des EONIA approximieren lassen, bleiben im Modell unberücksichtigt.

Die Wahl der bankengruppenspezifischen Variablen orientiert sich zum einen an den in der Literatur genannten Einflussgrößen. So weisen Berger und Udell (2004)<sup>6</sup> einen empirischen Zusammenhang zwischen Änderungen der Rückstellungen für Kreditverluste und der damit einhergehenden Veränderung der Profitabilität und der Ausgestaltung der Standards nach. Daneben betonen Gatev und Strahan (2006)<sup>7</sup> sowie Pennacchi (2006)<sup>8</sup>, dass die Kreditvergabebereitschaft der Banken von ihrem Zugang zu stabilen Finanzierungsquellen abhängt. Entsprechend enthalten die bankengruppenspezifischen Kontrollvariablen  $Y_{i,t-1}$  neben dem Zinsüberschuss als Profitabilitätsmaß die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (jeweils in Relation zur Bilanzsumme). Der Zugang zu stabilen Finanzierungsquellen wird im Vektor der bankengruppenspezifischen Kontrollvariablen  $Z_{i,t-1}$  mit dem Verhältnis von Einlagen- zu Kreditbestand abgebildet.

Zum anderen enthalten die bankengruppenspezifischen Kontrollvariablen weitere Größen, von denen angenommen wird, dass sie die Standards beeinflussen. So sind in Abhängigkeit der Bedeutung des Kreditgeschäftes unterschiedliche Standardsetzungsverhalten denkbar. Banken, für die das Kreditgeschäft eine besondere Bedeutung einnimmt, könnten ihre Standards straffer ausgestalten als Wettbewerber, deren Geschäftsmodell weniger stark auf die Kreditvergabe fokussiert ist und die somit etwaige Verluste im Kreditgeschäft besser ausgleichen können. Zudem könnten die Standards auch von der Größe einer Bank, gemessen an der Bilanzsumme, beeinflusst sein, falls beispielsweise kleinere Banken aufgrund fehlender oder geringerer Verbundvorteile Kredite bestimmter Größenordnungen nicht oder nur eingeschränkt anbieten können.

Um beide Effekte im Modell zu berücksichtigen, beinhalten die Kontrollvariablen  $Z_{i,t-1}$  daher zusätzlich den Kreditbestand an den privaten nichtfinanziellen Sektor (in Relation zur Bilanzsumme) und die Bilanzsumme (logarithmiert).

Unter der Annahme, dass mithilfe der Recht-handvariablen in Gleichung (1) endogene Veränderungen der Standards vollständig abgebildet werden können, spiegeln die Residuen,  $\varepsilon_{i,t}$ , den exogenen Teil der Standardveränderungen, also die Kreditangebotschocks der Bankengruppe  $i$  wider.<sup>9</sup> Mögliche Gründe für Bewegungen dieser Variablen sind Änderungen bankaufsichtlicher und regulatorischer Vorgaben, Veränderungen der Geschäftsstrategie oder eine fundamentale Neubewertung von mit der Kreditvergabe verbundenen Risiken insoweit damit keine Änderung der Kreditnachfrage verbunden ist. Dabei zeigen positive (negative) Werte der Residuen exogene Straffungen (Lockerungen) der Standards auf Bankengruppenebene an.

Die geschätzten bankengruppenspezifischen exogenen Veränderungen der Standards,  $\hat{\varepsilon}_{i,t}$ , werden in einem zweiten Schritt zu bankengruppenübergreifenden exogenen Kreditangebotsänderungen,  $\Delta S_t^{adj}$ , aggregiert. Hierfür werden die geschätzten Residuen mit den bankengruppenspezi-

<sup>6</sup> Vgl.: A. N. Berger und G. F. Udell (2004), The institutional memory hypothesis and the procyclicality of bank lending behaviour, *Journal of Financial Intermediation* 13 (4), S. 458–495.

<sup>7</sup> Vgl.: E. Gatev und P. Strahan (2006), Banks' advantage in hedging liquidity risk: theory and evidence from the commercial paper market, *Journal of Finance* 61 (2), S. 867–892.

<sup>8</sup> Vgl.: G. G. Pennacchi (2006), Deposit insurance, bank regulation, and financial systemic risks, *Journal of Monetary Economics* 53 (1), S. 1–30.

<sup>9</sup> Falls einige der verwendeten bankspezifischen Variablen aus rein exogenen, d. h. nicht in Zusammenhang mit Kreditnachfrageveränderungen stehenden Gründen variieren, werden exogene Standardveränderungen nicht mehr korrekt von den Residuen der Gleichung (1) wiedergegeben.

**Geschätzte aggregierte Kreditangebotschocks und unbereinigte Standardveränderungen<sup>1)</sup>**



fischen Anteilen am Kreditbestand an den nichtfinanziellen Privatsektor aller im BLS enthaltenen Bankengruppen,  $\omega_{i,t-1}$ , gewichtet:

$$\Delta S_t^{adj} = \sum_i \omega_{i,t-1} \hat{\epsilon}_{i,t} \quad (2)$$

Ebenso wie bei den exogenen bankengruppenspezifischen Änderungen der Standards,  $\epsilon_{i,t}$ , sind positive (negative) Werte der für das gesamte deutsche Bankensystem berechneten exogenen Standardveränderungen,  $\Delta S_t^{adj}$ , mit exogenen Verschärfungen (Lockerungen) der Kreditvergabestandards gleichbedeutend.

Die aggregierten Standardveränderungen,  $\Delta S_t^{adj}$ , können in Analogie zur Interpretation der im ersten Schritt ermittelten bankengruppenspezifischen Residuen,  $\epsilon_{i,t}$ , aufgefasst werden als Näherungsgröße für exogene Anpassungen der Kreditvergabe- politik auf Ebene des deutschen Bankensys-

tems, die ihre Ursachen in rein bankseitigen Faktoren haben. Entsprechend werden sie im Folgenden als aggregierte Kreditangebotschocks bezeichnet.

Im Gegensatz zu den aggregierten Kreditangebotschocks spiegeln die (unbereinigten) BLS-Standardveränderungen Änderungen der Kreditvergabemaßstäbe wider, die darüber hinaus auch das Ergebnis einer Reaktion der Banken auf Nachfrageänderungen sowie auf Änderungen des gesamtwirtschaftlichen Umfelds und bankspezifischer Variablen sein können.

Das nebenstehende Schaubild zeigt im oberen Teil den zeitlichen Verlauf der geschätzten Kreditangebotschocks für das gesamte deutsche Bankensystem. Im unteren Teil ist die Entwicklung der über die drei im BLS erfragten Kreditkategorien aggregierten unbereinigten Standardveränderungen dargestellt.<sup>10)</sup> Beide Graphen zeigen abgesehen vom aufgrund der Aufnahme der verzögerten Standardveränderungen in Gleichung (1) geringeren Beharrungsverhalten der oberen Zeitreihe grundsätzlich ähnliche Verläufe.

Auffällig sind jedoch zwei Zeiträume, die jeweils die positiven und negativen Extremwerte beinhalten und in denen die Entwicklung beider Zeitreihen voneinander abweicht. Der Verlauf der geschätzten aggregierten Kreditangebotschocks in diesen Zeiträumen ist zudem hinsichtlich verschiedener Modellspezifikationen, bei denen einzelne Variablen aus dem hier geschätzten Modell entfernt wurden, robust. Im ersten Zeitraum von Anfang 2006 bis zum dritten Vierteljahr 2007 lagen die unbereinigten

<sup>10</sup> Der für das deutsche Bankensystem über die drei im BLS erfragten Kreditkategorien aggregierte Nettosaldo der unbereinigten Standardveränderungen wurde als mit den Anteilen der Kreditbestände der einzelnen Kreditkategorien am gesamten Kreditbestand an den nichtfinanziellen Privatsektor der im BLS vertretenen Bankengruppen gewichtetes Mittel berechnet.

Standardveränderungen kontinuierlich im negativen Bereich, das heißt, die deutschen Banken lockerten per saldo fortwährend ihre Vergabestandards. Da die aggregierten Kreditangebotsschocks in der ersten Hälfte dieses Zeitraums jedoch um die Nulllinie schwanken, dürften die Lockerungen in dieser Phase vor allem eine Reaktion der Banken auf Veränderungen der im Modell verwendeten Variablen gewesen sein, das heißt vor allem endogene Veränderungen der Standards widerspiegeln. Erst Anfang 2007 nahmen die Banken – gemäß dem zu diesem Zeitpunkt extrem negativen Angebotsschock – auch eine exogene Lockerung ihrer Kreditvergabestandards vor.

Der zweite Zeitraum beginnt mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im dritten Vierteljahr 2008 und erstreckt sich bis zum dritten Vierteljahr 2009. Gemäß dem Verlauf der unbereinigten Standardverände-

rungen verschärfen die Banken ihre Standards kontinuierlich über diesen Zeitraum. Allerdings gingen die vorgenommenen Straffungen der Richtlinien lediglich zu Beginn des Zeitraums auch mit einer nennenswerten exogenen restriktiven Anpassung der Standards einher, da die geschätzte Zeitreihe der aggregierten Kreditangebotsschocks einzig zu Beginn des zweiten Zeitraums einen deutlich positiven Wert aufweist. Die anschließend von den Banken gemeldeten Verschärfungen der Standards waren jedoch gemäß dem geschätzten Modell vor allem eine Reaktion der Banken auf Nachfrageänderungen, Änderungen des realisierten und erwarteten makroökonomischen Umfelds und auf Veränderungen damit im Zusammenhang stehender bank-spezifischer Variablen.

die Bankmanager auch Auskunft zur Entwicklung der Kreditbedingungen in ihrer Gesamtheit.

2007 nahmen die deutschen Banken per saldo noch zum Teil kräftige Margenverengungen bei durchschnittlichen Krediten in allen drei Geschäftsfeldern vor, bevor in der Folgezeit ein im Zuge der Finanzmarktkrise gestiegenes Risikobewusstsein zu erheblichen Margenausweitungen im Geschäft mit Unternehmen beitrug. Betroffen waren hiervon sowohl durchschnittliche als auch risikoreichere Ausleihungen, das heißt, die Vorsicht der Banken bezog sich nicht nur auf die Mittelbereitstellung etwa für riskante Projekte oder noch nicht etablierte Unternehmen, sondern auch auf die Finanzierung üblicher Vorhaben. Im Vergleich dazu hielten sich die Margenanpassungen im Geschäft mit privaten Haushalten in den Krisenjahren ab 2008 in Grenzen. Hier wurden ab 2010 immer wieder moderate Verringerungen der Margen vorgenommen, teilweise sogar bei risikoreiche-

ren Krediten. Zu einer anhaltenden Phase von Margenverengungen kam es im Unternehmenskreditgeschäft dagegen erst ab 2014. Diese zuletzt kundenfreundlichen Veränderungen scheinen vor allem der angespannten Wettbewerbssituation, der sich die Banken ausgesetzt sehen, geschuldet zu sein, wie die seit 2015 erfragten Bestimmungsgründe für die Margenanpassungen nahelegen. Die Entwicklung der sonstigen abgefragten Bedingungen verlief im Unternehmenskreditgeschäft im Wesentlichen parallel zur Margenentwicklung, während diese Bedingungen bei Krediten an private Haushalte seit Ende 2007 im Großen und Ganzen nicht mehr nennenswert angepasst wurden.

*Margen für Unternehmenskredite während der Krise ausgeweitet, zuletzt dagegen wettbewerbsbedingt verengt*

### Veränderung der Margen im Kreditgeschäft deutscher Banken \*)

in %



\* Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten (Marge ausgeweitet = Verschärfung, Marge verengt = Lockerung).

Deutsche Bundesbank

## Entwicklung der Nachfrage nach Bankkrediten

Anhaltender Trend einer steigenden Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten

Die Nachfrage nach Bankkrediten vonseiten nichtfinanzieller Unternehmen<sup>17)</sup> stieg – von wenigen Quartalen abgesehen – laut BLS-Angaben zwischen 2007 und Mitte 2011 nahezu stetig an, wobei zu beachten ist, dass hier auch Anfragen und Anträge erfasst werden, die letztlich nicht in einer Kreditgewährung münden.<sup>18)</sup> Gebremst wurde diese Nachfrageentwicklung erst in der zweiten Jahreshälfte 2011, bevor sie dann in den zwei Folgejahren rückläufig war. Im

Jahr 2014 zog die Nachfrage wieder langsam an und nahm zuletzt deutlich zu.

Beim Mittelbedarf zu Wohnungsbau- und Konsumzwecken zeigten sich jeweils deutlich abweichende Entwicklungen. So sank die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten 2007 und 2008 deutlich, bevor sich ein bis heute anhaltender Trend einer spürbar bis kräftig steigenden Nachfrage etablierte, der nur selten von kurzen Stagnationsphasen unterbrochen war. Der Bedarf an Konsumfinanzierung stieg im Durchschnitt über alle Quartale seit 2007 spürbar an. Der Anteil abgelehnter Kreditanträge, zu dem die Bankmanager seit Anfang 2015 Auskunft geben, hat sich seitdem in der Tendenz in allen drei Kreditsegmenten etwas verringert.

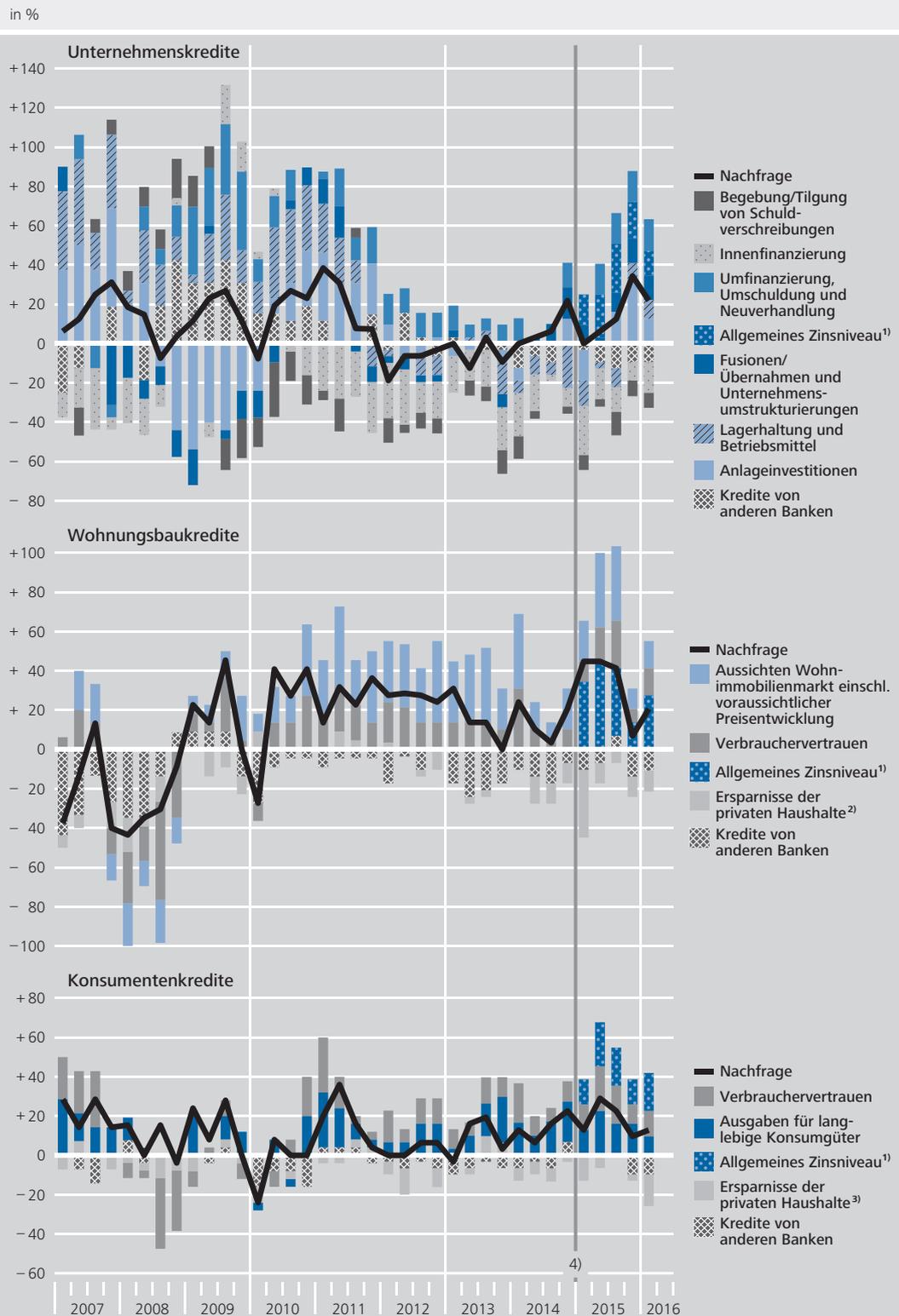
Ähnlich wie die Bestimmungsfaktoren für die Kreditrichtlinien haben sich auch die Faktoren für die Nachfrage im Verlauf der Finanz- und Staatsschuldenkrise verändert. Bei der Interpretation ist jedoch zu beachten, dass die Bankmanager zwar im Fall der Standards fundierte Aussagen über Einflussfaktoren treffen können, weil sie selbst in den Anpassungsprozess involviert sind. Im Fall der Nachfrage sind die Angaben dagegen mit höherer Unsicherheit behaftet, da die Bankmanager die für die Kreditnehmer ausschlaggebenden Gründe nur indirekt einschätzen können. Im Unternehmenskreditgeschäft zeigt die Veränderung des Mittelbedarfs für Anlageinvestitionen sowohl den Beginn der Finanzkrise als auch die sukzessive Entspannung während des folgenden Verlaufs der Krise an. So stieg die Nachfrage für Anlage-

Schwankender Mittelbedarf für Anlageinvestitionen zeigt Beginn der Krise und anschließende Entspannung an

<sup>17</sup> Die Nachfrage im BLS ist erst seit der Fragebogenreform einheitlich als nominale Bruttonachfrage im Vergleich zum Vorquartal definiert. Sie bezieht sich auf den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und privaten Haushalten durch Bankkredite unabhängig davon, ob tatsächlich ein Kredit gewährt wird. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen auf S. 17 ff.

<sup>18</sup> So können Anfragen, die aus Sicherheitsüberlegungen bei mehreren BLS-Instituten parallel gestellt wurden, die BLS-Nachfrage enorm erhöhen. Außerdem dürften sich hinter der gemäß BLS gestiegenen Nachfrage zum Teil auch Verschiebungen innerhalb des Marktes hin zu den kleineren, weniger von der Finanzkrise betroffenen Instituten verbergen, die sich in der aggregierten Kreditnachfrage laut monatlicher Bilanzstatistik nur begrenzt niederschlagen.

### Veränderungen der Nachfrage<sup>\*)</sup> und ausgewählte erklärende Faktoren<sup>\*\*)</sup>



\* Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich gestiegen“ und „leicht gestiegen“ und der Summe der Angaben „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“ in % der gegebenen Antworten. \*\* Saldo aus der Summe der Angaben „hat erheblich zu einer Nachfragerückgang beigetragen“ und „hat geringfügig zu einer Nachfragerückgang beigetragen“ und der Summe der Antworten „hat geringfügig zu einem Nachfragerückgang beigetragen“ und „hat erheblich zu einem Nachfragerückgang beigetragen“ in % der gegebenen Antworten. **1** Seit dem 1. Vj. 2015 erfragt. **2** Faktor heißt seit dem 1. Vj. 2015 „Eigenfinanzierung von Wohneigentum aus Ersparnissen/Anzahlung (d.h. aus Eigenmitteln des privaten Haushalts finanziert Anteil)“; Ersparnisse dienen nunmehr explizit der Substitution und senken den Kreditbedarf. **3** Faktor heißt seit dem 1. Vj. 2015 „Eigenfinanzierung aus Ersparnissen“. **4** Einzelne Faktoren zusätzlich neu erfragt bzw. neu definiert.

investitionen 2007 und in der ersten Hälfte des Jahres 2008 teilweise noch massiv an, erreichte danach jedoch kräftige Rückgangsraten, bevor ab Mitte 2010 eine erneute Phase mit positivem Einfluss der Anlageinvestitionen auf den Mittelbedarf begann, die bis zum ersten Quartal 2012 anhielt. In der Folgezeit war lange kein eindeutiger Trend auszumachen, zuletzt stieg die Nachfrage für diesen Zweck jedoch wieder an. Der Mittelbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel reagierte erst später. Er beeinflusste die Nachfrage – vermutlich wegen schlecht absetzbarer Lagerbestände – noch bis ins dritte Quartal 2011 positiv, bevor in den Folgejahren ein dämpfender Einfluss die Oberhand gewann. In den Krisenjahren 2008 bis 2012 sank auch der Mittelbedarf zum Zweck von Fusionen/Übernahmen sowie Unternehmensumstrukturierungen, während der Bedarf für Umfinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung stieg.

*Niedriges allgemeines Zinsniveau ist derzeit wesentlicher treibender Faktor für die Nachfrage*

Ein relevanter Faktor für die zuletzt deutlich gestiegene Nachfrage war auch das niedrige allgemeine Zinsniveau, dessen Einfluss seit Anfang 2015 erfragt wird. Die Zinssenkungen hatten außerdem zur Folge, dass etwa seit Mitte 2010 bis zum aktuellen Zeitpunkt vermehrt langfristige Kredite zulasten kurzfristiger nachgefragt wurden.

*Mittelbedarf seit der Krise langfristig durch alternative Finanzierungsmöglichkeiten gedämpft*

Hinsichtlich alternativer Finanzierungsquellen ist einerseits zu beobachten, dass die Nachfrage nach Bankkrediten bei den BLS-Instituten in den ersten Krisenjahren von Mitte 2008 bis Ende 2010 dadurch gestützt wurde, dass Unternehmen aus Sicht der befragten Bankmanager vermehrt Kredite bei mehreren Instituten parallel nachfragten, weil sie Absagen mancher Banken befürchten mussten. Andererseits wurde nach der intensiven Krisenphase die Nachfrage nach Bankkrediten langfristig dadurch gedämpft, dass Unternehmen diese substituierten, indem sie vermehrt Innenfinanzierungsspielräume nutzten oder Schuldverschreibungen begaben.<sup>19)</sup>

Bei der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten wirkte sich die Unsicherheit im Zuge der Finanz-

krise, die in einem rückläufigen Verbrauchervertrauen sowie eingetrübten Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt zum Ausdruck kommt, nur vom vierten Quartal 2007 bis Ende 2008 dämpfend aus. Demnach dürfte sich gemäß Angaben einiger BLS-Banken die allgemeine Unsicherheit, gepaart mit einem Mangel an attraktiven Anlagealternativen, sogar zu einem Treiber der Nachfrage nach Baufinanzierungen entwickelt haben, da die privaten Haushalte vor allem aus diesen Gründen tendenziell ihre Portfolios zugunsten von Sachwerten umgeschichtet haben. Ebenso dürften die massiven Zinssenkungen Ende 2008 erheblich dazu beigetragen haben, dass sich die Nachfrage nach Bankkrediten in diesem Segment nicht nur schnell erholte, sondern dass eine lang anhaltende Phase beispielloser Nachfragesteigerungen begann, die bis zum aktuellen Zeitpunkt anhält. So spielt der Faktor „Allgemeines Zinsniveau“ seit seiner Aufnahme in den Fragebogen 2015 die bedeutendste Rolle unter allen erfragten Faktoren. Dämpfende Einflüsse aufgrund anderer Faktoren hielten sich in Grenzen: Genannt seien hier zum einen die (Teil-)Finanzierung aus Ersparnissen der privaten Haushalte und zum anderen die Kreditvergabe durch andere Banken. Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich bei den Bestimmungsfaktoren für die Nachfrage nach Konsumentenkrediten: Die Anschaffungsneigung brach während der Krise nicht wesentlich ein, was gemäß BLS-Angaben auch durch die 2009 eingeführte Umweltprämie beim Autokauf ermöglicht wurde; ebenso war das Verbrauchervertrauen lediglich im Jahr 2008 eingetrübt. In der Folgezeit bis zum aktuellen Zeitpunkt waren diese beiden Faktoren – neben dem niedrigen allgemeinen Zinsniveau – die Haupttreiber für die steigende Nachfrage. Wie

*Trend steigender Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten seit 2010 ungebrochen*

<sup>19</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Außenfinanzierung nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften im Euro-Raum während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, Monatsbericht, Januar 2012, S. 24 ff.; Deutsche Bundesbank, Die Struktur der Unternehmensfinanzierung vor dem Hintergrund einer schwachen Buchkreditentwicklung in Deutschland und im Euro-Raum, Monatsbericht, August 2013, S. 43 f; sowie Deutsche Bundesbank, Zur unterschiedlichen Dynamik der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen in Deutschland und Frankreich, Monatsbericht, November 2014, S. 38 ff.

auch bei der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten wirkten sich eigene Ersparnisse der Haushalte sowie Kredite von anderen Banken tendenziell dämpfend auf die Nachfrage nach Konsumentenkrediten bei den BLS-Banken aus.

## Kreditangebot und -nachfrage im europäischen Vergleich

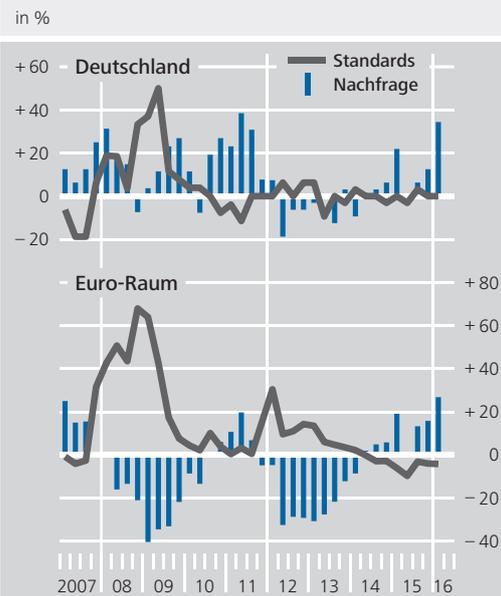
*Massive Verschärfungen der Kreditstandards im Euro-Raum im Rahmen der Krise*

Im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die BLS-Banken im Euro-Raum (einschl. Deutschland) ihre Kreditangebotspolitik nicht nur insgesamt mit deutlich stärkerer Intensität verschärft als die deutschen Institute, sondern auch über einen längeren Zeitraum. Dies gilt in besonderem Maße für die Länder der Peripherie. So kam es im Währungsgebiet von Mitte 2007 bis Mitte 2009 zu einer Phase teilweise massiver Verschärfungen der Kreditrichtlinien in allen Geschäftsbereichen, die vornehmlich auf die Einschätzung des mit der Kreditvergabe verbundenen Risikos zurückgeführt wurden, daneben aber auch auf bankseitige Faktoren. Zur selben Zeit weiteten die Banken im Euro-Raum ihre Margen zum Teil drastisch aus und verschärften auch die sonstigen Kreditbedingungen. In den Jahren 2011 bis 2013 folgten weitere restriktive Anpassungen, die hauptsächlich realwirtschaftlich, aber auch bankseitig begründet wurden und die in Deutschland weitgehend ausblieben. Allerdings fielen im Euro-Raum auch die jüngsten Lockerungen bei den Standards und Margen seit Ende 2014 deutlicher aus als in Deutschland. Für diese Anpassungen machten die befragten Institute in erster Linie die anziehende Konkurrenz im Bankensektor verantwortlich.

*Nachfrage im Euro-Raum krisenbedingt zum Teil drastisch eingebrochen, Erholung erst seit 2014*

Während in Deutschland seit 2007 die Zeiträume mit rückläufiger Kreditnachfrage relativ kurz ausfielen (bei den Unternehmenskrediten im Wesentlichen 2012/2013 und bei den Wohnungsbaukrediten 2007/2008) und die Rückgänge eher mäßig waren, kam es im Euro-Raum zu deutlichen bis drastischen Nachfrageeinbrüchen, insbesondere im Bereich der

### Veränderung der Kreditstandards\*<sup>1)</sup> und der Kreditnachfrage\*\*<sup>2)</sup> für Unternehmenskredite



\* Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. \*\* Saldo der Summe der Angaben „deutlich gestiegen“ und „leicht gestiegen“ und der Summe der Angaben „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“ in % der gegebenen Antworten.

Deutsche Bundesbank

Immobilienfinanzierungen. So berichteten etwa 2008 in Spanien und Irland, die besonders von der Immobilienkrise betroffen waren, nahezu alle befragten Banken von Nachfragerückgängen. Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten war vor allem rückläufig, weil der Mittelbedarf für Anlageinvestitionen sowie für Fusionen, Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen zurückging. Bei den privaten Haushalten verschlechterten sich vor allem die Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt einschließlich der Entwicklung der Preise für Wohneigentum, und das Verbrauchervertrauen sowie die Neigung zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter sanken. Erst im Verlauf der 2014 einsetzenden konjunkturellen Erholung begannen diese Faktoren wieder die Kreditnachfrage der privaten Haushalte zu stützen. Gleichzeitig nahm auch die Entwicklung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten wieder Schwung auf: Zunächst stieg der Bedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel, für Unternehmensumstrukturierungen und für Umfinanzierungen. Seit 2015

werden auch für Anlageinvestitionen wieder mehr Mittel nachgefragt. Als Haupttreiber für die Nachfrage wurde allerdings in allen Kreditbereichen das niedrige allgemeine Zinsniveau genannt. Diese zuletzt positive Dynamik hält bis zum aktuellen Zeitpunkt an.

## Zusatzfragen zum Einfluss der Finanzkrise auf Finanzierungsbedingungen und Vergabepolitik

*Erste Ad-hoc-Frage 2007 zu Auswirkungen der Finanzmarkt-turbulenzen auf Kreditrichtlinien*

Bereits im Herbst 2007 reagierte der BLS auf die ersten Turbulenzen an den Finanzmärkten infolge der Krise bei den US-Subprime-Hypothekenanleihen und der Ausweitung auf die Märkte für strukturierte Kreditprodukte mit der Neukonzeption von Ad-hoc-Fragen. So wurden die Bankmanager in der Oktober-Runde 2007 und in den Folgequartalen gefragt, wie sich die aktuelle Lage an den Finanzmärkten, isoliert betrachtet, auf die Kreditrichtlinien ihres Hauses auswirkt. Bei den deutschen Banken zeigten sich zunächst im Wesentlichen nur moderat verschärfende Einflüsse auf die Standards im Unternehmenskreditgeschäft, während im Euro-Raum insbesondere die Vergabepolitik gegenüber großen Unternehmen deutlich stärker durch die Turbulenzen belastet wurde. 2008 enthielt der Fragebogen darüber hinaus für einige Quartale eine Frage zum Einfluss von Finanzierungsverpflichtungen aus Conduits<sup>20</sup> oder Structured Investment Vehicles<sup>20</sup> auf den Umfang der vergebenen Kredite sowie auf die Margen. Danach übertrafen die negativen Auswirkungen der Verpflichtungen bei den deutschen Banken diejenigen im gesamten Euro-Raum, insgesamt war aber nur gut ein Viertel der befragten Banken überhaupt davon betroffen.

*Ad-hoc-Frage zur krisenbedingten Beeinträchtigung der Finanzierungssituation bis heute vierteljährlich gestellt*

Seit dem dritten Quartal 2007 werden die Banken um Auskunft darüber gebeten, inwieweit ihre großvolumige Finanzierung über ihre üblichen Finanzmarktquellen<sup>21</sup> durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten beeinträchtigt ist. In den ersten Krisenjahren zeigten sich sowohl

in Deutschland als auch im gesamten Währungsgebiet erhebliche negative Auswirkungen der Turbulenzen auf die großvolumige Finanzierung. So beschrieben etwa Ende 2008 60% der deutschen BLS-Banken mit Zugang zum unbesicherten Interbankengeldmarkt (über eine Woche) diesen als deutlich oder leicht beeinträchtigt. Im Euro-Raum gaben dies sogar mehr als drei Viertel der Banken an, die sich üblicherweise über diese Quelle finanzieren. Ähnlich hoch waren die Hürden bei der Finanzierung über Schuldverschreibungen. Hier meldeten in der deutschen wie in der EWU-Stichprobe im Schlussquartal 2008 jeweils über 70% derjenigen BLS-Banken, die sich über großvolumige Schuldtitel finanzieren, deutliche oder leichte Beeinträchtigungen beim Marktzugang. Teilweise gänzlich zum Erliegen kam die Möglichkeit, Kredite zu verbrieften, die allerdings nur eine Minderheit der Banken als Finanzierungsquelle nutzte. Laut Angaben der befragten Banken, die von Schwierigkeiten beim Marktzugang berichteten, wirkten sich diese sowohl in Deutschland als auch im Euro-Raum in den ersten Krisenjahren zum Teil deutlich auf den Umfang der vergebenen Kredite sowie die Margen aus.

Nachdem sich die Refinanzierungssituation Ende 2009 infolge der großzügigen Maßnahmen des Eurosystems wieder etwas entspannt hatte, wurde diese Ad-hoc-Frage so umformuliert, dass nicht mehr nach dem Grad der Beeinträchtigung, sondern nach Verbesserungen oder Verschlechterungen des Marktzugangs

<sup>20</sup> Conduits bzw. Structured Investment Vehicles sind Refinanzierungsstrukturen, bei denen mittels einer Zweckgesellschaft forderungsbesicherte Wertpapiere wie z. B. Asset Backed Securities (ABS) oder Collateralized Debt Obligations (CDO) angekauft und über die Ausgabe von kurzfristigen Geldmarktpapieren refinanziert werden. Die Subprime-Krise in den USA und die plötzliche Illiquidität zahlreicher verbriefteter Wertpapiere waren für einige Banken existenzbedrohend, da sie ihre angekauften Forderungen nicht mehr am Geldmarkt refinanzieren konnten.

<sup>21</sup> Abgefragt wurden die Kategorien unbesicherter Interbankengeldmarkt (sehr kurzfristiger Geldmarkt bis zu einer Woche, kurzfristiger Geldmarkt über eine Woche), großvolumige Schuldtitel (kurzfristige sowie mittel- bis langfristige Schuldtitel), Verbriefung (von Unternehmens- sowie Wohnungsbaukrediten) und die Möglichkeit, Kreditrisiken außerbilanziell zu übertragen.

aufgrund der Lage an den Finanzmärkten im Vergleich zum Vorquartal gefragt wurde. Abgesehen vom zweiten Quartal 2010, in dem sich die Staatsschuldenkrise erstmals zuspitzte, und der zweiten Jahreshälfte 2011, in der sich die Staatsschuldenkrise, einhergehend mit substanzieller Unsicherheit an den Finanzmärkten, erneut verschärfte, entspannte sich in Deutschland die Situation bei allen Finanzierungsquellen seit 2010 nahezu stetig, insbesondere bei den mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen und im Bereich der Verbriefungen. Auch die Bedingungen bei der Finanzierung über Einlagen<sup>22)</sup> verbesserten sich insgesamt, wobei allerdings der deutlichen Entspannung im Bereich der kurzfristigen Einlagen eine leichte Verschlechterung bei den längerfristigen gegenüberstand. Dies dürfte im Wesentlichen auf den rückläufigen Zinsabstand zwischen beiden Kategorien und die damit gesunkenen Opportunitätskosten der Geldhaltung zurückzuführen sein, was Umschichtungen von länger- in kurzfristige Einlagekomponenten zur Folge hatte. Letztere Entwicklung kann auch für den Euro-Raum konstatiert werden. Eine dauerhafte leichte Entspannung am Geldmarkt und bei Schuldtiteln setzte dagegen vor dem Hintergrund der ab Ende 2011 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen in Form einer Neuauflage des Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen und erstmalig eingeführter dreijähriger Refinanzierungsgeschäfte erst in der zweiten Jahreshälfte 2012 ein. In einzelnen Ländern gab es jedoch auch seitdem immer wieder spürbare Schwierigkeiten bei der Finanzierung über den Geldmarkt oder Schuldverschreibungen, die sich teilweise auch als zwischenzeitlich stagnierende Entwicklung im gesamten Währungsraum niederschlugen.

*Ad-hoc-Frage zum isolierten Einfluss von Rekapitalisierungen und Garantien durch die Regierungen*

Einen Ansatzpunkt für eine Ad-hoc-Frage hinsichtlich, isoliert betrachtet, positiver Auswirkungen auf den Marktzugang der Banken boten die seitens der Regierungen während der Zuspitzung der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 angekündigten und eingeführten Maßnahmen zur Unterstützung von Rekapitalisierungen sowie zur Bereitstellung von Staats-



garantien für Bankschuldverschreibungen. Während in Deutschland diesbezüglich 2009 nur weniger als 20% der BLS-Banken einen leicht oder deutlich verbessernden Einfluss auf den Marktzugang zu großvolumiger Finanzierung vermeldeten, lag die Quote im gesamten Währungsgebiet zeitweise über 50%.<sup>23)</sup>

Im Zuge der Ausweitung der Finanzkrise auf die europäischen Staatsanleihemärkte wurde zwischen dem vierten Quartal 2011 und dem dritten Quartal 2014 eine Frage zu den isolierten Auswirkungen dieser Staatsschuldenkrise auf die Refinanzierungsbedingungen und die Kre-

*Ad-hoc-Frage zum isolierten Einfluss der Staatsschuldenkrise*

<sup>22</sup> Diese Kategorie, unterteilt in kurzfristige und längerfristige Einlagen, wurde zum Schlussquartal 2011 im Fragebogen ergänzt.

<sup>23</sup> Nachdem diese Frage Ende 2009 eingestellt worden war, wurden solche Effekte weiterhin indirekt in der zuvor genannten Frage nach den Beeinträchtigungen der großvolumigen Finanzierung über die bei der jeweiligen Bank üblichen Finanzmarktquellen durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten erfragt. Diese Frage enthält bis heute die Bitte, hier auch mögliche Effekte staatlicher Garantien für Schuldtitel und Rekapitalisierungen zu berücksichtigen.

ditvergabepolitik gestellt. In Deutschland hatte die Staatsschuldenkrise danach insgesamt nur leichte und zumeist positive Auswirkungen auf die Refinanzierungsbedingungen der Banken, und die Richtlinien und Margen waren davon überhaupt nicht tangiert. Im Euro-Raum insgesamt hingegen vermeldeten die Banken insbesondere in den Ländern der Peripherie Ende 2011 hinsichtlich ihrer Refinanzierungssituation deutliche Beeinträchtigungen durch die Staatsschuldenkrise. Diese entfaltete sowohl über die direkten Engagements als auch über die Beleihungswerte von Staatsanleihen am Repo-Markt und über sonstige Effekte<sup>24)</sup> Wirkung. Alle drei Kanäle führten, für sich genommen, zu merklichen Verschärfungen der Kreditrichtlinien. Die anschließende spürbare Erholung an den europäischen Staatsanleihemärkten vor dem Hintergrund des vom EZB-Rat im September 2012 in Aussicht gestellten Ankaufprogramms für Staatsanleihen (Outright Monetary Transactions: OMT) hatte dann jedoch ab dem Schlussquartal des Jahres eine sukzessive Entspannung bei den Auswirkungen auf die Refinanzierung der Banken zur Folge.

## Zusatzfragen zu regulatorischen Maßnahmen infolge der Finanzmarktkrise

*Eigenkapitalposition im Zuge der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Regelungen deutlich gestärkt*

Eine erste Sonderfrage zum Einfluss der Ereignisse an den Finanzmärkten auf die Eigenkapitalposition und mögliche Folgen für die Bereitschaft zur Kreditvergabe wurde ebenfalls bereits in der Oktober-Runde 2007 eingeführt und in den Folgejahren vierteljährlich gestellt. Den Angaben der deutschen BLS-Banken zufolge hatten die anfänglichen Turbulenzen und die spätere Krise bei etwa der Hälfte von ihnen Auswirkungen auf das Kapital und bei einem Großteil davon auch Einschränkungen bei der Kreditvergabe zur Folge. In der EWU-Stichprobe war ein noch höherer Anteil der Banken von negativen Auswirkungen auf Eigenkapitalposition und Kreditvergabe betroffen, und diese Situation hatte im Wesentlichen auch bis mindestens 2010 Bestand. 2011 wurde diese Frage von

einem nur noch halbjährlich im Fragebogen enthaltenen Fragenkomplex abgelöst, der sich mit den Auswirkungen der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Regelungen im Rahmen von Basel III<sup>25)</sup> auf die risikogewichteten Aktiva (RWA), die Eigenkapitalposition, die Finanzierungsbedingungen und die Kreditvergabepolitik der Banken beschäftigt. Den Angaben der deutschen BLS-Institute zufolge stärkten diese ihre Eigenkapitalposition infolge der neuen Regelungen in jedem einzelnen Halbjahr vom Zeitpunkt der Einführung der Frage bis heute jeweils kräftig im Vergleich zum Halbjahr zuvor. Besonders markante Verbesserungen zeigten sich regelmäßig jeweils in der ersten Hälfte des Jahres, weil dann das Instrument der Gewinnthesaurierung zur Verfügung stand. Insbesondere vom zweiten Halbjahr 2011 bis Ende 2013 ging diese Entwicklung mit einem deutlichen Abbau der RWA einher, unter anderem durch eine Reduzierung des Bestandes an risikoreicheren Krediten. In abgeschwächter Form setzte sich diese Entwicklung bis zum aktuellen Zeitpunkt fort, gleichzeitig wurden zuletzt aber auch wieder durchschnittliche Kredite aufgebaut.

Auch im Euro-Raum verbesserten die befragten Banken ihre Eigenkapitalposition seit Einführung des Fragenkomplexes zu den neuen regulatorischen und aufsichtlichen Regelungen Anfang 2011 stetig. Im Vergleich zu den deutschen Ergebnissen spielte hierbei die Einbehaltung von Gewinnen allerdings eine weniger

<sup>24</sup> Gemäß Fragestellung zählen hierzu bspw. die automatische Herabstufung von Ratings, die die jeweilige Bank betreffen, infolge der Herabstufung von Staaten oder infolge von Änderungen des Wertes der impliziten Staatsgarantie und Ansteckungseffekte auf andere Vermögenswerte (einschl. Kreditportfolios).

<sup>25</sup> Zu den neuen Regelungen zählen zum einen die in der CRR/CRD IV festgelegten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Daneben sollen die Eigenkapitalanforderungen berücksichtigt werden, die sich aus der umfassenden Bewertung (Comprehensive Assessment), die die EZB und die teilnehmenden zuständigen nationalen Behörden im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus durchführen, oder aus den Bestimmungen ergeben, welche aus sonstigen spezifischen regulatorischen oder aufsichtlichen Aktivitäten erwachsen, die kürzlich verabschiedet/umgesetzt wurden oder in naher Zukunft verabschiedet/umgesetzt werden dürften.

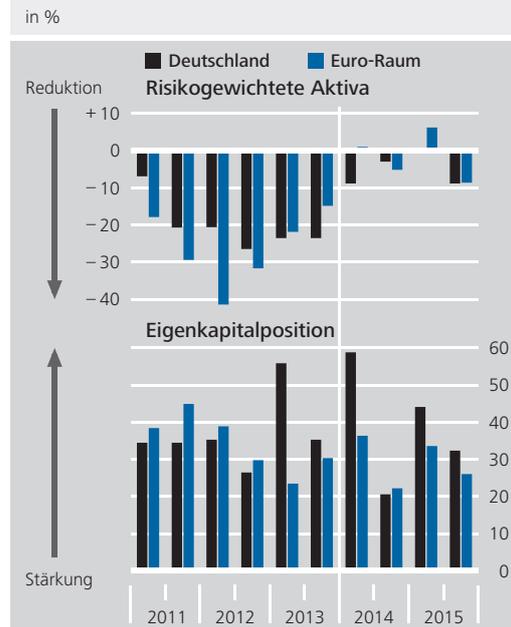
bedeutende, die Ausgabe von Kapitalinstrumenten dagegen eine etwas wichtigere Rolle. Um die RWA zu reduzieren, bauten die Banken im Euro-Raum 2012/2013 sowohl ihren Bestand an risikoreicheren als auch an durchschnittlichen Krediten ab. Die Refinanzierungsbedingungen waren in Deutschland und im Euro-Raum von den neuen regulatorischen und aufsichtlichen Regelungen im Rahmen von Basel III im Wesentlichen nicht tangiert. Auf die Richtlinien für Unternehmens- und Wohnungsbaukredite hatten die Regelungen bei den befragten Banken zeitweise aber einen verschärfenden Einfluss, der im Euro-Raum stärker ausfiel als in Deutschland, und auch die Margen wurden in diesem Zusammenhang 2012/2013 spürbar ausgeweitet.

## Zusatzfragen zu geldpolitischen Sondermaßnahmen

*Ad-hoc-Fragen zu GLRG, APP und negativer Verzinsung der Einlagefazilität*

Auch auf einige der geldpolitischen Sondermaßnahmen, die im Verlauf der Finanzkrise ergriffen wurden, reagierte der BLS mit Ad-hoc-Fragen. So enthält der Fragebogen seit Einführung der GLRG im Herbst 2014 halbjährlich einen Fragenkomplex zu diesem Thema, der die Teilnahme an vergangenen und die voraussichtliche Teilnahme an zukünftigen Geschäften sowie die jeweils vorrangigen Gründe dafür umfasst. Darüber hinaus wird nach dem Verwendungszweck der aufgenommenen Mittel und möglichen Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Banken sowie auf Kreditrichtlinien und -bedingungen gefragt. Halbjährlich im Wechsel mit diesem Fragenkomplex werden die teilnehmenden Institute seit Frühjahr 2015 um Auskunft zu Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten auf ihre finanzielle Situation und Kreditvergabepolitik sowie zum Verwendungszweck der etwaigen zusätzlichen Finanzierungsmittel gebeten. Die Verzinsung der Einlagefazilität im negativen Bereich bot Anlass zur Einführung einer weiteren Ad-hoc-Frage in der April-Runde 2016. Hier werden die Banken nach den Auswirkungen etwa auf

### Auswirkungen regulatorischer Anforderungen<sup>\*)</sup>



\* Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich erhöht“ und „etwas erhöht“ und der Summe der Angaben „etwas verringert“ und „deutlich verringert“ in % der gegebenen Antworten. Zu den Anforderungen gehören u. a. solche im Rahmen der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirement Directive IV (CRD-IV) sowie die aus der umfassenden Bewertung (Comprehensive Assessment) resultierenden Anforderungen.  
 Deutsche Bundesbank

ihre Zinserträge, Kreditzinsen oder Margen befragt.

## Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Im Juni 2014 beschloss der EZB-Rat angesichts der anhaltend schwachen Buchkreditvergabe insgesamt acht GLRG durchzuführen. Durch die teilweise Koppelung dieser Geschäfte an die Kreditvergabe der Banken an den Privatsektor sollten Anreize für die Banken gesetzt werden, zusätzliche Kredite über ihre übliche Kreditvergabe hinaus herauszureichen.<sup>26)</sup> Dies konnte jedoch nicht grundsätzlich verhindern, dass die Institute einen Teil der erhaltenen Zentralbankkredite zur Ablösung auslaufender Marktfinanzierung oder zum Erwerb verzinslicher Wertpapiere einsetzten.

*GLRG zur zusätzlichen Kreditvergabe*

<sup>26</sup> Details sind in der EZB-Pressemitteilung zu den GLRG vom 3. Juli 2014 enthalten.

### Verwendungszwecke<sup>\*)</sup> der bei den bisherigen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) aufgenommenen Mittel

in % aller antwortenden BLS-Banken; Stand: Ende 4. Vj. 2015



\* In beträchtlichem oder gewissem Umfang für diesen Zweck verwendet.  
 Deutsche Bundesbank

*Interesse an GLRG im Euro-Raum größer als in Deutschland*

Bis zur Januar-Runde 2016 zeigten die am BLS teilnehmenden deutschen Banken an den seit September 2014 durchgeführten GLRG insgesamt nur mäßiges Interesse. Die Institute nahmen nur vereinzelt teil, und die Zahl derer, die definitiv auch über künftige GLRG Finanzmittel in Anspruch nehmen wollen, hielt sich in engen Grenzen. Im Euro-Raum insgesamt dagegen nahm anfänglich mit jeweils rund der Hälfte der befragten BLS-Banken ein deutlich höherer Anteil von Instituten an den Geschäften teil als in Deutschland. Im Dezember 2015 lag dieser Anteil im Währungsgebiet jedoch auch nur noch bei gut einem Fünftel der befragten Institute. Für die Teilnahme der Banken war laut eigenen Angaben zumeist das Ertragsmotiv ausschlaggebend, das Interesse an den GLRG beruhte somit vor allem auf ihren attraktiven Bedingungen. Für einige war aber auch eine bessere Erfüllung regulatorischer Liquiditätsanforderungen oder die Reduzierung aktueller beziehungsweise Vermeidung künftiger Finanzierungssengpässe der treibende Faktor. Ihre Nichtteilnahme

begründeten die übrigen Banken fast ausschließlich damit, dass keine Finanzierungssengpässe bestünden. Diejenigen Banken, die an einem oder mehreren der sechs GLRG bis Dezember 2015 teilnahmen, gaben an, die Mittel entsprechend dem geldpolitischen Zweck der Maßnahme in erster Linie für die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte verwendet zu haben. Aber auch zur Substitution anderer Refinanzierungsquellen wollten einige der befragten Banken ihre Mittel einsetzen. Im Gegensatz zu den deutschen Banken, die vor allem fällige Verbindlichkeiten substituieren wollten, beabsichtigten die Banken des Euro-Raums dabei aber primär, Mittel aus anderen liquiditätszuführenden Geschäften des Eurosystems durch die GLRG-Mittel zu ersetzen. Laut Angaben der beteiligten Banken hat sich durch die bisher durchgeführten GLRG ihre finanzielle Situation insgesamt verbessert. So gaben vor allem die Banken im Euro-Raum eine Stärkung ihrer Liquiditätsposition an. Daneben berichteten sowohl die teilnehmenden deutschen Institute als auch die Banken im Währungsgebiet von einem positiven Einfluss auf ihre Ertragslage, da die Vorzugsbedingungen der GLRG sich entlastend auf ihre Kostenseite ausgewirkt hätten. Auch die Finanzierungsbedingungen am Markt hätten sich durch die GLRG etwas verbessert.<sup>27)</sup> Laut Angaben der deutschen Banken hatte die Teilnahme keinen Einfluss auf ihre Kreditvergabepolitik. Die beteiligten Institute der EWU-Stichprobe berichteten zwar ebenfalls, dass sich ihre Teilnahme nicht auf ihre Kreditstandards ausgewirkt hätte, bei den konkreten Bedingungen der vergebenen Kredite, insbesondere an Unternehmen, sei es hingegen zu zum Teil deutlichen Erleichterungen gekommen.

<sup>27</sup> Hierbei dürfte etwa eine Rolle spielen, dass durch die Langfristigkeit der GLRG das Liquiditätsrisiko der teilnehmenden Banken über einen längeren Zeitraum gesenkt werden kann. Zudem kann eine aufgrund der Teilnahme an den GLRG verbesserte Ertragslage zu günstigeren Konditionen bei einer Fremdmittelaufnahme am Markt führen.

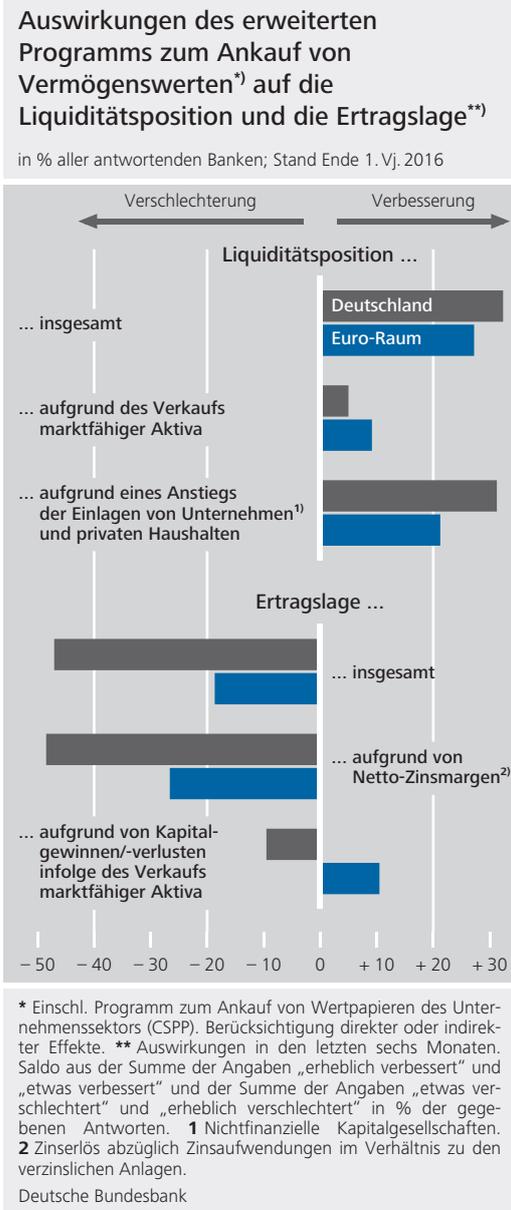
## Erweitertes Programm des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten

APP zur Gewährleistung von Preisstabilität

Am 22. Januar 2015 kündigte der EZB-Rat das APP an, in dessen Rahmen nicht nur der Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities fortgesetzt wurde, sondern zusätzlich unter bestimmten Bedingungen Käufe von Anleihen, die von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben wurden, getätigt werden sollten.<sup>28)</sup> Die Mehrheit des EZB-Rats sah das erweiterte Ankaufprogramm angesichts einer schwächer als erwartet ausgefallenen Inflationsdynamik sowie erhöhter Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation als notwendig zur Erfüllung des Preisstabilitätsmandats des Eurosystems an.

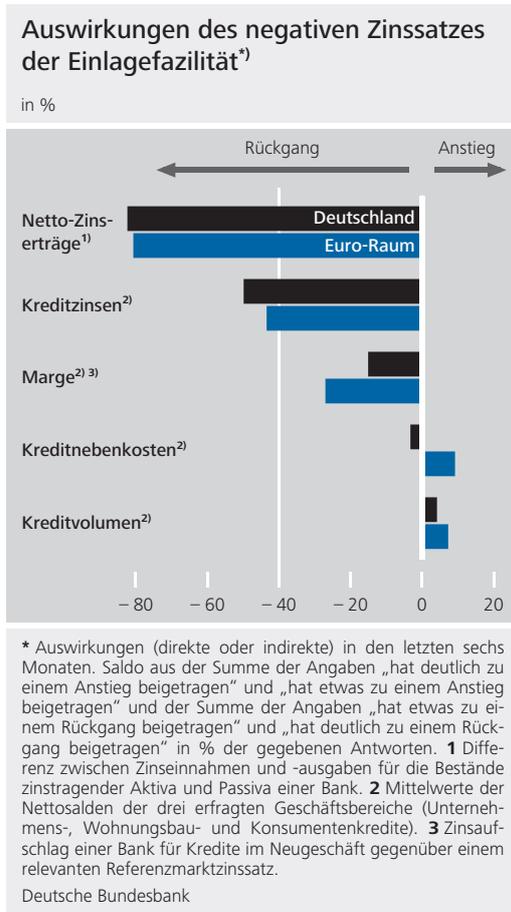
Liquiditätsposition durch APP verbessert, Ertragslage dagegen deutlich belastet

Gefragt nach den direkten oder indirekten Auswirkungen des APP auf ihre finanzielle Situation berichteten die BLS-Institute der deutschen wie der EWU-Stichprobe per saldo, dass das Programm, für sich genommen, bei ihnen in moderatem Umfang zu einem Abbau von Staatsanleihen des Euro-Raums beigetragen hat. Das APP verbesserte laut Bankangaben ihre Liquiditätsposition sowie ihre Finanzierungsbedingungen, vor allem in Bezug auf gedeckte Schuldverschreibungen, und lässt auch für die sechs Monate nach der Umfragerunde vom April 2016 weitere Verbesserungen erwarten. Bei den in Deutschland befragten Banken resultierte die Verbesserung der Liquiditätsposition fast ausschließlich daraus, dass die Bankkunden Portfoliumschichtungen zugunsten von Bank-einlagen vornahmen, und nicht aus bankeigenen Verkäufen von Wertpapieren. Im Euro-Raum insgesamt spielte dagegen auch die eigeninduzierte Veräußerung von Aktiva der Banken eine nennenswerte Rolle, da hiermit in einigen Ländern offenbar Gewinne erzielt werden konnten. Als Verwendungszweck der zusätzlichen Liquidität nannten die Banken in beiden Gebieten die Substitution alternativer Refinanzierungsquellen sowie die Kreditver-



gabe. Auf die Eigenkapitalposition der Banken hatte das Ankaufprogramm nur geringe direkte oder indirekte Auswirkungen. Seit Einführung dieser Sonderfrage berichteten die deutschen BLS-Banken allerdings in der Breite, dass das Ankaufprogramm Druck auf ihre Netto-Zinsmargen ausübe und dadurch ihre Ertragslage belaste. Im Euro-Raum insgesamt hatten die befragten Banken in den ersten zwei Umfragerunden im Frühjahr und Herbst 2015 per saldo noch angegeben, dass das APP sich bei ihnen

28 Zu weiteren Details vgl.: Deutsche Bundesbank, Geldpolitik und Geldmarktentwicklung, Monatsbericht, Februar 2015, S. 25 f.



aufgrund der Kapitalgewinne bei eigeninduzierten Verkäufen insgesamt neutral auf ihre Ertragslage ausgewirkt hätte. Da auf Länderebene neben den deutschen mittlerweile auch Banken weiterer Länder einen negativen Einfluss des APP auf ihre Ertragslage ausgemacht haben, der in erster Linie mit gesunkenen Netto-Zinsmargen in Verbindung steht, fielen zuletzt auch die für den gesamten Euro-Raum aggregierten Ergebnisse dementsprechend aus. Lediglich Banken in Ländern der Peripherie meldeten noch einen neutralen oder positiven Einfluss des APP auf ihre Ertragslage. Für die sechs Monate nach April 2016 rechnen die befragten Banken des Euro-Raums insgesamt mit weiteren ertragsbelastenden Effekten. Im Hinblick auf die Kreditrichtlinien hatte das Programm gemäß Bankangaben keinen nennenswerten Effekt und wird es voraussichtlich auch in Zukunft nicht haben. Allerdings wurden die Kreditbedingungen im Euro-Raum sowohl im Firmenkundengeschäft als auch im Geschäft mit privaten Haushalten merklich gelockert, und es werden

weitere Lockerungen in den nachfolgenden sechs Monaten erwartet.

## Auswirkungen des negativen Zinssatzes der Einlagefazilität

Der EZB-Rat beschloss in seiner Sitzung am 5. Juni 2014 eine Senkung des Zinssatzes der Einlagefazilität auf  $-0,10\%$  und damit erstmals in den negativen Bereich. Dieser Maßnahme folgten ab Ende 2014 noch drei weitere schrittweise Zinssenkungen auf aktuell  $-0,40\%$ . Die in der April-Runde 2016 neu eingeführte Ad-hoc-Frage beschäftigt sich konkret mit den Auswirkungen dieses negativen Zinssatzes der Einlagefazilität auf die Netto-Zinserträge der Banken sowie auf die Kreditzinsen, die Marge, die Kreditnebenkosten und das Kreditvolumen in den drei verschiedenen Kreditsegmenten. Dabei sollen die Banken neben direkten auch indirekte Effekte berücksichtigen, die auftreten können, auch wenn die jeweilige Bank nicht über Überschussliquidität verfügt.

*Ad-hoc-Frage zum Einfluss des negativen Zinssatzes der Einlagefazilität auf Ertragslage, Zins, Margen, Kreditvolumen*

Gemäß den Angaben der befragten Banken in Deutschland wie im Euro-Raum insgesamt und in nahezu allen Mitgliedstaaten trug der negative Einlagefazilitätssatz in den zurückliegenden sechs Monaten erheblich zu einem Rückgang ihrer Netto-Zinserträge bei. Jeweils gut 80% der BLS-Banken gaben leichte oder deutliche negative Effekte an. Im Einklang mit der üblichen Zinsweitergabe trug der negative Zins der Einlagefazilität in allen erfragten Kreditkategorien deutlich zu einem Rückgang der Kreditzinsen bei. Kreditzinserhöhungen zur Margenstabilisierung wurden nicht berichtet. Der negative Zins der Einlagefazilität leistete, isoliert betrachtet und per saldo, während der vorangegangenen sechs Monate einen spürbaren Beitrag zum zunehmenden Margendruck. Im Gegensatz zu den Instituten des gesamten Währungsraumes berichteten die deutschen Banken allerdings, dass ihre Margen für Konsumentenkredite, die sie in den letzten sechs Monaten im Ergebnis nahezu stabil halten konnten, durch den negativen Zins per saldo nicht beeinflusst wurden. Vereinzelt

*Rückgang der Netto-Zinserträge, Zinsen und Margen aufgrund des negativen Einlagefazilitätssatzes*

verzeichneten Institute aus der deutschen Stichprobe auch positive Effekte auf die Margen, wenn es einer Bank gelungen war, ihre individuellen Kreditzinsen im Vergleich zu den gesunkenen Refinanzierungskosten relativ konstant zu halten. Anders als in Deutschland reagierte ein nennenswerter Teil der befragten Banken des Währungsgebiets auf den negativen Zinssatz der Einlagefazilität mit einer Erhöhung der Kreditnebenkosten. Die Auswirkungen des negativen Einlagesatzes auf das Kreditvolumen waren sowohl in Deutschland als auch im Euro-Raum insgesamt relativ gering, tendenziell – bei Krediten an private Haushalte – fielen die Effekte per saldo eher volumensteigernd aus. Für die nachfolgenden sechs Monate erwarteten die deutschen Umfrageteilnehmer im April dieses Jahres unter dem Strich einen noch stärkeren negativen Effekt des Einlagesatzes auf ihre Nettozinsenerträge. Hinsichtlich der anderen erfragten Größen rechneten sie mit ähnlichen Auswirkungen wie in den sechs Monaten vor April.

## ■ Schlussfolgerungen

Der BLS hat als flexibles Instrument während der Finanz- und Staatsschuldenkrise einen wesentlichen Beitrag zur besseren und zeitnahen Einschätzung des Kreditangebotsverhaltens der deutschen Banken und der Institute im Euro-Raum geleistet. Auch für die Beurteilung der Wirkung geldpolitischer Sondermaßnahmen sowie regulatorischer Neuerungen liefer-

ten die Antworten auf die Ad-hoc-Fragen wichtige Informationen.

In Deutschland ist für die Qualität der erhobenen Angaben insbesondere das System der persönlichen Interviews von besonderem Wert. Die Zeitreihen, die mittlerweile auch für einige Ad-hoc-Fragen vorliegen, können für die geldpolitische Vorbereitung ebenso von Nutzen sein wie für wissenschaftliche Analysen und finanzstabilitätsbezogene Fragestellungen. So können – wie beim vorgestellten Kreditangebotsindikator – Angebots- und Nachfrageeffekte im Hinblick auf die Kreditentwicklung isoliert voneinander betrachtet werden. Des Weiteren kann gerade im deutschen Bankensystem die Analyse von Unterschieden nach Bankengruppen, für die die aktuelle BLS-Stichprobe gut geeignet ist, relevant und interessant sein.

In der nahen Zukunft dürfte die Beobachtung spezieller Fragestellungen im BLS von besonderem Interesse bleiben. So stellt sich für Deutschland die Frage, wie lange sich die hauptsächlich wettbewerbsbedingten Margenverengungen noch fortsetzen werden. Auch der seit 2010 bestehende Trend einer steigenden Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten in Deutschland wird weiter unter Beobachtung stehen. Nicht zuletzt werden weiterhin auch die – positiven wie negativen – Auswirkungen der geldpolitischen Sondermaßnahmen und der negativen Verzinsung der Einlagefazilität im Mittelpunkt des Interesses bleiben.

*Qualität der BLS-Daten eröffnet vielseitige Einsatzmöglichkeiten*

*Länderspezifische BLS-Angaben liefern wertvollen Beitrag zu geldpolitischer Diskussion*



## Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum

*Im Verlauf der Finanz- und Staatsschuldenkrise wurden verschiedene neue Mechanismen zur Koordination und Krisenbewältigung geschaffen. Der oftmals erhöhten gemeinschaftlichen Haftung stand aber mit Ausnahme der Bankenunion praktisch kein Ausbau einer gemeinschaftlichen Kontrolle gegenüber. Vielmehr wurde der ursprüngliche Ordnungsrahmen der Europäischen Währungsunion (EWU) im Grundsatz beibehalten. Trotz zusätzlicher Koordinierungsmechanismen agieren die Mitgliedstaaten in ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik weitgehend eigenverantwortlich. Für eine Übertragung von Souveränitätsrechten, wie sie für einen größeren Integrationssprung in eine umfassende Fiskal- oder politische Union nötig wäre, scheinen derzeit keine Mehrheiten zu bestehen. In diesem Fall sollten Reformbemühungen darauf abzielen, die für die EWU vereinbarten Grundprinzipien zu stärken und die auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik abzusichern.*

*Bei der Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum ist eine Solvenzsicherung sowohl durch die anderen Mitgliedstaaten als auch das Eurosystem grundsätzlich untersagt. Somit ist es entscheidend, solide Staatsfinanzen auf nationaler Ebene abzusichern und die Finanzstabilität zu stärken, indem die negativen Wechselwirkungen zwischen Staaten und systemischen Finanzinstituten nachhaltig begrenzt werden. Letztlich muss in der Währungsunion auch der Extremfall eines staatlichen Zahlungsausfalls möglichst verkräftbar sein. Bei der Bewältigung fiskalischer Krisen steht der im Jahr 2012 gegründete Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) im Mittelpunkt. Dieser kann auf der Basis von Anpassungsprogrammen Finanzhilfen bei Liquiditätsproblemen bereitstellen. Dies setzt voraus, dass die Schulden des betreffenden Landes tragfähig sind.*

*Vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen werden im vorliegenden Aufsatz Ansatzpunkte vorgestellt, um den Krisenlösungsmechanismus mittel- bis langfristig zu verbessern und auch eine notwendige Umschuldung geordnet durchführen zu können. Dies betrifft zum einen die standardisierten Bedingungen für künftige staatliche Anleiheemissionen. So könnte durch eine automatische Laufzeitverlängerung im Falle eines ESM-Programms besser zwischen vorübergehenden Liquiditäts- und grundlegenden Tragfähigkeitsproblemen unterschieden, die Eigenverantwortung von Investoren gestärkt, die Schlagkraft des ESM erhöht sowie die Risikoübertragung auf den öffentlichen Sektor und die übrigen Mitgliedstaaten begrenzt werden. Außerdem könnte für den Überschuldungsfall die erforderliche Einigung zwischen Schuldern und Gläubigern erleichtert und beschleunigt werden, indem das Mehrheitserfordernis in den Umschuldungsklauseln hin zu einem einstufigen Verfahren angepasst wird. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, für den Fall einer Umschuldung ein stärker regelgebundenes Verfahren sowie die Zuordnung der erforderlichen koordinierenden Aufgaben festzuschreiben, um einen geordneten und transparenten Ablauf zu sichern. Dies könnte die Probleme im Zusammenhang mit einer Staatsschuldenkrise eindämmen. Im Ergebnis könnte mit diesen Ergänzungen ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des geltenden Haftungsausschlusses und der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten geleistet und somit perspektivisch auch die Wahrscheinlichkeit einer staatlichen Überschuldung verringert werden.*

*Vorschläge zu einer besseren Bewältigung von Staatsschuldenkrisen*

## ■ Einleitung

Die Bundesbank hat im März 2015 einen Überblick über Veränderungen am Ordnungsrahmen der EWU seit dem Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise gegeben und Ansatzpunkte zu dessen Stärkung aufgezeigt.<sup>1)</sup> Der vorliegende Aufsatz befasst sich nun eingehender mit der Bewältigung von Staatsschuldenkrisen in der EWU einschließlich etwaiger Umschuldungen. Es werden zunächst zentrale Maßnahmen und Reformen in der EWU und die für die Herstellung eines konsistenten Ordnungsrahmens wichtigen Bausteine angesprochen. Danach werden ausgewählte Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bewältigung staatlicher Finanzierungskrisen und etwaiger Umschuldungsnotwendigkeiten skizziert. Anschließend werden Ansatzpunkte für diesbezügliche Reformen dargelegt.

## ■ Finanz- und Staatsschuldenkrise hat Reformbedarf im Ordnungsrahmen der EWU offengelegt

*In der Krise wurden Hilfsmechanismen geschaffen und Reformen eingeleitet*

In der Finanz- und Schuldenkrise hatten einige Mitgliedstaaten der EWU den Zugang zur Kapitalmarktfinanzierung verloren, und die Finanzstabilität im Währungsraum erschien erheblich gefährdet. Angesichts dieser Risiken wurden Finanzhilfen von den anderen Mitgliedstaaten gewährt, und mit dem ESM wurde letztlich ein permanenter Hilfsfonds eingerichtet. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Reformen ergriffen, die unter anderem die wechselseitige Verstärkung von Problemen im Finanzsektor und bei den Staatsfinanzen (Banken-Staaten-Nexus) vermindern sollen.<sup>2)</sup> Um gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen künftig zu vermeiden oder zu korrigieren, wurde das Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten eingeführt. Zur Gewährleistung solider Staatsfinanzen sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt gehärtet und über nationale Regelungen stärker verankert werden. Die Bankenunion soll mit ihrer ersten Säule, dem einheitlichen

Aufsichtsmechanismus (SSM), dazu beitragen, Schief lagen im Bankensystem zu vermeiden. Mit der zweiten Säule, dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM), soll unter anderem vermieden werden, dass staatliche Mittel künftig zur Rettung des Bankensystems eingesetzt werden müssen.<sup>3)</sup>

Diese Reformen können einen Beitrag zur Prävention und Bewältigung künftiger Krisen leisten. Der dabei ausgeweiteten gemeinschaftlichen Haftung steht mit Ausnahme der Bankenunion aber praktisch kein wesentlicher Ausbau der gemeinschaftlichen Eingriffsrechte gegenüber. Zudem lassen Ausgestaltung und Umsetzung der Neuregelungen beispielsweise im Bereich der Fiskalregeln erhebliche Zweifel an deren Effektivität aufkommen.<sup>4)</sup> Auch bei der Eindämmung der Wirkungsrichtung fiskalischer Schief lagen vom Staat auf das Bankensystem wurden bislang keine ausreichenden Fort-

*Probleme der gegenwärtigen Ausgestaltung*

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion, Monatsbericht, März 2015, S. 15 ff. Zu den Ursachen und Implikationen der Finanz- und Schuldenkrise siehe: Deutsche Bundesbank, Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion, Monatsbericht, Januar 2014, S. 13 ff. Für einen Überblick über empfohlene Maßnahmen und Reformen, siehe S. 46.

2 Die Rolle der Geldpolitik in der Finanzkrise und zur Vermeidung und Bewältigung von Krisen steht nicht im Fokus dieses Aufsatzes. Vgl. hierzu ausführlicher u. a.: Deutsche Bundesbank, Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euro-Raum, Monatsbericht, Juni 2016, S. 29 ff.; Deutsche Bundesbank, Die Bedeutung der makroprudenziellen Politik für die Geldpolitik, Monatsbericht, März 2015, S. 41 ff.; sowie Deutsche Bundesbank, Konsequenzen für die Geldpolitik aus der Finanzkrise, Monatsbericht, März 2011, S. 55 ff.

3 Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank, Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, Monatsbericht, Juni 2014, S. 31 ff.; sowie Deutsche Bundesbank, Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa, Monatsbericht, Oktober 2014, S. 45 ff.

4 Vgl. z. B.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet, Monatsbericht, Mai 2016, S. 64 ff.; Deutsche Bundesbank, Zur Umsetzung der fiskalischen Regeln in der Europäischen Währungsunion, Monatsbericht, Dezember 2014, S. 8 ff.; oder auch Europäischer Rechnungshof, Weitere Verbesserungen sind erforderlich, um die wirksame Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit zu gewährleisten, Sonderbericht Nr. 10/2016.

schritte erzielt.<sup>5)</sup> Insgesamt wurden etliche offene Flanken nicht geschlossen, und das Auseinanderfallen von Haftung und Kontrolle setzt potenziell gewichtige Fehlanreize für Akteure in der Politik und an den Finanzmärkten.<sup>6)</sup>

*Konsistenter  
Ordnungs-  
rahmen für die  
EWU notwendig*

Eine stärkere wirtschafts- und finanzpolitische Integration könnte eine konsistente Reformoption für den Euro-Raum darstellen. Auch wenn entsprechende Vorschläge häufig primär darauf abzielen, die Gemeinschaftshaftung noch mehr auszuweiten,<sup>7)</sup> wäre es aber bei einer stärkeren Integration notwendig, auch relevante Entscheidungskompetenzen auf demokratisch legitimierte europäische Institutionen zu übertragen und dabei insgesamt die Stabilitätsorientierung sicherzustellen.<sup>8)</sup> Eine Änderung der EU-Verträge wird von den nationalen Entscheidungsträgern allerdings derzeit nicht verfolgt, und für eine Abgabe von Souveränitätsrechten scheinen keine Mehrheiten zu bestehen. Solange dies so bleibt, muss es darum gehen, das für die EWU vereinbarte Regelwerk zu stärken.<sup>9)</sup> Danach basiert die EWU auf einer unabhängigen Geldpolitik mit eindeutigem Mandat zur Sicherung der Preisstabilität und setzt auf Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten und der Finanzmarktakteure. Eine fiskalische Haftungsgemeinschaft und eine Staatsfinanzierung durch die Geldpolitik sind dagegen untersagt.

*Haftungs-  
ausschluss nur  
bei weiteren  
Reformen  
glaubwürdig*

Dies bedeutet, dass staatliche Finanzierungsprobleme bis hin zum Zahlungsausfall eines Mitgliedstaates der EWU nicht ausgeschlossen werden können. Die Krise hat allerdings offengelegt, dass dieser Rahmen an seine Grenzen stößt, wenn die volkswirtschaftlichen und politischen Kosten aus staatlichen Zahlungsschwierigkeiten im Vergleich zu einer Gewährung öffentlicher Finanzhilfen als gravierend höher eingeschätzt werden. Dies ist insbesondere zu erwarten, wenn die Finanzstabilität insgesamt bedroht erscheint und die Kosten eines Zahlungsausfalls kurzfristig, die von Finanzhilfen eher mittel- bis langfristig anfallen. Vor diesem Hintergrund wurde zwar mit dem ESM ein Hilfsmechanismus bei staatlichen Liquiditätsproblemen geschaffen. Er darf aber grundsätzlich

keine Mittel bei staatlicher Überschuldung bereitstellen, und ein Zahlungsausfall bleibt möglich. Daher sollten weitere Reformen darauf abzielen, eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten zu verankern, systemische Ansteckungseffekte so weit wie möglich zu verhindern und die Finanzstabilität insgesamt zu stärken. Letztlich müssen auch makroökonomische Ungleichgewichte oder eine ausufernde Staatsverschuldung bis hin zu einem (teilweisen) Zahlungsausfall verkraftbar sein. Andernfalls dürfte die EWU krisenanfällig bleiben. Einen Überblick über die von der Bundesbank im Monatsbericht März 2015 hierzu vorgeschlagenen und näher diskutierten Reformen und Maßnahmen gibt die nachfolgende Zusammenstellung auf Seite 46.

## Herausforderungen für den Krisenlösungsmechanismus bei Staatsschuldenkrisen

Im Zentrum der Bekämpfung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum steht der ESM. Dieser kann vom Finanzmarkt abgeschnitten, aber

*Effektive Krisen-  
bewältigung  
mit Heraus-  
forderungen  
verbunden*

5 Um das Risiko von Banken aus Forderungen gegenüber Staaten zu begrenzen, wird derzeit diskutiert, die regulatorische Bevorzugung von Staatsschuldtiteln zurückzudrängen. Es wäre wichtig, auch diese Forderungen risikoadäquat mit Eigenkapital zu unterlegen und Großkreditgrenzen anzulegen, um den Banken-Staaten-Nexus zu durchbrechen. Dabei wäre darauf zu achten, dass etwaige Verluste, die an anderer Stelle außerhalb der Bankbilanzen auftreten können, für den Finanzmarkt insgesamt verkraftbar bleiben. Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank, Abbau der regulatorischen Privilegierung von Staatsschulden, Geschäftsbericht 2014, S. 23 ff.

6 Vgl. z. B.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Konsequenzen aus der Griechenland-Krise für einen stabileren Euro-Raum, Sondergutachten, Juli 2015.

7 Vgl.: J.-C. Juncker, D. Tusk, J. Dijsselbloem, M. Draghi und M. Schulz, Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, Bericht der fünf Präsidenten, Brüssel, Juni 2015.

8 Ohne Transfer entsprechender Entscheidungskompetenzen ist eine effektive Kontrolle gemeinschaftlicher Haftungsinstrumente nicht gewährleistet. Vgl.: Expert Group on Debt Redemption Fund and Eurobills, Finaler Bericht, März 2014.

9 Vgl. z. B.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/13, S. 102 ff.; sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2013/14, S. 156 ff.

## Überblick über ausgewählte Empfehlungen und Maßnahmen <sup>\*)</sup>

Finanzstabilität	Finanzpolitik	Wirtschaftspolitik
Verlustresistenz von Banken erhöhen: Eigenkapitalanforderungen und/oder Leverage Ratio  Makroprudenzielles Instrumentarium konsequent einsetzen und weiterentwickeln  Integration Eigen- und Fremdkapitalmärkte verbessern – Einheitlicher Rechtsrahmen – Diversifizierte Kreditvergabe  Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht  Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (SRM) – Ausreichendes bail-in-fähiges Kapital – Bail-in strikt anwenden und nicht lebensfähige Banken konsequent abwickeln – Gemeinsamer fiskalischer Absicherungsmechanismus mit nationalem Selbstbehalt  Auch Finanzsystem außerhalb des Bankensektors angemessen regulieren (z. B. Schattenbanken)  Regulatorische Entprivilegierung von Staatsanleihen – Eigenkapitalunterlegung – Großkreditgrenzen – Anpassung der Liquiditätsregulierung  <b>Neugestaltung von Staatsanleiheverträgen <sup>1)</sup></b> – Umschuldungsklauseln mit einstufiger Aggregation – Automatische Laufzeitverlängerung bei ESM-Hilfe  <b>Rahmen für geregelte staatliche Insolvenz schaffen <sup>1)</sup></b>	Unabhängige Institution zur Haushaltsüberwachung schaffen  Fiskalregeln – Einfacher und transparenter ausgestalten und stringent umsetzen – Einheitliche und nachvollziehbare Überwachung – Weniger diskretionärer Entscheidungsspielraum – Automatismus bei Korrekturmaßnahmen erhöhen – Schuldenquote stärker berücksichtigen  ESM – Konditionierte Liquiditätshilfen – Zinsaufschläge bei Hilfen – <b>Stärkere Rolle im etwaigen Insolvenzprozess <sup>1)</sup></b> – Außerordentliche fiskalische Maßnahmen, um Schuldenschnitt abzuwenden beziehungsweise abzumildern	Ungleichgewichtsverfahren überprüfen und gegebenenfalls anpassen, sobald ausreichende Erfahrungen vorliegen; stringent umsetzen  Europäische Koordinationsmechanismen straff und transparent gestalten  Grenzüberschreitende Wechselwirkungen beachten, aber keine wirtschaftspolitische Feinststeuerung durch zentrale Ebene
Geldpolitik		
Kernziel Preisstabilität im Fokus halten  Grenzen des Mandats eher eng auslegen, um Unabhängigkeit zu legitimieren  Einheit von Haftung und Kontrolle in anderen Bereichen nicht unterlaufen, Marktprozesse nicht verzerren	Keine Verantwortung für Finanzstabilitätsrisiken aus Solvenzproblemen von Staaten und Banken übernehmen  Keine Gemeinschaftshaftung für staatliche Solvenzrisiken über die Bilanz der Zentralbanken erwirken  Institutionelle Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht	
* Vgl.: Deutsche Bundesbank, Überblick über ausgewählte Empfehlungen und Maßnahmen, Monatsbericht, März 2015, S. 23. <b>1</b> Im vorliegenden Aufsatz vertieft behandelte Aspekte. Deutsche Bundesbank		

nicht überschuldeten Staaten im Gegenzug zu einem wirtschafts- und finanzpolitischen Anpassungsprogramm Finanzhilfen gewähren.<sup>10)</sup> Bestehen trotz angemessener Eigenanstrengung erhebliche Zweifel bezüglich der Schuldentragfähigkeit, sind diese vorab durch geeignete Maßnahmen auszuräumen, zum Beispiel durch die Beteiligung privater Gläubiger (Umschuldung). Mit Blick auf eine effektive Krisenlösung geht es insbesondere darum, gesamtwirtschaftliche Schäden möglichst gering zu halten, eine stabile wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen und die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen zu sichern.

## Zeitweilige Finanzierungs- von grundlegenden Tragfähigkeitsproblemen unterscheiden

Bei akuten Finanzierungsschwierigkeiten eines Staates am Kapitalmarkt ist oft schwierig festzustellen, ob es sich um einen vorübergehenden Engpass handelt, der durch ein Hilfsprogramm mit Liquiditätsdarlehen überwunden werden kann, oder ob ein grundlegendes Problem der Zahlungsfähigkeit oder auch der Zahlungswillig-

*Verlässliche Einschätzung akuter staatlicher Finanzierungsprobleme*

**10** Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den Beschlüssen des Europäischen Rates zur künftigen Vermeidung und Bewältigung von Staatsschuldenkrisen, Monatsbericht, April 2011, S. 53 ff.

keit eines Staates vorliegt. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Perspektiven und insbesondere das Durchsetzungsvermögen von Regierungen bei unpopulären Konsolidierungsbeschlüssen. Oftmals dürfte sich erst im Verlauf eines Anpassungsprogramms zeigen, ob sich die Ursachen akuter Finanzierungsschwierigkeiten durch die Umsetzung der vereinbarten Reformen beheben lassen (Liquiditätsproblem) oder ob eine Schuldenrestrukturierung erforderlich ist (grundlegendes Tragfähigkeitsproblem). Ein Krisenlösungsmechanismus sollte sowohl vermeiden, dass bei einem Liquiditätsproblem eine Umschuldung vorgenommen wird als auch dass bei einem Tragfähigkeitsproblem Gläubiger vollständig ausgezahlt werden.

## Staat und Investoren in der Verantwortung halten

Eine effektive Krisenbewältigung sollte die Eigenverantwortung des betroffenen Mitgliedstaates und der Investoren bewahren. So sollten die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten im Rahmen des Anpassungsprogramms maßgeblich in der Verantwortung für die Lösung der nationalen Finanzprobleme bleiben. Die innerstaatliche Verteilung von Anpassungslasten ist letztlich vom Mitgliedstaat eigenverantwortlich zu entscheiden und umzusetzen (Ownership). Für den Fall, dass sich im weiteren Zeitverlauf zeigt, dass die staatliche Zahlungsfähigkeit allein hierdurch nicht wiederhergestellt werden kann, sollten die Gläubiger in der Verantwortung für ihre Investitionsentscheidung bleiben und nicht durch öffentliche Finanzhilfen aus der Haftung entlassen werden.

## Verzögerung notwendiger Anpassungsmaßnahmen vermeiden

Bei staatlichen Finanzierungsproblemen könnten sowohl das Schuldnerland als auch seine

Gläubiger daran interessiert sein, den Einstieg in die Krisenlösung zu verzögern (Gambling for resurrection). Eine Regierung dürfte häufig die politischen Kosten eines Anpassungsprogramms oder einer Umschuldung vermeiden wollen. Auch kurzfristig eher negative Auswirkungen einer erforderlichen Konsolidierung auf die Wirtschaftsentwicklung dürften dazu führen, dass auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage ohne Maßnahmen gehofft und eine gegebenenfalls notwendige Restrukturierung so lange hinausgezögert wird, bis diese unvermeidbar geworden ist. Gläubiger haben naturgemäß ein Interesse an einer vollständigen Auszahlung ihrer Forderungsansprüche. Sie werden darauf hoffen, dass eine möglicherweise notwendige Umschuldung verzögert wird, unterbleibt oder die Anpassungslasten durch andere private oder öffentliche Gläubiger übernommen werden. Eine verzögerte Krisenlösung ist allerdings mit längerer Unsicherheit verbunden, und in der Regel dürften die weitere Wirtschaftsentwicklung belastet und die volkswirtschaftlichen Kosten erhöht werden. Insofern kommt es darauf an, die notwendigen Anpassungsprozesse zügig einzuleiten.<sup>11</sup> Gleichzeitig darf ein solcher Mechanismus aber keine Möglichkeit für Staaten bieten, sich ihrer Schuldenlast auf einfache Weise zu entledigen. Die Anreize zu einer nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftspolitik müssen erhalten bleiben.

## Schlagkraft des ESM zur Krisenbewältigung erhalten

Der ESM verfügt über begrenzte Mittel, schon daher gilt es, den Mitteleinsatz des ESM im Einzelfall so gering wie möglich zu halten. Dies gilt aber auch im Hinblick auf die Anreize von Investoren zur angemessenen Risikobewertung sowie auf eine Begrenzung der Belastung der Steuerpflichtigen in den Hilfe gebenden Staa-

*Neigung zu verspätetem Einstieg in Krisenlösung entgegenwirken*

*Eigenverantwortung von Staaten und Investoren erhalten*

*Je höher der ESM-Mittelbedarf im Einzelfall, umso niedriger dessen Schlagkraft*

<sup>11</sup> Die Reduktion von Unsicherheiten ist auch beim Umgang mit Schuldenproblemen im privaten Sektor von zentraler Bedeutung. Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank, Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion, a. a. O.

ten. Bei den bisherigen Hilfsprogrammen wurden jedoch große Teile der öffentlichen Mittel zur Finanzierung fällig werdender Anleihen genutzt und insofern schnell aufgezehrt und private Investoren zumindest teilweise aus der Haftung entlassen.

## Bei unvermeidlicher Restrukturierung effizient vorgehen

*Effektive Krisenbewältigung durch strukturiertes Vorgehen im Überschuldungsfall, ...*

Akute staatliche Finanzierungsschwierigkeiten und eine drohende Überschuldung bergen die Gefahr einer ungeordneten Entwicklung und schränken nicht nur den finanzpolitischen Gestaltungsspielraum ein, sondern belasten zudem das Finanzsystem und im Extremfall sogar die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt. Aufgrund der engen (finanz-)wirtschaftlichen Verflechtungen im Euro-Raum sind Ausstrahlungseffekte auf die anderen Mitgliedstaaten absehbar. Der ESM soll einer krisenhaften Zuspitzung vorbeugen und die volkswirtschaftlichen Kosten einer ansonsten eher ungeordneten Entwicklung vermeiden. Die derzeitigen Regelungen enthalten indes keine vorab geregelte Vorgehensweise, um im Falle einer staatlichen Überschuldung die dann unvermeidbare Schuldenrestrukturierung durchzuführen. Ein effektiver Krisenbewältigungsmechanismus sollte hier aber im Interesse aller Beteiligten Planungssicherheit schaffen und einen reibungsarmen Ablauf von Umschuldungsverhandlungen fördern. So können die Belastungen aus Konsolidierungsmaßnahmen, Schuldenschnitt und gesamtwirtschaftlichen Nebenwirkungen begrenzt werden. Hierzu gilt es einen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten herzustellen und die Gleichbehandlung von Forderungen zu unterstützen, insbesondere auch indem die damit verbundenen Koordinationsprobleme verringert werden.<sup>12)</sup>

*... das unter anderem Holdout-Problematik begrenzt*

Aus Sicht der Gläubiger ist es vorteilhaft, einem Schuldenschnitt zuzustimmen, wenn andernfalls noch höhere Verluste zu befürchten sind und der Wert ihrer danach verbleibenden Ansprüche sicherer erscheint. Letzteres setzt Ver-

trauen in den Krisenbewältigungsmechanismus, die Reform- und Zahlungswilligkeit des Schuldnerlandes und verbesserte gesamtwirtschaftliche und finanzielle Perspektiven im Anschluss an die Restrukturierung voraus. Bestehen diesbezüglich Zweifel, werden Gläubiger eher versuchen, Verluste zu vermeiden und auf die reguläre Auszahlung ihrer Ansprüche setzen.<sup>13)</sup> Potenzielle Konflikte zwischen den Gläubigergruppen verschärfen das Problem, insbesondere, wenn sich einzelne Investoren unkooperativ verhalten und ihre Forderungen auf Kosten der übrigen Gläubigergemeinschaft durchsetzen können (Holdout). Die Zustimmung der Gläubiger zu einer Umschuldung dürfte umso wahrscheinlicher erfolgen, je geringer ein Forderungsverzicht ausfällt. Dies birgt das Risiko einer zu geringen Umschuldung und somit einer eventuell wiederholten Restrukturierungsnotwendigkeit oder einer künftigen Belastung des Krisenlösungsmechanismus.

---

<sup>12</sup> Die Erfahrungen im Zusammenhang mit der im Jahr 2012 durchgeführten Schuldenrestrukturierung für Griechenland veranschaulichen die Probleme bei der derzeitigen Vorgehensweise. Im Rahmen des ersten Hilfsprogramms wurde von einem Liquiditätsproblem ausgegangen. Private Gläubiger wurden im weiteren Verlauf mit Fälligkeit ihrer Schuldtitel aus der Haftung entlassen und Risiken auf die öffentlichen Gläubiger übertragen. Im Rahmen des zweiten Hilfsprogramms wurde die Überschuldung Griechenlands offensichtlich. Die Beteiligung der noch vorhandenen privaten Gläubiger bei der Schuldenrestrukturierung wurde dabei durch eine nachträgliche Änderung der Anleiheverträge unter griechischem Recht und den Einsatz zusätzlicher Finanzmittel aus den fiskalischen Hilfsmechanismen erreicht. Gleichzeitig wurden Gläubiger, die überwiegend Staatsanleihen Griechenlands hielten, die unter einer anderen Rechtsprechung begeben worden waren, vollständig ausgezahlt. Vgl.: Committee on International Economic Policy and Reform, *Revisiting Sovereign Bankruptcy*, Bericht, Brookings Institution, Oktober 2013; sowie J. Zettelmeyer, C. Trebesch und M. Gulati (2013), *The Greek Debt Restructuring: An Autopsy*, *Economic Policy* 28(75), S. 513–563. Der weit überwiegende Teil der Schuldenrestrukturierungen erfolgte in den letzten Jahrzehnten für Entwicklungs- und Schwellenländer. Vgl.: D. Udaibir, M. Papaioannou und C. Trebesch (2012), *Sovereign Debt Restructurings 1950–2010: Literature Survey, Data and Stylized Facts*, IMF Working Paper 12/203. Die Herausforderungen bei der Krisenlösung und -bewältigung im Euro-Raum unterscheiden sich hiervon.

<sup>13</sup> Auch andere Staaten oder multilaterale Institutionen könnten als Gläubiger einen Anreiz haben, auf eine Besserung der Lage ohne Restrukturierung zu setzen, da diese Akteure zusätzlich zu den finanziellen Verlusten potenziell auch erhebliche politische Kosten in Betracht ziehen.

## Reformoptionen für einen Krisenlösungsmechanismus bei Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum

*Verbesserung künftiger Krisenbewältigung*

Im Folgenden werden Optionen für Verbesserungen des bestehenden Krisenlösungsmechanismus vorgestellt. Dabei handelt es sich um Änderungen gegenüber den aktuellen Standards der Staatsanleihebedingungen der EWU-Mitgliedstaaten sowie um Kernelemente eines strukturierteren Verfahrens bei einer etwaigen Umschuldung.

### Änderung der standardisierten Staatsanleihebedingungen von EWU-Mitgliedstaaten

#### Automatische Laufzeitverlängerung bei ESM-Programmen

*Automatische Laufzeitverlängerung bei ESM-Programmen mit Vorteilen*

Die Mitgliedstaaten der EWU finanzieren sich weit überwiegend über Anleihen, für die sie standardisierte Anleihebedingungen vereinbart haben. Diese könnten für neu emittierte Anleihen durch einen Passus ergänzt werden, nach dem sich die jeweilige Laufzeit automatisch um beispielsweise drei Jahre zu identischen Konditionen verlängert, sobald für einen Mitgliedstaat ein ESM-Programm vereinbart wird.<sup>14)</sup> Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die Verlängerung keine Restrukturierung und kein Kreditereignis darstellt, da sie Bestandteil der Anleihebedingungen und beim Kauf der Anleihe bekannt wäre.

*Problematik verlässlicher Einschätzung der Ursachen akuter Finanzierungsschwierigkeiten ...*

Vor einer Gewährung von Finanzhilfen des ESM muss die Schuldentragfähigkeit eingeschätzt werden. Bei einer Überschuldung wäre zunächst eine Restrukturierung erforderlich. Würde fälschlicherweise ein Liquiditätseingpass als Überschuldung eingestuft, so würde potenziell eine eigentlich unnötige Restrukturierung mit all ihren unerwünschten Nebenwirkungen vorgenommen. Relevanter dürfte in der Praxis allerdings wohl sein, dass eine Umschuldungsnotwendigkeit zunächst nicht als solche erkannt und lediglich ein Liquiditätsproblem festgestellt wird.<sup>15)</sup> Mit den Finanzhilfen werden bei der aktuellen Ausgestal-

tung Gläubiger fällig werdender Titel ausgezahlt. Die Steuerpflichtigen der Hilfe gewährenden Staaten übernehmen im Zuge des Programms umfangreiche Risiken, da neben den Defiziten (einschl. der Zinszahlungen auf die Staatsschulden) auch die in der Regel weitaus gewichtigeren Tilgungszahlungen finanziert werden.

Durch die automatische Laufzeitverlängerung würde das Diagnoseproblem deutlich entschärft. Falls kein Umschuldungsbedarf festgestellt wird, könnte ein Land zur Deckung seines Finanzbedarfs im Rahmen eines ESM-Programms Finanzhilfen erhalten,<sup>16)</sup> Anpassungsmaßnahmen würden beschlossen und kontrolliert umgesetzt, und die Anleihegläubiger blieben in der Haftung. Eine Entscheidung im Hinblick auf eine etwaige Umschuldungsnotwendigkeit könnte im weiteren Verlauf getroffen werden, wenn sich bei Programmfortschritt die gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Aussichten des Mitgliedstaates klarer abzeichnen. Durch die Laufzeitverlängerung könnte eine im weiteren Verlauf möglicherweise erforderliche Restrukturierung unter geringerem Zeitdruck, bei gesicherterem Ausblick und damit zielgenauer sowie geordneter verlaufen.

*... würde spürbar entschärft*

Der Mitteleinsatz des ESM je Hilfsprogramm würde gegenüber dem Status quo erheblich reduziert. Damit würde seine Schlagkraft und

*Verringerte Risikoübernahme öffentlicher Gläubiger erhöht Schlagkraft des ESM*

<sup>14</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein Vorschlag zu einer ziel-führenden Privatsektorbeteiligung für Anleiheemissionen ab Mitte 2013, Monatsbericht, August 2011, S. 72–75; und Bank of England, Sovereign default and state-contingent debt, Financial Stability Paper 27, November 2013. Die bisherigen Programme waren auf eine Laufzeit von drei Jahren angelegt. In dieser Zeit dürfte sich die Unsicherheit über die weitere Entwicklung erheblich reduzieren.

<sup>15</sup> Dieses Diagnoseproblem ist insbesondere bei der aktuellen Ausgestaltung der ESM-Hilfsprogramme ein Problem.

<sup>16</sup> Eine vorläufige Laufzeitverlängerung könnte schon mit Antragstellung ausgelöst werden, sofern diese zunächst auf den im Rahmen eines Verfahrens vorzusehenden Entscheidungszeitraum (wohl etwa ein bis zwei Monate) für ein Hilfsprogramm begrenzt wäre. Dies würde das Risiko eines ungewollten Zahlungsausfalls senken und Investoren für den Verhandlungszeitraum in der Haftung halten. Erst bei Verabschiedung des ESM-Programms würden sich die Anleihen dann automatisch um drei Jahre verlängern. Etwaige Überbrückungshilfen zur Deckung darüber hinaus auftretender akuter Finanzbedarfe müssten besonders besichert werden und wären wie reguläre Finanzhilfen im Falle einer Umschuldung auszunehmen.

Glaubwürdigkeit als Stabilisierungsmechanismus gestärkt. Die Risiken für die Steuerpflichtigen der übrigen Mitgliedstaaten würden deutlich vermindert.

*Gestärkte Anreize zu nachhaltiger Finanzpolitik durch Verknüpfung mit Anpassungsprogramm ...*

Eine automatische Verlängerung der Laufzeit bei staatlichen Finanzierungsproblemen könnte zwar einen Anreiz für Regierungen bieten, aufgrund der gewonnenen Zeit notwendige politisch unbequeme Reformen zu verschieben. Durch die Verknüpfung der automatischen Laufzeitverlängerung mit einer Verpflichtung auf ein zielgerichtetes Reformprogramm könnte dem jedoch entgegengewirkt werden. Für die Gläubiger ergibt sich zwar einerseits eine Laufzeitverlängerung der erworbenen Titel, andererseits sollte sich gegenüber einem Vorgehen ohne Programm die Rückzahlungswahrscheinlichkeit erhöhen, da die Finanzhilfen und Anpassungsmaßnahmen den Ausblick für die Tragfähigkeit deutlich verbessern dürften. Auch wird eine Restrukturierung insgesamt unwahrscheinlicher als ohne Programm. Damit bliebe auch ein Interesse der Gläubiger an einer Erfolg versprechenden Umsetzung des Anpassungsprogramms erhalten.

*... und verbesserter Risikosensitivität von Investoren*

Mit Einführung der Laufzeitverlängerung könnten sich die staatlichen Finanzierungskosten am ehesten für solche Mitgliedstaaten erhöhen, bei denen Investoren innerhalb der regulären Anleihefrist ein ESM-Programm für möglich halten. Diese Investoren würden dann davon ausgehen, dass mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die Verlängerung greift. Für sich genommen wäre aber wohl nicht zu erwarten, dass die Laufzeitverlängerung zu einer Erhöhung der Finanzierungskosten führt, die insgesamt über die Kosten einer Anleihe mit einer drei Jahre längeren Laufzeit hinaus gehen, wobei dann aber bereits fest von einem ESM-Programm ausgegangen würde. Sofern die Zinsstrukturkurve bei einer mittel- bis längerfristigen Verschuldung eher flach verläuft, dürften sich Zins-effekte insgesamt in Grenzen halten.<sup>17)</sup> Sollte dies die Finanzierungsprobleme eines Landes mit zweifelhafter Finanzlage erhöhen und deswegen frühzeitig ein Antrag auf Finanzhilfen

des ESM gestellt werden, würde dies im Übrigen auch der Tendenz entgegenwirken, notwendige Anpassungsmaßnahmen aufzuschieben und wäre insofern nicht negativ zu werten.

## Reform der standardisierten Umschuldungsklauseln

Seit dem Jahr 2013 sind für Anleihen der EWU-Mitgliedstaaten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr standardisierte Umschuldungsklauseln (Euro-Collective Action Clauses: Euro-CAC) vorgeschrieben.<sup>18)</sup> Diese sehen vor, dass eine qualifizierte Mehrheit der Gläubiger einer einzelnen Anleiheserie eine Änderung der Anleihebedingungen beschließen kann, die dann für alle Gläubiger dieser Serie bindend ist.<sup>19)</sup> Stimmt vorab eine qualifizierte Mehrheit des beschlussfähigen Nennwerts aller mit den Umschuldungsklauseln ausstehenden Anleiheserien einer Änderung der Anleihebedingungen zu, sinkt das Mehrheitserfordernis für die Änderung der Bedingung auf Ebene der einzelnen Serie (zweistufiges Mehrheitserfordernis). Dies reduziert Anreize zum Holdout. Solch eine zweistufige Entscheidung kann aber nicht verhindern, dass durch den Erwerb eines hinreichend hohen Anteils an einer einzelnen Anleiheserie eine

*2013 eingeführte Umschuldungsklauseln für Staatsanleihen der Euro-Länder verbessern Koordination der Gläubiger*

<sup>17</sup> Dem Szenario einer programmbedingten Verschiebung der Fälligkeiten und Zahlungstermine um drei Jahre wäre ein Barwertverlust der Schuldtitel zuzuordnen, dessen Höhe von der Zinsstrukturkurve abhängt. Je höher dieser Barwertverlust ausfällt und je wahrscheinlicher die Investoren einen Programmeintritt einschätzen, desto höher dürfte der von ihnen geforderte Aufschlag sein.

<sup>18</sup> Umschuldungsklauseln bei Anleihen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr und bei Anleihen der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften sowie in Kreditverträgen sind derzeit nicht zwingend vorgeschrieben. Vgl.: EFC Sub-Committee on EU Sovereign Debt Markets, Collective Action Clause Explanatory Note, Juli 2011; und Model Collective Action Clause Supplemental Explanatory Note, März 2012. Die Wirksamkeit der Reformvorschläge würde leiden, wenn diese Finanzierungsformen nicht eingeschlossen und verstärkt eingesetzt würden.

<sup>19</sup> Das Mehrheitserfordernis unterscheidet sich nach der beabsichtigten Anpassung (wesentliche oder weniger wesentliche Anleihebedingung), der Abstimmungsprozedur (Gläubigerversammlung oder schriftlich) und danach, ob eine Änderung nur für eine einzelne Anleiheserie („single series“) oder gleichzeitig für mehrere Anleiheserien („cross series“) gelten soll. Stimmt eine qualifizierte Mehrheit einer Schuldenrestrukturierung zu, sind davon auch Anleihen betroffen, die von anderen Staaten, dem Eurosystem oder multilateralen Institutionen gehalten werden.

Sperrminorität erlangt wird. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass Investoren gegen das Votum der Gläubigergemeinschaft eine Restrukturierung ihrer Anleihe blockieren und auf eine vollständige Erfüllung der Forderungsansprüche hinwirken können.<sup>20)</sup>

*Einstufiges  
Mehrheits-  
erfordernis  
neutralisiert  
Anreize zum  
Holdout und  
zum Erwerb von  
Sperrminoritäten*

Die Einführung von umfassenderen Aggregationsklauseln würde eine Schuldenrestrukturierung vereinfachen und beschleunigen. So könnte festgelegt werden, dass bereits eine qualifizierte Mehrheit der Gläubiger über alle mit der entsprechenden Klausel versehenen Staatsanleihen hinweg ausreicht, um insgesamt eine Schuldenrestrukturierung auszulösen (einstufiges Mehrheitserfordernis).<sup>21)</sup> Die Zustimmung der Halter jeder einzelnen Anleihe wäre dann nicht mehr erforderlich. Die Gläubiger müssten nicht mehr befürchten, dass die Restrukturierungslasten aus einem erfolgreichen Holdout einzelner Investoren auf die übrige Gläubigergemeinschaft verlagert werden. Dies sollte die Möglichkeit zum Holdout und den Anreiz zum Erwerb von Sperrminoritäten spürbar reduzieren. Für einstufige Umschuldungsklauseln könnte im Grundsatz das Mehrheitserfordernis der aktuellen ersten Stufe der serienübergreifenden Umschuldung der Euro-CAC beibehalten werden.<sup>22)</sup> Darüber hinaus könnte erwogen werden, das Mehrheitserfordernis für den speziellen Fall weiter abzusenken, dass die Restrukturierung im Rahmen eines ESM-Programms vorgenommen werden soll.<sup>23)</sup> Dies könnte den Krisenlösungsmechanismus stärken. Gleichwohl ist darauf zu achten, dass die Stellung der Anleihegläubiger nicht übermäßig geschwächt wird. Dabei wäre auch darauf zu achten, eine Zersplitterung der Emissionen der Mitgliedstaaten in solche mit unterschiedlicher CAC-Ausstattung zu vermeiden.

## Geordnetes Verfahren für etwaige Umschuldungen im Rahmen eines ESM-Programms

Der Hilfs- und Krisenlösungsmechanismus des ESM setzt für die Gewährung von Finanzhilfen

die Rückzahlungsfähigkeit des Programmlandes voraus. Andernfalls ist eine Umschuldung unter Beteiligung der privaten Investoren erforderlich – vor Programmbeginn oder im weiteren Verlauf, wenn dies erst später ersichtlich wird. Für diesen Fall ist es sinnvoll, vorab ein verlässliches und transparentes Vorgehen festzulegen.<sup>24)</sup> Dies sollte größere Planungssicherheit bieten und dazu beitragen, Reibungsverluste, gesamtwirtschaftliche Kosten und letztlich auch den Schuldenschnitt selbst so gering wie möglich zu halten.<sup>25)</sup> Ein regelgebundeneres Verfahren ist auch besser geeignet, Ansprüche aus Anleihen und Krediten in Umschuldungsverhandlungen einzubeziehen.

*Regelgebundenes Verfahren könnte Effektivität der Krisenbewältigung stärken*

<sup>20</sup> Vgl. z. B.: Internationaler Währungsfonds (IWF), Strengthening the Contractual Framework to Address Collective Action Problems in Sovereign Debt Restructuring, IMF Policy Paper, September 2014.

<sup>21</sup> Die Einführung einstufiger Aggregationsklauseln erfordert eine Anpassung der einheitlichen CAC der Staaten des Euro-Raums (Art. 12 Abs. 3 des ESM-Vertrags) sowie der entsprechenden nationalen Regelungen, wie etwa der §§ 4a ff. des Bundesschuldenwesengesetzes.

<sup>22</sup> Die erste Stufe erfordert gemäß Euro-CAC bei einer Gläubigerversammlung eine qualifizierte Mehrheit von 75% des anwesenden Kapitals bei einem Quorum von 66⅔% des Nominalwerts der insgesamt davon betroffenen Anleiheserien bzw. im Falle eines schriftlichen Verfahrens die Zustimmung von 66⅔%. Werden diese Mehrheiten erreicht, verringern sich die Mehrheitsanforderungen in der zweiten Stufe der jeweiligen Anleiheemissionen.

<sup>23</sup> Mehrheitserfordernisse sind auch für den Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch das Eurosystem wie etwa im Rahmen eines breit angelegten Aufkaufprogramms (Public Sector Purchase Programme: PSPP), bedeutsam.

<sup>24</sup> Um die Finanzlage und Schuldentragfähigkeit eines Staates möglichst objektiv einzuschätzen, könnte für das Verfahren die bisher nach Möglichkeit vorgesehene Beteiligung des IWF mit seiner Expertise bei der Begleitung von Reform- und Anpassungsprogrammen und der bedarfsweise erforderlichen Umschuldungen weiterhin von Vorteil sein.

<sup>25</sup> Zu weiteren Vorschlägen für ein geordnetes Verfahren siehe: F. Gianviti et al. (2010), A European mechanism for sovereign debt crisis resolution: a proposal, Bruegel blueprint series, Volume 10; Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Überschuldung und Staatsinsolvenz in der Europäischen Union, Gutachten Nr. 01/11; G. Corsetti et al., A New Start for the Eurozone: Dealing with Debt, Monitoring the Eurozone 1, CEPR Press, März 2015; und G. Corsetti et al., Reinforcing the Eurozone and Protecting an Open Society, Monitoring the Eurozone 2, CEPR Press, Mai 2016. Siehe auch: C. Fuest, F. Heinemann und C. Schröder, A Viable Insolvency Procedure for Sovereigns in the Euro Area, Journal of Common Market Studies 54(2), S. 301–317; und: J. Andritzky et al., A mechanism to regulate sovereign debt restructuring in the Euro Area, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Arbeitspapier 04/2016, Juli 2016.

## Zu weiteren Vorschlägen für reformierte Anleihevertragsbedingungen

In diesem Monatsberichtsbeitrag werden mit der automatischen Laufzeitverlängerung bei ESM-Programmen und Anpassungen der Mehrheitserfordernisse in den Umschuldungsklauseln wesentliche Ansatzpunkte für grundlegende Veränderungen der Staatsanleihebedingungen der EWU-Mitgliedstaaten vorgestellt, die – eingebettet in Reformen am Ordnungsrahmen – einen Beitrag zur besseren Krisenbewältigung leisten können. Darüber hinaus werden derzeit noch weitere Änderungen der Vertragsbedingungen künftiger Anleiheemissionen diskutiert. Zwei dieser Elemente werden im Folgenden kurz skizziert und diskutiert. Weitere Analysen wären aber erforderlich, um die jeweils erhofften Vorteile gegen die potenziellen Nachteile besser abwägen zu können.

### Tranchierung von Anleihen in Teile mit niedrigerem und höherem Verlustrisiko

Um die negativen Konsequenzen staatlicher Finanzierungsprobleme auf die Finanzmärkte zu mindern und den Haftungsauschluss in der EWU zu stärken, kommt es entscheidend darauf an, die anhaltend starke Verflechtung von Banken und Staaten im Euro-Raum zu durchbrechen. Insbesondere soll die Bankenunion dazu beitragen, Schieflagen im Bankensystem zu vermeiden und zu verhindern, dass staatliche Mittel zu dessen Rettung benötigt werden. Es wäre aber auch eine grundlegende Änderung der Banken- und Finanzmarktregulierung erforderlich, bei der Staatsanleihen nicht mehr wie bisher als risikofrei eingestuft werden.<sup>1)</sup>

Mit dem Ziel, unerwünschte Verwerfungen aus staatlichen Tragfähigkeitsproblemen zu vermeiden, wurden Reformen vorgeschlagen, die einerseits das Volumen an sicheren Vermögenswerten für die Finanzmärkte

erhöhen und Anreize zur Diversifizierung stärken, andererseits aber keine weitere gemeinschaftliche Haftung implizieren sollen. Aktuell werden hierzu verschiedene Konzepte diskutiert.<sup>2)</sup> Ein konkreter Vorschlag zielt darauf ab,<sup>3)</sup> die Anleihen aller EWU-Staaten nach einem festgelegten Schlüssel in einer Anleihe zu bündeln, wobei die einzelnen Staaten weiterhin nur für die von ihnen emittierten Anleihen haften. Die neuen verbrieften Anleihen würden dann in einen Junior-Teil („first loss“) und einen Senior-Teil („second loss“, sog. European Safe Bonds oder kurz ESBies) tranchiert. Damit verbunden wäre die Ausnahme der Senior-Teile von der – grundsätzlich für erforderlich gehaltenen – Schärfung der Banken- und Finanzmarktregulierung im Hinblick auf das Halten von Staatsanleihen. Aufgrund der Kombination aus Diversifizierung und Tranchierung könnten solche ESBies in der Tat dazu beitragen, das Volumen an sicheren Vermögenswerten für die Finanzmärkte zu erhöhen, obwohl die einzelnen Mitgliedstaaten weiterhin autonom ihre Anleihen begeben.<sup>4)</sup> Die vorgeschlagene regulatorische Ausnahme für ESBies würde aber – neben anderen praktischen Problemen – eine Besserstellung von ESBies beispielsweise gegenüber bonitäts-

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Abbau der regulatorischen Privilegierung von Staatsschulden, Geschäftsbericht 2014, S. 23 ff.

<sup>2</sup> Vgl. z. B.: M. Brunnermeier et al., European safe bonds (ESBies), mimeo, September 2011; und G. Corsetti et al., A New Start for the Eurozone: Dealing with Debt, Monitoring the Eurozone 1, CEPR Press, März 2015.

<sup>3</sup> Vgl.: M. Brunnermeier et al., ESBies: Safety in tranches, mimeo, Mai 2016.

<sup>4</sup> Bei dem konkreten Vorschlag dürfte das Volumen an potenziell verfügbaren ESBies neben der konkreten Aufteilung in Junior- und Senior-Teile maßgeblich von dem festzulegenden Schlüssel für die Bündelung von Staatsanleihen abhängen. Bei einer solchen Ausgestaltung dürfte eine vergleichsweise geringe Staatsverschuldung in einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit zur Emission von ESBies begrenzen.

starken nationalen Staatsanleihen darstellen.<sup>5)</sup> Zudem liefe die im Vorschlag enthaltene zwangsweise Zusammensetzung der dann weiterhin regulatorisch begünstigten Titel nach einem festgelegten Schlüssel, der alle EWU-Länder umfasst, auf eine Verzerrung der Risikoprämien zugunsten von Ländern hinaus, deren Schuldtitel ansonsten weniger stark nachgefragt würden. Vor- und Nachteile tranchierter Produkte hängen letztlich von der konkreten Ausgestaltung ab. Eine marktbasiertere Lösung<sup>6)</sup> ohne zusätzliche Gemeinschaftshaftung oder regulatorische Begünstigung wäre mit dem bestehenden Ordnungsrahmen aber kompatibel.

Alternativ wird derzeit auch eine Tranchierung der jeweiligen nationalen Anleihen diskutiert. Auch bei diesem Vorschlag wäre eine Härtung der Banken- und Finanzmarktregulierung vorzunehmen. Dies soll dazu beitragen, dass systemrelevante Finanzinstitute Fehlentwicklungen der Staatsfinanzen verkraften oder geordnet abgewickelt werden können, indem insbesondere die Risiken auch von Staatsanleihen regulatorisch adäquat berücksichtigt werden. Eine Aufteilung der einzelnen nationalen Anleihen in einen Junior- und einen Senior-Teil (National Safe Bonds oder NaSBies) könnte in diesem Zusammenhang helfen, das Volumen an sicheren Vermögenswerten zu erhöhen und somit die Umsetzung der Regulierungsreform zu erleichtern.<sup>7)</sup> Die einzelnen Anleihen wären dabei von jedem Mitgliedstaat weiterhin eigenverantwortlich zu begeben, würden aber eine vorab festgelegte Verlustaufteilung für den Umschuldungsfall enthalten (die beiden Tranchen würden also nur im Verbund emittiert werden). Daher geht es hier nicht um die getrennte Veräußerung oder den getrennten Erwerb einzelner Tranchen bei Emission, sondern um die Verteilung staatlicher Verlustrisiken innerhalb eines Finanzsystems mit risikoadäquater Regulierung von Staatsschuldtiteln.

Für die Gläubiger der bereits umlaufenden Anleihen würde sich dadurch nichts ändern. Alle emittierten Anleihen – die alten ohne und die neuen mit Tranchierung – wären in Umschuldungsverhandlungen ranggleich zu behandeln. Nur würde für die neue Anleiheform geregelt, dass der auf sie potenziell entfallende Verlust (der identisch mit dem wäre, der auf die nicht tranchierte Anleihe entfiel) zunächst vollständig von dem Junior-Teil der Anleihe getragen wird. Der Senior-Teil der Anleihe würde nur dann belastet, wenn der Junior-Teil vollständig aufgezehrt würde.<sup>8)</sup> Würde die Aufteilung beispielsweise in 60% Senior- und 40% Junior-

---

**5** Für die praktische Umsetzung wird mit dem vorliegenden Konzept erwogen, die Erzeugung von ESBies privaten Emittenten zu übertragen. Bei einer solchen Vorgehensweise wäre vorab zu klären, wie verlässlich sichergestellt werden kann, dass Gewinne und insbesondere potenzielle Verluste aus der regulären Geschäftstätigkeit des Finanzintermediärs nicht die Zahlungsströme der Junior-Teile und ESBies betreffen und vice versa. Dies könnte möglicherweise auch eine Koordinierung der Emissionen der zugrunde liegenden Staatsanleihen erfordern, um potenzielle Liquiditätsrisiken aus unterschiedlichen Zahlungsströmen beim Intermediär vermeiden zu können. Zudem müsste auch das konkrete Vorgehen im Abwicklungsfall eines Intermediärs solche potenziellen Wechselwirkungen berücksichtigen, und es müssten entsprechende Regelungen vorab festgeschrieben werden. Eine implizite oder explizite Staatsgarantie würde Fehlanreize setzen und zu einer stärkeren Haftungsvergemeinschaft führen.

**6** Durch die Schärfung der Regulierung im Hinblick auf das Halten von Staatsanleihen könnten Marktteilnehmer einen Anreiz zur Diversifizierung haben und durch Verbriefung und Tranchierung eventuell selbst sicherere Vermögenswerte schaffen. Die Gewichtung der einzelnen Staatsanleihen solcher Verbriefungen würde sich dann am Markt ergeben.

**7** Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion, Monatsbericht, März 2015, S. 15 ff.; und K. Wendorff und A. Mahle, Staatsanleihen neu ausgestalten – für eine stabilitätsorientierte Währungsunion, Wirtschaftsdienst, September 2015, S. 604–608.

**8** Die neue Anleihe müsste dabei zunächst mit beiden Tranchen gemeinsam erworben werden. Im weiteren Verlauf können beide Tranchen zusammen gehalten oder einzelne Tranchen veräußert oder beide Tranchen zusammen veräußert werden. Würde die Anleihe mit beiden Tranchen gehalten, entspräche dies dem Erwerb einer Anleihe in der bisherigen Form, und bei einer etwaigen Umschuldung wäre eine solche Anleihe im gleichen finanziellen Umfang von einem Schuldenschnitt betroffen wie eine „Altanleihe“.

Teil vorgeschrieben, blieben die Senior-Teile von einem Schuldenschnitt verschont, wenn dieser nicht mehr als 40% des Volumens der insgesamt ausstehenden staatlichen Anleihen umfasst.<sup>9)</sup>

Für ein Land mit sehr guter Bonität wäre zu erwarten, dass sowohl die Senior- als auch die Junior-Teile als sicher eingeschätzt werden. Aber auch für Staaten mit einer schwächeren Bonität könnten die Senior-Teile in der Regel als sicherere Anleihen eingestuft werden und eine bessere Bonität erhalten als die bisherigen, nicht aufgeteilten Anleihen. Insgesamt könnte für den Euro-Raum somit ein größeres Volumen an Staatsanleihen mit guter Bonität von mehr Ländern zur Verfügung stehen,<sup>10)</sup> welche von den Banken bei Umsetzung der erforderlichen Banken- und Finanzmarktreform mit weniger Eigenkapital zu unterlegen wären. In den Junior-Teilen würde sich in der Regel das staatliche Ausfallrisiko konzentrieren. Die Regulierung könnte dann dafür sorgen, dass sich die als risikobehaftet bewerteten Junior-Teile auf solche Bereiche des Finanzsystems verteilen, die grundsätzlich etwaige Verluste besser verkraften können oder eine geringere Vernetzung mit anderen Finanzmarktakteuren aufweisen. Der Druck auf die Geldpolitik, auch Staatsanleihen schlechter Bonität als Sicherheiten zur Refinanzierung oder im Rahmen eines Anleihekaufprogramms zuzulassen, könnte sinken.

Die konkreten Vor- und Nachteile wären – wie beim Vorschlag der ESBies – noch genauer zu prüfen. Dabei wären auch die Auswirkungen auf die staatlichen Finanzierungskosten näher zu untersuchen. Grundsätzlich sollte eine Tranchierung nationaler Staatsanleihen für sich genommen zunächst keine wesentliche Auswirkung auf ihre Ausfallwahrscheinlichkeit und die Risikoprämien haben: Da die Anleihen zunächst im Verbund (wie die bisherigen Anleihen) emittiert

würden, wäre ceteris paribus nicht zu erwarten, dass sich die Finanzierungsbedingungen der einzelnen Staaten allein durch die vorgeschlagene Aufteilung verändern. Allerdings dürfte sich ein umso größerer Zinsunterschied zwischen Junior- und Senior-Teil ergeben, je höher das Ausfallrisiko eines Staates eingeschätzt wird. Die Risikoprämie eines Staates könnte aber insgesamt steigen, wenn mit der Tranchierung weitere Anpassungen an den Anleihebedingungen und am Ordnungsrahmen einhergehen und Investoren in der Folge insgesamt einen etwaigen Bail-out durch andere Mitgliedstaaten oder die Geldpolitik dadurch als weniger wahrscheinlich ansehen. Ein solcher Anstieg wäre im Hinblick auf eine adäquate Marktbepreisung staatlicher Solvenzrisiken letztlich aber nicht als Problem anzusehen.<sup>11)</sup>

### BIP-indexierte Anleihen

Um Staatsschuldenkrisen künftig eher vermeiden und gegebenenfalls besser bewältigen zu können, wird derzeit auch die Emission von Staatsanleihen diskutiert, deren Kupon und/oder deren Rückzahlungsbetrag an die Entwicklung des Bruttoinlandspro-

<sup>9</sup> Durch begleitende Reformen u. a. der Umschuldungsklauseln wäre sicherzustellen, dass eine Umstrukturierung möglich bleibt und gleichzeitig ein Schuldenschnitt für Staaten nicht eine einfache Möglichkeit darstellt, sich ihrer Schuldenlast zu entledigen. Aus rechtlicher Sicht wäre dabei zu definieren, wie die Forderungsansprüche von Junior-Tranchen bei erforderlichen Umschuldungsverhandlungen repräsentiert werden, wenn diese nicht mehr zusammen mit der Senior-Tranche gehalten würden.

<sup>10</sup> Vgl. auch: M. Brunnermeier et al. (2016), The Sovereign-Bank Diabolic Loop and ESBies, *American Economic Review: Papers & Proceedings*, 106(5), S. 508–512.

<sup>11</sup> Durch die vorgeschlagene Aufteilung sinkt das Volumen der einzelnen Teile im Vergleich zu einer nicht tranchierten Anleihe. Daher könnte die neue Anleihestruktur zu einem gewissen Anstieg der Liquiditätsprämien führen. Angesichts der ähnlichen Anleiherenditen von Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen Emissionsvolumina im Vorfeld der Krise könnte sich ein solcher Anstieg aber als nicht sehr ausgeprägt erweisen.

dukts (BIP) gekoppelt sind.<sup>12)</sup> Würde sich die Gesamtwirtschaft besser entwickeln als zum Emissionszeitpunkt erwartet, würden die Gläubiger der BIP-indexierten Anleihe davon profitieren. Umgekehrt würde bei einer unerwartet ungünstigeren Entwicklung das Land aufgrund geringerer Zahlungsverpflichtungen entlastet. Durch diese Eigenschaft werden die Risiken und Chancen der ungewissen Wirtschaftsentwicklung von den Staatsfinanzen teilweise auf den privaten Sektor verlagert. Die Befürworter BIP-indexierter Anleihen versprechen sich hier von, dass die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Finanzen gegenüber nachteiligen Schocks gestärkt werden kann. Das Risiko einer mit hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten verbundenen Staatsschuldenkrise könne hierdurch gemindert werden, und es könnten größere fiskalische Handlungsspielräume im Falle eines negativen Schocks verbleiben. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn die Staatsanleihen international breit gestreut und somit die Belastungen durch einen negativen nationalen Schock global verteilt werden.

BIP-indexierte Anleihen könnten zudem bei einer etwaigen Umschuldung eingesetzt werden.<sup>13)</sup> Angesichts der gerade in einer solchen Situation besonders unsicheren Wachstumsperspektiven könnten solche Anleihen dazu beitragen, eine Einigung zwischen dem Schuldnerland und seinen Gläubigern zu erleichtern und die Gefahr einer wiederholten Restrukturierungsnotwendigkeit zu begrenzen. Die Entschuldung liefe am Ende höher aus, wenn sich die Entwicklung ungünstiger darstellt als beim Umschuldungsbeschluss im Basisszenario erwartet, und wäre umgekehrt niedriger bei einem günstigeren Verlauf.

Die Wirkungen von BIP-indexierten Anleihen hängen dabei maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung ab, und ein standardisiertes

Instrument wurde bislang noch nicht entwickelt.<sup>14)</sup> Vor einer breit angelegten Markteinführung als reguläres Finanzierungsinstrument wären auch die damit verbundenen Probleme genauer zu untersuchen und gegen die Vorteile abzuwägen. So könnten BIP-indexierte Anleihen zwar dazu beitragen, die Gefahr eines Verlustes des staatlichen Marktzugangs zu reduzieren und die etwaige Notwendigkeit kurzfristig prozyklischer Konsolidierungsmaßnahmen zu dämpfen. Allerdings würden gleichzeitig Risiken auf den privaten Sektor übertragen, die ebenfalls die Finanzstabilität und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen können. Von zentraler Bedeutung dürfte dabei sein, ob BIP-indexierte Anleihen überwiegend im In- oder Ausland gehalten werden und wie negative globale Schocks im Finanzsystem verarbeitet würden. Sollten BIP-indexierte Anleihen vorwiegend von inländischen Akteuren gehalten werden, wäre insgesamt ein geringerer glättender Effekt auf die Wirtschaft und auf die Belastbarkeit der Staatsfinanzen zu erwarten. Die Einführung BIP-indexierter Anleihen setzt dabei ein grundlegend stabiles Finanzsystem voraus, sodass die unerwarteten Wert- und Zahlungsschwankungen des Instruments durch die Gläubiger so absorbiert werden können, dass hierdurch eine systemische Finanzkrise nicht verschärft oder gar ausgelöst wird. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass die Risiken letztlich doch wieder

---

<sup>12</sup> Vgl. ausführlicher z. B.: O. Blanchard, P. Mauro und J. Acalin, *The Case for Growth-Indexed Bonds in Advanced Economies Today*, Policy Brief 16-2, Peterson Institute for International Economics, Februar 2016; und D. Barr, O. Bush und A. Pienkowski, *GDP-linked bonds and sovereign default*, Bank of England, Working Paper No. 484, Januar 2014.

<sup>13</sup> So wurden bspw. bei der im Jahr 2012 durchgeführten Schuldenrestrukturierung Griechenlands BIP-indexierte Anleihen emittiert. Vgl. z. B.: J. Zettelmeyer, C. Trebesch und M. Gulati, *The Greek Debt Restructuring: An Autopsy*, *Economic Policy* 28(75), S. 513–563.

<sup>14</sup> Auf Initiative der Bank of England wird derzeit auch in Kooperation mit Marktakteuren an der Entwicklung eines standardisierten Instruments gearbeitet, das sog. London Term Sheet. Vgl.: Allen & Overy LLP, *Indicative Term Sheet – GDP Bonds*, 30. November 2015.

auf den Staat (oder die Staatengemeinschaft) zurückfallen. Auch könnte die gewünschte Entlastung erst zeitverzögert wirken, wenn zunächst auf verlässlichere Daten zur Wirtschaftsentwicklung gewartet wird. Zudem sind die grundsätzlichen Unsicherheiten im Zusammenhang mit einer objektiven BIP-Ermittlung nicht von der Hand zu weisen, und es wäre sicherzustellen, dass die Daten nachvollziehbar und wenig gestaltungsanfällig sind. Insgesamt dürfte die Wirkung BIP-indexierter Anleihen auch von der Laufzeitstruktur abhängen. Je kürzer die Fristigkeit der ausstehenden Anleihen, umso geringer dürfte die Entlastung des Staatshaushalts im Falle nachteiliger Entwicklungen ausfallen, da diese nur bis zur Fälligkeit der jeweiligen Anleihe zu Buche schlagen. Bei Neuemissionen dürften sich die Renditeforderungen der Investoren an die revidierten Wachstumserwartungen anpassen.

Grundsätzlich dürften die staatlichen Finanzierungskosten durch die Einführung solcher Anleihen wohl steigen, weil Risiken auf den privaten Sektor verlagert werden. Investoren würden dafür eine Kompensation verlangen, wenn die Risiken einer BIP-indexierten Anleihe nicht negativ mit dem Risikoprofil ihres übrigen Portfolios korreliert sind. Wird die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Finanzen gegenüber nachteiligen Schocks gestärkt, könnte hierdurch aber zumindest der auf einen Ausfall bezogene Teil der Risikoprämien sinken.

*ESM könnte Verfahren begleiten und koordinierende Aufgaben übernehmen*

Als Koordinierungsinstanz im Falle einer etwaigen Umschuldungsnotwendigkeit bietet sich der ESM an, dem ohnehin eine tragende Rolle für die Krisenbewältigung bei Finanzierungsproblemen von EWU-Staaten zukommt. Im Hinblick auf ein geordnetes Verfahren wären zunächst die Rechte und Pflichten im Verhältnis zwischen den Staaten, den Gläubigern und dem ESM als Restrukturierungskordinator festzuschreiben und eine Abfolge der einzelnen Verfahrensschritte mit einem konkreten Zeitplan festzulegen (siehe hierzu beispielhaft die Übersicht auf S. 62). Zur Stärkung der Glaubwürdigkeit könnten die einzelnen Schritte in den ESM-Vertrag aufgenommen werden. Die Übertragung auf den ESM würde auf eine effektive Koordinierung der ansonsten losen Elemente eines Umschuldungsprozesses abzielen.

Die Umschuldung von Staatsschulden weist dabei im Vergleich zu einer privaten Unternehmensinsolvenz einige Besonderheiten auf. So kann es nicht in erster Linie darum gehen, vor-

handene Vermögenswerte zu liquidieren.<sup>26)</sup> Vielmehr liegt das Ziel in einer möglichst raschen und dauerhaften Wiederherstellung einer tragfähigen Finanzsituation einschließlich einer soliden gesamtwirtschaftlichen Perspektive, um nicht zuletzt die verbliebenen Schulden bedienen zu können. Dies sollte insbesondere über das zu vereinbarenden Anpassungsprogramm sichergestellt werden, in das sowohl die ESM-Hilfen als auch die Restrukturierung einzubetten wären. Dabei ist die nationale Eigenverantwortung zu beachten, und ein Staat kann nicht zwangsweise einer Umschuldung unterzogen werden. Dies würde dem Prinzip der rechtsstaatlichen Souveränität und der demokratischen Selbstbestimmung widersprechen. Ein Restrukturierungskordinator kann daher nicht autonom über eine Umschuldung beschließen, sondern lediglich einen geordneten

*Nationalstaatliche Souveränität und Notwendigkeit zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben zu berücksichtigen*

<sup>26)</sup> Im Übrigen ist der Wert staatlicher Vermögenswerte insbesondere in einer Krisensituation unsicher, und eine Liquidierung von Vermögenswerten ist nur begrenzt möglich.

Ablauf und die Kompromissfindung unterstützen. Das Schuldnerland muss letztlich die Vereinbarungen mittragen. Schließlich setzt eine Umschuldung die Zustimmung der Gläubiger – mit den festgelegten Mehrheitsverhältnissen – voraus. Diese dürfte allerdings nur dann zustande kommen, wenn der Staat glaubwürdig signalisiert, die erforderlichen Reformmaßnahmen konsequent umzusetzen. Somit kommt es auch weiterhin entscheidend auf die Kooperation von Staaten und Gläubigern an.<sup>27)</sup> Dabei sollte der ESM zum Ziel haben, einen Interessenausgleich zu erreichen und eine rasche Wiederherstellung der staatlichen Zahlungsfähigkeit zu unterstützen, ohne auf einen vor-schnellen oder überhöhten Schuldenschnitt hinzuwirken.<sup>28)</sup>

*ESM könnte Tragfähigkeitsanalyse erstellen und Forderungsansprüche aufnehmen*

Es könnte in diesem Zusammenhang daran gedacht werden, die Rolle des ESM grundsätzlich zu stärken. Mit dem Antrag eines Mitgliedstaates auf Finanzhilfen beim ESM wird die Einschätzung zur weiteren Wirtschaftsentwicklung, zur Schuldentragfähigkeit und zum Finanzbedarf derzeit durch die Europäische Kommission im Benehmen mit der EZB erstellt, und dies ist auch für die Überwachung der wirtschaftspolitischen Auflagen vorgesehen. Diese Aufgaben könnten künftig auf den ESM übertragen werden, oder dieser könnte den Prozess federführend steuern. Hierzu müssten die umfassenden Informationen zur aktuellen Lage des Landes mit Antragstellung dem ESM vorgelegt und diese im weiteren Verlauf geprüft werden. Gleichzeitig wären zur Ausarbeitung eines Hilfsprogramms auch die Forderungsansprüche an den Staat durch eine zentrale Stelle aufzunehmen. Auch diese Aufgabe könnte dem ESM übertragen werden. Dieser neue, vorab festzulegende Arbeitsstrang hätte aber nur für den Fall einer festgestellten Überschuldung Relevanz. Dazu könnten Gläubiger von Anleihen und Kreditverpflichtungen mit Antragstellung vorsorglich zur Registrierung ihrer Ansprüche aufgefordert werden.<sup>29)</sup> Der ESM könnte im weiteren Verlauf die Ansprüche prüfen und gegebenenfalls hinsichtlich eines unterschiedlichen Rangs in der Bedienung klassifizieren,

sodass verifizierte Forderungen derselben Gruppierung in Umschuldungsverhandlungen gleich behandelt werden können.<sup>30)</sup>

Hält der ESM im Rahmen der Schuldentragfähigkeitsanalysen eine Umschuldung als Voraussetzung für ein Anpassungsprogramm oder für dessen Fortsetzung für erforderlich, sollte diese Einschätzung als Startpunkt für die Verhandlungen über die Aufteilung der Anpassungslasten dienen. Im Rahmen von Sondierungsgesprächen und Verhandlungen sollte ein Interessenausgleich zwischen dem Schuldnerstaat und den Anspruchsberechtigten hergestellt werden, der dann die Einigung auf ein Reformprogramm und einen Umschuldungs-

*Zustimmung zu Anpassungs- und Umschuldungsplan erfordert angemessenen Interessenausgleich*

**27** Um einen zu späten Einstieg in Umschuldungsverhandlungen zu vermeiden, wurde auch eine automatische Schuldenrestrukturierung in die Diskussion eingebracht (Sovereign CoCos). Diese sollte automatisch ausgelöst werden, wenn Schwellenwerte fiskalischer Stressindikatoren, wie z. B. eine bestimmte Schuldenquote, überschritten werden, und könnte z. B. nur für jene Verschuldung festgeschrieben werden, die die Referenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspakts übersteigt (Accountability Bonds). Vgl. etwa: A. Mody, *Sovereign Debt and its restructuring framework in the Eurozone*, *Oxford Review of Economic Policy*, Volume 29(4), S. 715–744; und C. Fuest, F. Heinemann und C. Schröder, *Reformen für mehr fiskalische Eigenverantwortung der Euro-Staaten: Das Potenzial von Accountability Bonds*, Studie für die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), im Erscheinen. Bei solchen über eine Laufzeitverlängerung hinausgehenden Automatismen bestehen allerdings erhebliche Probleme in der Auswahl geeigneter Indikatoren der Schuldentragfähigkeit (z. B. hinsichtlich landesspezifischer Charakteristika, ökonomischem Gehalt, Fehlanreizen, Transparenz, Revisionsicherheit und Manipulationsresistenz) und insbesondere hinsichtlich der fehlenden Verpflichtung zu Reformen. Auch hier kommt es letztlich darauf an, dass der betroffene Mitgliedstaat die zuvor getroffenen Vereinbarungen einhält.

**28** Der ESM wäre aufgrund einer automatischen Laufzeitverlängerung in Anleiheverträgen künftig nur in vergleichsweise geringem Umfang Gläubiger der betroffenen Staaten und hätte insofern ein weniger starkes Eigeninteresse an einer zu einfachen Entlastung des Staates auf Kosten der Gläubiger. Dies dürfte die Risikoprämien der anderen Mitgliedstaaten potenziell erhöhen.

**29** Dies schließt auch Ansprüche aus Anleihekäufen anderer Staaten durch das Eurosystem oder von anderen multilateralen Institutionen mit ein. Andernfalls wäre die Gleichbehandlung gefährdet, die Zustimmungsbereitschaft der privaten Gläubiger könnte sinken, und die Fragmentierung von Umschuldungsverhandlungen dürfte den Prozess unnötig erschweren. Bei Forderungen des IWF aus Zahlungsbilanzhilfen gegenüber einem Land bestünde wie bislang ein bevorrechtigter Gläubigerstatus des IWF.

**30** Werden Forderungen nicht vom Schuldnerland oder von anderen Gläubigern angefochten, könnten diese als verifiziert gelten. Eine Klärung etwaiger Streitfragen könnte dabei zunächst durch den ESM unterstützt werden, bevor die Beteiligten den Rechtsweg beschreiten.

plan ermöglicht. Dabei muss eine Lastenverteilung zwischen einerseits fiskalischen und strukturellen Maßnahmen in nationalstaatlicher Eigenverantwortung und andererseits einer Verringerung der Schuldenbelastung gefunden werden. Um eine Gleichbehandlung der Anspruchsberechtigten zu ermöglichen, sind neben den verifizierten Forderungen aus Staatsanleihen auch Ansprüche von Gläubigern aus Kreditverpflichtungen in die Verhandlungen einzubeziehen. Damit soll möglichst vermieden werden, dass Koordinierungsprobleme und opportunistisches Verhalten einzelner Gläubiger eine geordnete Umschuldung verhindern.

*Nationalstaatliche Eigenverantwortung erfordert Möglichkeit zum Ausschluss von Finanzhilfen*

Bei der Entwicklung eines kompromissfähigen Anpassungsprogramms und Umschuldungsplans kommt der Eigenverantwortlichkeit des Mitgliedstaates besondere Bedeutung zu. Für die Einschätzung der Schuldentragfähigkeit und im Hinblick auf die Abwägung eines Interessenausgleichs kann – neben den typischen Konsolidierungsmaßnahmen und einer möglichen Verbesserung der Schuldentragfähigkeit durch Privatisierungen – auch eine einmalige Vermögensabgabe in Erwägung gezogen werden.<sup>31)</sup> Dies stände im Einklang mit der im Ordnungsrahmen der Währungsunion verankerten Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten, weil fiskalpolitische Entscheidungen national getroffen und verantwortet werden und somit auch Fehlentwicklungen primär durch eigene Finanzmittel zu korrigieren sind. Die Entscheidungen über die innerstaatliche Verteilung der Anpassungslasten und somit der spezifischen Maßnahmen sind letztlich, wie bereits erwähnt, aber von dem betroffenen Mitgliedstaat zu treffen und umzusetzen. In letzter Konsequenz muss der ESM dann allerdings die Möglichkeit haben, dem Gouverneursrat die Ablehnung eines Antrags auf Finanzhilfen zu empfehlen, insbesondere wenn der betroffene Staat keine ausreichenden Eigenanstrengungen unternimmt und somit eher eine Zahlungsunwilligkeit zu konstatieren ist.<sup>32)</sup> Daraus würde eine weniger geordnete Vorgehensweise ohne Beteiligung des ESM resultieren.

Das vereinbarte Anpassungsprogramm sollte eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unterstützen und die (Rück-)Zahlungsfähigkeit des Mitgliedstaates mit hoher Wahrscheinlichkeit wiederherstellen. Zusammen mit dem ergänzenden Einsatz von Finanzhilfen könnte es auch privaten Gläubigern leichter fallen, einem erforderlichen Schuldenschnitt zuzustimmen. Die Programmumsetzung könnte künftig ebenfalls durch den ESM überwacht werden.

*Finanzhilfen des ESM können Zustimmung privater Gläubiger zu erforderlicher Umschuldung erleichtern*

Der Erfolg eines Anpassungsprogramms mit oder ohne Umschuldung kann aber auch bei vollständiger Umsetzung aller Maßnahmen letztlich nicht garantiert werden. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Kapitalmarktzugang des betroffenen Staates zum Ende der Programmlaufzeit mangels Schuldentragfähigkeit nicht wiederhergestellt ist. In diesem Fall können (erneute) Umschuldungsverhandlungen notwendig werden. Diese schließen dann auch solche Forderungsansprüche mit ein, die bereits automatisch verlängert oder bei einer vorherigen Restrukturierung schon reduziert wurden.<sup>33)</sup> Es kann zudem nicht ausgeschlossen werden, dass keine Einigung auf ein Anpassungsprogramm zustande kommt

*Ohne Kapitalmarktzugang droht (weitere) Schuldenrestrukturierung zum Programmende*

**31** Die Aussicht auf eine einmalige Vermögensabgabe im Krisenfall könnte eventuell auch Anreizen zu einer unsoliden Finanzpolitik entgegenwirken, die ansonsten durch die Erwartung entstehen könnten, sich später auf Kosten der Gläubiger (oder der anderen Mitgliedstaaten) der staatlichen Schuldenlast auf vermeintlich einfache Weise zu entledigen. Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank, Einmalige Vermögensabgabe als Instrument zur Lösung nationaler Solvenz Krisen im bestehenden EWU-Rahmen?, Monatsbericht, Januar 2014, S. 52–54; sowie G. Kempkes und N. Stähler, A One-Off Wealth Levy? Assessing the Pros and Cons and the Importance of Credibility, Fiscal Studies, im Erscheinen.

**32** Der Gouverneursrat ist das politische Entscheidungsgremium des ESM. Dieser wird aus den für Finanzen zuständigen Regierungsvertretern der Mitgliedsländer gebildet, die jeweils ein Mitglied des Direktoriums und auch den geschäftsführenden Direktor ernennen. Für den Fall einer durch den ESM vorgeschlagenen Gewährung von Finanzhilfen muss der Gouverneursrat zustimmen, um die notwendige demokratische Legitimität der damit einhergehenden Übernahme von Ausfallrisiken durch andere Mitgliedstaaten sicherzustellen.

**33** Für die Bereitstellung etwaiger Finanzhilfen im Rahmen eines Folgeprogramms wäre sicherzustellen, dass die Laufzeit der umgeschuldeten Schuldtitel den geplanten Programmzeitraum umfasst, sodass der ESM zwar weiterhin bestehende Defizite, aber keine Tilgungszahlungen an private Gläubiger finanziert.

## Skizze eines reformierten Verfahrens zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum

Im vorliegenden Aufsatz werden verschiedene Reformen diskutiert, um Finanzierungsprobleme eines Mitgliedstaates der Europäischen Währungsunion bewältigen zu können. Im Folgenden wird zur Veranschaulichung ein möglicher Ablauf eines Verfahrens bebildert, das beispielhaft auf einigen der beschriebenen Reformansätze basiert.<sup>1)</sup> Dabei können nicht zuletzt die jeweiligen Fristen auch anders gewählt werden. Voraussetzung für ein solches Verfahren wäre – wie im Haupttext beschrieben – eine vorangegangene Reform der Anleihebedingungen und des Vertrages zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

### Auslösung des Verfahrens und weitere Schritte

Bei erheblichen Finanzierungsschwierigkeiten eines Mitgliedstaates würde wie bislang das Krisenbewältigungsverfahren durch einen Antrag des Mitgliedstaates auf Finanzhilfen des ESM eingeleitet werden. Da die Staatsanleihen – aufgrund der unterstellten vorangegangenen Reform der Anleihebedingungen – eine automatische Laufzeitverlängerung im Falle eines ESM-Programms enthalten, würden damit die Laufzeiten der ausstehenden Anleihen zu den jeweiligen Konditionen verlängert. Zunächst wäre mit dem Antrag die Verlängerung auf einen Zeitraum von beispielsweise zehn Wochen befristet – bis eine endgültige Entscheidung über ein Programm vorliegt. In dieser Zeit erfolgt eine erste Bestandsaufnahme durch den ESM, auf deren Basis dann (innerhalb der Frist) ein Anpassungsprogramm ausgehandelt und über eine gegebenenfalls erforderliche – und mit den Gläubigern noch auszuhandelnde – Umschuldung abgestimmt wird. Zudem müsste der Gouverneursrat des ESM möglichen Finanzhilfen zustimmen. Bis zur endgültigen Entscheidung über die Vereinbarung eines Programms entsteht damit zwar kein Finanzbedarf aufgrund von Tilgungen.<sup>2)</sup> Es könnte

aber eine Defizitfinanzierung erforderlich sein. Etwaige Überbrückungshilfen müssten besonders besichert werden und wären wie reguläre Finanzhilfen von einer etwaigen Umschuldung auszunehmen.

### Erste Bestandsaufnahme

Konkret wären mit Antragstellung vom Mitgliedstaat alle relevanten Informationen vorzulegen, um ein Hilfsprogramm ausarbeiten zu können. Eine erste Bestandsaufnahme würde innerhalb eines festen Zeitraums von zum Beispiel vier Wochen ab Antragstellung erfolgen. Hierzu würde eine Analyse der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Lage sowie der Perspektiven speziell mit Blick auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und damit auf einen etwaigen Umschuldungsbedarf erstellt, und es würden Handlungsoptionen entworfen.

Die Aufgaben des ESM, der auch die Koordination übernehmen würde, lägen hierbei in zwei gleichzeitig laufenden Arbeitssträngen. Im ersten Arbeitsstrang erstellt dieser für den Mitgliedstaat eine Prognose der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Entwicklung sowie zum erwarteten Finanzierungsbedarf, ohne zusätzliche Politikmaßnahmen zu berücksichtigen (No-Policy-Change-Szenario).<sup>3)</sup> Gleichzeitig würde er ein „Programmszenario“ entwerfen. Hierzu

---

**1** Das skizzierte Verfahren würde mit jeder Neuemission einer Anleihe mit den reformierten Anleihebedingungen an Bedeutung gewinnen. Es stellt aber keine unmittelbare Lösung für Probleme durch die teilweise weiterhin sehr umfangreichen Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten ohne automatische Laufzeitverlängerung oder (aggregierte) Umschuldungsklauseln dar und somit auch nicht für die Schwierigkeiten einer etwaigen Umschuldung in der Übergangszeit.

**2** Idealerweise sollte der Mitgliedstaat den Antrag nicht unmittelbar vor einem Fälligkeitstermin einreichen, den er nicht mehr bedienen kann.

**3** Grundsätzlich könnte der ESM hierbei durch die Europäische Kommission im Benehmen mit der Europäischen Zentralbank sowie nach Möglichkeit durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt werden.

müsste der Mitgliedstaat (im Sinne des Subsidiaritätsprinzips) Reformen und Maßnahmen benennen, die in nationaler Eigenverantwortung zur fiskalischen Haushaltskonsolidierung sowie zur Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen ergriffen würden. Diese Szenarien bilden die Grundlage für die Einschätzung des ESM zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und somit auch für die Benennung eines etwaigen Umschuldungsbedarfs zum Ende der Bestandsaufnahme.

Im zweiten Arbeitsstrang wären vorsorglich für den Fall einer Umschuldungsnotwendigkeit die Forderungen an den Mitgliedstaat aus ausstehenden Anleihen und Kreditverpflichtungen zu erfassen. Im Zuge der Bestandsaufnahme wäre vom Mitgliedstaat für den ESM hierzu ein Überblick über die grundsätzlich berücksichtigungsfähigen Forderungen zusammenzustellen. Der ESM könnte dabei als zentrale Anlaufstelle für die Erfassung von Forderungsansprüchen der Gläubiger dienen.<sup>4)</sup> Mit Auslösen des Verfahrens würden diese dazu aufgefordert, ihre Ansprüche an den Staat innerhalb einer bestimmten Frist (z. B. zwei Wochen) unter Vorlage geeigneter Belege anzumelden.

#### Entscheidung über Hilfsprogramm und mögliche Umschuldung

Der ersten Bestandsaufnahme folgen Verhandlungen zur Konkretisierung der Reformen und Maßnahmen. Hierfür könnte erneut ein fester Zeitraum von zum Beispiel vier Wochen (zweite Frist) festgelegt werden.<sup>5)</sup>

#### Der Fall eines vorübergehenden Liquiditätsproblems

Im Regelfall kann zunächst wohl kaum verlässlich zwischen einem vorübergehenden Liquiditäts- und grundlegenden Tragfähigkeitsproblemen unterschieden werden. Handelt es sich wahrscheinlich um ein temporäres Problem, das mit einem Anpassungsprogramm behoben werden könnte,

würde sich die Vorgehensweise bei einem ESM-Programm nicht grundlegend ändern. Dazu würde nach der Bestandsaufnahme zunächst das Anpassungsprogramm konkretisiert. Sofern Änderungen an dem entworfenen Programmszenario erforderlich erscheinen, sind konkrete Reformen und Maßnahmen – wiederum durch den betroffenen Mitgliedstaat – vorzuschlagen, während der ESM wie bislang den Umfang der gegebenenfalls nötigen Finanzhilfen bestimmt. Das endgültige Anpassungsprogramm wird gemäß dem Entscheidungsprozess des ESM abgestimmt. Bei Zustandekommen des Programms führt die in den Anleiheverträgen enthaltene Laufzeitverlängerung dazu, dass die Restlaufzeiten automatisch um drei Jahre verlängert werden. Ohne ein Kreditereignis auszulösen (und den damit verbundenen potenziellen Verwerfungen an den Finanzmärkten), verblieben die Investoren somit länger in der Haftung für ihre Anlageentscheidung, und der Rückgriff auf ESM-Finanzmittel würde begrenzt. Die Umsetzung des Programms würde durch den ESM laufend kontrolliert und die Auszahlung von Finanzhilfen an die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen gekoppelt.

#### Der Fall eines Tragfähigkeitsproblems

Es könnte sich bei der Bestandsaufnahme allerdings auch herausstellen, dass der Mitgliedstaat den Kapitalmarktzugang zum Ende der Programmlaufzeit selbst bei vollständiger Umsetzung der im Programmszenario enthaltenen Maßnahmen nicht wiedererlangen dürfte und folglich kein Liquiditätsengpass, sondern ein Tragfähigkeitsproblem vorliegt. In diesem Fall wäre als Voraussetzung für ESM-Finanzhilfen innerhalb der vorgegebenen zweiten Frist

<sup>4</sup> Diese Aufgabe könnte alternativ auch einer anderen Stelle übertragen werden, die dem ESM die Informationen für den weiteren Fortgang vorlegt.

<sup>5</sup> Kommt der ESM zur Einschätzung, dass der Mitgliedstaat einen grundsätzlich unbegründeten Antrag auf Finanzhilfen stellt, weil er die Schieflage durch eigene Anstrengungen bewältigen könnte, ist dem Gouverneursrat die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

von vier Wochen (parallel zur Konkretisierung des Anpassungsprogramms) mit den Gläubigern über eine Umschuldung zu verhandeln. Dazu wäre zum Beginn der zweiten Vier-Wochen-Frist eine erste Versammlung aller Anspruchsberechtigten einzuberufen. Der ESM würde dort das vorläufig avisierte Anpassungsprogramm vorstellen sowie den sich daraus ergebenden Umschuldungsbedarf benennen. Auf dieser Grundlage wäre die Aufteilung der Anpassungslasten durch Reformen und potenzielle Verluste für die Gläubiger im Rahmen einer Schuldenrestrukturierung konkret auszuhandeln. Auch hier wäre die innerstaatliche Lastenverteilung vom betroffenen Mitgliedstaat eigenverantwortlich vorzuschlagen.<sup>6)</sup>

Der ESM würde während der Umschuldungsverhandlungen die Forderungsansprüche entsprechend einem gegebenenfalls unterschiedlichen Rang in der Bedienung klassifizieren, die unterschiedlichen Positionen sondieren, die Verhandlungen leiten und den Interessenausgleich zwischen den beteiligten Parteien fördern.<sup>7)</sup> Zum Ende des zweiten Vier-Wochen-Zeitraums würde dann eine weitere Gläubigerversammlung einberufen und der ausgehandelte konkrete Umschuldungsplan zur Abstimmung gestellt.<sup>8)</sup>

Kann sich das Schuldnerland bei der entscheidenden Versammlung nicht mit seinen Gläubigern einigen, könnte eine weitere Frist (von z. B. zwei Wochen) zur Erarbeitung eines letzten Kompromissvorschlags gesetzt werden.<sup>9)</sup> Bei der finalen Abstimmung könnte das (aggregierte) Mehrheitserfordernis durch eine entsprechende Klausel in den Anleiheverträgen reduziert worden sein.<sup>10)</sup> Kommt keine Einigung zustande, müsste der ESM dem Gouverneursrat die Ablehnung des Antrags auf Finanzhilfen empfehlen. Durch vorangegangene begleitende Reformen am Ordnungsrahmen wäre dabei zu gewährleisten, dass ein staatlicher Zahlungsausfall außerhalb eines ESM-Programms für die Finanzstabilität des Euro-Raums künftig verkraftbar ist.<sup>11)</sup> Ungeachtet

dessen dürften an einer solchen Entwicklung aber weder das betroffene Land noch dessen Gläubiger ein Interesse haben.

Einigen sich die Beteiligten dagegen spätestens bei der finalen Abstimmung auf eine Restrukturierung und ein Anpassungsprogramm, würden die vereinbarten Konditionalitäten mit dem betroffenen Staat festgeschrieben und zusammen mit einem Vorschlag zur Gewährung von Finanzhilfen dem Gouverneursrat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Parallel würde die Restrukturierung erfolgen. Der Programmfortschritt würde dann laufend durch den ESM kontrolliert und die Auszahlung von Finanzhilfen wie bisher an die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen gekoppelt.

### Programmverlauf und Programmende

Verläuft das Programm wie erwartet, könnte das Land spätestens zum Programmende an den Kapitalmarkt zurückkehren und im weiteren Verlauf die gewährten Liquiditätshilfen und die fällig werdenden Schuldtitel der privaten Gläubiger bedienen.

---

**6** Im Überschuldungsfall wären grundsätzlich neben dauerhaften Konsolidierungsmaßnahmen und Privatisierungen auch die privaten Nettovermögen der Staatsbürger für eine einmalige außerordentliche Vermögensabgabe in Betracht zu ziehen.

**7** Eventuelle Kreditforderungen des IWF und des ESM genießen bevorrechtigten Gläubigerstatus.

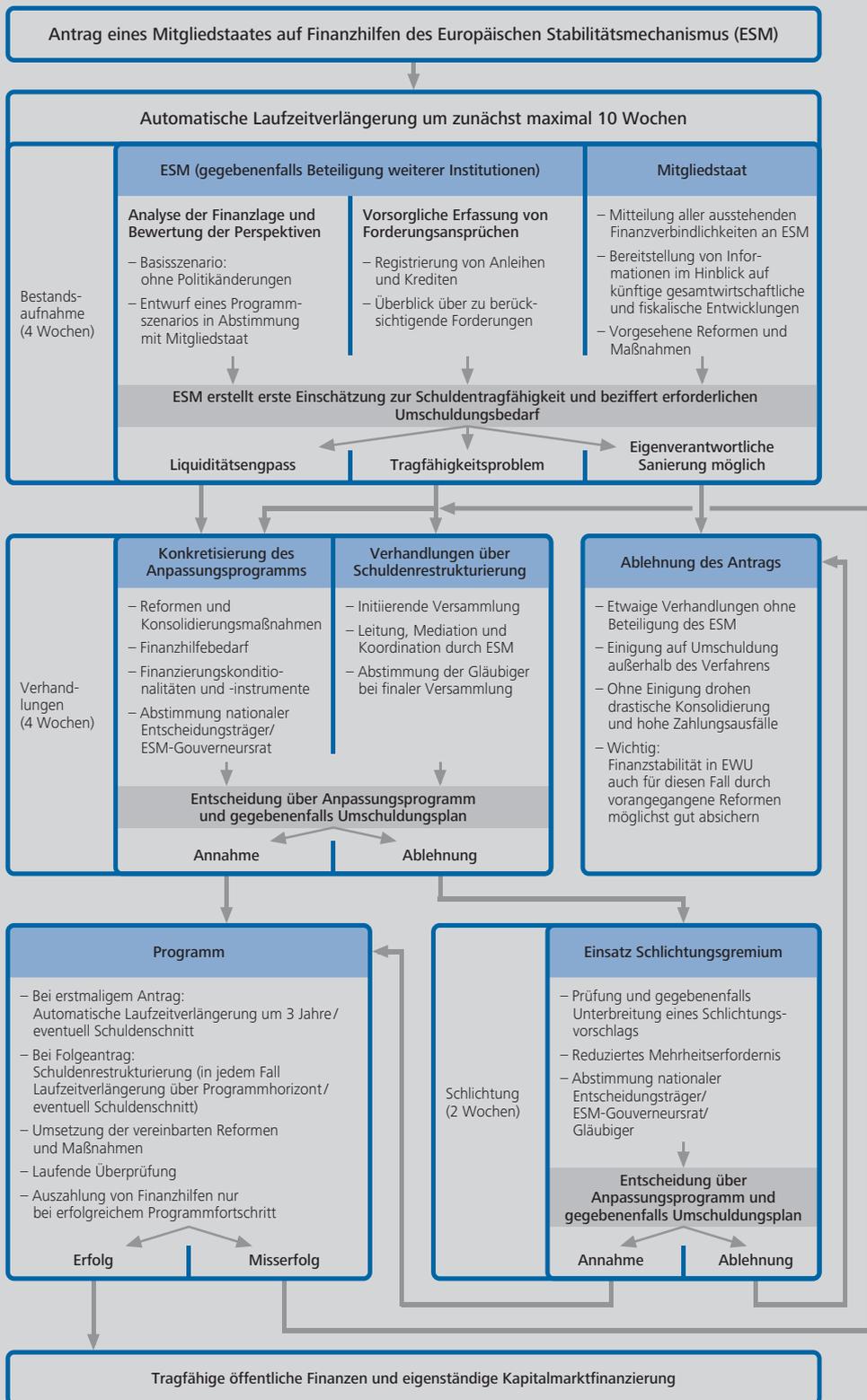
**8** Für Anleihen mit (reformierten) Umschuldungsklauseln erfordert die Restrukturierung eine qualifizierte Mehrheit der Gläubiger.

**9** Unter Umständen könnte hier auch die Einsetzung eines möglichst unabhängigen „Schlichtungsgremiums“ erwogen werden. Bspw. könnte der Europäische Gerichtshof diese Funktion übernehmen.

**10** Bspw. für den Fall einer Gläubigerversammlung von 75% auf 50% des anwesenden Kapitals bei einem gleichen Quorum von 66⅔% des Nominalwerts der insgesamt davon betroffenen Schuldtitel bzw. für den Fall einer schriftlichen Abstimmung von 66⅔% auf 50% der betroffenen Schuldtitel. Eine solche Regelung wäre im Zuge der grundlegenden Reform der Umschuldungsklauseln vorzusehen, die wie die vorgeschlagene Reform der Anleihebedingungen Voraussetzung für den hier beschriebenen Ablauf ist.

**11** Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion, Monatsbericht, März 2015, S. 15 ff.

### Möglicher Ablauf eines reformierten Verfahrens zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum



Selbst bei einer vollständigen Umsetzung aller vereinbarten fiskalischen und strukturellen Reformen ist der Erfolg eines Anpassungsprogramms aber mit Unsicherheit behaftet – sowohl im Falle mit als auch ohne Restrukturierung. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Bedarf eines (weiteren) Schuldenschnitts erst im Verlauf oder zum Ende eines Anpassungsprogramms offenbart. Würde die Schuldentragfähigkeit und der Kapitalmarktzugang eines betroffenen Staates zum Ende der Programmlaufzeit trotz vollständiger Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen nicht wiederhergestellt, wären (erneute) Umschuldungsverhandlungen unumgänglich. Diese sollten ebenfalls standardisiert ablaufen, um entsprechend dem vereinbarten Verfahren und innerhalb der beispielhaft vorgegebenen Fristen tragfähige Staatsfinanzen herzustellen. Dabei wären auch jene Forderungen mit einzubeziehen, die im Rahmen des Anpassungsprogramms bereits verlängert wurden oder aber bei einer vor-

herigen Restrukturierung bereits Verluste erlitten. Sollte der ESM in diesem Zuge ein neues Anpassungsprogramm aushandeln und dafür Finanzhilfen vorschlagen, wäre sicherzustellen, dass die ausstehenden Schuldtitel im Rahmen der Restrukturierung in solche getauscht würden, deren Laufzeit über den veranschlagten Programmzeitraum hinausgeht und somit die Gläubiger in der Haftung blieben. Würde hier erneut ein Liquiditätsproblem festgestellt, könnte wiederum eine Verlängerung der Laufzeiten als ausreichend angesehen werden. Spätestens dann würde es sich aber nicht mehr um eine in den Anleihebedingungen vereinbarte Verlängerung handeln, sondern um eine Restrukturierung. Käme keine Einigung zustande, müsste der ESM dem Gouverneursrat die Ablehnung weiterer Finanzhilfen empfehlen. Dann wären Umschuldungsverhandlungen ohne Beteiligung des ESM zu führen.

oder dass ein Staat die Bedienung seiner Schulden einstellt, ohne Finanzhilfen zu beantragen. Dies wäre vermutlich die für alle Beteiligten ungünstigste Lösung. Für die EWU ist es dennoch wichtig, dass die Finanzstabilität künftig so gestärkt wird, dass sie auch in einem solchen Fall mit potenziell eher ungeordneten Umschuldungsverhandlungen nicht gefährdet ist.<sup>34)</sup>

zess insgesamt beschleunigen, sodass die volkswirtschaftlichen Kosten der staatlichen Überschuldung und somit tendenziell ein erforderlicher Schuldenschnitt reduziert werden. Würde ein solches Verfahren zu einem Anstieg der Risikoprämien führen, beispielsweise wenn ein Bail-out durch die anderen Mitgliedstaaten nach Einführung einer solchen Reform als unwahrscheinlicher eingeschätzt würde, wäre dies als eine Korrektur bislang verzerrter Marktbepreisung anzusehen, weil ein solcher Bail-out im bestehenden Rahmen gerade nicht vorgesehen ist. Dies würde einer übermäßigen Verschuldung wiederum entgegenwirken und eine potenzielle Kostenüberwälzung auf andere Staaten verhindert. Würden so insgesamt solidere Staatsfinanzen erreicht, wären perspektivisch sogar niedrigere Risikoprämien zu erwarten.

*Auswirkungen  
auf Finanzie-  
rungskosten  
nicht eindeutig*

Die Vereinbarung eines glaubwürdigen Restrukturierungsverfahrens könnte zur Folge haben, dass Marktakteure künftig die Wahrscheinlichkeit einer Umschuldung generell höher einschätzen. Die Auswirkung auf die Risikoprämien der Mitgliedsländer ist aber nicht eindeutig. Durch ein geordnetes Verfahren werden die Unsicherheiten für die Investoren hinsichtlich der erforderlichen Schritte und Dauer bis zur Wiederherstellung der grundlegenden Tragfähigkeit reduziert und die Kosten der Koordinationsprobleme begrenzt. Das Verlustrisiko sollte sich daher verlässlicher kalkulieren lassen. Die vorgeschlagenen Reformen sollten den Pro-

<sup>34</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank, Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion, a. a. O.

## ■ Schlussfolgerungen

*Reformen müssen Ordnungsrahmen und Finanzstabilität stärken*

Der Ordnungsrahmen der EWU wurde seit Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise nicht grundlegend geändert. Er ist in der aktuellen Ausgestaltung aber weiter reformbedürftig. Dabei scheint die Weiterentwicklung zu einer echten Fiskal- oder politischen Union derzeit nicht konsensfähig zu sein. Insofern sollte die EWU in ihrem ursprünglich vereinbarten Rahmen weiterentwickelt werden. Der Absicherung der Finanzstabilität kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, insbesondere mit Blick auf die negativen Wechselwirkungen zwischen Staaten und Finanzinstituten.

*Anpassungen der Anleihebedingungen erleichtern künftige Krisenbewältigung*

Speziell im Hinblick auf die Bewältigung künftiger Staatsschuldenkrisen könnten geänderte Bedingungen für die Staatsanleihen der Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag leisten. So könnten hier eine automatische Laufzeitverlängerung bei Finanzhilfen des ESM und ein einstufiges Mehrheitserfordernis für Restrukturierungen verankert werden. Das Diagnoseproblem bei akuten staatlichen Finanzierungsproblemen könnte entschärft, die Eigenverantwortung von Investoren gestärkt, die Schlagkraft des ESM erhöht und die Risikoübertragung auf die übrigen Mitgliedstaaten begrenzt werden. Dies könnte eine Einigung auch über eine etwaige Umschuldung erleichtern.

*Regelgebundenes Verfahren um Krisenmechanismus zu stärken*

Im Falle einer Umschuldung könnte ein vorab vereinbartes Verfahren, insbesondere wenn es mit den vorgeschlagenen Änderungen der Anleihebedingungen verbunden würde, den Prozess kalkulierbarer machen und beschleunigen. In diesem Zusammenhang könnten Koordination und begleitende Aufgaben, wie etwa die Erfassung der bestehenden Ansprüche, auf den ESM übertragen werden, und dieser könnte auch mit einer effektiven Abstimmung der Umschuldung mit einem Anpassungsprogramm und Finanzhilfen des ESM beauftragt werden. Mit Stärkung des Krisenbewältigungsmechanis-

mus könnte darüber hinaus auch in Erwägung gezogen werden, den ESM ergänzend die Funktion einer unabhängigen Fiskalbehörde zu übertragen. Dazu könnten ihm die bisher bei der Europäischen Kommission liegenden Aufgaben der Bewertung der Haushaltsentwicklungen und der Einhaltung der Fiskalregeln übertragen werden. Insgesamt könnten die Kosten und die Höhe künftiger Schuldenschnitte so reduziert werden. Da im bestehenden Ordnungsrahmen die Entscheidungskompetenzen über ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik weiterhin bei den Mitgliedstaaten liegen, hinge aber auch nach Einrichtung eines Restrukturierungsverfahrens dessen Erfolg entscheidend von der Zahlungswilligkeit und der Kooperationsbereitschaft der Staaten ab.

Im Ergebnis könnten die vorgeschlagenen Reformen zur Stärkung des Haftungsausschlusses in der EWU (No Bail-Out) und der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten beitragen und somit auch künftige Staatsschuldenkrisen eher vermieden werden. Die zentralen Elemente würden dabei durch die Anpassung der Anleiheverträge nicht ad hoc, sondern sukzessiv im Rahmen neuer Emissionen implementiert. Dies stärkt den vorgestellten Krisenbewältigungsmechanismus. Dieser Mechanismus stellt aber keine unmittelbare oder einfache Lösung für die Probleme durch die teilweise weiterhin sehr hohe Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten dar, und die Schwierigkeiten bei einer etwaigen Umschuldung in der Übergangszeit würden auch nur schrittweise verringert. Insgesamt müssten die Staaten somit die Zeit nutzen, um den ohnehin verabredeten Konsolidierungskurs umzusetzen und ihre Staatsfinanzen krisenresistenter zu machen. Gleichzeitig wäre es elementar, Reformen zur erhöhten Finanzmarktstabilität in Kraft zu setzen, die insbesondere den Nexus zwischen nationalen Staatsfinanzen und Bankensystem aufbrechen und auch eine Umschuldung von Staatsanleihen verkraftbar machen.

*Sukzessives Inkraftsetzen der einzelnen Elemente vermeidet abrupte Marktreaktionen und stärkt das Verfahren*

## Abwicklung und Restrukturierung von Banken – Die neuen Mindest- anforderungen TLAC und MREL

*Das Anfang 2015 in Europa eingeführte neue Abwicklungsregime für Banken soll ermöglichen, dass auch systemrelevante Institute geordnet abgewickelt werden können, ohne die Finanzstabilität zu gefährden oder den Steuerzahler zu belasten. Hintergrund ist, dass für die Realwirtschaft und Finanzstabilität bedeutende Funktionen einer Bank im Rahmen einer Abwicklung aufrechterhalten werden können und so eine glaubhafte Alternative zum regulären Insolvenzverfahren oder zu staatlichen Stützungsmaßnahmen (Bail-out) geschaffen wird. Zentrales Element des neuen Abwicklungsrahmenwerks ist das sogenannte Bail-in. Die Einführung dieses Instruments der Gläubigerbeteiligung ermöglicht es erstmals, dass außerhalb eines Insolvenzverfahrens neben Eigentümern und nachrangigen Gläubigern auch nichtnachrangige Fremdkapitalgeber zur Haftung für Verluste einer Bank herangezogen werden können. Während grundsätzlich alle Verbindlichkeiten haften könnten, wurden jedoch einige Ausnahmen zugelassen, um das Erreichen der Abwicklungsziele zu gewährleisten. Darunter fallen beispielsweise von der Einlagensicherung gedeckte Einlagen (bis 100 000 €) und kurzfristige Verbindlichkeiten. Um dennoch sicherzustellen, dass eine Bank im Falle eines Bail-in über ausreichend bail-in-fähiges Kapital verfügt, wurden auf globaler sowie europäischer Ebene Mindestanforderungen an vorzuhaltende bail-in-fähige Verbindlichkeiten entwickelt beziehungsweise bereits rechtlich verankert. Auf G20-Ebene gilt ab dem Jahr 2019 diesbezüglich eine neue Mindestanforderung an die Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit global systemrelevanter Banken (G-SIB), die sogenannte Total Loss Absorbing Capacity (TLAC). Nach Umsetzung in europäisches Recht wird die TLAC-Anforderung verbindliche Vorgaben unter anderem bezüglich der Höhe und Anerkennungsfähigkeit von Verbindlichkeiten sowie weiterer Aspekte (z. B. Verteilung des Kapitals innerhalb einer Gruppe, Regelungen für Investitionen anderer Banken in TLAC) machen. Gleichzeitig wurde innerhalb der Europäischen Union bereits im Rahmen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie eine Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities: MREL) eingeführt. MREL ist von den Abwicklungsbehörden unter Berücksichtigung bestimmter Vorgaben institutsindividuell festzulegen und daher hinsichtlich Höhe und Anerkennungskriterien flexibler gestaltet.*

*Lehren aus der  
Finanzkrise ...*

## ■ Einleitung

Im Zuge der Finanzkrise flossen hohe Summen an Steuergeldern in Form von staatlicher Unterstützung an strauchelnde Finanzinstitute, um sie vor dem Ausfall zu bewahren und somit einer Kettenreaktion vorzubeugen. Öffentliche Stützungsmaßnahmen verursachen jedoch nicht nur hohe Kosten für die Staatshaushalte und damit letztlich für die Steuerzahler, sondern sie haben auch negative Anreizeffekte. So konnte in der Vergangenheit beobachtet werden, dass einige der verantwortlichen Bankmanager in dem Wissen, dass etwaige anfallende Verluste vom Staat übernommen würden (sog. implizite Staatsgarantien), übermäßige Risiken eingegangen sind (Moral Hazard). Dies ist insbesondere mit Blick auf systemrelevante Banken von großer Bedeutung (sog. Too-Big-To-Fail-Problematik<sup>1)</sup>), da hier die Anwendung regulärer Insolvenzverfahren unerwünschte Auswirkungen auf die Finanzstabilität und die Realwirtschaft haben kann.

*... führten zu  
Reformen zur  
Stärkung der  
Widerstandsfähigkeit der  
Finanzinstitute*

Folglich einigten sich die Staats- und Regierungschefs der G20 bereits im Jahr 2008, erneuten Verwerfungen mittels globaler Reforminitiativen entgegenzutreten. Ziel dieser Reformen war zum einen die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Finanzinstitute, um die Wahrscheinlichkeit einer Krise zu verringern, und die Eindämmung systemischer Risiken (Basel III-Rahmenwerk<sup>2)</sup>). Dies wurde beispielsweise durch höhere Anforderungen an die Qualität und Quantität des vorzuhaltenden Eigenkapitals sowie die Einführung quantitativer Liquiditätsstandards und einer risikounabhängigen Verschuldungsgrenze, der sogenannten Leverage Ratio<sup>3)</sup>, adressiert. Zum anderen wurde ein Abwicklungsregime für den Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten entwickelt.<sup>4)</sup> Im Gegensatz zum regulären Insolvenzverfahren sollen im Abwicklungsverfahren die kritischen Funktionen einer Bank fortgeführt und so die Finanzstabilität gewahrt werden. Die Etablierung spezieller Abwicklungsregime für Finanzinstitute als glaubhafte Alternative zum Insolvenzverfahren soll damit der bislang vor-

herrschenden Bail-out-Politik, das heißt der systematischen staatlichen Rettung von systemrelevanten Finanzinstituten, ein Ende bereiten und einen maßgeblichen Beitrag zur Lösung des Too-Big-To-Fail-Problems leisten.

Vor diesem Hintergrund wurde der Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board: FSB) von den G20 beauftragt, einen internationalen Standard für Abwicklungsregime zu erarbeiten. Die daraufhin im Jahr 2011 veröffentlichten Key Attributes of Effective Resolution Regimes for Financial Institutions<sup>5)</sup> (Key Attributes) enthalten verschiedene Kernelemente, die erstmals auf globaler Ebene wesentliche Ausgestaltungsmerkmale für nationale Abwicklungsregime skizzieren. Demnach sollen Staaten Abwicklungsbehörden errichten und diese mit Abwicklungsbefugnissen und -instrumenten, wie zum Beispiel dem neuen Instrument der Gläubigerbeteiligung (sog. Bail-in), der Veräußerung von Geschäftsbereichen oder deren Übertragung auf ein Brückeninstitut, ausstatten. In der EU wur-

*Key Attributes  
des FSB und  
BRRD in der EU*

1 Ein Institut gilt als systemrelevant, wenn seine Zahlungsunfähigkeit das Funktionieren des Finanzsystems oder wesentlicher Teile davon gravierend beeinträchtigen würde und zudem negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft hätte. Während der Begriff Too-Big-To-Fail im engeren Sinn auf die Größe einer Bank abzielt, ist er in diesem Kontext im weiteren Sinn zu verstehen. Gemeint sind systemrelevante Institute im Allgemeinen, unabhängig davon, ob die Systemrelevanz auf die Größe, Komplexität, Verflechtung oder andere Eigenschaften zurückzuführen ist. Kern des Problems ist, dass ein Staat die Insolvenz eines Instituts, das als Too-Big-To-Fail gilt, vermeiden möchte und hierzu auf öffentliche Mittel zurückgreift.

2 Das Basel III-Regelwerk, das der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im September 2010 beschlossen hat, schreibt die Basel II-Vorschriften fort und ersetzt sie schrittweise (vgl.: Deutsche Bundesbank (2011), Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken). In der EU wurden die Vorschriften mittels der CRR und CRD IV umgesetzt. Siehe hierzu: Deutsche Bundesbank, Die Umsetzung von Basel III in europäisches und nationales Recht, Monatsbericht, Juni 2013, S. 57 ff.

3 Die Leverage Ratio setzt das Kernkapital einer Bank in Beziehung zu ihrem Gesamtengagement (Leverage Ratio Exposure). Im Gegensatz zu den risikobasierten Eigenkapitalvorschriften werden die einzelnen Positionen im Rahmen der Leverage Ratio nicht mit einem individuellen Risikogewicht versehen, sondern ungewichtet berücksichtigt. Siehe hierzu: Deutsche Bundesbank (2013), a. a. O.

4 Für weitere Informationen zum neuen Abwicklungsregime für Banken siehe: Deutsche Bundesbank, Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, Monatsbericht, Juni 2014, S. 31 ff.

5 Im Internet abrufbar unter [http://www.fsb.org/wp-content/uploads/r\\_141015.pdf](http://www.fsb.org/wp-content/uploads/r_141015.pdf)

den die Grundprinzipien der Key Attributes für Banken mittels der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive<sup>6)</sup>: BRRD) in europäisches Recht eingeführt. Die BRRD musste bis zum 1. Januar 2015 (das Bail-in-Instrument bis zum 1. Januar 2016) in allen EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Flankierend zur BRRD wurde für die Mitgliedstaaten innerhalb der Bankenunion die Verordnung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism Regulation: SRM-VO<sup>7)</sup> verabschiedet, die einheitliche Vorschriften und Verfahren für die Abwicklung notleidender grenzüberschreitend tätiger Banken innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM) gewährleistet.

*Bail-in als zentrales Element der neuen Abwicklungsregime setzt ein Mindestmaß verlässlicher verlustabsorbierender Masse im Abwicklungsfall voraus*

Das Bail-in ist ein zentrales Element der neuen Abwicklungsregime und eines der wichtigsten Instrumente, das den Abwicklungsbehörden im Krisenfall zur Verfügung steht. Die Investoren einer Bank sollen demnach nicht nur von Gewinnen profitieren, sondern auch anfallende Verluste tragen. Dieses Haftungsprinzip stärkt die Anreize, Risiken in Investitionsentscheidungen angemessen zu berücksichtigen und Moral-Hazard-Verhalten möglichst weitgehend einzuschränken. Dabei werden – nach Heranziehung der Eigentümer<sup>8)</sup> – auch Fremdkapitalgeber unter Einhaltung der Gläubigerhierarchie (Haftungskaskade) zur Verlustabdeckung herangezogen, indem die entsprechenden Kapitalbestandteile abgeschrieben beziehungsweise in Eigenkapital gewandelt werden. Um die Wirksamkeit des Bail-in-Instruments und damit die Glaubwürdigkeit eines Abwicklungsregimes im Allgemeinen sicherzustellen, ist es jedoch von zentraler Bedeutung, dass im Abwicklungsfall ausreichend Verlustabsorptionsmasse zur Verfügung steht. Während grundsätzlich die gesamte Passivseite zum Bail-in herangezogen werden könnte, beinhaltet die BRRD generelle und diskretionäre Ausnahmen, um das Erreichen der Abwicklungsziele zu gewährleisten.<sup>9)</sup> Diese wurden als notwendig erachtet, da von einem Bail-in bestimmter Verbindlichkeiten eine Gefahr für die Finanzstabilität ausgehen könnte (z. B. Bank Runs) oder eine zeit-

nahe Bewertung mancher Instrumente möglicherweise schwierig zu realisieren und damit eine Heranziehung zur Verlusttragung aller gleichrangigen Instrumente problematisch wäre. Um dennoch sicherzustellen, dass ein Mindestmaß verlässlicher verlustabsorbierender Masse im Abwicklungsfall vorhanden ist, wurden Mindestanforderungen für verlustabsorptionsfähige Verbindlichkeiten entwickelt.

Auf globaler Ebene wurde der Standard Total Loss Absorbing Capacity (TLAC<sup>10)</sup> für global systemrelevante Banken (Global Systemically Important Banks: G-SIB) vom FSB ausgearbeitet und im November 2015 veröffentlicht. Sein Ziel ist die Festlegung eines Mindestvolumens von verlustabsorptionsfähigen Verbindlichkeiten für die weltweit circa 30 G-SIB, um diese im Falle einer Schieflage geordnet und ohne Rückgriff auf öffentliche Mittel abwickeln zu können. Der

**6** Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates.

**7** Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010.

**8** Die Herabschreibung oder Umwandlung von Kapitalinstrumenten nach Art. 59 BRRD (Umsetzung in § 89 SAG (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz)) ist dem Bail-in vorgeschaltet und ähnelt diesem, ohne aber ein Abwicklungsinstrument im eigentlichen Sinn zu sein (vgl.: Deutsche Bundesbank (2014), a. a. O., S. 31, 38 f.).

**9** Art. 44 Abs. 2 BRRD (Umsetzung in § 91 Abs. 2 SAG) enthält einige generelle Ausnahmen vom Bail-in, darunter gedeckte Einlagen, besicherte Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von weniger als sieben Tagen. Zusätzlich ermöglicht Art. 44 Abs. 3 BRRD (Umsetzung in § 91 Abs. 3 SAG) der Abwicklungsbehörde im Einzelfall und unter gewissen Voraussetzungen, bestimmte berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten oder bestimmte Kategorien berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten ganz oder teilweise aus dem Anwendungsbereich des Bail-in auszuschließen, bspw. wenn der Ausschluss zwingend notwendig und verhältnismäßig ist, um die Gefahr von Ansteckungseffekten zu vermeiden.

**10** Im Internet abrufbar unter <http://www.fsb.org/2015/11/total-loss-absorbing-capacity-tlac-principles-and-term-sheet/>

## TLAC und MREL im neuen Sanierungs- und Abwicklungsregime<sup>\*)</sup>

### Umgang mit in Schieflage geratenen Banken vor und während der Finanzkrise



### Lösungsansatz nach der Finanzkrise: Neues Sanierungs- und Abwicklungsregime mit Bail-in



\* TLAC: Total Loss Absorbing Capacity; MREL: Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities. <sup>1</sup> Global Systemically Important Banks.  
 Deutsche Bundesbank

TLAC-Standard des FSB ist noch in europäisches Recht umzusetzen, ein Vorschlag der Europäischen Kommission wird für den Herbst dieses Jahres erwartet. Hingegen wurde in der BRRD bereits mit den Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities: MREL) eine Vorgabe mit vergleichbarer Zielrichtung eingeführt. Die Anforderung soll – ähnlich wie im Falle von TLAC – eine gewisse Verlustabsorptionsfähigkeit im Abwicklungsfall für jede Bank sicherstellen. Da sich die BRRD auf alle Banken<sup>11)</sup> in der EU bezieht, findet MREL auf sämtliche Banken innerhalb der EU Anwendung.

Wenngleich beide Konzepte die gleiche Zielsetzung haben, unterscheiden sie sich aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und des unterschiedlichen Anwendungsbereichs dennoch in einigen wichtigen Details (u. a. in ihrer Höhe und dem Nachrangigkeitskriterium als Anerkennungsmerkmal), die im Folgenden näher beleuchtet werden.

## Total Loss Absorbing Capacity – TLAC

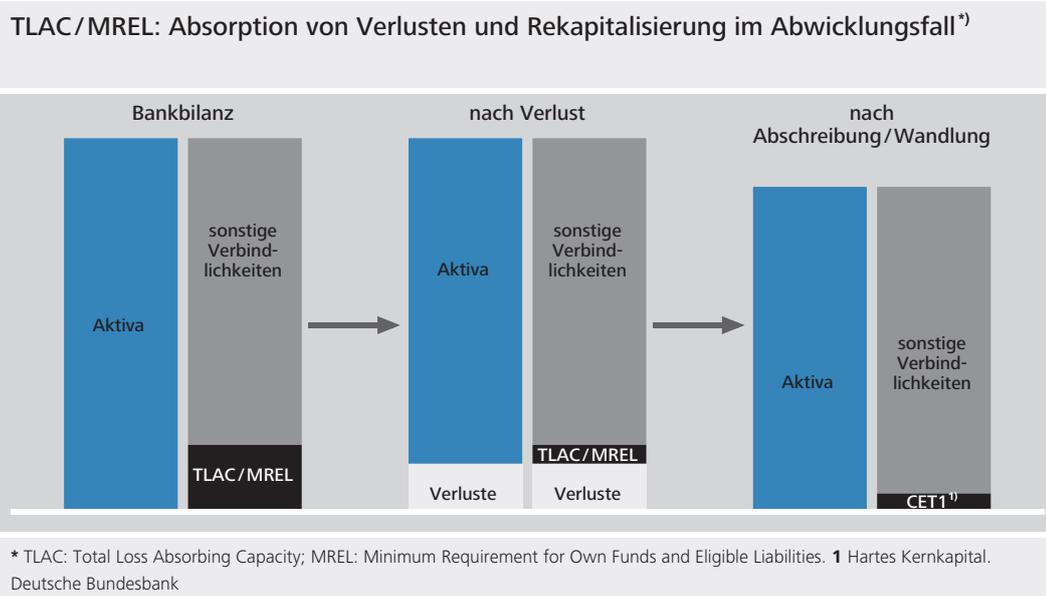
### Entstehung des TLAC-Standards

Im Rahmen der zunehmenden regulatorischen Konkretisierung der Key Attributes wurde deutlich, dass G-SIB aufgrund ihrer Präsenz in unterschiedlichen Jurisdiktionen gruppenweit über ausreichend Verlustabsorptionskapazität verfügen müssen, um das Gelingen einer grenzüberschreitenden Abwicklung sicherzustellen. Bei ihrem Gipfel in St. Petersburg im September 2013 beauftragten die G20 schließlich das FSB, bis Ende 2014 Vorschläge zu Anforderungen an verlustabsorbierendes Kapital für die Abwicklung von G-SIB zu entwickeln. Die neue Mindestanforderung sollte dabei über das bestehende Basel III-Rahmenwerk, das unerwartete Verluste einer Bank im laufenden Geschäftsbetrieb („going-concern“) abdecken soll,<sup>12)</sup> hinausgehen und zwar dergestalt, dass im Abwicklungsfall („gone-concern“) weiteres Kapital

*Verabschiedung des TLAC-Standards auf dem G20-Gipfel im November 2015*

<sup>11</sup> Der Anwendungsbereich der BRRD umfasst in der EU niedergelassene Institute, d. h. Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Art. 1 Abs. 1 lit. a, Art. 2 Abs. 23 BRRD). Der Begriff „Kreditinstitut“ ist dabei im europarechtlichen Sinne des Einlagen- und Kreditgeschäfts zu verstehen, sodass nicht alle Unternehmen, die den weiteren Begriff des Kreditinstituts im deutschen Recht (§ 1 Abs. 1 Gesetz über das Kreditwesen (KWG)) erfüllen, von der BRRD erfasst sind. Erfasst sind daneben auch in der EU bestehende Zweigstellen von Banken aus Drittstaaten sowie bestimmte Finanzholdinggesellschaften (Art. 1 Abs. 1 lit. b bis e BRRD).

<sup>12</sup> Gemäß Basel III müssen Banken Eigenkapital in Höhe von mindestens 8% der risikogewichteten Aktiva (RWA) (davon mind. 4,5% hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1, CET 1), mind. 1,5% zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1, AT 1) und 2% Ergänzungskapital (Tier 2) vorhalten (vgl. Deutsche Bundesbank, Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken, 2011).



für die Verlusttragung und Rekapitalisierung eines Instituts zur Verfügung steht. Im Unterschied zum Kapital für den „going-concern“, welches ausschließlich die Eigenmittel beinhaltet, kann das „gone-concern“-Kapital auch Verbindlichkeiten umfassen, die im Wege des Bail-in gewandelt werden können. Während die Arbeiten am neuen Standard federführend unter der Ägide des FSB durchgeführt wurden, war der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision: BCBS) eng eingebunden, um technische Aspekte abzudecken und die Vereinbarkeit mit dem Basel-III-Rahmenwerk sicherzustellen.

Der TLAC-Standard,<sup>13)</sup> der neben übergeordneten Prinzipien ein Eckpunktedokument mit konkreten Details (sog. Term Sheet) enthält, wurde auf dem G20-Gipfel in Antalya im November 2015 verabschiedet. TLAC – wie im Übrigen auch MREL (vgl. S. 76 ff.) – stellt damit auf die gesamte Verlustabsorptionsfähigkeit (inkl. eines möglicherweise notwendigen Rekapitalisierungsbetrages) einer Bank ab. Der Standard betrifft als Mindeststandard alle G-SIB und wird ab 2019 beziehungsweise 2022 in zwei Stufen eingeführt.<sup>14)</sup>

## Anwendungsbereich und Kalibrierung

Der neue TLAC-Standard stellt eine – noch in europäisches Recht umzusetzende – Mindestanforderung für G-SIB dar. Die Abwicklungsbehörden haben darüber hinaus die Möglichkeit, ähnlich wie beim Mindesteigenkapital, einen institutsspezifischen Aufschlag zu erheben. Die Frage einer für alle G-SIB verbindlichen Mindestanforderung wurde in den Verhandlungen jedoch kontrovers diskutiert. Während einige FSB-Mitglieder von Anfang an für eine bindende Mindestanforderung plädierten, bevorzugten andere eine flexiblere Lösung mit größerem Entscheidungsspielraum für die zuständigen Behörden. Eine verbindliche Mindestanforderung ist jedoch aus Finanzstabilitäts- und Wettbewerbsgesichtspunkten zu begrüßen.

TLAC umfasst grundsätzlich sämtliches „going-concern“- und „gone-concern“-Kapital eines Institutes, mit Ausnahme des Eigenkapitals, das zur Erfüllung der Kapitalpufferanforderungen benötigt wird (sog. kombinierte Kapitalpuffer).

*TLAC-Standard als Mindestanforderung für G-SIB*

<sup>13</sup> Siehe Fußnote 8.

<sup>14</sup> Eine Ausnahme bilden G-SIB in Schwellenländern (dies betrifft jedoch derzeit nur China). Diese müssen TLAC erst ab spätestens 2025 bzw. 2028 einhalten.

*Bei Unterschreiten der TLAC-Mindestanforderung greifen Sanktionsmechanismen wie bei Unterschreitung der Mindesteigenkapitalanforderung*

anforderung<sup>15</sup>): Das erforderliche harte Kernkapital zur Erfüllung der Kapitalpufferanforderung darf nicht gleichzeitig für TLAC angerechnet und damit doppelt genutzt werden. Hintergrund ist, dass andernfalls die Funktionsweise der Kapitalpuffer nicht mehr gewährleistet wäre. Diese sollen „atmen“, das heißt in Stresssituationen abgebaut werden können, während die TLAC-Anforderung zu jeder Zeit erfüllt sein soll. Andernfalls würde ein G-SIB, welches seine Kapitalpuffer zur Deckung von Verlusten einsetzt, dadurch die TLAC-Anforderung unterschreiten. Um dieses Szenario zu vermeiden, müssen die Institute die Anforderungen an die Kapitalpuffer zusätzlich zu TLAC erfüllen. Diese Reihenfolge der verschiedenen Anforderungen gewährleistet, dass der Sanktionsmechanismus, der bei Unterschreitung der Kapitalpufferanforderung greift, erhalten bleibt: Sollte ein G-SIB nicht mehr über ausreichend hartes Kernkapital zur Kapitalpuffererfüllung verfügen, so muss es beispielsweise einen Kapitalerhaltungsplan vorlegen und seine Ausschüttung von Dividenden oder variabler Vergütung begrenzen. Schmilzt das harte Kernkapital weiter ab und wird schließlich die TLAC-Mindestanforderung unterschritten oder ist es wahrscheinlich, dass dies in absehbarer Zeit der Fall sein wird, greifen gemäß TLAC-Standard die gleichen Sanktionsmechanismen wie bei einer (wahrscheinlichen) Unterschreitung der Mindesteigenkapitalanforderung. Dies umfasst unter anderem Frühinterventionsmaßnahmen; in letzter Konsequenz könnte eine TLAC-Unterschreitung jedoch auch die Abwicklung eines Instituts auslösen.

*Kriterien für das Zielniveau*

Die Höhe der finalen TLAC-Anforderung wurde nach umfassenden Auswirkungsstudien festgelegt. Das Zielniveau sollte mindestens folgende Kriterien berücksichtigen: Unter der Annahme, dass das „going-concern“-Kapital zum Zeitpunkt der Abwicklung vollständig aufgezehrt ist, sollte ausreichend Kapital zur Verfügung stehen, um noch bestehende mögliche Verluste abzudecken sowie eine Rekapitalisierung eines Folgeinstituts<sup>16</sup> in Höhe von mindestens 8% der risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted

Assets: RWA) zu ermöglichen. Dieses Zielniveau wird als mindestens erforderlich erachtet, um sicherzustellen, dass ein Folgeinstitut die Mindesteigenkapitalanforderungen zum Erhalt einer Banklizenz erfüllt. Darüber hinaus sollte ein solches Institut über ein ausreichendes Kapitalpolster verfügen, um Marktvertrauen herzustellen. Gleichzeitig sollte die Abwicklung aber nicht zu einer „Wiederauferstehung“ des ausgefallenen Instituts führen; zentrale Abwicklungsziele sind in diesem Zusammenhang die Erhaltung kritischer Funktionen, der Schutz von Kundengeldern und die Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Finanzstabilität.

Die TLAC-Mindestanforderung wird in zwei Schritten eingeführt: G-SIB sollen demnach ab dem Jahr 2019 TLAC in Höhe von mindestens 16% ihrer RWA sowie in Höhe von 6% des Nenners der Basel III-Leverage-Ratio (im Folgenden: Leverage Ratio) vorhalten. Die höhere der beiden Anforderungen ist hierbei jeweils bindend. Ab dem Jahr 2022 steigt die Anforderung auf 18% RWA beziehungsweise 6,75% Leverage Ratio. Die finale Anforderung bleibt damit am unteren Ende der gegenüber der Kreditwirtschaft und der Öffentlichkeit konsultierten Größenordnungen. Dies ist sowohl auf den bremsenden Einfluss einiger FSB-Mitglieder als auch auf die Ergebnisse von Auswirkungsstudien zurückzuführen. Die Szenarien mit höherer Zielgröße zeigten beträchtliche Fehlbeträge für mehrere Institute. Dennoch wäre aus Sicht der Bundesbank eine höhere TLAC-Anforderung zum Beispiel mittels einer längeren Übergangsphase durchaus möglich und mit Blick auf die Finanzstabilität wünschenswert gewesen. Schließlich wäre eine höhere Verlustabsorptionsfähigkeit der global systemrelevanten Institute für eine geordnete Abwicklung zweck-

*Einführung der TLAC-Mindestanforderung in zwei Schritten*

<sup>15</sup> Die kombinierte Kapitalpufferanforderung kann in der EU folgende Kapitalpuffer beinhalten: Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischer Kapitalpuffer, Kapitalpuffer für global oder anderweitig systemrelevante Institute und Systemrisikopuffer. Siehe hierzu: Deutsche Bundesbank (2013), a. a. O.

<sup>16</sup> Der Teil des Instituts, der nach Anwendung der Abwicklungsinstrumente bzw. -maßnahmen fortbesteht und die kritischen Funktionen weiterführt (z. B. restrukturiertes Institut/Brückeninstitut).

dienlicher. In der Schweiz beispielsweise gelten ab dem Jahr 2019 deutlich strengere Anforderungen für systemrelevante Banken: Diese müssen sodann eine Gesamtkapitalquote<sup>17)</sup> von 28,6% RWA beziehungsweise 10% Leverage Ratio erfüllen; davon 14,3% RWA beziehungsweise 5% Leverage Ratio in Form von nachrangigen Bail-in-Instrumenten.

Hintergrund der Kalibrierung auf Basis zweier Größen (höherer Wert nach Vergleich von RWA und Leverage Ratio) ist, dass bei der Bemessung von TLAC sowohl das Risiko der Bank, gemessen durch die RWA, als auch eine von der Risikomessung unabhängige Komponente, gemessen durch die Leverage Ratio, zum Tragen kommen soll. Einerseits sollen Institute mit höheren Risiken einer höheren TLAC-Anforderung unterliegen als andere. Andererseits hat sich in der vergangenen Krise gezeigt, dass RWA nicht immer eine verlässliche Größe für die Bemessung der Risiken und damit die Berechnung der Mindesteigenkapitalanforderungen sind. Deshalb wurde bereits in Basel III mit der Leverage Ratio eine von der Risikomessung unabhängige Größe eingeführt, auf deren Nenner nun auch die TLAC-Anforderung Bezug nimmt.

## Anerkennungskriterien für TLAC-Instrumente

*TLAC-Instrumente und TLAC-Verbindlichkeiten*

Neben der Kalibrierung ist eine weitere wichtige Fragestellung, welche Instrumente im Krisenfall auch verlässlich zur Verlustabdeckung zur Verfügung stehen, das heißt rechtssicher zu einem Bail-in herangezogen werden können (TLAC-Instrumente<sup>18)</sup>). Aufgrund der Annahme, dass das Mindesteigenkapital im „going-concern“ zur Verlusttragung dienen soll, ist dieses grundsätzlich anrechenbar. Bezüglich weiterer anrechnungsfähiger Fremdkapitalbestandteile (TLAC-Verbindlichkeiten) müssen jedoch bestimmte Merkmale erfüllt sein. Hier hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Klasse der nichtnachrangigen Verbindlichkeiten (Senior Liabilities), eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Instrumente enthält, die in der Insolvenzrang-

folge der meisten Länder allerdings gleichrangig (Pari Passu) behandelt werden. Darunter fallen beispielsweise Instrumente wie unbesicherte Schuldverschreibungen, die für ein Bail-in gut geeignet sind, aber auch solche, für die es aufgrund ihrer Bedeutung für die Realwirtschaft (z. B. gedeckte Einlagen großer Unternehmen) oder ihrer Komplexität (z. B. bestimmte Derivate) problematisch sein kann, sie zur Verlusttragung heranzuziehen. Während es für die Abwicklungsbehörde folglich sinnvoll wäre, im Bail-in zwischen diesen verschiedenen Instrumenten differenzieren zu können, ist dies aufgrund des Pari-Passu-Prinzips, gemäß dem Verbindlichkeiten einer Klasse gleichermaßen an Verlusten beteiligt werden müssen, nicht ohne Weiteres möglich. Die BRRD enthält zudem das sogenannte No-Creditor-Worse-Off-Kriterium (NCWO-Kriterium)<sup>19)</sup>, wonach Gläubiger durch ein Abwicklungsverfahren nicht schlechter gestellt werden dürfen als in einem Insolvenzverfahren. Andernfalls wären die betroffenen Gläubiger in dem Ausmaß der Benachteiligung aus dem Abwicklungsfonds zu entschädigen.

Eine unterschiedliche Behandlung gleichrangiger nichtnachrangiger Verbindlichkeiten im Bail-in ist folglich aufgrund der Risiken einer NCWO-Verletzung und der damit einhergehenden finanziellen Belastung nicht zielführend und somit unwahrscheinlich. Damit stehen jedoch einige Instrumente mit Verlustabsorptionspotenzial nicht rechtssicher zum Bail-in zur Verfügung. Teilweise wurden diese Probleme schon im Rahmen der BRRD adressiert.<sup>20)</sup> Davon abge-

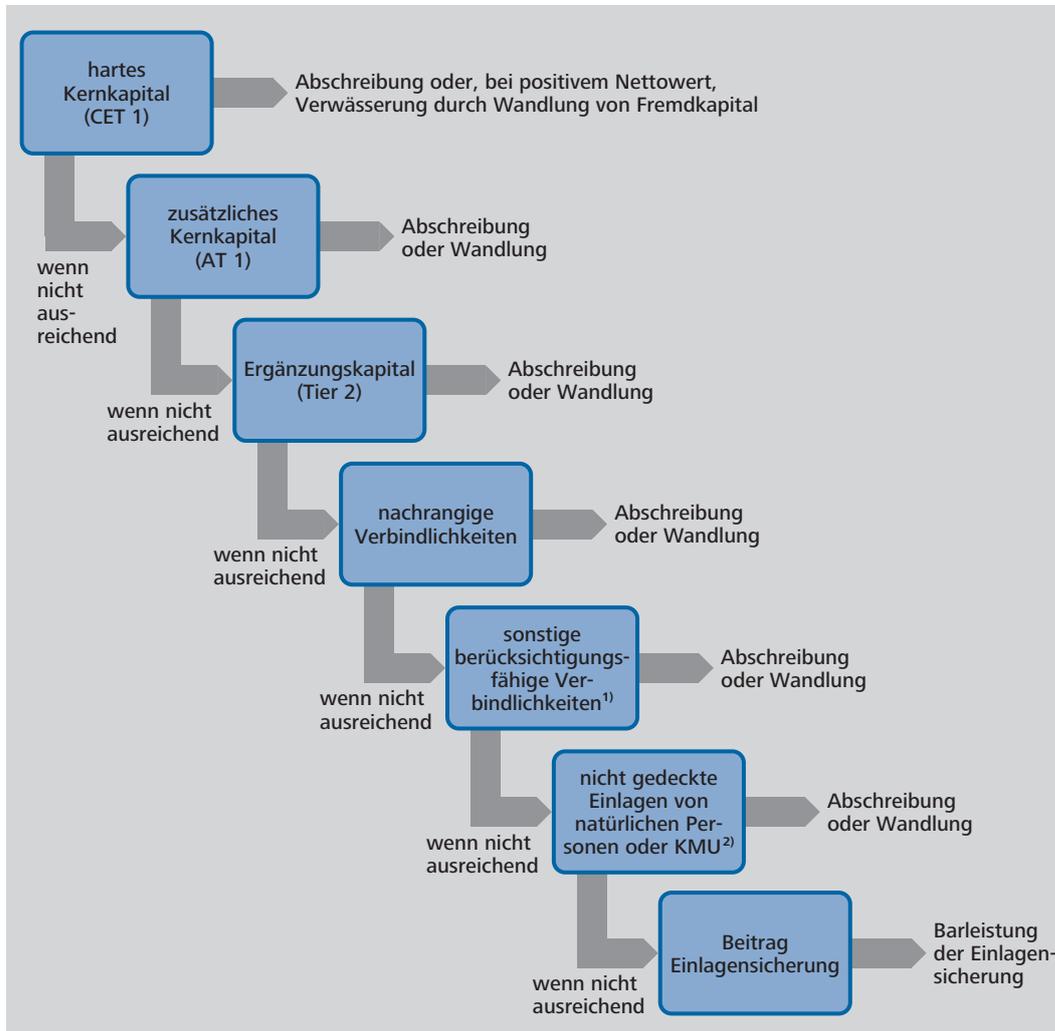
<sup>17</sup> Inkl. der Kapitalpufferanforderung.

<sup>18</sup> TLAC-Instrumente umfassen das Mindesteigenkapital gemäß Abschnitt 6 des FSB Term Sheets sowie TLAC-Verbindlichkeiten, d. h. Verbindlichkeiten, die die entsprechenden Anerkennungskriterien erfüllen (Abschnitt 7–14 FSB Term Sheet).

<sup>19</sup> Art. 73 lit. b und Art. 75 BRRD bzw. Umsetzung in §§ 146 ff. SAG.

<sup>20</sup> Während in der BRRD (und in der nationalen Umsetzung) gedeckte Einlagen (d. h. Einlagen bis zu 100 000 €) vom Bail-in ausgenommen sind, werden erstattungsfähige Einlagen (d. h. Einlagen über 100 000 €) natürlicher Personen und kleiner- und mittelständischer Unternehmen in der Haftungskaskade besser gestellt als andere, nichtnachrangige Verbindlichkeiten (vgl. Schaubild auf S. 72). Darüber hinaus kann die Abwicklungsbehörde unter gewissen Bedingungen Verbindlichkeiten vom Bail-in ausnehmen.

### Haftungsreihenfolge im Bail-in



<sup>1</sup> Enthält alle Kategorien der Klasse nichtnachrangiger Verbindlichkeiten, d. h. einschl. der Verbindlichkeiten nach dem neuen § 46f Abs. 5 bis 7 KWG. <sup>2</sup> Kleine und mittlere Unternehmen.  
 Deutsche Bundesbank

sehen sind die nationalen Insolvenzordnungen jedoch nach wie vor sehr heterogen und nicht harmonisiert, sodass eine mögliche Änderung der Insolvenzrangfolge zur Differenzierung innerhalb der Klasse nichtnachrangiger Verbindlichkeiten auf nationaler Ebene stattfinden muss. Einige Länder haben mittlerweile Anpassungen der nationalen Insolvenzregime vorgenommen, um mögliche Rechtsrisiken aufgrund des NCWO-Kriteriums zu reduzieren und damit auch die Effektivität des Bail-in-Instruments zu erhöhen (vgl. Schaubild auf S. 73). In Deutschland beispielsweise gilt ab dem 1. Januar 2017 mit dem neuen § 46f Absätze 5 bis 7 KWG eine geänderte Rangfolge von Ver-

bindlichkeiten bei Bankinsolvenzen. Danach werden innerhalb der Klasse nichtnachrangiger Verbindlichkeiten Gläubiger bestimmter unbesicherter, nicht strukturierter Schuldinstrumente erst nach allen anderen nichtnachrangigen Verbindlichkeiten nach § 38 Insolvenzordnung befriedigt. Durch diese Anpassung können nun Verbindlichkeiten, die innerhalb der Klasse der nichtnachrangigen Verbindlichkeiten für einen Bail-in eher geeignet sind, in der Abwicklung ohne das Risiko eines Verstoßes gegen das NCWO-Kriterium zuerst zur Verlustdeckung herangezogen werden.

## Anpassungen nationaler Insolvenzregime

Deutschland <sup>1)</sup>	Frankreich <sup>2)</sup>	Italien <sup>3)</sup>	Spanien <sup>4)</sup>
CET 1	CET 1	CET 1	CET 1
AT 1	AT 1	AT 1	AT 1
Tier 2	Tier 2	Tier 2	Tier 2
Subordinated debt	Subordinated debt	Subordinated debt	Subordinated debt
„Nachrangige Senior-Instrumente“ (gesetzlicher Nachrang)	„Non-preferred senior“ (vertraglicher Nachrang)	Sonstige senior debt	Nachrangiges Tier 3 (vertraglicher Nachrang)
Sonstige senior debt	„Preferred senior“	Derivate	Sonstige senior debt
Derivate	Derivate	Unternehmens-einlagen > 100 000 €	Derivate
Unternehmens-einlagen > 100 T €	Unternehmens-einlagen > 100 T €	Unternehmens-einlagen > 100 000 €	Unternehmens-einlagen > 100 T €
Retail- / KMU Einlagen (> 100 000 €)	Retail- / KMU Einlagen (> 100 000 €)	Retail- / KMU Einlagen (> 100 000 €)	Retail- / KMU Einlagen (> 100 000 €)
Gedeckte Einlagen (d.h. bis 100 000 €)	Gedeckte Einlagen (d.h. bis 100 000 €)	Gedeckte Einlagen (d.h. bis 100 000 €)	Gedeckte Einlagen (d.h. bis 100 000 €)

**1** In Deutschland gilt ab dem 1. Januar 2017 mit § 46f Abs. 5-7 KWG eine neue insolvenzrechtliche „Nachrang im Vorrang“-Regelung für bestimmte Senior-Instrumente. Demzufolge sind Gläubiger bestimmter unbesicherter, nicht strukturierter Schuldinstrumente von Banken nachrangig gegenüber anderen nichtnachrangigen Verbindlichkeiten zu behandeln, die bislang der gleichen Gläubigerklasse angehörten. **2** In Frankreich wird derzeit ein Gesetzesvorschlag zur Einführung einer neuen Gläubigerklasse mit vertraglichem Nachrang innerhalb der „Senior debt“-Klasse („standard senior“/„non-preferred senior“) diskutiert. Die Klasse wäre folglich zwischen „preferred“ senior debt und Nachrangverbindlichkeiten angesiedelt und würde unstrukturierte Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von über einem Jahr umfassen. **3** Anfang 2019 führt Italien eine grundsätzliche Privilegierung aller Einlagen gegenüber anderen unbesicherten Verbindlichkeiten in seine Insolvenzordnung ein. Auch dieser Ansatz ermöglicht grundsätzlich ein Bail-in anderer nichtnachrangiger Gläubiger ohne Verstoß gegen das NCWO-Prinzip. **4** Im Zuge der Umsetzung der BRRD in nationales Recht führte Spanien im November 2015 eine neue Gläubigerklasse ein. Diese umfasst per Vertrag nachrangig ausgestaltete Verbindlichkeiten, die weder als AT 1 noch Tier 2 anerkannt sind („Tier 3“). Ziel der Regelung ist die Stärkung vertraglicher Nachrangklauseln.

Deutsche Bundesbank

### Nicht TLAC-fähige Verbindlichkeiten

Aufgrund der unterschiedlichen Eignung verschiedener Instrumente zur Verlustdeckung ist es sinnvoll, Verbindlichkeiten, bei denen ein Bail-in mit hoher Wahrscheinlichkeit problematisch wäre, nicht als TLAC anzuerkennen. Folgende Verbindlichkeiten sind daher nicht TLAC-fähig:

- Gedeckte Einlagen, Sichteinlagen und kurzfristige Einlagen (Ursprungslaufzeit weniger als ein Jahr);
- Derivateverbindlichkeiten und Fremdkapalinstrumente mit derivateähnlichen Eigenschaften, beispielsweise strukturierte Schuldverschreibungen;

- Verbindlichkeiten, die nicht aus einem Vertrag entstehen (z. B. Steuerverbindlichkeiten);
- Verbindlichkeiten, die nach dem geltenden Insolvenzrecht vor nichtnachrangigen, ungesicherten Gläubigern befriedigt werden (z. B. in der EU erstattungsfähige Einlagen von natürlichen Personen sowie von kleinen und mittleren Unternehmen);
- alle Verbindlichkeiten, die unter dem jeweils geltenden Recht vom Bail-in ausgeschlossen sind, oder solche, die im Abwicklungsfall nicht ohne Rechtsrisiken oder Kompensati-

ansprüche abgeschrieben oder gewandelt werden können.

*Eigenschaften von TLAC-Verbindlichkeiten*

Um anerkenungsfähig zu sein, müssen TLAC-Verbindlichkeiten hingegen bestimmte Eigenschaften aufweisen. Dies soll vor allem sicherstellen, dass TLAC im Abwicklungsfall effektiv zur Verfügung steht und zur Verlustdeckung herangezogen werden kann. So müssen TLAC-Verbindlichkeiten beispielsweise unbesichert sein und grundsätzlich von der sogenannten Abwicklungseinheit<sup>21)</sup> (Resolution Entity) emittiert werden. Sie müssen eine Mindestrestlaufzeit von einem Jahr aufweisen und dürfen keine ausübhbaren Verkaufsoptionen (Put-Option) seitens des Investors beinhalten.

*Nachrangigkeit von TLAC-Verbindlichkeiten*

Während bezüglich der meisten oben genannten Kriterien von Beginn an weitgehende Einigkeit herrschte, wurde die Frage nach einer verpflichtenden, expliziten Nachrangigkeit von TLAC-Verbindlichkeiten kontrovers diskutiert. Gegen eine verpflichtende Nachrangigkeit wurde angeführt, dass dadurch die Komplexität der Verbindlichkeitenstruktur erhöht und eine neue Kapitalklasse eingeführt werden würde. Darüber hinaus haben einige Banken in hohem Umfang Tier 2-Instrumente mit sehr langer Laufzeit emittiert, deren Vertragsklauseln die Emission von weiterem Nachrangkapital, das im Insolvenzfall vorrangig zu diesen Instrumenten wäre, ausschließen. Für eine obligatorische Nachrangigkeit spricht hingegen, dass dadurch sichergestellt wird, dass solche Verbindlichkeiten im Abwicklungsfall rechtssicher, das heißt ohne Konflikte mit dem NCWO-Kriterium, zur Verlustdeckung und Rekapitalisierung zur Verfügung stehen. Für potenzielle Investoren sind in diesem Zusammenhang insbesondere die klare Abgrenzbarkeit und Identifikation dieser Instrumente bedeutend, um ihre Stellung in der Haftungskaskade einordnen zu können. Durch Transparenz über den Insolvenzrang sowie die bilanzielle Einordnung der TLAC-Instrumente kann eine risikoadäquate Bepreisung gewährleistet werden.

Im FSB-Standard wurde letztlich folgender Kompromiss gewählt: TLAC-Verbindlichkeiten müssen grundsätzlich nachrangig gegenüber nicht TLAC-fähigen Verbindlichkeiten (d. h. insbesondere bestimmte Einlagen, Derivate und andere operative Verbindlichkeiten) ausgestaltet sein. Dies kann auf drei Arten erreicht werden: per Gesetz, vertraglich oder über die Struktur eines Instituts (vgl. Tabelle auf S. 75). Darüber hinaus wurden einige Ausnahmen aufgenommen, um den spezifischen Strukturen des Finanzsystems in einzelnen FSB-Mitgliedsländern gerecht zu werden. So ist es beispielsweise unter bestimmten Umständen erlaubt, Verbindlichkeiten, die alle TLAC-Kriterien außer jenem der Nachrangigkeit erfüllen, in Höhe von 2,5% beziehungsweise ab dem Jahr 2022 3,5% RWA als TLAC-Instrumente anzurechnen. Dies kommt insbesondere Jurisdiktionen entgegen, deren Banken sich stark über im Insolvenzfall nicht-nachrangige Verbindlichkeiten (z. B. klassische Bankanleihen) refinanzieren. Darüber hinaus ist keine Nachrangigkeit erforderlich, wenn der Anteil der von TLAC ausgeschlossenen Verbindlichkeiten, die im gleichen Rang mit TLAC-Instrumenten stehen, gering ist („de minimis“-Ausnahme).<sup>22)</sup> Insgesamt stellen die Ausnahmen eine Verwässerung des Nachrangkriteriums dar.

## Verteilung von TLAC innerhalb der Gruppe (Mutter-/Tochtergesellschaften)

Für die Aufsicht beziehungsweise die Abwicklung eines grenzüberschreitend tätigen G-SIB

---

<sup>21</sup> Juristische Person(en) innerhalb einer Bankengruppe, auf die die Abwicklungsinstrumente angewendet werden. Die Abwicklungseinheit(en) wird im Rahmen der Abwicklungsstrategie festgelegt. Die Abwicklungsstrategie enthält neben der Entscheidung für eine singulären (Single-Point-of-Entry) oder einen multiplen Ansatz (Multiple-Point-of-Entry) u. a. auch die Anwendung der Abwicklungsinstrumente sowie eine Darstellung des Entscheidungsprozesses und des Zeitplans. Siehe hierzu: FSB, Recovery and Resolution Planning for Systemically Important Financial Institutions, Guidance on Developing Effective Resolution Strategies, Juli 2013.

<sup>22</sup> Gemäß Abschnitt 11 des FSB Term Sheet ist das Nachrangigkeitskriterium nicht verpflichtend, sofern die von TLAC ausgeschlossenen Verbindlichkeiten, die gleich- oder nachrangig zu TLAC-Instrumenten sind, weniger als 5% gemessen an den TLAC-Instrumenten des Instituts ausmachen.

## Die drei Möglichkeiten der Nachrangigkeit im TLAC-Standard

Struktureller Nachrang	Vertraglicher Nachrang	Gesetzlicher Nachrang
Ein struktureller Nachrang ergibt sich aus der Position des Emittenten in der gesellschaftsrechtlichen Struktur. Er entsteht, wenn Emittenten als reine Holdinggesellschaften fungieren, die Kapital an die operativ tätigen Tochterunternehmen weiterleiten und gleichzeitig ihre Einnahmen im Wesentlichen aus den Dividendenzahlungen der Tochtergesellschaften generieren. Da im Insolvenzfall zuerst alle Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaften bedient werden müssen, bevor Gelder an die Holding fließen können, besteht für die Gläubiger der Holding ein struktureller Nachrang.	Gläubiger und Emittent vereinbaren vertraglich in den jeweiligen Vertragsbedingungen, dass im Insolvenzfall Zins- und Tilgungszahlungen auf diese Verbindlichkeiten erst erfolgen dürfen, wenn andere, diesen Verbindlichkeiten gegenüber vorrangige, in voller Höhe bedient wurden.	Ein gesetzlicher Nachrang wird im Wege einer rechtlichen Regelung in den nationalen Insolvenzregelungen erreicht. Dabei wird gesetzlich bestimmt, dass im Insolvenzfall Zins- und Tilgungszahlungen auf gewisse Verbindlichkeiten erst erfolgen dürfen, wenn andere, diesen Verbindlichkeiten gegenüber vorrangige, in voller Höhe bedient wurden.

Deutsche Bundesbank

*Verteilung von TLAC innerhalb einer grenzüberschreitenden Gruppe hängt von der Abwicklungsstrategie ab*

sind in der Regel mehrere Aufsichts- beziehungsweise Abwicklungsbehörden zuständig: Die Behörden im Heimatland (Home), die für die Resolution Entity verantwortlich sind, sowie jene im Gastland (Host), die für die Beaufsichtigung ausländischer Töchter zuständig sind. Um die Kooperation von Home und Host zu unterstützen und um sicherzustellen, dass bei Abwicklung eines grenzüberschreitenden G-SIB ausreichend Verlustabsorptionskapazität an der richtigen Stelle zur Verfügung steht, wurde im FSB-Standard auch die Verteilung von TLAC innerhalb einer grenzüberschreitenden Gruppe geregelt (Internal-TLAC). Die Aufteilung hängt dabei insbesondere von der bevorzugten Abwicklungsstrategie<sup>23)</sup> Single-point-of-entry (SPE) oder Multiple-point-of-entry (MPE) einer Gruppe ab. Bei der SPE-Strategie wird davon ausgegangen, dass Verluste im Abwicklungsfall vorrangig von Eigentümern und gruppenexternen Gläubigern des Mutterinstituts (in der Regel eine nichtoperative Holdinggesellschaft) getragen werden. Die Gläubiger der operativen Tochtergesellschaften sollen geschützt werden, sofern das TLAC der Mutter ausreichend ist. Daher soll das Mutterinstitut einen Teil seiner TLAC-Instrumente auf seine bedeutenden<sup>24)</sup> Tochtergesellschaften (bzw. auf die Untergruppe, sofern die Tochter weitere Töchter hat) im Ausland dergestalt „verteilen“, dass als bedeutend identifizierte ausländische Tochterunternehmen

TLAC-Instrumente begeben, die dann von der Mutter gehalten und entsprechend bilanziell abgebildet werden (im Umkehrschluss entspricht Internal-TLAC einer Forderung der Mutter gegenüber ihrer Tochter). Kommt das Tochterunternehmen in Schwierigkeiten, so werden – nachdem die Verlustabsorptionskapazität der Eigenkapitalanteile der Mutter erschöpft sind – zunächst die Forderungen der Mutter gegenüber der Tochter herangezogen, bevor andere Gläubiger Verluste tragen müssen. Dies ermöglicht im Abwicklungsfall, dass Verluste der Tochter an das Mutterinstitut weitergegeben werden können. Die Abwicklungsinstrumente kommen dann auf Ebene des Mutterinstituts zum Einsatz, während Kerngeschäftsbereiche und kritische Funktionen der Tochter in der Abwicklung aufrechterhalten werden. Im Rahmen der MPE-Strategie müsste ein angemessener TLAC-Betrag bei jeder einzelnen Resolution Entity gehalten werden, die dann jeweils Internal-TLAC innerhalb ihrer Abwicklungsgruppe verteilen.

<sup>23</sup> Siehe hierzu: FSB (2013), a. a. O.

<sup>24</sup> Gemäß Abschnitt 17 des FSB Term Sheet gilt eine Tochter bzw. eine Untergruppe u. a. als bedeutend, wenn sie mehr als 5% RWA des G-SIB ausmacht.

## Regelungen zur Verhinderung von Ansteckungseffekten

*Beschränkung von gegenseitigen Investitionen von Banken in TLAC-Instrumente zur Vermeidung der Gefährdung der Finanzstabilität*

Der TLAC-Standard soll zur Abwicklungsfähigkeit von G-SIB und damit zum Ziel einer geordneten Abwicklung ohne Gefährdung der Finanzstabilität beitragen. Dafür ist es notwendig, gegenseitige Investitionen von Banken in TLAC-Instrumente zu beschränken. Werden TLAC-Instrumente von anderen Banken gehalten, so erhöht dies die Verflechtungen im Bankensektor und kann im Falle eines Bail-in einer Bank zu Ansteckungseffekten bei anderen Banken führen. Durch die vorgesehene Erweiterung der nach Basel III bereits geltenden Abzugsregelungen<sup>25)</sup> für Investitionen in regulatorische Eigenmittel auf TLAC-Verbindlichkeiten sollen solche systemischen Effekte verhindert werden. Sowohl G-SIB als auch andere international aktive Banken sollen daher künftig ihre Investments in fremde TLAC-Verbindlichkeiten, die in Summe einen gewissen Prozentsatz übersteigen, nach dem aktuellen Stand der Diskussion vom eigenen Ergänzungskapital abziehen. Die Freigrenze würde zudem einen gewissen Spielraum für notwendige Market-making-Aktivitäten belassen. Gleichzeitig wäre sie aber streng genug, um wechselseitige Investitionen in TLAC größtenteils zu beschränken und damit eine stärkere Verflechtung im Bankensektor zu unterbinden.

## Erweiterte Offenlegungspflichten

*Detaillierte Offenlegungspflichten für G-SIB ab 2019*

Im Zusammenhang mit den oben genannten Nachrangigkeits- beziehungsweise Abzugsregeln wird den erweiterten Offenlegungspflichten, die mit dem TLAC-Standard eingeführt werden, eine große Bedeutung beigemessen. Transparenz über die Instrumente, die als TLAC-fähig angerechnet werden, ist ein zentraler Punkt, um eine korrekte Risikobepreisung zu ermöglichen und damit ausreichend Marktnachfrage bei Neuemissionen von TLAC-Instrumenten zu schaffen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Marktteilnehmer sowohl die

von ihnen eingegangenen Risiken richtig einschätzen und somit eine fundierte Anlageentscheidung treffen können. Zu diesem Zweck müssen G-SIB ab dem Jahr 2019 detaillierte Informationen zu Volumen, Laufzeit und Zusammensetzung von TLAC, Internal-TLAC sowie zu Instrumenten, die nach geltendem Insolvenzrecht gleich- oder nachrangig sind, offenlegen.

Eine bessere Offenlegungspraxis ist auch aus Sicht der Investoren und Ratingagenturen zentral. So wurden von deren Seite unter anderem Befürchtungen geäußert, dass die Komplexität der neuen Regeln letztlich deren Wirksamkeit unterlaufen könnte, sofern Investoren aufgrund unterschiedlicher regulatorischer und rechtlicher Ansätze in der Bankenabwicklung die eigene Stellung in der Gläubigerhierarchie nicht mehr nachvollziehen können.

## Weiterer Zeitplan

Die Europäische Kommission hat Anfang dieses Jahres eine technische Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Implementierung von TLAC in europäisches Recht und in diesem Zusammenhang gegebenenfalls auch Anpassungen der BRRD im Hinblick auf MREL zu diskutieren. Die Arbeitsgruppe soll bis Mitte 2016 Vorschläge unterbreiten. Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse beabsichtigt die Europäische Kommission, bis Jahresende einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorzulegen.

*Implementierung von TLAC in europäisches Recht*

## Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities – MREL

Während auf Ebene der G20-Staaten der TLAC-Standard entwickelt wurde, führte die EU mit der Umsetzung der Key Attributes im Rahmen der BRRD bereits ein ähnliches Konzept ein, die

<sup>25</sup> Umgesetzt in europäisches Recht in Teil 2 (Eigenmittel) der CRR.

*Seit Anfang 2016 gelten die Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten nach der BRRD*

MREL.<sup>26)</sup> Mit diesen soll sichergestellt werden, dass die in der EU niedergelassenen Institute zu jeder Zeit eine Mindestquote an Eigenmittel und bail-in-fähiger Verbindlichkeiten einhalten. Diese Quote wird – abweichend von TLAC, die auf die RWA Bezug nehmen – als Anteil an den Gesamtverbindlichkeiten<sup>27)</sup> einschließlich regulatorischen Eigenmitteln (im Folgenden: Gesamtverbindlichkeiten) ausgedrückt. Wie TLAC hat auch MREL zum Ziel, dass ein Institut seine Verbindlichkeiten so strukturiert, dass ein ausreichender Puffer an bail-in-fähigem Kapital für den Abwicklungsfall vorhanden ist. MREL soll durch die zuständigen Abwicklungsbehörden ab 2016 festgesetzt werden, um die glaubwürdige Anwendung des Bail-in-Instruments zu gewährleisten.

*MREL gilt für alle europäischen Institute im Anwendungsbereich der BRRD und wird institutsindividuell festgesetzt*

Wenngleich sich die Zielsetzung der beiden Konzepte deckt, so unterscheiden sich TLAC und MREL dennoch in einigen zentralen Punkten. Dies ist vor allem auf zwei Hauptgründe zurückzuführen: Zum einen wurde die MREL-Anforderung bereits vor Finalisierung des TLAC-Standards in der BRRD verankert. Zum anderen bedingt der unterschiedliche Anwendungsbereich der beiden Konzepte eine andere Ausgestaltung: Während TLAC explizit für G-SIB konzipiert ist, zielt MREL auf alle europäischen Institute, die in den Anwendungsbereich der BRRD fallen, ab. Damit wird ein deutlich größerer Kreis von Instituten, grundsätzlich unabhängig von deren Größe oder systemischer Relevanz, erfasst. Da vor dem Hintergrund der Heterogenität der europäischen Bankenlandschaft eine einheitliche, bindende Mindestanforderung wie bei TLAC als nicht zielführend angesehen wurde, soll MREL von der Abwicklungsbehörde individuell für jedes Institut festgelegt werden. Dies ermöglicht die Festsetzung der MREL-Anforderung unter Berücksichtigung institutsindividueller Besonderheiten, einschließlich des Proportionalitätsgedankens. Da in Deutschland eine Vielzahl kleinerer Institute tätig ist, kann in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass die Abwicklungsbehörde voraussichtlich für einen Großteil der Institute ein reguläres Insolvenzverfahren und keine Abwick-

lung vorsehen würde. Eine angemessene Ausgestaltung soll zudem durch die Einbindung der jeweils für das Institut zuständigen Bankenaufsichtsbehörde erreicht werden, welche von der Abwicklungsbehörde vor Festsetzung der MREL-Anforderung angehört werden muss. Dies ist sinnvoll, da die Aufsichtsbehörden spezifische Kenntnisse und detaillierte Informationen über die Institute haben.

Auch wenn es aus den genannten Gründen keine gesetzlich definierte Mindesthöhe für die MREL-Anforderung gibt, muss die Abwicklungsbehörde bei ihrer Festsetzung dennoch bestimmte qualitative Kriterien berücksichtigen, die in der BRRD<sup>28)</sup> festgelegt sind:

*Qualitative Kriterien, die im Rahmen der institutsindividuellen MREL-Festsetzung zu berücksichtigen sind*

- Die Abwicklungsbehörde muss sicherstellen, dass die Abwicklungsziele erreicht werden können (d. h. insbesondere Schutz der Finanzstabilität, von Steuergeldern und von Einlagen bzw. Kundengeldern).
- Im Falle eines Bail-in muss ein Institut über ausreichend Kapital zur Absorption der Verluste verfügen. Darüber hinaus sollte ausreichend Kapital zur Rekapitalisierung vorhanden sein, damit das Folgeinstitut die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen kann. Zusätzlich sollte ein gewisser Kapitalpuffer zur Wiederherstellung von Marktvertrauen vorhanden sein, der es dem Folgeinstitut nach der Abwicklung idealerweise ermöglicht, sich selbstständig zu refinanzieren.
- Wenn im Abwicklungsplan des Instituts vorgesehen ist, dass ausnahmsweise bestimmte Klassen MREL-fähiger Verbindlichkeiten vom Bail-in ausgenommen werden könnten, muss sichergestellt sein, dass andere MREL-

<sup>26</sup> Art. 45 BRRD bzw. Umsetzung in §§ 49 ff. SAG.

<sup>27</sup> Derivateverbindlichkeiten fließen dabei unter Berücksichtigung von Saldierungsvereinbarungen in die Gesamtverbindlichkeiten ein (Art. 45 Abs. 1 BRRD bzw. Umsetzung in § 49 Abs. 1 SAG). Je nach Institut kann sich dieser Betrag deutlich von den nach IFRS ermittelten Gesamtverbindlichkeiten unterscheiden.

<sup>28</sup> Art. 45 Abs. 6 BRRD bzw. Umsetzung in § 49 Abs. 4 SAG.

fähige Verbindlichkeiten in entsprechender Höhe für ein mögliches Bail-in vorhanden sind.

- Größe, Geschäfts- und Refinanzierungsmodell sowie Risikoprofil des Instituts sind zu berücksichtigen.
- Sollte das Einlagensicherungssystem einen Beitrag zur Abwicklungsfinanzierung leisten können, kann dies die MREL-Anforderung mindern.
- Die Abwicklungsbehörde sollte mögliche Auswirkungen auf die Finanzstabilität, die von einem Ausfall des Instituts ausgehen könnten, beachten. Um Ansteckungseffekte zu vermeiden, muss die MREL-Anforderung daher für systemrelevante Institute höher ausfallen als für Institute, deren Ausfall eher keine negativen Auswirkungen auf die Finanzstabilität hat.

Diese qualitativen Kriterien werden in einem sogenannten technischen Regulierungsstandard (Regulatory Technical Standard: RTS) der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority: EBA) näher beschrieben und konkretisiert. Dieser wurde nach einer dreimonatigen Konsultation von der Europäischen Kommission mit Änderungen am 23. Mai 2016 angenommen.<sup>29)</sup>

Ziel dieses RTS zu den Kriterien für die Bestimmung von MREL ist es, trotz der individuellen Festlegung durch die Abwicklungsbehörde eine vergleichbare Vorgehensweise sowie eine einheitliche Auslegung der einzelnen Kriterien in den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Da ein RTS mit Inkrafttreten in den EU-Mitgliedstaaten unmittelbar bindend ist, kann über dieses Instrument eine harmonisierte Festsetzung der MREL-Anforderung erreicht werden. Jedoch ist zu beachten, dass ein RTS nicht über die Vorgaben der Primärgesetzgebung, hier die BRRD, hinausgehen darf. Da das Verständnis der Europäischen Kommission hierbei von der EBA-Position abweicht, hat die Europäische Kommission

darauf verzichtet, quantitative Vorgaben für eine Mindestquote festzulegen.

## Verlustabsorptionsbetrag

Der Verlustabsorptionsbetrag wird im Ausgangspunkt anhand der nach Basel III<sup>30)</sup> zu erfüllenden Mindesteigenkapitalanforderungen bestimmt. Hintergrund ist, dass die bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen bereits zum Ziel haben, unerwartete Verluste des laufenden Geschäftsbetriebs abzudecken.

Der Verlustabsorptionsbetrag zur Berechnung von MREL setzt sich daher aus der Mindesteigenkapitalanforderung (d. h. Gesamtkapitalquote in Höhe von mindestens 8% RWA), dem durch die Aufsichtsbehörde institutsindividuell festgesetzten Aufschlag sowie der Kapitalpufferanforderung zusammen beziehungsweise besteht aus der zukünftigen Leverage-Ratio-Anforderung, falls diese höher sein sollte. Die Abwicklungsbehörde kann mit Begründung gegenüber der Aufsichtsbehörde unter bestimmten Voraussetzungen einen von den Mindesteigenkapitalanforderungen abweichenden Verlustabsorptionsbetrag festsetzen, beispielsweise wenn dies notwendig ist, um Abwicklungshindernisse (z. B. zusätzlicher Kapital- oder Liquiditätsbedarf in der Abwicklung, Kontinuität kritischer Funktionen, Zugang zu Finanzmarktinfrastrukturen) zu beseitigen. Dadurch soll vermieden werden, dass die Abwicklungsbehörde als „Schattenaufseher“ agiert. Für Institute, für die im Abwicklungsplan die Liquidation in einem regulären Insolvenzverfahren vorgesehen wird,<sup>31)</sup> soll eine MREL-Anforderung lediglich in Höhe der bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen festgelegt werden. Diese Ins-

*Verlustabsorptionsbetrag setzt sich grundsätzlich aus der Mindesteigenkapitalanforderung, dem durch die Aufsichtsbehörde institutsindividuell festgesetzten Aufschlag sowie der Kapitalpufferanforderung zusammen*

<sup>29</sup> Vorschlag für eine Delegierte Verordnung zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Methode zur Festlegung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Kommissionsdokument Nr. C/2016/2976 final). Tritt in Kraft sofern Europäisches Parlament und der Rat innerhalb von drei Monaten keinen Einspruch erheben.

<sup>30</sup> In Europa Umsetzung mittels der CRR und CRD IV.

<sup>31</sup> Siehe hierzu: Deutsche Bundesbank (2014), a. a. o.

titute müssen folglich kein zusätzliches Kapital beziehungsweise MREL-fähige Verbindlichkeiten vorhalten, um die MREL-Anforderung zu erfüllen.

## Rekapitalisierungsbetrag

*Bestimmung des Rekapitalisierungsbetrages erfolgt in Abhängigkeit der im Abwicklungsplan aufgeführten Abwicklungsstrategie*

Für Institute, für die die Abwicklungsbehörde im Abwicklungsplan kein reguläres Insolvenzverfahren, sondern eine Abwicklung vorsieht, da ersteres zur Erreichung der Abwicklungsziele nicht geeignet wäre, ist zusätzlich zum Verlustabsorptionsbetrag auch die Vorhaltung eines Rekapitalisierungsbetrages erforderlich. Dieser wird für ein Institut in Abhängigkeit der im Abwicklungsplan aufgeführten Abwicklungsstrategie bestimmt. Da bei einer Abwicklung kritische, das heißt für die Realwirtschaft und die Finanzstabilität bedeutende, Funktionen (z. B. das Kredit- und Einlagengeschäft) erhalten werden sollen (z. B. durch Übertragung auf ein Brückeninstitut), ist es essenziell, dass das Folgeinstitut, welches solche Funktionen fortführt, ausreichend kapitalisiert ist, um es im Markt zu etablieren. Dabei müssen mindestens die für eine Zulassung erforderlichen bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen in Höhe von 8% RWA, beziehungsweise in Höhe der Leverage-Ratio-Anforderung, sowie ein institutsindividuell festzulegender Aufschlag erfüllt werden. Zudem sollte ein Folgeinstitut zusätzlich zu den bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen auch die Kapitalpufferanforderung einhalten, ebenso wie ein vergleichbares Niveau an Eigenkapital (inkl. Kapitalpuffer) wie ähnliche Institute (Peer-Group). Die Abwicklungsbehörde muss dies deshalb im Rekapitalisierungsbetrag berücksichtigen.<sup>32)</sup> Die angemessene Rekapitalisierung eines Folgeinstituts ist für dessen Akzeptanz besonders wichtig, damit der Markt ein solches Institut als solvent einstuft, das heißt, die Marktteilnehmer ihm entsprechendes Vertrauen entgegenbringen und bereit sind, mit ihm Geschäfte einzugehen.

## Anpassungen der MREL-Anforderung

Bei der Bestimmung des Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsbetrages spielt die Abwicklungsplanung eine zentrale Rolle. Im Abwicklungsplan legt die Abwicklungsbehörde insbesondere fest, welche Abwicklungsinstrumente<sup>33)</sup> zur Erreichung der Abwicklungsziele eingesetzt werden sollen. Diese Entscheidung hat beispielsweise einen großen Einfluss auf die Höhe des Rekapitalisierungsbetrages: Bei Anwendung des Bail-in oder bei Übertragung bestimmter Funktionen auf ein neu zu errichtendes Brückeninstitut wird ein festzulegender Rekapitalisierungsbetrag voraussichtlich höher ausfallen als bei einer geplanten Veräußerung eines Instituts oder Teilen des Instituts an einen oder mehrere Marktteilnehmer. Zudem kann sich aus der Abwicklungsplanung ergeben, dass eine bestimmte Klasse MREL-fähiger Verbindlichkeiten zum Abwicklungszeitpunkt möglicherweise nicht zur Verfügung stünde. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn die Abwicklungsbehörde im Rahmen der Abwicklungsplanung feststellt, dass bei einer Abwicklung bestimmte grundsätzlich bail-in-fähige Verbindlichkeiten, die zugleich MREL-fähig sind, möglicherweise im Einzelfall vom Bail-in ausgenommen werden müssten.<sup>34)</sup> Gründe für einen Ausschluss könnten beispielsweise sein, dass ein Bail-in dieser Verbindlichkeiten innerhalb einer angemessenen Frist nicht möglich ist oder der Ausschluss notwendig ist, um die Kontinuität kritischer Funktionen sicherzustellen. Die Abwicklungsbehörde muss diesem Umstand bei der Festlegung der MREL-Anforderung Rechnung tragen, sodass auch unter Berück-

<sup>32</sup> Art. 7 f. Vorschlag für eine Delegierte Verordnung zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Methode zur Festlegung der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten. Kommissionsdokument Nr. C/2016/2976 final.

<sup>33</sup> Unternehmensveräußerung, Brückeninstitut, Ausgliederung von Vermögenswerten (Bad Bank), Gläubigerbeteiligung (Bail-in) (siehe: Art. 37 Abs. 3 BRRD bzw. Umsetzung in § 77 Abs. 1 SAG).

<sup>34</sup> Art. 44 Abs. 3 BRRD bzw. Umsetzung in § 92 SAG.

sichtigung solcher Ausnahmen insgesamt ausreichend MREL-fähige Verbindlichkeiten vorhanden sind, um die Abwicklungsstrategie umzusetzen.

Im Gegensatz dazu hat die Abwicklungsbehörde die Möglichkeit, die MREL-Anforderung zu reduzieren, wenn von einem Beitrag des Einlagensicherungssystems zur Finanzierung der Abwicklung ausgegangen werden kann. Hintergrund ist die Haftungskaskade nach BRRD: Während gedeckte Einlagen vom Bail-in ausgenommen sind, findet gegebenenfalls eine Kostentragung der zuständigen Einlagensicherungssysteme statt, und zwar dann, wenn sie eine Barleistung zur Abwicklungsfinanzierung erbringen müssen. Die Höhe der Leistung entspricht dann dem Betrag, der auf die Einleger entfallen wäre, wenn sie nicht vom Bail-in befreit wären.<sup>35)</sup> Mit einem Beitrag des Einlagensicherungssystems kann also erst gerechnet werden, wenn es wahrscheinlich ist, dass das Ende der Haftungskaskade erreicht und die Einleger im Abwicklungsfall herangezogen werden würden. Ein solches Szenario ist allerdings für die Mehrheit der Abwicklungsfälle als eher unwahrscheinlich anzusehen.

Grundsätzlich soll die Abwicklungsbehörde bei Bestimmung der MREL-Anforderung das jeweilige Geschäftsmodell und Risikoprofil der Institute berücksichtigen. Zu diesem Zweck wird sie Informationen aus dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process: SREP) einbeziehen. Dieser dient der Festlegung der institutsindividuellen bankaufsichtlichen Anforderungen und gibt der Bankenaufsicht einen einheitlichen Rahmen zur Bewertung der Gesamtrisikosituation der Institute vor. Gegenstand ist unter anderem eine Geschäftsmodellanalyse, die Angemessenheit von internen Kontrollsystemen und Risikomanagementmethoden, die Angemessenheit der Kapitalausstattung sowie eine Beurteilung der Liquiditäts- und Refinanzierungssituation der Institute.

Vor dem Hintergrund ihrer Größe und Bedeutung für die Finanzstabilität wird Instituten innerhalb des SSM, von denen im Falle ihres Scheiterns ein systemisches Risiko ausgeht, besondere Beachtung geschenkt. Da im Falle einer Abwicklung dieser Institute eine Inanspruchnahme des einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund: SRF) nötig werden könnte, sollte die Abwicklungsbehörde bei der Festlegung der MREL-Anforderung für systemrelevante Institute berücksichtigen, dass die Voraussetzungen für den Zugang zum SRF erfüllt sind. So sind Beitragsleistungen des SRF nur nach einem vorherigen Beitrag der Eigentümer und Gläubiger zum Verlustausgleich und zur Rekapitalisierung in Höhe von mindestens 8% der Gesamtverbindlichkeiten eines Instituts zulässig.<sup>36)</sup>

## Anerkennungskriterien

Ebenso wie bei TLAC spielt bei MREL nicht nur die Höhe, sondern auch die Qualität der anrechnungsfähigen Verbindlichkeiten eine wichtige Rolle, um sicherzugehen, dass MREL im Abwicklungsfall effektiv zur Verfügung steht und so die Abwicklungsziele erreicht werden können. Vor diesem Hintergrund hat der europäische Gesetzgeber Merkmale festgelegt, die MREL-fähige Verbindlichkeiten erfüllen müssen.<sup>37)</sup> Hierdurch soll sichergestellt werden, dass diese rechtssicher zur Verlusttragung beitragen können und insbesondere Bank Runs oder Ansteckungseffekte vermieden werden. MREL-fähige Verbindlichkeiten sollten zudem verlässlich bewertbar sein und zum Zeitpunkt der Abwicklung zur Verfügung stehen. In diesem Sinne sind – ähnlich wie bei TLAC – beispielsweise gedeckte Einlagen und Einlagen von natürlichen

*Anforderungen  
an MREL-fähige  
Verbindlichkeiten*

<sup>35</sup> Art. 109 BRRD bzw. Umsetzung in § 145 SAG.

<sup>36</sup> In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass eine Anforderung von 8% der Gesamtverbindlichkeiten für die Mehrzahl der als systemrelevant erachteten deutschen Institute voraussichtlich höher wäre als die ab 2022 gültige TLAC-Anforderung von 18% RWA bzw. 6,75% Leverage Ratio.

<sup>37</sup> Art. 45 Abs. 4 BRRD bzw. Umsetzung in § 49 Abs. 2 SAG.

Personen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen oberhalb der Sicherungsgrenze sowie Derivate nicht MREL-fähig. Weiterhin darf ein MREL-fähiges Instrument nicht besichert sein und muss eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr aufweisen. Diese Kriterien sichern auf der einen Seite eine gewisse Qualität der MREL-fähigen Verbindlichkeiten, auf der anderen Seite gewährleisten sie darüber hinaus ein Mindestmaß an Vergleichbarkeit und somit gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Banken in den EU-Mitgliedstaaten.

## Festsetzung der MREL-Anforderung für deutsche Institute

*SRB und FMSA als Abwicklungsbehörden*

Für von der EZB direkt beaufsichtigte Institute und für grenzüberschreitende Gruppen, für die das Einheitliche Abwicklungsgremium (Single Resolution Board: SRB) im Rahmen des SRM direkt zuständig ist, sowie dann, wenn ein Mitgliedstaat diese Kompetenz nach Artikel 7 Absatz 5 SRM-VO übertragen hat,<sup>38)</sup> erfolgt die Festsetzung der MREL-Anforderung durch das SRB nach Anhörung der zuständigen Aufsichtsbehörden. Das SRB kommuniziert seine Entscheidung der nationalen Abwicklungsbehörde, in Deutschland der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), die den Beschluss gegenüber den Instituten umsetzt. Für die anderen in Deutschland ansässigen Institute setzt die FMSA die MREL-Anforderungen im Benehmen mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) fest. Dabei wird sie sich an etwaigen Leitlinien orientieren, die das SRB erarbeitet, um eine kohärente Anwendung der MREL-Anforderungen innerhalb der Bankenunion sicherzustellen. Zudem kann das SRB allgemeine Anweisungen gegenüber den nationalen Abwicklungsbehörden erlassen.<sup>39)</sup>

Zur Festsetzung der MREL-Anforderung müssen die Abwicklungsbehörden über eine ausreichende Informationsgrundlage verfügen. Während einige wenige Daten bereits im existierenden Meldewesen vorhanden sind, muss ein

Großteil der dafür erforderlichen Daten neu erhoben werden. Die Bundesbank ist bei der MREL-Festsetzung vor allem in ihrer Zuständigkeit für die laufende Überwachung der Banken eingebunden, das heißt unter anderem bei der Informationsbereitstellung und -beschaffung.

Da die MREL-Anforderung unter anderem von der Abwicklungsstrategie für das jeweilige Institut abhängt, erfolgt die MREL-Festsetzung im Rahmen der Abwicklungsplanung. Bei grenzüberschreitenden Institutsgruppen ist dabei im Besonderen auch eine Koordination im Rahmen der Abwicklungskollegien<sup>40)</sup> (Resolution Colleges) erforderlich. Das SRB und die FMSA arbeiten neben den anderen nationalen Abwicklungsbehörden derzeit intensiv an der Erstellung von Abwicklungsplänen. Die ersten MREL-Anforderungen werden daher voraussichtlich zunächst für die großen Banken in der EU festgelegt werden. Inwiefern diese öffentlich kommuniziert werden sollen, ist noch offen. Auch wenn das SRB betont, dass MREL eine institutsindividuelle Entscheidung erfordert, wird eine MREL-Anforderung in Höhe von 8% der Gesamtverbindlichkeiten als Richtwert für alle Banken unter SRB-Verantwortung als wahrscheinlich erachtet, da erst nach einem Bail-in in Höhe von mindestens 8% der Verbindlichkeiten eines Instituts der SRF genutzt werden kann.

## Offene Punkte

Einige zentrale Punkte zur Anwendung der neuen MREL-Anforderung, die auch nach Veröffentlichung des RTS derzeit weiterhin offen sind, sollten im Rahmen des geplanten Rechtsaktes der Europäischen Kommission zur Imple-

*Resolution Colleges bei grenzüberschreitenden Institutsgruppen*

*Klärung der letzten offenen Punkte durch die Europäische Kommission zu erwarten*

<sup>38</sup> Siehe: Deutsche Bundesbank (2014), a. a. O.

<sup>39</sup> Art. 31 Abs. 1 lit. a SRM-VO.

<sup>40</sup> Abwicklungskollegien dienen bei Instituten mit mindestens einer Tochter oder Niederlassung in einem Euro-Mitgliedstaat und einer anderen in einem nicht am SSM teilnehmenden EU-Mitgliedstaat oder Drittland der Zusammenarbeit und Koordination der verschiedenen in einer grenzüberschreitenden Abwicklung beteiligten Behörden.

mentierung von TLAC im Hinblick auf Anpassungen der BRRD adressiert werden:

*Behandlung der Kapitalpufferanforderung*

- Während bei TLAC geregelt wurde, dass die Kapitalpufferanforderung zusätzlich zur TLAC-Anforderung erfüllt werden muss und somit eine Doppelverwendung von hartem Kernkapital ausgeschlossen wird, gibt es eine solche Klarstellung in den MREL-Regelungen nicht. Sollte dadurch bei MREL hartes Kernkapital sowohl zur Erfüllung der Kapitalpuffer- als auch der MREL-Anforderung genutzt werden können, wäre die Funktionsweise der Kapitalpuffer nicht mehr gewährleistet und eine MREL-Verletzung würde vor einer Kapitalpufferverletzung eintreten. Dies würde aber die Funktionsweise der Kapitalpuffer außer Kraft setzen, da diese bewusst vor die sonstigen Kapitalanforderungen geschaltet wurden, damit sie in Stresszeiten „atmen“, also abgebaut werden können, während die sonstigen Kapitalanforderungen inklusive der MREL-Anforderung zu jeder Zeit erfüllt sein müssen.

*Sanktionsmechanismen*

- Weiterhin sollte in den MREL-Regelungen analog zu TLAC auch klargestellt werden, dass bei einer (wahrscheinlichen) Unterschreitung der MREL-Anforderung die gleichen Konsequenzen gelten wie bei einer Unterschreitung der Mindesteigenkapitalanforderungen. Auch etwaige weitere Sanktionsmaßnahmen sollten in diesem Zusammenhang definiert werden.

*Nachrangigkeit (Subordination)*

- Während für TLAC-fähige Verbindlichkeiten die Anforderung gilt, dass sie nachrangig zu nicht TLAC-fähigen Verbindlichkeiten sein müssen, ist dies für die MREL-Fähigkeit derzeit nicht vorgesehen. Vor dem Hintergrund einer effektiven und rechtssicheren Ausgestaltung der MREL-Anforderung und des Bail-in sowie größerer Transparenz für Marktteilnehmer wäre dies jedoch wünschenswert.

*Halterestriktionen*

- Die BRRD enthält keine Vorgaben, wie mit gegenseitigen Investitionen von Instituten in MREL-fähige Verbindlichkeiten umgegangen

werden soll. Solche Investitionen bergen jedoch Ansteckungsrisiken, denen – analog zu TLAC – durch regulatorische Vorgaben begegnet werden sollte.

## ■ Fazit

Eines der übergeordneten Ziele der Reforminitiativen nach der letzten Finanzkrise war die Lösung der Too-Big-To-Fail-Problematik. Unter anderem soll es künftig möglich sein, auch systemische Institute geordnet abwickeln zu können, ohne dadurch die Finanzstabilität zu gefährden oder aber den Steuerzahler zu belasten. Vor diesem Hintergrund wurden seit 2011 spezielle Abwicklungsregime für Banken eingeführt und damit ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung des marktwirtschaftlichen Prinzips des Gleichlaufs von Haftung und Kontrolle gemacht. Insbesondere mit dem Bail-in wurde ein neues Instrument eingeführt, welches die Verlusttragung durch Eigentümer und Gläubiger gewährleistet. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und somit Glaubwürdigkeit des Bail-in sind ausreichende Verlustpuffer erforderlich. Deshalb wurden auf globaler sowie europäischer Ebene neue Mindestanforderungen für Banken entwickelt. Zum einen der TLAC-Standard, der auf G20-Ebene verabschiedet wurde und ab dem Jahr 2019 verbindlich für alle G-SIB gelten soll. Zum anderen MREL, eine institutspezifische Anforderung, die von den zuständigen Abwicklungsbehörden für europäische Institute festgelegt werden wird.

*TLAC und MREL sind grundlegende Voraussetzung für Funktionsfähigkeit des Bail-in-Instruments und Glaubwürdigkeit des neuen Abwicklungsregimes*

Die zentrale Bedeutung der neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL wird durch einen Blick auf die Haftungskaskade in der Abwicklungsfinanzierung verdeutlicht: Das Bail-in als erstes Instrument zur Abwehr der Gefährdung der Finanzstabilität und der Belastung der Steuerzahler kann nur funktionieren, wenn ein abzuwickelndes Institut über ausreichend Verlustabsorptionsmasse verfügt, die zeitnah und rechtssicher zur Verlustdeckung herangezogen werden kann. Die neuen Mindestanforderungen in Form von TLAC beziehungsweise MREL

sind damit eine grundlegende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Bail-in-Instruments und folglich die Glaubwürdigkeit des neuen Abwicklungsregimes. Gleichzeitig ist es notwendig, dass für TLAC und MREL eindeutige Kriterien gelten, die dafür sorgen, dass diese Verbindlichkeiten im Abwicklungsfall verlässlich zur Verfügung stehen. Ein zentrales Element ist dabei das Nachrangigkeitskriterium, das für TLAC verbindlich eingeführt wurde, aber auch für MREL gelten sollte. Wichtig bei der MREL Festsetzung ist, dass diese einerseits in ausreichender Höhe festgelegt wird, gleichzeitig aber dabei die Institute nicht überfordert werden dürfen, das heißt für die Erfüllung der Anforderungen entsprechende Übergangsfristen eingeräumt werden. Abschließend ist anzumerken, dass die noch offenen Punkte bei der MREL-Ausgestaltung, wie beispielsweise die Behandlung der Puffer und die finale Festlegung der

Kriterien für die MREL-Fähigkeit, zügig und ziel führend geklärt werden sollten, um Klarheit für Banken und Investoren zu schaffen.

Letztlich können die Abwicklungsregeln nur glaubwürdig und wirksam sein, wenn diese auch konsequent umgesetzt und angewendet werden. Verschiedentlich sind politische Initiativen beobachtbar, die auf eine Aufweichung der neuen Regelungen abzielen. Dies wäre hingegen das falsche Signal und würde die Glaubwürdigkeit der Abwicklungsregelungen gefährden. Ein funktionsfähiger Abwicklungsmechanismus ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Auflösung der engen Verbindung von Banken und Staaten. Weitere müssen folgen, wie beispielsweise die Begrenzung beziehungsweise Eigenkapitalunterlegung der Kreditvergabe von Banken an Staaten und ein stärker harmonisiertes Insolvenzrecht auf internationaler Ebene.



# Statistischer Teil

## **■ Inhalt**

### **■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion**

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

### **■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion**

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

### **■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems**

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

### **■ IV. Banken**

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche .....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) .....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck .....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen .....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland .....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland .....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

## ■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

## ■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

## ■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

## ■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

## ■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

## ■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten .....	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen .....	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung .....	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung .....	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme .....	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

## ■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie .....	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise .....	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte .....	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft .....	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen .....	73*

## ■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion .....	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU .....	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland .....	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft .....	82*

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

### 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
			M3 3)	gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2014 Sept.	6,2	3,0	2,5	2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	0,01	0,10	1,6
Okt.	6,1	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	7,0	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	8,1	3,8	3,8	3,6	- 0,1	- 0,7	- 2,1	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	9,0	4,1	3,9	3,9	0,2	- 0,4	- 2,1	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	9,2	4,1	4,1	4,2	0,3	- 0,2	- 2,2	- 0,04	0,05	1,0
März	10,1	4,6	4,7	4,7	0,7	0,1	- 2,6	- 0,05	0,03	0,8
April	10,6	4,9	5,4	5,0	1,1	0,3	- 2,9	- 0,07	0,00	0,8
Mai	11,3	5,0	5,0	5,1	1,4	0,7	- 2,9	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,8	5,2	4,9	5,1	1,4	0,4	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	12,2	5,4	5,2	5,0	1,9	0,9	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,5	5,1	4,9	5,0	2,3	1,1	- 3,1	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,7	5,2	4,9	5,0	2,2	0,8	- 3,3	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,6	5,4	5,2	5,1	2,4	1,1	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	11,1	5,2	5,0	5,0	2,7	1,2	- 3,3	- 0,13	- 0,09	1,1
Dez.	10,8	5,3	4,7	4,9	2,3	0,7	- 3,0	- 0,20	- 0,13	1,2
2016 Jan.	10,5	5,5	5,1	4,9	2,7	1,0	- 3,4	- 0,24	- 0,15	1,1
Febr.	10,3	5,4	4,9	5,0	3,1	1,2	- 3,4	- 0,24	- 0,18	1,0
März	10,1	5,4	5,0	4,9	3,0	1,0	- 3,3	- 0,29	- 0,23	0,9
April	9,7	5,1	4,6	4,8	3,2	1,2	- 2,8	- 0,34	- 0,25	0,9
Mai	9,1	5,0	4,9	...	3,5	1,3	- 2,5	- 0,34	- 0,26	0,8
Juni	...	...	...	...	...	...	...	- 0,33	- 0,27	0,7

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

### 2. Außenwirtschaft \*)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2014 Sept.	+ 33 163	+ 26 114	+ 82 850	+ 12 493	+ 89 608	+ 10 557	- 27 865	- 1 943	1,2901	99,9	95,9
Okt.	+ 29 558	+ 28 355	+ 50 890	- 4 999	+ 68 516	+ 5 394	- 19 066	+ 1 045	1,2673	99,1	95,0
Nov.	+ 26 171	+ 24 430	+ 59 036	+ 16 939	+ 9 596	+ 5 135	+ 26 665	+ 701	1,2472	99,0	94,9
Dez.	+ 40 751	+ 26 282	- 1 489	- 11 250	+ 40 684	+ 1 901	- 33 948	+ 1 125	1,2331	99,0	94,8
2015 Jan.	+ 8 190	+ 15 546	- 19 202	+ 43 382	- 67 536	+ 4 977	- 1 172	+ 1 147	1,1621	95,2	91,0
Febr.	+ 15 217	+ 28 986	- 46 512	+ 13 291	- 51 358	+ 12 415	- 25 114	+ 4 255	1,1350	93,3	89,5
März	+ 31 468	+ 29 539	+ 32 907	+ 37 613	- 11 095	+ 10 363	- 4 264	+ 291	1,0838	90,6	86,9
April	+ 25 237	+ 30 086	- 2 919	- 5 652	+ 46 619	+ 6 265	- 46 356	- 3 795	1,0779	89,7	86,0
Mai	+ 8 373	+ 26 827	+ 29 955	+ 8 546	+ 10 242	+ 4 049	+ 8 793	- 1 674	1,1150	91,6	87,8
Juni	+ 37 499	+ 34 775	+ 52 007	- 17 093	+ 58 588	- 6 188	+ 13 607	+ 3 093	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 40 938	+ 39 741	+ 35 838	+ 11 235	+ 75 484	+ 9 879	- 53 760	- 7 000	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 20 665	+ 19 491	+ 6 546	+ 4 875	+ 8 581	- 6 744	- 1 555	+ 1 390	1,1139	93,0	89,0
Sept.	+ 35 712	+ 30 284	+ 15 333	- 26 501	+ 10 265	- 4 327	+ 27 613	+ 8 282	1,1221	93,8	89,6
Okt.	+ 31 397	+ 33 983	+ 110 995	+ 58 836	+ 15 473	+ 11 274	+ 31 421	- 6 009	1,1235	93,6	89,6
Nov.	+ 32 667	+ 33 470	- 33 913	- 86 265	+ 23 496	+ 21 148	+ 5 245	+ 2 462	1,0736	91,1	87,1
Dez.	+ 42 223	+ 31 582	+ 93 562	+ 66 716	+ 82 571	+ 21 781	- 85 632	+ 8 126	1,0877	92,5	88,2
2016 Jan.	+ 9 463	+ 13 908	- 16 395	- 31 926	+ 87 039	+ 14 844	- 85 197	- 1 155	1,0860	93,6	89,1
Febr.	+ 14 376	+ 28 013	- 5 502	+ 45 000	+ 34 158	+ 6 811	- 92 532	+ 1 061	1,1093	94,7	90,0
März	+ 36 771	+ 39 425	+ 70 765	+ 30 453	+ 21 452	- 3 096	+ 20 892	+ 1 064	1,1100	94,1	89,5
April	+ 33 997	+ 32 445	+ 50 899	+ 10 682	+ 118 085	- 6 078	- 70 183	- 1 607	1,1339	94,8	p) 90,1
Mai	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1311	95,1	p) 90,4
Juni	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1229	94,7	p) 90,2

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81\*/ 82\* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

### 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)2)</sup></b>										
2013	– 0,3	0,0	0,3	1,6	– 0,8	0,6	– 3,2	1,4	– 1,7	3,0
2014	0,9	1,3	1,6	2,9	– 0,7	0,6	0,6	5,2	– 0,3	2,4
2015	1,7	1,4	1,7	1,1	0,5	1,3	– 0,2	7,8	0,8	2,7
2014 4.Vj.	1,0	1,1	1,6	3,4	– 0,8	0,7	0,6	6,0	– 0,4	2,1
2015 1.Vj.	1,3	1,1	1,3	1,1	0,2	1,4	0,3	7,7	0,2	1,8
2.Vj.	1,6	1,5	1,6	1,5	0,8	1,2	1,3	7,1	0,9	2,8
3.Vj.	1,6	1,3	1,7	1,0	0,3	1,1	– 1,7	7,2	0,8	3,5
4.Vj.	1,7	1,6	2,1	0,7	1,3	1,4	– 0,7	9,2	1,1	2,7
2016 1.Vj.	1,7	1,4	1,3	1,7	1,2	1,4	– 1,3	...	0,8	2,0
<b>Industrieproduktion <sup>1)3)</sup></b>										
2013	– 0,6	1,0	0,2	4,2	– 3,2	– 0,4	– 3,2	– 2,2	– 3,0	– 0,7
2014	0,9	0,9	1,3	4,3	– 1,8	– 0,8	– 2,0	20,9	– 0,7	– 0,9
2015	1,5	– 0,1	0,8	– 2,4	– 1,1	1,7	0,6	17,6	1,1	3,6
2014 4.Vj.	0,4	– 1,6	0,7	6,8	– 0,8	– 0,9	0,1	25,9	– 1,6	– 0,7
2015 1.Vj.	1,5	0,0	0,6	– 1,9	– 3,5	1,6	2,4	24,9	0,0	1,6
2.Vj.	1,4	– 1,7	1,6	– 1,7	– 1,1	1,8	– 3,0	10,0	1,1	5,7
3.Vj.	2,0	0,1	1,6	– 4,0	– 0,1	1,1	1,3	20,2	2,1	3,8
4.Vj.	1,3	1,2	– 0,3	– 5,5	0,0	2,0	2,1	16,0	1,3	3,0
2016 1.Vj.	1,4	4,1	p) 1,4	– 2,3	– 0,7	0,4	– 0,6	6,6	1,6	3,7
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>4)</sup></b>										
2013	78,4	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	–	71,6	72,0
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	–	73,7	72,2
2015	81,3	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	–	75,5	71,5
2015 1.Vj.	81,1	79,7	84,8	71,2	78,6	81,9	69,2	–	74,6	71,3
2.Vj.	81,2	79,8	84,4	70,7	79,1	82,7	67,7	–	76,1	72,2
3.Vj.	81,2	80,0	84,0	72,7	79,0	82,9	63,5	–	75,5	71,4
4.Vj.	81,6	79,2	84,6	71,0	80,1	83,4	64,2	–	75,9	71,0
2016 1.Vj.	82,0	80,0	85,0	72,5	79,5	82,8	65,5	–	77,1	72,3
2.Vj.	81,5	79,3	84,6	73,8	78,0	82,5	67,8	–	76,5	73,0
<b>Standardisierte Arbeitslosenquote <sup>5)</sup></b>										
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015	10,9	8,5	4,6	6,2	9,4	10,4	24,9	9,4	11,9	9,9
2015 Dez.	10,4	8,6	4,6	6,3	9,3	10,2	24,2	8,9	11,7	10,0
2016 Jan.	10,4	8,4	4,2	6,3	9,2	10,1	24,3	8,6	11,7	10,1
Febr.	10,3	8,2	4,3	6,1	9,1	10,2	24,0	8,3	11,7	9,8
März	10,2	8,1	4,3	6,6	9,1	10,0	23,7	8,1	11,5	9,7
April	10,2	8,3	4,2	6,4	9,0	9,9	23,3	7,9	11,6	9,6
Mai	10,1	8,4	4,3	...	9,0	9,9	...	7,8	11,5	9,7
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup></b>										
2013	6) 1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	– 0,9	0,5	1,2	0,0
2014	7) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	– 1,4	0,3	0,2	0,7
2015	0,0	0,6	0,1	0,1	– 0,2	0,1	– 1,1	0,0	0,1	0,2
2016 Jan.	0,3	1,8	0,4	0,1	0,0	0,3	– 0,1	0,0	0,4	– 0,3
Febr.	– 0,2	1,1	– 0,2	0,4	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,2	– 0,2	– 0,6
März	0,0	1,6	0,1	0,5	0,0	– 0,1	– 0,7	– 0,6	– 0,2	– 0,6
April	– 0,2	1,5	– 0,3	0,0	0,3	– 0,1	– 0,4	– 0,2	– 0,4	– 0,7
Mai	– 0,1	1,6	0,0	0,0	0,3	0,1	– 0,2	– 0,2	– 0,3	– 0,8
Juni	5) 0,1	...	0,2	...	...	0,3	0,2	...	– 0,2	– 0,6
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>8)</sup></b>										
2013	– 3,0	– 3,0	– 0,1	– 0,2	– 2,6	– 4,0	– 13,0	– 5,7	– 2,9	– 0,9
2014	– 2,6	– 3,1	0,3	0,8	– 3,2	– 4,0	– 3,6	– 3,8	– 3,0	– 1,6
2015	– 2,1	– 2,6	0,6	0,4	– 2,7	– 3,5	– 7,2	– 2,3	– 2,6	– 1,3
<b>Staatliche Verschuldung <sup>8)</sup></b>										
2013	91,1	105,2	77,2	9,9	55,5	92,4	177,7	120,0	129,0	39,1
2014	92,0	106,5	74,7	10,4	59,3	95,4	180,1	107,5	132,5	40,8
2015	90,7	106,0	71,2	9,7	63,1	95,8	176,9	93,8	132,7	36,4

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig.  
**1** Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal.  
**5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

ber, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal.  
**5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)2)</sup></b>										
3,6	4,3	4,3	- 0,2	0,1	- 1,1	1,4	- 1,1	- 1,7	- 5,9	2013
3,0	4,1	3,5	1,4	0,6	0,9	2,5	3,0	1,4	- 2,5	2014
1,6	4,8	6,4	2,0	1,0	1,4	3,6	2,9	3,2	1,6	2015
1,7	6,5	5,5	1,9	- 0,2	0,3	2,8	2,8	1,8	- 1,8	2014 4.Vj.
1,2	5,2	6,3	2,6	0,5	1,6	2,9	2,8	2,7	0,2	2015 1.Vj.
1,4	5,4	6,8	1,9	1,0	1,5	3,4	2,7	3,3	1,4	2.Vj.
1,7	5,4	6,5	2,0	0,9	1,5	3,7	2,6	3,5	2,3	3.Vj.
2,0	3,5	6,2	1,4	1,0	1,1	4,3	3,3	3,3	2,4	4.Vj.
2,3	4,5	5,2	1,5	1,6	0,7	3,5	2,5	3,5	2,6	2016 1.Vj.
<b>Industrieproduktion <sup>1)3)</sup></b>										
3,2	- 3,1	- 5,3	0,5	0,8	0,5	3,8	- 1,4	- 1,7	- 13,5	2013
0,3	4,3	- 5,7	- 2,9	0,9	1,8	8,7	1,7	1,3	- 0,9	2014
4,5	1,5	6,3	- 3,4	1,8	1,7	6,9	5,4	3,4	3,6	2015
3,6	2,8	- 1,1	- 2,6	0,4	- 0,2	9,8	2,3	0,5	- 0,8	2014 4.Vj.
4,2	1,1	4,6	0,8	1,7	0,3	12,4	6,9	1,6	0,2	2015 1.Vj.
4,5	1,9	8,3	- 4,8	0,7	1,9	4,8	5,6	3,2	3,1	2.Vj.
4,0	1,1	7,3	- 5,4	2,8	2,4	6,0	5,4	4,2	4,4	3.Vj.
5,3	1,8	5,1	- 4,5	2,3	2,2	5,0	3,7	4,8	6,4	4.Vj.
5,7	1,4	- 5,1	- 2,5	1,4	0,9	2,1	5,6	2,9	10,0	2016 1.Vj.
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>4)</sup></b>										
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	76,3	77,1	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	78,4	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	80,4	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
74,4	66,4	80,5	80,6	84,1	80,8	81,0	85,1	78,1	54,9	2015 1.Vj.
74,4	65,6	78,7	82,3	84,2	80,4	79,1	83,4	77,2	60,3	2.Vj.
73,6	69,0	77,2	82,2	84,4	80,1	86,2	83,6	77,6	56,4	3.Vj.
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	80,4	83,4	82,3	78,1	61,1	4.Vj.
75,9	72,4	77,8	81,4	85,0	80,0	85,4	83,2	79,0	56,9	2016 1.Vj.
76,1	76,1	78,9	81,7	84,0	80,8	83,0	83,1	77,8	63,9	2.Vj.
<b>Standardisierte Arbeitslosenquote <sup>5)</sup></b>										
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	6,0	5,8	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,1	6,4	5,4	6,9	5,7	12,6	11,5	9,0	22,1	15,0	2015
8,9	6,5	5,1	6,6	6,0	12,2	10,7	8,4	20,7	13,3	2015 Dez.
8,6	6,3	5,2	6,5	6,1	12,1	10,4	8,3	20,5	13,1	2016 Jan.
8,5	6,3	5,0	6,5	6,1	12,2	10,2	8,3	20,4	13,0	Febr.
8,4	6,3	4,6	6,4	5,9	12,0	10,1	8,3	20,3	12,7	März
8,2	6,3	4,3	6,4	5,9	11,6	10,1	8,1	20,1	12,2	April
8,0	6,2	4,1	6,3	6,1	11,6	10,0	8,1	19,8	12,0	Mai
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup></b>										
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
- 0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 1,5	2015
0,7	0,5	0,8	0,2	1,4	0,7	- 0,6	- 0,8	- 0,4	- 1,1	2016 Jan.
0,5	- 0,3	1,0	0,3	1,0	0,2	- 0,3	- 0,9	- 1,0	- 2,2	Febr.
0,8	- 0,6	1,0	0,5	0,7	0,5	- 0,5	- 0,9	- 1,0	- 2,2	März
0,8	- 0,6	0,8	- 0,2	0,6	0,5	- 0,4	- 0,7	- 1,2	- 2,1	April
0,2	- 0,6	1,0	- 0,2	0,6	0,4	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 1,9	Mai
0,4	- 0,4	...	- 0,2	...	0,7	...	0,1	...	- 2,0	Juni
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>8)</sup></b>										
- 2,6	0,8	- 2,6	- 2,4	- 1,3	- 4,8	- 2,7	- 15,0	- 6,9	- 4,9	2013
- 0,7	1,7	- 2,0	- 2,4	- 2,7	- 7,2	- 2,7	- 5,0	- 5,9	- 8,9	2014
- 0,2	1,2	- 1,5	- 1,8	- 1,2	- 4,4	- 3,0	- 2,9	- 5,1	- 1,0	2015
<b>Staatliche Verschuldung <sup>8)</sup></b>										
38,8	23,3	68,6	67,9	80,8	129,0	55,0	71,0	93,7	102,5	2013
40,7	22,9	67,1	68,2	84,3	130,2	53,9	81,0	99,3	108,2	2014
42,7	21,4	63,9	65,1	86,2	129,0	52,9	83,2	99,2	108,9	2015

werten des Statistischen Bundesamtes. **6** Ab 2014 einschl. Lettland. **7** Ab 2015 einschl. Litauen. **8** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). EVWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mit-

gliedstaaten außer Deutschland: letzte Datenveröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang \*) a) Europäische Währungsunion<sup>1)</sup>

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2014 Okt.	5,0	- 24,0	- 9,0	29,0	23,1	10,4	- 4,0	- 14,4	- 37,0	- 13,9	- 0,2	- 26,5	3,6
Nov.	33,7	25,6	5,5	8,1	5,2	60,2	76,5	16,3	- 13,3	1,1	- 0,4	- 13,1	- 0,9
Dez.	- 45,0	- 9,1	- 12,2	- 35,9	- 43,7	- 10,0	- 115,3	- 105,4	- 29,4	- 2,9	2,3	- 30,9	2,2
2015 Jan.	92,6	17,4	3,3	75,2	53,0	- 15,0	196,3	211,2	- 1,9	- 12,3	0,5	- 9,0	18,9
Febr.	10,8	21,1	2,1	- 10,2	- 0,3	- 23,3	- 18,3	4,9	- 14,6	- 8,8	- 1,4	- 9,8	5,3
März	79,1	46,8	1,0	32,3	29,1	10,5	- 29,0	- 39,5	- 20,5	- 12,4	- 1,3	- 26,2	19,4
April	53,8	17,0	16,9	36,8	32,5	- 58,5	37,4	95,9	- 48,1	- 18,8	- 2,1	- 15,8	- 11,3
Mai	24,6	8,0	- 0,8	16,5	31,2	25,2	- 56,2	- 81,4	- 21,3	- 8,3	- 1,7	- 23,5	12,1
Juni	8,8	- 14,3	- 28,2	23,1	24,5	55,8	- 86,8	- 142,6	- 21,5	- 13,9	- 1,2	- 12,9	6,5
Juli	59,9	56,1	50,8	3,7	4,0	- 64,9	- 0,5	64,5	- 5,3	10,4	- 0,9	- 21,4	6,6
Aug.	11,0	- 27,5	6,9	38,6	47,5	- 22,9	10,1	33,0	- 10,1	- 2,4	- 1,4	- 9,3	3,0
Sept.	29,6	- 9,8	- 8,7	39,4	45,8	- 7,7	- 94,9	- 87,2	- 20,9	- 3,2	- 0,7	- 26,1	9,2
Okt.	26,3	4,2	- 15,4	22,2	18,6	9,5	24,1	14,7	- 39,7	- 25,3	- 1,1	- 17,1	3,8
Nov.	87,2	48,1	2,0	39,1	47,1	3,6	- 15,3	- 18,8	- 6,5	- 13,5	- 1,7	- 4,8	13,5
Dez.	- 113,5	- 74,6	- 2,2	- 38,9	- 33,8	- 10,7	- 196,3	- 185,6	- 9,0	4,1	- 0,6	- 26,5	14,0
2016 Jan.	158,0	47,6	5,3	110,3	95,3	- 39,9	127,3	167,1	- 28,0	- 8,8	- 0,4	- 19,1	0,2
Febr.	88,8	47,6	1,1	41,2	50,1	- 82,0	31,6	113,6	- 14,8	12,1	- 1,2	- 24,7	- 1,0
März	60,4	24,4	- 3,2	36,0	39,5	21,3	- 86,0	- 107,3	- 16,8	- 6,5	- 0,9	0,1	- 9,5
April	92,1	41,4	25,2	50,7	42,9	- 61,1	118,7	179,8	- 6,0	- 4,6	- 2,4	- 0,9	1,9
Mai	68,7	21,3	12,2	47,4	53,7	- 1,2	61,4	62,6	1,0	- 5,7	- 0,5	- 0,2	7,5

### b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2014 Okt.	5,3	- 4,2	- 4,5	9,5	2,4	16,5	10,9	- 5,6	- 1,7	- 2,8	- 0,2	1,2	0,1
Nov.	14,1	15,3	6,0	- 1,2	1,9	12,8	30,9	18,1	0,1	- 2,7	- 0,4	1,5	1,8
Dez.	- 15,5	1,5	5,4	- 17,1	- 10,0	- 5,7	- 33,1	- 27,4	- 17,5	- 7,3	0,2	- 8,1	- 2,2
2015 Jan.	28,5	13,0	7,0	15,4	6,5	- 57,6	52,2	109,8	- 0,8	- 3,4	- 0,0	1,8	0,8
Febr.	9,4	4,6	- 1,1	4,8	1,7	2,9	- 11,1	- 13,9	1,8	- 1,5	- 1,3	2,3	2,3
März	15,2	9,7	8,4	5,6	7,2	- 12,1	- 19,0	- 6,9	- 15,3	- 4,8	- 1,3	- 9,1	- 0,1
April	17,3	3,3	0,7	14,0	4,9	7,7	33,9	26,2	- 13,2	- 10,0	- 2,2	- 0,6	- 0,4
Mai	- 3,5	4,5	- 4,8	- 8,0	4,4	1,1	- 11,7	- 12,8	- 14,6	- 1,6	- 1,6	- 11,7	0,4
Juni	- 0,9	- 2,7	- 5,7	1,7	5,1	16,2	- 25,0	- 41,1	0,4	- 3,8	- 1,4	1,8	3,7
Juli	31,5	22,9	21,3	8,6	6,4	- 27,6	- 8,7	19,0	12,5	16,5	- 1,5	- 0,6	- 1,9
Aug.	12,9	7,2	- 1,5	5,7	9,0	- 20,7	- 0,9	19,9	- 6,5	0,5	- 1,5	- 4,5	- 1,0
Sept.	11,5	4,1	- 2,6	7,3	8,7	15,9	- 2,0	- 17,9	- 11,7	- 2,5	- 1,4	- 7,4	- 0,4
Okt.	3,4	- 3,8	- 9,4	7,1	3,5	- 8,5	- 13,1	- 4,6	- 10,7	- 9,0	- 1,3	0,7	- 1,1
Nov.	27,3	21,3	7,8	6,0	10,6	- 13,0	- 35,7	- 22,7	- 12,8	- 3,6	- 1,2	- 3,9	- 4,1
Dez.	- 19,9	- 11,6	- 5,8	- 8,2	- 2,8	5,2	- 52,1	- 57,3	- 24,0	- 3,9	- 0,9	- 22,1	2,9
2016 Jan.	19,7	5,7	- 3,0	14,0	10,4	- 21,1	24,7	45,8	- 1,2	- 1,5	- 1,3	2,8	- 1,2
Febr.	15,6	10,9	- 4,2	4,7	4,8	- 29,2	7,3	36,5	- 11,8	- 1,8	- 1,3	- 7,7	- 1,0
März	12,3	4,4	0,6	7,8	8,2	7,3	- 22,6	- 29,8	0,9	- 0,0	- 1,1	2,4	- 0,4
April	22,8	12,3	0,7	10,6	5,9	- 40,1	13,5	53,7	- 2,3	- 3,3	- 1,1	1,7	0,4
Mai	21,6	15,8	4,8	5,8	9,1	- 0,1	- 0,5	- 0,4	4,8	0,7	- 1,0	5,0	- 0,0

\* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112\*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 6,5	33,8	-	25,2	8,8	38,3	3,5	34,8	- 20,6	-	8,9	25,6	14,6	- 4,3	2014 Okt.
- 25,9	- 11,4	-	92,7	90,5	100,6	6,2	94,4	- 14,5	-	4,4	- 2,7	5,6	0,6	Nov.
- 50,1	- 0,1	-	24,6	36,3	52,7	23,8	28,9	- 12,7	-	3,7	- 13,4	- 17,7	19,5	Dez.
- 80,8	- 45,4	-	44,2	25,1	54,4	- 2,7	57,1	- 37,0	-	7,7	23,7	20,2	- 5,9	2015 Jan.
- 28,6	- 15,5	-	46,2	21,5	28,4	4,1	24,3	- 8,6	-	1,6	38,0	8,7	2,6	Febr.
22,6	53,2	-	34,3	57,2	54,6	7,7	46,9	- 5,4	-	7,9	1,8	- 10,0	- 6,0	März
- 43,3	- 25,3	-	112,0	76,9	90,6	8,8	81,8	- 15,5	-	1,8	- 17,5	21,9	6,3	April
44,1	- 0,6	-	27,6	61,4	91,9	6,7	85,2	- 35,2	-	4,8	- 6,8	- 9,1	- 6,8	Mai
14,0	64,9	-	7,2	40,4	65,9	10,7	55,2	- 25,5	-	0,0	- 22,6	- 17,1	8,2	Juni
- 42,3	- 29,4	-	71,9	40,9	40,0	14,2	25,8	1,4	-	0,6	1,5	24,4	- 12,2	Juli
- 14,8	- 1,8	-	14,8	10,7	12,5	- 1,9	14,4	- 5,4	-	3,6	- 2,8	11,0	- 4,5	Aug.
28,7	34,0	-	- 20,0	7,2	24,0	- 2,8	26,8	- 8,4	-	8,5	- 4,2	- 15,7	- 0,8	Sept.
33,0	- 60,0	-	102,5	68,5	83,5	2,2	81,2	- 10,1	-	4,8	- 6,1	21,8	0,9	Okt.
- 17,2	61,1	-	53,3	54,6	58,7	5,7	53,0	- 2,0	-	2,2	4,0	15,1	1,0	Nov.
- 72,3	- 42,6	-	- 0,2	53,9	45,2	14,4	30,8	7,8	-	0,9	- 31,1	- 23,9	- 10,8	Dez.
87,7	- 17,9	-	76,4	37,4	36,2	- 11,4	47,6	- 9,2	-	10,4	22,5	17,6	8,0	2016 Jan.
- 14,1	4,5	-	31,1	14,5	21,2	1,3	19,9	- 11,9	-	5,2	43,2	- 1,2	6,2	Febr.
31,8	28,5	-	38,2	55,0	43,0	3,5	39,5	9,7	-	2,3	- 5,6	- 12,2	1,7	März
- 35,9	- 29,3	-	102,2	76,0	93,4	4,7	88,7	- 17,1	-	0,3	- 4,5	17,1	3,5	April
20,1	15,7	-	30,7	31,0	44,0	2,3	41,7	- 20,8	-	7,8	- 9,4	2,3	- 3,3	Mai

### b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit	
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte						
- 1,3	6,5	3,2	0,8	18,2	25,6	- 9,3	- 0,3	1,8	- 0,0	0,4	0,4	- 0,0	- 0,8	2014 Okt.
- 0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	- 0,4	0,4	- 0,0	0,8	- 0,0	- 0,1	- 0,6	Nov.
- 1,3	12,2	3,6	5,0	- 14,6	- 18,1	8,2	- 2,2	- 6,2	- 0,1	0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,6	Dez.
6,3	- 59,5	2,4	- 0,8	24,9	26,3	- 5,1	- 1,1	3,4	0,0	1,4	0,0	0,0	1,4	2015 Jan.
- 6,7	- 11,4	2,1	0,8	28,6	23,5	0,7	0,9	1,2	0,0	2,3	0,0	0,0	2,3	Febr.
2,9	10,3	2,3	2,2	5,2	5,5	0,3	- 0,9	- 0,4	- 0,0	0,8	- 0,0	- 0,0	0,8	März
- 2,7	5,0	2,2	1,8	35,9	29,6	- 1,2	- 0,2	3,8	- 0,1	4,1	0,1	0,1	4,1	April
1,4	- 4,8	2,4	1,1	15,5	28,1	- 3,3	0,2	- 6,4	0,1	3,1	- 0,1	- 0,1	3,1	Mai
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	- 1,6	0,1	0,3	0,1	- 0,3	0,3	Juni
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	0,0	0,6	0,0	- 0,6	0,6	Juli
- 0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	0,1	1,2	0,1	- 1,2	1,2	Aug.
1,8	16,8	2,8	- 0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	0,5	7,8	0,5	0,5	7,8	Sept.
- 0,6	- 25,3	3,0	- 0,3	31,4	30,7	- 3,8	1,3	- 0,5	- 0,0	3,7	0,0	- 0,0	3,7	Okt.
- 1,2	- 15,2	2,0	1,8	43,4	34,3	6,8	0,9	- 0,5	- 0,1	2,1	- 0,1	- 0,1	2,1	Nov.
10,3	15,2	2,6	2,3	- 16,2	- 21,3	6,3	3,0	- 3,6	- 0,4	0,2	- 0,4	- 0,4	0,2	Dez.
- 0,8	- 24,2	- 0,7	- 1,9	24,7	27,8	- 5,5	0,9	0,3	0,3	0,9	0,3	0,3	0,9	2016 Jan.
7,1	- 24,1	0,6	0,4	15,3	13,3	- 1,9	1,6	1,4	- 0,1	1,0	- 0,1	0,1	1,0	Febr.
21,0	3,1	2,1	0,6	- 5,5	- 12,5	10,9	- 0,8	- 0,9	- 0,2	2,0	- 0,2	- 0,2	2,0	März
- 17,4	- 20,6	1,2	1,0	23,1	24,1	- 1,1	- 0,7	0,5	- 0,5	0,7	0,5	- 0,5	0,7	April
18,7	21,7	2,9	- 0,5	19,8	21,5	0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,4	0,8	- 0,4	- 0,4	0,8	Mai

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>											
2014 April	25 042,7	16 233,3	12 767,4	10 647,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 697,2	4 112,3
Mai	25 173,8	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,8	4 186,0
Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1
Dez.	25 873,2	16 227,8	12 671,7	10 633,1	1 271,8	766,8	3 556,1	1 132,4	2 423,6	4 972,7	4 672,7
2015 Jan.	26 922,6	16 393,0	12 749,0	10 698,7	1 274,4	775,8	3 644,0	1 159,0	2 485,0	5 399,3	5 130,2
Febr.	26 863,3	16 417,6	12 778,1	10 717,7	1 276,5	783,9	3 639,5	1 144,2	2 495,2	5 394,1	5 051,6
März	27 247,6	16 514,7	12 834,8	10 767,5	1 275,9	791,3	3 679,9	1 148,8	2 531,1	5 469,3	5 263,6
April	26 916,4	16 539,3	12 833,6	10 751,5	1 274,8	807,3	3 705,7	1 152,9	2 552,8	5 408,0	4 969,1
Mai	26 752,0	16 550,6	12 841,4	10 760,4	1 276,3	804,7	3 709,2	1 138,5	2 570,8	5 401,8	4 799,6
Juni	26 194,8	16 511,6	12 804,8	10 760,4	1 254,0	790,4	3 706,8	1 136,8	2 570,0	5 262,4	4 420,8
Juli	26 418,0	16 596,1	12 867,1	10 765,3	1 300,2	801,6	3 729,0	1 135,4	2 593,7	5 282,8	4 539,1
Aug.	26 259,9	16 568,2	12 809,8	10 720,3	1 302,7	786,8	3 758,4	1 126,5	2 631,9	5 233,7	4 458,0
Sept.	26 205,0	16 596,9	12 785,1	10 710,8	1 303,1	771,3	3 811,7	1 121,0	2 690,7	5 150,4	4 457,7
Okt.	26 416,3	16 659,5	12 816,0	10 745,3	1 288,2	782,5	3 843,5	1 125,0	2 718,5	5 243,6	4 513,3
Nov.	26 732,2	16 774,2	12 885,9	10 799,1	1 295,5	791,3	3 888,2	1 117,1	2 771,2	5 306,4	4 651,6
Dez.	25 927,2	16 620,8	12 782,5	10 707,2	1 296,1	779,2	3 838,3	1 110,2	2 728,1	5 021,8	4 284,6
2016 Jan.	26 490,9	16 770,6	12 812,2	10 738,7	1 306,1	767,4	3 958,4	1 127,2	2 831,2	5 135,2	4 585,1
Febr.	26 826,4	16 857,3	12 854,0	10 783,5	1 312,8	757,8	4 003,2	1 118,8	2 884,5	5 213,7	4 755,4
März	26 482,1	16 905,7	12 861,1	10 792,5	1 314,3	754,3	4 044,6	1 115,3	2 929,3	5 016,9	4 559,4
April	26 626,6	16 982,9	12 889,6	10 795,5	1 325,5	768,6	4 093,3	1 128,1	2 965,2	5 160,1	4 483,6
Mai	26 873,1	17 066,9	12 916,2	10 809,4	1 341,5	765,3	4 150,8	1 121,8	3 028,9	5 257,0	4 549,2
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
2014 April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5
Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4
Febr.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7
Okt.	6 041,6	3 832,0	2 994,6	2 578,6	150,5	265,6	837,4	368,4	469,0	1 257,1	952,5
Nov.	6 104,5	3 864,8	3 019,5	2 594,8	153,5	271,2	845,3	363,9	481,3	1 236,6	1 003,2
Dez.	5 924,8	3 839,8	3 003,6	2 586,5	155,7	261,3	836,3	358,3	477,9	1 166,4	918,6
2016 Jan.	6 057,5	3 858,0	3 004,8	2 592,8	154,8	257,3	853,1	362,0	491,2	1 191,2	1 008,3
Febr.	6 155,1	3 874,6	3 014,0	2 607,0	151,1	255,9	860,6	362,0	498,6	1 209,7	1 070,8
März	6 060,3	3 885,2	3 015,6	2 607,8	151,8	256,0	869,6	361,6	508,0	1 163,7	1 011,4
April	6 049,9	3 908,1	3 026,3	2 617,8	152,2	256,3	881,8	366,1	515,7	1 181,7	960,2
Mai	6 086,0	3 934,4	3 043,0	2 629,7	153,3	260,0	891,4	362,8	528,6	1 187,1	964,5

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12\*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>											
921,8	10 948,1	10 350,7	10 394,3	4 364,8	1 124,3	442,6	2 280,1	2 096,5	86,0	2014 April	
928,9	11 020,7	10 387,2	10 425,8	4 414,7	1 121,4	439,4	2 266,3	2 098,4	85,6	2014 Mai	
935,3	11 050,7	10 387,6	10 424,2	4 447,5	1 104,4	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	2014 Juni	
944,7	11 022,8	10 378,1	10 420,0	4 448,9	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	2014 Juli	
946,8	11 015,1	10 414,4	10 454,5	4 478,1	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	2014 Aug.	
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	2014 Sept.	
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	2014 Okt.	
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	2014 Nov.	
980,6	11 155,3	10 549,3	10 627,7	4 728,8	1 089,3	399,5	2 217,4	2 105,6	87,0	2014 Dez.	
979,1	11 302,4	10 590,2	10 692,0	4 817,5	1 073,8	389,1	2 213,3	2 109,9	88,4	2015 Jan.	
983,2	11 285,5	10 597,4	10 694,1	4 837,6	1 039,2	389,0	2 230,9	2 110,1	87,2	2015 Febr.	
990,9	11 355,8	10 634,9	10 744,0	4 893,4	1 040,0	384,7	2 221,9	2 118,1	85,9	2015 März	
999,8	11 349,3	10 679,2	10 777,3	4 964,7	1 030,6	378,6	2 200,3	2 119,3	83,9	2015 April	
1 006,4	11 442,8	10 720,8	10 814,5	5 039,6	1 001,7	374,0	2 193,0	2 123,9	82,3	2015 Mai	
1 017,1	11 464,0	10 721,4	10 820,3	5 088,6	977,6	370,2	2 178,6	2 124,1	81,2	2015 Juni	
1 031,3	11 461,0	10 752,2	10 865,9	5 125,0	983,3	367,9	2 187,5	2 121,8	80,4	2015 Juli	
1 029,4	11 444,7	10 749,1	10 857,1	5 126,4	981,6	362,4	2 183,4	2 124,2	79,1	2015 Aug.	
1 026,5	11 479,7	10 764,9	10 865,3	5 152,8	977,2	358,8	2 179,5	2 118,7	78,3	2015 Sept.	
1 028,8	11 577,7	10 817,5	10 927,6	5 244,4	973,5	356,8	2 161,0	2 114,5	77,3	2015 Okt.	
1 034,5	11 602,0	10 851,2	10 947,7	5 288,4	971,2	350,3	2 150,5	2 111,6	75,7	2015 Nov.	
1 048,9	11 562,3	10 889,6	10 998,3	5 324,9	981,8	349,1	2 152,3	2 115,0	75,2	2015 Dez.	
1 037,4	11 686,0	10 926,9	11 027,4	5 364,3	973,3	348,8	2 142,9	2 123,8	74,3	2016 Jan.	
1 038,7	11 695,3	10 946,3	11 050,3	5 383,7	968,1	344,9	2 154,3	2 126,1	73,1	2016 Febr.	
1 042,2	11 759,9	10 990,4	11 080,7	5 418,0	973,3	343,0	2 145,3	2 128,8	72,3	2016 März	
1 046,9	11 787,7	11 050,3	11 144,9	5 502,9	963,9	339,9	2 139,2	2 128,5	70,5	2016 April	
1 049,2	11 837,1	11 076,5	11 162,8	5 543,5	945,4	334,0	2 134,0	2 136,0	70,0	2016 Mai	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	2014 April	
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	2014 Mai	
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	2014 Juni	
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	2014 Juli	
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	2014 Aug.	
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	2014 Sept.	
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	2014 Okt.	
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	2014 Nov.	
229,7	3 207,5	3 142,6	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,6	531,0	76,4	2014 Dez.	
228,9	3 233,6	3 156,6	3 045,0	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.	
229,7	3 249,6	3 172,0	3 062,0	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	2015 Febr.	
232,0	3 253,1	3 175,8	3 062,6	1 569,0	187,1	31,4	671,6	528,7	74,8	2015 März	
233,8	3 265,4	3 191,1	3 080,3	1 598,9	187,3	31,7	661,3	528,5	72,7	2015 April	
234,9	3 289,4	3 214,1	3 094,6	1 620,0	183,7	31,9	659,5	528,5	71,1	2015 Mai	
238,3	3 287,5	3 208,9	3 090,0	1 626,3	178,9	32,2	654,6	528,3	69,7	2015 Juni	
241,6	3 312,5	3 236,6	3 120,9	1 643,3	179,8	32,4	669,3	527,9	68,2	2015 Juli	
241,2	3 321,2	3 246,0	3 123,4	1 651,0	175,8	32,2	669,5	528,2	66,7	2015 Aug.	
240,3	3 330,8	3 253,8	3 131,7	1 667,0	172,0	31,7	666,7	529,0	65,3	2015 Sept.	
240,1	3 349,1	3 271,6	3 154,0	1 698,6	170,8	32,9	657,5	530,3	64,0	2015 Okt.	
241,9	3 386,8	3 309,9	3 182,3	1 732,8	168,6	33,2	653,8	531,1	62,8	2015 Nov.	
244,2	3 379,0	3 293,1	3 168,8	1 711,8	176,9	34,4	649,6	534,1	61,9	2015 Dez.	
242,2	3 398,2	3 312,7	3 191,1	1 739,2	172,6	35,6	647,9	535,1	60,7	2016 Jan.	
242,7	3 412,8	3 319,7	3 197,4	1 747,9	172,1	35,8	645,5	536,7	59,4	2016 Febr.	
243,3	3 428,4	3 315,7	3 188,8	1 735,7	176,5	37,5	644,9	535,9	58,3	2016 März	
244,2	3 429,1	3 334,3	3 208,5	1 759,1	178,5	38,3	640,3	535,1	57,2	2016 April	
243,7	3 469,8	3 356,2	3 222,9	1 779,2	175,2	37,3	640,6	534,4	56,2	2016 Mai	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva													
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte													
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte									insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)									
			bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten							
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>														
2014 April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,3	2 544,4	1 948,4	
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7	
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9	
Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5	
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8	
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0	
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8	
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9	
Dez.	216,7	310,9	138,0	100,5	11,5	39,5	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 479,0	1 820,8	
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	321,6	311,4	434,3	2 505,0	1 797,9	
Febr.	272,1	319,3	142,1	99,8	11,6	40,0	20,3	5,3	359,6	349,5	443,1	2 502,5	1 783,8	
März	294,7	317,1	139,7	100,2	12,7	39,2	20,1	5,3	361,8	355,6	433,1	2 493,0	1 762,7	
April	251,4	320,6	144,8	97,9	12,8	39,5	20,4	5,1	344,0	336,3	455,0	2 462,0	1 743,3	
Mai	295,5	332,7	157,0	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	337,4	330,8	445,9	2 443,7	1 719,2	
Juni	309,5	334,1	157,1	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	314,6	311,1	428,8	2 431,8	1 704,8	
Juli	267,3	327,8	148,2	100,3	13,4	38,8	22,3	4,9	316,3	313,1	453,2	2 404,1	1 681,3	
Aug.	252,6	335,1	154,3	100,4	13,4	38,8	23,4	4,8	313,2	308,1	451,7	2 373,3	1 671,8	
Sept.	281,7	332,7	152,4	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	309,0	301,4	445,9	2 342,9	1 659,8	
Okt.	316,6	333,5	156,3	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	303,1	293,6	467,6	2 336,2	1 639,5	
Nov.	299,4	354,9	167,1	108,5	13,0	39,7	21,9	4,7	307,5	302,3	482,7	2 365,7	1 645,2	
Dez.	227,4	336,6	154,4	104,6	13,7	39,7	19,5	4,7	276,1	274,2	458,9	2 317,9	1 633,0	
2016 Jan.	315,1	343,4	160,9	102,3	14,3	39,7	21,0	5,2	298,5	296,9	475,9	2 299,4	1 613,5	
Febr.	301,0	344,0	162,6	98,1	14,4	39,9	24,0	5,1	341,8	337,9	474,6	2 284,3	1 594,9	
März	333,3	345,9	159,5	102,0	15,1	40,8	23,6	5,0	335,7	332,5	462,8	2 263,8	1 588,8	
April	297,5	345,2	161,9	97,2	15,4	42,2	23,5	4,9	327,9	323,0	480,2	2 268,6	1 584,9	
Mai	317,7	356,6	167,0	102,1	15,5	43,1	24,0	4,9	318,7	312,8	482,5	2 274,9	1 572,5	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>														
2014 April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7	
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7	
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3	
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5	
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6	
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7	
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7	
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7	
Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7	
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7	
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6	
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6	
April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9	
Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4	
Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8	
Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2	
Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9	
Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6	
Okt.	13,4	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2	
Nov.	12,3	192,2	55,6	90,2	9,5	33,2	3,1	0,6	6,1	4,5	3,8	562,5	270,9	
Dez.	22,6	187,6	54,3	86,0	10,2	33,4	3,1	0,5	2,5	2,0	3,4	533,4	254,9	
2016 Jan.	21,8	185,2	54,5	83,2	10,5	33,4	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	534,8	257,0	
Febr.	28,9	186,5	59,1	79,7	10,5	33,7	3,1	0,5	4,2	3,7	3,6	527,9	250,2	
März	49,3	190,2	57,4	84,1	10,8	34,3	3,1	0,5	3,2	2,0	3,4	518,7	250,5	
April	31,9	188,7	58,2	80,3	10,9	35,6	3,2	0,5	3,7	2,4	3,0	521,8	249,1	
Mai	50,6	196,3	60,4	84,9	11,1	36,2	3,3	0,5	3,5	2,4	2,5	530,8	244,9	

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosysteem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosysteams sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10\*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) <sup>3)</sup>										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet <sup>5)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>6)</sup>	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate <sup>7)</sup> (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung <sup>13)</sup>	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) <sup>14)</sup>			
bis zu 1 Jahr <sup>4)</sup>	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt <sup>8)</sup>	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten <sup>9)</sup>	M1 <sup>10)</sup>	M2 <sup>11)</sup>	M3 <sup>12)</sup>					
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) <sup>1)</sup></b>															
37,8	32,6	2 474,0	3 463,5	2 433,5	- 23,1	4 060,2	-	5 498,8	9 301,1	9 903,1	7 324,3	104,5	2014 April		
43,7	35,1	2 484,3	3 477,3	2 426,9	- 35,6	4 116,1	-	5 556,5	9 362,8	9 970,8	7 313,8	105,4	2014 Mai		
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	- 50,4	4 138,9	-	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	2014 Juni		
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	- 46,1	4 239,4	-	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	2014 Juli		
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	- 59,1	4 451,8	-	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	2014 Aug.		
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	2014 Sept.		
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	2014 Okt.		
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	2014 Nov.		
61,6	42,8	2 374,7	3 561,6	2 459,6	- 45,1	4 570,9	-	5 938,9	9 682,5	10 313,4	7 183,3	112,3	2014 Dez.		
58,8	42,3	2 403,9	3 912,1	2 554,9	- 99,2	5 012,4	-	6 021,2	9 744,4	10 397,8	7 305,8	110,6	2015 Jan.		
59,4	43,3	2 399,8	3 939,5	2 547,8	- 115,4	4 917,5	-	6 051,2	9 742,2	10 419,5	7 311,0	109,1	2015 Febr.		
53,7	44,2	2 395,1	3 972,3	2 577,0	- 65,3	5 129,0	-	6 113,1	9 809,3	10 465,3	7 324,4	109,5	2015 März		
57,2	45,8	2 359,0	4 000,1	2 544,1	- 72,9	4 835,0	-	6 196,1	9 876,4	10 566,1	7 232,0	107,6	2015 April		
54,4	42,0	2 347,3	3 956,5	2 552,5	- 66,4	4 633,3	-	6 292,2	9 943,4	10 599,6	7 219,9	110,0	2015 Mai		
58,8	44,7	2 328,3	3 789,2	2 534,4	- 57,7	4 272,7	-	6 353,4	9 978,2	10 600,0	7 168,3	112,4	2015 Juni		
46,2	45,1	2 312,8	3 886,3	2 533,5	- 68,1	4 400,5	-	6 397,4	10 028,1	10 680,9	7 157,9	114,8	2015 Juli		
35,9	47,3	2 290,1	3 880,6	2 532,0	- 67,5	4 302,4	-	6 404,5	10 031,7	10 672,2	7 128,2	116,3	2015 Aug.		
32,9	46,4	2 263,6	3 805,8	2 536,0	- 54,1	4 313,2	-	6 427,4	10 039,8	10 659,8	7 101,7	117,3	2015 Sept.		
32,4	47,0	2 256,8	3 865,9	2 562,2	- 75,9	4 350,8	-	6 524,1	10 122,9	10 776,3	7 101,7	115,7	2015 Okt.		
31,1	49,2	2 285,4	3 920,2	2 567,0	- 77,3	4 529,8	-	6 591,2	10 188,4	10 840,9	7 123,0	121,9	2015 Nov.		
22,8	47,8	2 247,2	3 669,0	2 550,9	- 48,0	4 091,2	-	6 630,6	10 234,9	10 834,2	7 070,0	123,0	2015 Dez.		
29,2	50,8	2 219,4	3 809,3	2 575,1	- 73,1	4 382,6	-	6 664,9	10 269,9	10 908,8	7 056,4	123,6	2016 Jan.		
32,9	54,3	2 197,1	3 921,2	2 611,9	- 92,1	4 590,6	-	6 686,8	10 283,4	10 940,0	7 081,5	122,8	2016 Febr.		
37,1	51,6	2 175,1	3 738,9	2 594,5	- 90,4	4 374,6	-	6 720,4	10 326,7	10 966,7	7 032,9	121,3	2016 März		
42,1	49,9	2 176,6	3 926,4	2 605,7	- 96,2	4 279,4	-	6 813,8	10 402,8	11 065,8	7 039,1	122,7	2016 April		
39,2	49,0	2 186,7	4 032,5	2 601,4	- 76,2	4 352,9	-	6 862,4	10 439,9	11 102,3	7 040,1	123,4	2016 Mai		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>															
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	2014 April		
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	2014 Mai		
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	2014 Juni		
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	2014 Juli		
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	2014 Aug.		
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	2014 Sept.		
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	2014 Okt.		
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	2014 Nov.		
10,3	7,7	529,4	633,4	535,7	- 605,7	1 648,7	267,9	1 557,8	2 405,7	2 430,3	1 855,6	-	2014 Dez.		
11,8	8,2	546,9	763,4	553,3	- 674,0	1 780,3	270,3	1 586,4	2 426,5	2 456,5	1 888,6	-	2015 Jan.		
14,3	7,9	551,0	751,7	550,7	- 678,0	1 715,9	272,4	1 610,2	2 452,0	2 485,5	1 887,4	-	2015 Febr.		
14,9	8,5	549,6	755,9	557,2	- 670,7	1 793,0	274,7	1 616,8	2 458,5	2 492,8	1 886,7	-	2015 März		
18,9	8,3	540,2	770,7	553,7	- 666,9	1 698,4	276,9	1 645,8	2 485,8	2 527,5	1 861,4	-	2015 April		
18,6	5,6	533,1	764,2	556,8	- 676,8	1 641,5	279,3	1 674,6	2 511,5	2 544,0	1 854,4	-	2015 Mai		
18,5	5,4	531,7	718,1	555,8	- 670,9	1 543,2	280,2	1 679,6	2 512,5	2 543,1	1 846,8	-	2015 Juni		
18,2	5,2	535,1	742,1	552,4	- 692,2	1 577,2	284,9	1 693,1	2 529,7	2 561,0	1 857,9	-	2015 Juli		
16,2	5,9	524,9	754,9	552,8	- 711,7	1 552,8	287,3	1 707,0	2 539,8	2 571,9	1 847,1	-	2015 Aug.		
21,9	8,0	517,2	736,7	553,5	- 709,5	1 572,5	290,1	1 721,4	2 551,4	2 592,3	1 836,0	-	2015 Sept.		
25,8	7,8	521,7	737,2	558,6	- 735,5	1 566,6	293,1	1 752,7	2 580,5	2 624,6	1 835,4	-	2015 Okt.		
26,4	9,6	526,5	724,9	553,7	- 754,5	1 621,4	295,2	1 788,4	2 624,1	2 670,0	1 830,6	-	2015 Nov.		
26,3	9,3	497,8	659,6	552,5	- 742,7	1 537,4	297,8	1 766,1	2 610,8	2 652,3	1 795,8	-	2015 Dez.		
25,2	11,2	498,4	702,8	560,8	- 766,0	1 620,7	297,1	1 793,6	2 633,8	2 676,6	1 801,7	-	2016 Jan.		
25,5	11,8	490,7	739,6	574,8	- 790,7	1 683,0	297,7	1 807,0	2 644,8	2 689,9	1 804,6	-	2016 Febr.		
24,0	10,9	483,8	699,0	569,9	- 784,5	1 622,4	299,8	1 793,1	2 641,1	2 682,7	1 791,6	-	2016 März		
23,9	11,7	486,1	753,1	575,6	- 803,0	1 566,8	300,9	1 817,3	2 663,6	2 705,9	1 795,3	-	2016 April		
22,7	12,3	495,8	758,7	571,4	- 823,0	1 572,7	303,9	1 839,6	2 685,7	2 726,8	1 800,6	-	2016 Mai		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 3. Liquiditätsposition des Bankensystems \*) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)							
<b>Eurosystem 2)</b>												
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
April	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5
Juli	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8
Okt.	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	612,2	66,1	459,3	0,1	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4
2016 Jan.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	607,8	62,9	461,7	0,1	907,6	230,5	0,0	1 063,4	115,6	73,9	556,5	1 850,4
April	627,3	58,1	460,8	0,2	1 000,1	262,0	0,0	1 069,3	147,4	97,7	570,0	1 901,3
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	640,3	53,9	456,3	0,2	1 105,3	309,0	0,0	1 076,6	123,9	122,8	623,8	2 009,4
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
April	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9
Juli	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7
Okt.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9
2016 Jan.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	143,7	1,9	46,3	0,0	193,9	59,8	0,0	250,4	26,1	- 113,3	162,9	473,1
April	152,2	3,1	45,0	0,0	214,1	67,6	0,0	252,1	37,3	- 105,1	162,4	482,1
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	156,4	3,3	45,3	0,0	237,2	87,3	0,0	254,7	41,1	- 127,2	186,5	528,4

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. \* Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

füllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
<b>Eurosystem 2)</b>												
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1	April
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7	Mai
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6	Juni
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	Juli
- 6,9	- 4,1	- 2,8	- 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9	Aug.
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1	Sept.
- 3,8	- 8,7	- 5,2	- 0,1	+ 95,8	+ 33,9	± 0,0	- 9,4	+ 33,1	+ 20,7	- 0,6	+ 23,9	Okt.
+ 19,5	- 4,8	- 0,9	+ 0,1	+ 92,5	+ 31,5	± 0,0	+ 5,9	+ 31,8	+ 23,8	+ 13,5	+ 50,9	Nov.
+ 13,0	- 4,2	- 4,5	± 0,0	+ 105,2	+ 47,0	± 0,0	+ 7,3	- 23,5	+ 25,1	+ 53,8	+ 108,1	Dez.
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Okt.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	Febr.
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	März
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4	April
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5	Mai
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2	Juni
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	Juli
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0	Aug.
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0	Sept.
- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 0,0	+ 19,9	+ 9,8	± 0,0	- 2,1	+ 8,1	+ 10,7	- 11,5	- 3,8	Okt.
+ 8,4	+ 1,1	- 1,3	+ 0,0	+ 20,3	+ 7,8	± 0,0	+ 1,7	+ 11,3	+ 8,2	- 0,4	+ 9,0	Nov.
+ 4,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 23,1	+ 19,7	± 0,0	+ 2,6	+ 3,8	- 22,1	+ 24,1	+ 46,3	Dez.
												2016 Jan.
												Febr.
												März
												April
												Mai
												Juni

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
<b>Eurosystem 2)</b>									
2015 Okt. 30.	2 665,0	348,9	289,9	78,8	211,1	38,9	20,2	20,2	–
Nov. 6.	2 668,9	348,9	288,4	78,6	209,8	42,2	20,7	20,7	–
13.	2 682,4	348,9	290,6	78,6	212,0	40,3	20,4	20,4	–
20.	2 692,4	348,9	292,3	78,6	213,7	38,4	20,7	20,7	–
27.	2 706,7	348,9	292,1	78,7	213,4	38,2	20,5	20,5	–
Dez. 4.	2 718,7	348,9	294,5	78,7	215,8	36,3	19,8	19,8	–
11.	2 731,9	348,9	296,2	78,7	217,5	33,9	19,6	19,6	–
18.	2 759,3	348,9	295,4	79,0	216,4	35,4	19,7	19,7	–
25.	2 767,8	348,9	298,2	79,1	219,1	32,2	20,5	20,5	–
2016 Jan. 1.	2 781,1	338,7	307,1	80,4	226,7	31,1	20,2	20,2	–
8.	2 766,9	338,7	308,8	80,4	228,4	29,2	19,9	19,9	–
15.	2 778,3	338,7	308,4	80,4	228,0	29,9	21,5	21,5	–
22.	2 794,5	338,7	308,0	80,4	227,6	31,8	21,6	21,6	–
29.	2 808,3	338,7	305,5	80,5	225,0	33,3	22,4	22,4	–
Febr. 5.	2 811,9	338,7	304,8	79,3	225,5	31,9	22,7	22,7	–
12.	2 827,6	338,7	304,5	78,6	225,9	32,0	22,3	22,3	–
19.	2 837,6	338,7	305,1	78,1	227,0	31,0	21,3	21,3	–
26.	2 850,3	338,7	307,3	79,7	227,6	31,5	21,6	21,6	–
März 4.	2 859,8	338,7	306,9	79,7	227,2	32,6	21,8	21,8	–
11.	2 872,3	338,7	306,9	79,7	227,3	32,2	22,1	22,1	–
18.	2 886,2	338,7	307,9	79,7	228,2	29,5	21,4	21,4	–
25.	2 897,7	338,7	309,2	79,7	229,5	27,9	21,8	21,8	–
2016 April 1.	2 941,8	377,3	297,5	77,4	220,1	29,2	20,9	20,9	–
8.	2 953,1	377,3	296,1	77,4	218,6	30,5	19,4	19,4	–
15.	2 966,1	377,3	295,5	77,4	218,0	31,7	18,5	18,5	–
22.	2 983,2	377,3	294,8	77,4	217,4	31,9	18,2	18,2	–
29.	3 000,8	377,3	296,5	77,2	219,4	32,3	18,0	18,0	–
Mai 6.	3 017,8	377,3	298,2	77,0	221,1	29,0	17,5	17,5	–
13.	3 032,8	377,3	298,7	77,0	221,8	29,7	17,6	17,6	–
20.	3 054,1	377,3	297,6	76,8	220,8	30,9	18,0	18,0	–
27.	3 067,5	377,3	299,0	76,8	222,2	30,4	18,4	18,4	–
Juni 3.	3 078,6	377,3	300,6	76,8	223,7	30,1	18,6	18,6	–
10.	3 093,9	377,3	300,0	76,6	223,4	30,3	18,8	18,8	–
17.	3 109,6	377,3	298,0	76,6	221,4	31,1	17,8	17,8	–
24.	3 131,1	377,3	299,6	76,6	223,1	30,1	18,3	18,3	–
Juli 1.	3 232,6	413,1	309,0	77,6	231,3	33,2	18,3	18,3	–
<b>Deutsche Bundesbank</b>									
2014 Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	–	–	–
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	–	–	–	–
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	–	–	–	–
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	–	–	–	–
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	–	–	–	–
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	–	–	–	–
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	–	–	–
Dez.	1 011,5	105,8	53,7	20,3	33,4	–	0,0	0,0	–
2016 Jan.	1 018,5	105,8	53,6	20,4	33,2	0,0	–	–	–
Febr.	1 043,7	105,8	55,0	22,0	33,0	0,0	–	–	–
März	1 077,6	117,8	53,4	21,5	32,0	0,0	–	–	–
April	1 112,7	117,8	54,1	21,5	32,7	0,0	0,0	0,0	–
Mai	1 159,5	117,8	54,9	21,5	33,4	0,0	–	–	–
Juni	1 214,0	129,0	55,7	21,5	34,1	0,7	–	–	–

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende <sup>1)</sup>	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
<b>Eurosystem <sup>2)</sup></b>														
531,2	68,5	462,7	–	–	0,0	–	138,7	1 053,8	695,7	358,1	25,2	218,3	2015 Okt.	30.
524,2	61,5	462,7	–	–	0,0	–	134,9	1 065,6	707,7	357,9	25,2	218,9	Nov.	6.
525,3	62,5	462,7	–	–	0,0	–	135,4	1 080,2	721,9	358,2	25,2	216,2		13.
523,3	60,5	462,7	–	–	0,0	–	135,9	1 094,7	736,1	358,6	25,2	213,1		20.
525,2	73,8	451,4	–	–	0,1	–	129,0	1 111,2	752,2	359,0	25,2	216,5		27.
521,4	69,8	451,4	–	–	0,2	–	127,5	1 129,0	770,7	358,2	25,2	216,2	Dez.	4.
520,6	69,1	451,4	–	–	0,2	–	124,1	1 145,4	786,3	359,1	25,2	218,0		11.
538,2	68,6	469,5	–	–	0,1	–	122,5	1 157,2	798,6	358,7	25,2	216,7		18.
542,5	72,9	469,5	–	–	0,0	–	111,8	1 163,3	805,3	358,1	25,2	225,3		25.
559,0	89,0	469,5	–	–	0,5	–	107,9	1 161,2	803,1	358,0	25,1	230,8	2016 Jan.	1.
540,2	70,6	469,5	–	–	0,0	–	110,6	1 169,1	812,4	356,7	25,1	225,3		8.
535,4	65,7	469,5	–	–	0,1	–	111,8	1 185,4	829,7	355,7	25,1	221,9		15.
534,8	65,2	469,5	–	–	0,0	–	114,7	1 202,1	846,7	355,4	25,1	217,7		22.
534,0	69,0	465,0	–	–	0,1	–	114,1	1 218,1	864,3	353,8	25,1	217,0		29.
526,2	61,2	465,0	–	–	0,0	–	113,2	1 231,6	878,9	352,8	27,1	215,7	Febr.	5.
525,1	60,2	464,9	–	–	0,0	–	115,9	1 246,1	893,9	352,2	27,1	216,0		12.
526,7	61,8	464,9	–	–	0,1	–	114,2	1 260,0	907,6	352,3	27,1	213,4		19.
522,6	65,8	456,7	–	–	0,1	–	114,7	1 272,8	921,4	351,3	27,1	214,0		26.
518,0	61,3	456,7	–	–	0,0	–	114,4	1 288,2	936,8	351,4	27,1	212,2	März	4.
517,6	60,8	456,7	–	–	0,0	–	113,5	1 301,5	951,0	350,5	27,1	212,8		11.
516,4	59,7	456,7	–	–	0,0	–	114,2	1 315,4	965,2	350,2	27,1	215,6		18.
517,4	60,6	456,7	–	–	0,1	–	112,1	1 327,8	977,7	350,1	27,1	215,7		25.
525,1	62,3	462,7	–	–	0,0	–	111,2	1 336,9	986,2	350,7	27,0	216,7	2016 April	1.
519,1	56,0	462,7	–	–	0,3	–	111,3	1 356,3	1 006,1	350,2	27,0	216,2		8.
519,0	55,7	462,7	–	–	0,6	–	110,0	1 371,3	1 022,3	349,0	27,0	216,0		15.
516,8	54,0	462,7	–	–	0,0	–	109,8	1 390,8	1 041,5	349,3	27,0	216,7		22.
514,9	56,3	458,5	–	–	0,1	–	114,5	1 406,3	1 060,0	346,3	27,0	213,9		29.
512,4	53,5	458,5	–	–	0,3	–	117,6	1 425,4	1 077,7	347,7	27,0	213,5	Mai	6.
510,1	51,4	458,5	–	–	0,1	–	114,4	1 443,0	1 096,0	347,0	27,0	215,2		13.
508,6	49,9	458,5	–	–	0,1	–	117,3	1 460,7	1 113,8	346,9	27,0	216,8		20.
511,7	60,2	451,2	–	–	0,3	–	108,1	1 480,9	1 133,7	347,1	27,0	214,8		27.
503,2	51,9	451,2	–	–	0,1	–	108,3	1 499,4	1 152,4	347,0	27,0	214,2	Juni	3.
502,1	50,8	451,2	–	–	0,1	–	107,4	1 517,3	1 171,3	346,1	27,0	213,7		10.
500,4	49,1	451,2	–	–	0,1	–	107,7	1 537,0	1 191,4	345,6	27,0	213,4		17.
501,2	49,9	451,2	–	–	0,1	–	103,5	1 559,0	1 212,9	346,1	27,0	215,1		24.
540,0	53,1	486,8	–	–	0,2	–	96,5	1 573,4	1 225,6	347,8	26,5	222,5	Juli	1.
<b>Deutsche Bundesbank</b>														
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	2014 Aug.	
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.	
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.	
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.	
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.	
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.	
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März	
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April	
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai	
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni	
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli	
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.	
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.	
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.	
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.	
58,1	9,1	48,6	–	–	0,3	–	3,5	172,3	172,3	–	4,4	613,7	Dez.	
51,2	2,6	48,5	–	–	0,0	–	2,8	185,0	185,0	–	4,4	615,7	2016 Jan.	
44,9	1,9	43,0	–	–	0,0	–	2,3	197,6	197,6	–	4,4	633,6	Febr.	
49,7	3,7	46,0	–	–	0,0	–	3,4	210,4	210,4	–	4,4	638,4	März	
49,7	4,2	45,5	–	–	0,0	–	4,3	227,3	227,3	–	4,4	655,0	April	
48,8	3,8	45,0	–	–	0,0	–	4,3	244,8	244,8	–	4,4	684,4	Mai	
47,3	2,8	44,5	–	–	0,0	–	5,2	261,8	261,8	–	4,4	710,0	Juni	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
<b>Eurosystem 4)</b>													
2015 Okt. 30.	2 665,0	1 053,9	632,7	474,5	157,8	–	–	0,4	5,0	–	199,2	112,0	87,2
Nov. 6.	2 668,9	1 055,4	679,1	492,0	187,0	–	–	0,2	5,1	–	154,3	64,9	89,4
13.	2 682,4	1 055,6	676,0	488,2	187,6	–	–	0,2	5,0	–	172,4	81,6	90,8
20.	2 692,4	1 053,7	644,6	474,2	170,2	–	–	0,2	5,1	–	215,0	115,7	99,3
27.	2 706,7	1 057,7	658,1	498,9	159,0	–	–	0,2	5,1	–	211,4	114,8	96,6
Dez. 4.	2 718,7	1 066,2	697,9	520,4	177,3	–	–	0,2	5,0	–	177,5	79,8	97,7
11.	2 731,9	1 069,4	733,3	559,2	174,0	–	–	0,1	5,2	–	155,3	69,4	85,9
18.	2 759,3	1 074,7	739,5	550,5	188,8	–	–	0,1	5,1	–	172,3	86,9	85,4
25.	2 767,8	1 083,4	757,1	579,9	177,1	–	–	0,1	5,1	–	152,2	70,1	82,1
2016 Jan. 1.	2 781,1	1 083,5	768,4	555,9	212,4	–	–	0,1	5,2	–	141,8	59,3	82,5
8.	2 766,9	1 073,9	773,7	563,4	210,1	–	–	0,1	4,9	–	149,4	67,5	82,0
15.	2 778,3	1 065,6	763,7	547,5	216,0	–	–	0,2	4,9	–	178,4	95,4	83,0
22.	2 794,5	1 061,5	757,2	549,6	207,4	–	–	0,2	5,1	–	204,9	117,4	87,4
29.	2 808,3	1 062,6	778,4	556,5	221,8	–	–	0,1	5,1	–	195,8	107,9	87,9
Febr. 5.	2 811,9	1 065,0	788,0	555,2	232,7	–	–	0,1	5,0	–	180,8	90,0	90,8
12.	2 827,6	1 064,1	782,1	562,3	219,7	–	–	0,1	4,9	–	196,1	105,9	90,2
19.	2 837,6	1 061,6	752,9	529,4	223,4	–	–	0,1	4,8	–	243,7	153,0	90,7
26.	2 850,3	1 062,6	786,1	563,6	222,4	–	–	0,1	5,0	–	220,4	128,0	92,3
März 4.	2 859,8	1 065,5	811,3	564,3	246,8	–	–	0,1	4,9	–	199,4	102,8	96,7
11.	2 872,3	1 066,1	818,5	556,2	262,2	–	–	0,1	4,8	–	202,0	108,4	93,6
18.	2 886,2	1 066,8	786,0	539,2	246,7	–	–	0,1	4,8	–	243,7	151,7	92,0
25.	2 897,7	1 073,3	768,4	543,2	225,1	–	–	0,1	4,4	–	269,9	179,7	90,1
2016 April 1.	2 941,8	1 071,0	844,2	575,6	268,4	–	–	0,3	4,2	–	220,5	129,7	90,9
8.	2 953,1	1 069,7	883,6	593,4	290,0	–	–	0,3	4,2	–	201,7	111,1	90,6
15.	2 966,1	1 068,8	865,8	584,3	281,2	–	–	0,2	4,1	–	231,1	138,4	92,6
22.	2 983,2	1 068,6	854,8	579,0	274,9	–	–	0,9	4,1	–	255,9	162,2	93,7
29.	3 000,8	1 073,6	899,3	594,5	304,6	–	–	0,2	3,8	–	210,9	115,8	95,1
Mai 6.	3 017,8	1 077,7	949,2	633,4	315,6	–	–	0,2	3,8	–	182,0	85,1	96,9
13.	3 032,8	1 078,0	944,8	635,4	309,2	–	–	0,2	4,0	–	200,0	102,7	97,3
20.	3 054,1	1 075,5	911,9	604,1	307,6	–	–	0,1	4,2	–	247,5	150,8	96,7
27.	3 067,5	1 076,4	920,8	611,8	308,8	–	–	0,2	4,2	–	262,7	167,6	95,1
Juni 3.	3 078,6	1 081,3	968,5	620,8	347,5	–	–	0,3	3,9	–	223,3	122,6	100,7
10.	3 093,9	1 081,8	984,3	643,8	340,3	–	–	0,2	3,9	–	220,9	117,9	103,1
17.	3 109,6	1 081,7	932,6	611,2	321,2	–	–	0,2	4,0	–	287,4	183,7	103,7
24.	3 131,1	1 082,2	911,0	613,1	297,6	–	–	0,3	3,8	–	332,3	233,0	99,3
Juli 1.	3 232,6	1 088,5	1 023,4	693,0	330,3	–	–	0,0	3,8	–	251,2	154,2	97,0
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
2014 Aug.	712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1
Sept.	738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9
Okt.	736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	–	–	–	–	–	21,8	0,8	21,0
Nov.	734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	–	–	0,0	–	–	24,7	0,7	23,9
Dez.	771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	–	–	–	–	–	9,9	1,9	7,9
2015 Jan.	805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	–	–	–	–	–	19,1	0,8	18,2
Febr.	800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	–	–	–	–	–	28,8	1,1	27,7
März	847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	–	–	–	–	–	35,1	1,7	33,4
April	856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	–	–	–	–	–	38,6	1,3	37,3
Mai	860,3	242,7	122,3	97,6	24,7	–	–	–	–	–	42,0	0,7	41,2
Juni	880,1	245,1	141,6	115,5	26,1	–	–	0,0	–	–	45,9	3,2	42,7
Juli	903,5	248,6	155,8	118,0	37,8	–	–	–	–	–	44,3	2,3	42,0
Aug.	930,8	248,0	185,8	135,3	50,6	–	–	–	–	–	42,2	1,9	40,3
Sept.	936,9	247,5	173,5	139,4	34,1	–	–	0,0	–	–	56,8	2,3	54,5
Okt.	956,3	247,9	184,3	140,9	43,3	–	–	0,0	–	–	65,5	2,8	62,7
Nov.	1 002,6	249,0	212,4	154,3	58,0	–	–	0,0	–	–	79,3	2,9	76,4
Dez.	1 011,5	254,8	208,7	155,1	53,6	–	–	0,0	–	–	71,9	11,6	60,2
2016 Jan.	1 018,5	249,9	228,7	172,7	56,0	–	–	–	–	–	75,6	10,7	64,8
Febr.	1 043,7	250,1	231,5	165,9	65,6	–	–	–	–	–	88,2	18,7	69,5
März	1 077,6	251,9	227,3	167,8	59,6	–	–	–	–	–	108,8	39,9	69,0
April	1 112,7	252,5	272,4	180,8	91,6	–	–	–	–	–	96,3	24,2	72,1
Mai	1 159,5	253,4	293,2	200,0	93,2	–	–	–	–	–	121,2	41,8	79,4
Juni	1 214,0	255,6	299,7	214,4	85,3	–	–	0,0	–	–	130,6	56,5	74,1

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva <sup>3)</sup>	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten <sup>2)</sup>	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende <sup>1)</sup>
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
<b>Eurosystem <sup>4)</sup></b>										
43,0	2,2	5,0	5,0	–	59,2	216,9	–	350,7	97,2	2015 Okt. 30.
41,5	2,1	6,6	6,6	–	59,2	217,6	–	350,7	97,2	Nov. 6.
41,3	2,0	6,4	6,4	–	59,2	216,5	–	350,7	97,2	13.
42,1	2,3	5,6	5,6	–	59,2	216,8	–	350,7	97,2	20.
41,0	2,2	5,1	5,1	–	59,2	219,0	–	350,7	97,2	27.
39,4	2,1	5,3	5,3	–	59,2	218,0	–	350,7	97,2	Dez. 4.
37,1	2,0	4,8	4,8	–	59,2	217,7	–	350,7	97,2	11.
37,2	2,0	4,3	4,3	–	59,2	217,1	–	350,7	97,2	18.
40,8	2,8	4,1	4,1	–	58,2	216,2	–	350,7	97,2	25.
54,5	2,8	3,7	3,7	–	59,2	218,6	–	346,2	97,2	2016 Jan. 1.
38,9	2,8	5,1	5,1	–	59,2	215,6	–	346,2	97,2	8.
38,2	4,5	4,2	4,2	–	59,2	215,9	–	346,2	97,6	15.
39,1	6,3	3,7	3,7	–	59,2	213,9	–	346,2	97,6	22.
40,5	5,8	3,1	3,1	–	59,2	214,1	–	346,2	97,6	29.
46,5	4,8	3,8	3,8	–	59,2	214,9	–	346,2	97,7	Febr. 5.
52,3	3,6	4,3	4,3	–	59,2	216,7	–	346,2	98,2	12.
49,9	3,9	4,5	4,5	–	59,2	212,8	–	346,2	98,2	19.
52,3	5,3	5,0	5,0	–	59,2	210,2	–	346,2	98,2	26.
54,5	7,2	4,1	4,1	–	59,2	209,4	–	346,2	98,2	März 4.
55,7	6,8	4,6	4,6	–	59,2	210,4	–	346,2	98,2	11.
58,7	5,7	4,9	4,9	–	59,2	212,1	–	346,2	98,2	18.
56,7	4,6	4,7	4,7	–	59,2	211,9	–	346,2	98,5	25.
53,2	4,5	3,6	3,6	–	57,5	208,4	–	376,0	98,7	2016 April 1.
47,6	4,3	4,0	4,0	–	57,5	205,9	–	376,0	98,7	8.
51,9	3,8	4,0	4,0	–	57,5	204,4	–	376,0	98,7	15.
55,0	3,2	4,2	4,2	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	22.
67,4	4,0	4,3	4,3	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	29.
57,0	2,8	4,2	4,2	–	57,5	208,5	–	376,0	99,0	Mai 6.
59,0	2,8	4,9	4,9	–	57,5	206,7	–	376,0	99,1	13.
62,2	3,3	5,1	5,1	–	57,5	211,9	–	376,0	99,0	20.
58,5	2,9	5,7	5,7	–	57,5	203,9	–	376,0	99,0	27.
56,1	3,2	6,3	6,3	–	57,5	203,5	–	376,0	99,0	Juni 3.
58,2	3,3	6,0	6,0	–	57,5	202,9	–	376,0	99,0	10.
59,7	2,9	5,0	5,0	–	57,5	203,8	–	376,0	99,0	17.
56,6	3,1	4,5	4,5	–	57,5	203,3	–	376,0	100,8	24.
70,9	3,0	5,2	5,2	–	58,5	206,3	–	420,9	100,8	Juli 1.
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	2014 Aug. 1.
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept. 1.
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt. 1.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov. 1.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez. 1.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan. 1.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr. 1.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März 1.
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April 1.
7,2	0,0	2,2	2,2	–	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai 1.
9,2	0,0	1,3	1,3	–	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni 1.
12,1	0,0	0,9	0,9	–	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli 1.
10,0	0,0	0,5	0,5	–	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug. 1.
16,2	0,0	0,5	0,5	–	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept. 1.
12,4	0,0	0,8	0,8	–	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Okt. 1.
13,9	0,0	0,4	0,4	–	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov. 1.
27,2	0,0	0,6	0,6	–	15,3	24,4	297,8	105,7	5,0	Dez. 1.
16,0	0,0	0,1	0,1	–	15,3	25,0	297,1	105,7	5,0	2016 Jan. 1.
28,0	0,0	0,2	0,2	–	15,3	22,0	297,7	105,7	5,0	Febr. 1.
30,5	0,0	0,3	0,3	–	14,9	22,8	299,8	116,2	5,0	März 1.
30,7	0,0	0,8	0,8	–	14,9	22,9	300,9	116,2	5,0	April 1.
27,2	0,0	1,4	1,4	–	14,9	23,1	303,9	116,2	5,0	Mai 1.
47,0	0,0	1,0	1,0	–	15,2	23,4	308,0	128,5	5,0	Juni 1.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. <sup>3</sup> Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. <sup>4</sup> Quelle: EZB.

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)

###### Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und personen		
												zusammen	Buchkredite	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>														
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2014 Aug.	7 750,2	15,5	2 103,8	1 596,1	1 201,4	394,8	507,7	345,2	162,5	3 631,4	3 226,7	2 643,3	2 372,4	
Sept.	7 746,4	15,3	2 100,2	1 593,1	1 198,5	394,5	507,1	344,3	162,9	3 644,2	3 237,5	2 653,9	2 380,5	
Okt.	7 755,6	15,4	2 084,1	1 579,2	1 188,8	390,4	505,0	344,4	160,6	3 653,0	3 241,6	2 649,8	2 378,9	
Nov.	7 840,0	15,6	2 074,1	1 563,1	1 174,4	388,8	510,9	351,4	159,6	3 668,7	3 251,5	2 662,4	2 389,2	
Dez.	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015 Jan.	8 125,6	15,4	2 107,0	1 582,4	1 198,1	384,3	524,6	363,3	161,3	3 686,5	3 263,3	2 674,4	2 389,2	
Febr.	8 061,5	15,4	2 096,3	1 578,2	1 195,7	382,4	518,2	362,5	155,7	3 698,4	3 275,9	2 680,8	2 397,4	
März	8 173,0	15,5	2 123,5	1 608,3	1 224,8	383,5	515,2	360,7	154,5	3 708,5	3 283,5	2 690,5	2 400,0	
April	8 084,0	16,1	2 105,0	1 587,5	1 209,5	378,0	517,5	364,5	153,1	3 715,9	3 292,4	2 691,1	2 397,8	
Mai	8 004,0	16,4	2 097,4	1 584,0	1 209,8	374,2	513,4	361,4	151,9	3 706,2	3 279,2	2 693,9	2 407,4	
Juni	7 799,5	15,3	2 040,3	1 561,8	1 197,9	363,9	478,5	329,7	148,8	3 695,7	3 271,8	2 691,9	2 413,0	
Juli	7 867,6	15,6	2 049,3	1 569,4	1 209,5	359,9	479,9	332,5	147,4	3 722,3	3 299,7	2 716,2	2 415,5	
Aug.	7 840,0	15,5	2 059,4	1 574,0	1 220,8	353,2	485,3	340,0	145,3	3 726,2	3 301,6	2 716,9	2 421,1	
Sept.	7 829,3	15,8	2 042,0	1 547,5	1 200,0	347,6	494,5	348,7	145,8	3 728,0	3 301,1	2 716,7	2 426,3	
Okt.	7 856,5	16,5	2 082,1	1 584,2	1 240,4	343,8	497,9	352,0	145,9	3 727,4	3 302,2	2 716,0	2 431,7	
Nov.	7 940,1	15,9	2 106,9	1 613,7	1 275,3	338,4	493,2	347,0	146,2	3 751,3	3 319,2	2 733,8	2 446,0	
Dez.	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2016 Jan.	7 823,5	16,5	2 057,4	1 562,4	1 257,7	304,8	494,9	352,3	142,6	3 727,4	3 307,6	2 729,1	2 443,1	
Febr.	7 913,1	16,2	2 072,2	1 566,4	1 263,3	303,1	505,8	361,1	144,7	3 734,6	3 317,1	2 739,2	2 453,8	
März	7 783,4	17,5	2 039,2	1 547,2	1 243,5	303,7	492,0	347,9	144,1	3 736,0	3 316,8	2 742,1	2 458,5	
April	7 806,5	17,2	2 089,1	1 594,3	1 291,0	303,3	494,8	352,8	142,0	3 747,3	3 329,8	2 753,3	2 467,1	
Mai	7 812,4	18,7	2 070,3	1 587,2	1 284,7	302,4	483,1	342,8	140,4	3 759,2	3 334,1	2 762,8	2 476,2	
<b>Veränderungen 3)</b>														
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8	
2015	- 179,5	0,3	- 16,0	- 11,0	66,8	- 77,8	- 5,0	7,7	- 12,7	66,4	64,9	68,8	57,3	
2014 Sept.	- 27,7	- 0,2	- 7,5	- 5,0	- 4,1	- 0,9	- 2,4	- 2,7	0,2	10,2	9,6	9,6	7,1	
Okt.	8,0	0,1	- 12,3	- 13,9	- 9,8	- 4,0	1,6	2,6	- 1,0	6,5	5,3	- 3,0	- 0,6	
Nov.	84,4	0,2	- 8,8	- 16,0	- 14,5	- 1,5	7,2	7,2	0,0	14,4	9,7	12,5	10,8	
Dez.	- 54,1	3,6	- 53,3	- 33,9	- 28,0	- 6,0	- 19,4	- 18,4	- 1,0	- 15,5	- 12,7	2,9	- 0,8	
2015 Jan.	278,4	- 3,8	75,6	46,7	46,9	- 0,2	28,9	26,3	2,6	28,5	21,9	12,1	3,6	
Febr.	- 70,0	- 0,0	- 11,8	- 4,8	- 2,5	- 2,2	- 7,0	- 1,2	- 5,8	10,6	12,1	5,8	8,3	
März	86,5	0,1	23,5	28,4	27,5	0,9	- 4,9	- 3,5	- 1,3	6,1	4,4	6,9	1,0	
April	- 63,9	0,6	- 14,1	- 18,8	- 13,9	- 4,9	4,7	5,7	- 1,0	11,3	11,9	3,2	- 0,2	
Mai	- 92,5	0,3	- 9,5	- 4,5	- 0,5	- 4,0	- 5,0	- 3,9	- 1,2	- 10,6	- 13,4	2,7	9,0	
Juni	- 191,7	- 1,1	- 55,0	- 20,9	- 11,2	- 9,8	- 34,0	- 31,0	- 3,0	- 7,8	- 5,9	- 0,8	6,7	
Juli	57,5	0,3	7,3	6,7	11,1	- 4,3	0,6	2,0	- 1,4	24,8	26,9	22,3	0,8	
Aug.	- 8,8	- 0,1	13,0	6,1	12,3	- 6,1	6,8	8,7	- 1,9	7,9	4,4	3,3	7,2	
Sept.	- 7,3	0,3	- 17,3	- 26,7	- 20,8	- 5,9	9,3	8,8	0,6	4,0	1,1	2,3	6,7	
Okt.	25,1	0,7	39,8	36,4	40,4	- 4,0	3,4	3,3	0,1	- 2,1	0,4	- 0,9	6,1	
Nov.	59,7	- 0,6	21,2	27,7	33,7	- 6,0	- 6,5	- 6,8	0,3	20,0	14,7	15,6	12,6	
Dez.	- 252,6	3,6	- 88,8	- 87,4	- 56,1	- 31,3	- 1,3	0,6	- 0,8	- 26,5	- 13,7	- 3,6	- 4,5	
2016 Jan.	169,4	- 3,1	45,1	39,8	39,9	- 0,1	5,3	7,3	- 2,0	12,0	7,7	4,3	4,4	
Febr.	94,5	- 0,3	16,6	5,2	6,3	- 1,1	11,4	9,1	2,3	8,8	10,5	11,1	11,4	
März	- 107,0	1,3	- 29,1	- 17,2	- 18,4	1,2	- 11,8	- 11,2	- 0,6	4,5	1,7	4,7	6,7	
April	31,0	- 0,3	49,9	47,2	47,6	- 0,4	2,7	4,8	- 2,1	13,0	14,4	12,6	9,9	
Mai	39,9	1,5	9,5	21,2	22,0	- 0,9	- 11,7	- 10,1	- 1,6	12,5	6,1	11,3	10,7	

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	
Privat- öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
270,9	583,4	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	2014 Aug.
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	Sept.
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	Dez.
285,2	588,8	336,7	252,1	423,2	273,3	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 180,2	2015 Jan.
283,4	595,1	339,8	255,3	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 128,8	880,6	1 122,6	Febr.
290,5	593,0	339,0	253,9	425,0	276,3	146,2	148,7	30,5	118,2	1 129,2	872,6	1 196,3	März
293,3	601,3	347,6	253,7	423,5	275,6	148,0	147,8	30,9	117,0	1 145,0	890,4	1 101,9	April
286,6	585,3	336,3	249,0	427,0	278,1	148,3	148,9	29,9	119,0	1 143,6	887,2	1 040,4	Mai
278,9	579,9	332,5	247,4	423,9	275,2	144,1	148,7	30,0	118,7	1 110,5	851,9	937,6	Juni
300,7	583,5	333,2	250,3	422,6	276,6	145,3	146,0	30,4	115,6	1 110,7	854,8	969,6	Juli
295,8	584,7	330,3	254,4	424,6	278,9	146,2	145,7	30,1	115,5	1 097,3	843,1	941,6	Aug.
290,4	584,3	330,1	254,2	426,9	279,2	146,0	147,7	30,0	117,8	1 094,7	841,4	948,8	Sept.
284,3	586,1	333,2	252,9	425,2	278,4	146,7	146,8	30,8	116,1	1 090,1	833,3	940,4	Okt.
287,8	585,4	329,5	255,9	432,0	285,5	148,6	146,6	30,0	116,6	1 075,0	813,3	991,0	Nov.
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	Dez.
286,1	578,4	328,4	250,1	419,8	275,5	149,5	144,3	29,2	115,2	1 026,3	765,1	996,1	2016 Jan.
285,4	578,0	328,0	249,9	417,4	274,6	153,0	142,8	29,5	113,4	1 031,4	767,7	1 058,7	Febr.
283,6	574,7	327,8	246,9	419,2	273,3	149,1	145,9	29,3	116,6	992,1	727,7	998,5	März
286,2	576,5	331,6	244,8	417,6	272,8	150,4	144,8	30,0	114,8	1 005,6	741,1	947,2	April
286,6	571,3	329,5	241,9	425,1	280,0	153,3	145,1	28,9	116,2	1 012,9	750,5	951,4	Mai
<b>Veränderungen 3)</b>													
65,4	28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	- 42,3	- 40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	- 112,9	2011
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	1,4	5,1	2,4	- 3,7	- 0,9	- 2,7	- 80,1	- 93,5	- 150,1	2015
2,5	- 0,0	- 0,6	0,6	0,6	- 3,4	- 3,0	4,0	- 0,2	4,2	- 12,8	- 17,7	- 17,4	2014 Sept.
- 2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	- 1,3	0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	Okt.
1,7	- 2,8	- 2,4	- 0,4	4,6	2,8	- 1,5	1,8	- 0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.
3,7	- 15,6	- 7,2	- 8,4	- 2,8	- 1,4	- 3,0	- 1,4	0,2	- 1,6	- 30,9	- 33,1	42,1	Dez.
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	1,0	2,5	5,5	0,6	4,9	53,7	49,4	124,4	2015 Jan.
- 2,5	6,3	3,0	3,2	- 1,5	- 1,2	- 2,5	- 0,2	0,1	- 0,3	- 11,2	- 7,8	- 57,6	Febr.
5,8	- 2,4	- 0,9	- 1,5	1,6	2,8	0,3	- 1,2	- 0,7	- 0,4	- 17,0	- 24,3	73,7	März
3,4	8,7	8,7	0,0	0,6	0,0	2,8	- 0,6	0,5	- 1,1	32,6	34,1	- 94,4	April
- 6,3	- 16,1	- 11,4	- 4,6	2,7	1,8	0,3	1,0	- 1,0	1,9	- 11,1	- 12,2	- 61,5	Mai
- 7,5	- 5,1	- 3,7	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 3,7	0,0	0,3	- 0,3	- 25,1	- 28,1	- 102,8	Juni
21,5	4,6	1,8	2,8	- 2,1	0,6	0,8	- 2,7	0,4	- 3,0	- 7,0	- 3,9	32,0	Juli
- 3,9	1,1	- 3,0	4,1	3,6	3,9	1,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 1,6	- 1,2	- 28,0	Aug.
- 4,4	- 1,2	- 1,0	- 0,2	2,9	1,8	0,1	1,1	- 0,4	1,5	- 1,5	- 1,0	7,2	Sept.
- 7,1	1,4	2,9	- 1,5	- 2,5	- 1,5	0,8	- 1,0	0,8	- 1,8	- 4,9	- 7,9	- 8,4	Okt.
3,0	- 0,9	- 3,8	2,9	5,3	5,7	0,9	- 0,4	- 0,8	0,4	- 31,5	- 35,3	50,6	Nov.
0,9	- 10,1	- 4,9	- 5,2	- 12,8	- 8,0	- 1,3	- 4,8	- 0,6	- 4,2	- 55,6	- 55,3	- 85,4	Dez.
- 0,1	3,4	3,8	- 0,4	4,3	1,4	4,3	2,9	- 0,2	3,1	24,8	22,8	90,5	2016 Jan.
- 0,3	- 0,7	- 0,4	- 0,2	- 1,6	- 0,2	3,7	- 1,4	0,3	- 1,8	5,8	3,0	63,5	Febr.
- 1,9	- 3,0	- 0,2	- 2,9	2,8	- 0,3	- 2,8	3,1	- 0,2	3,3	- 23,5	- 25,4	- 60,2	März
2,7	- 1,8	- 3,9	- 2,1	- 1,4	- 0,3	1,7	- 1,1	0,7	- 1,8	12,9	13,1	- 44,4	April
0,6	- 5,2	- 2,3	- 2,9	6,4	6,0	1,7	0,4	- 1,0	1,4	7,3	9,5	9,2	Mai

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung \* in Tabelle II,1).

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		ins- gesamt	von Banken		ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Kündigungsfrist					
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist					
								zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten	zu- sammen	täglich fällig		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>															
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3		
2014 Aug.	7 750,2	1 361,0	1 124,7	236,3	3 170,6	3 079,8	1 468,1	1 005,9	304,8	605,8	528,1	78,9	35,3		
Sept.	7 746,4	1 349,9	1 117,3	232,6	3 172,6	3 079,6	1 470,2	1 002,9	300,5	606,5	528,2	80,1	38,6		
Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6		
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6		
Dez.	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4		
2015 Jan.	8 125,6	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 114,1	1 530,7	976,8	292,7	606,6	529,1	82,4	37,2		
Febr.	8 061,5	1 368,7	1 134,4	234,3	3 220,8	3 126,5	1 543,4	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9		
März	8 173,0	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,3	603,9	529,1	84,8	40,8		
April	8 084,0	1 367,5	1 118,0	249,5	3 226,8	3 129,0	1 565,9	961,6	292,7	601,5	528,8	86,9	42,4		
Mai	8 004,0	1 343,4	1 103,5	239,9	3 247,4	3 148,5	1 592,3	956,2	289,1	600,0	529,0	86,1	40,9		
Juni	7 799,5	1 303,2	1 090,5	212,7	3 241,5	3 140,1	1 594,8	947,1	283,6	598,3	528,6	88,9	42,0		
Juli	7 867,6	1 294,3	1 080,0	214,3	3 268,2	3 169,4	1 608,2	964,8	288,6	596,4	528,2	88,5	42,7		
Aug.	7 840,0	1 281,1	1 072,9	208,1	3 279,0	3 182,1	1 625,2	961,8	286,7	595,1	528,5	86,5	41,3		
Sept.	7 829,3	1 281,8	1 076,3	205,5	3 274,0	3 174,2	1 624,8	954,9	283,2	594,5	529,3	87,9	41,9		
Okt.	7 856,5	1 295,4	1 096,9	198,5	3 283,6	3 187,7	1 650,4	942,7	278,9	594,6	530,6	85,1	39,5		
Nov.	7 940,1	1 312,0	1 108,5	203,5	3 307,5	3 215,4	1 672,6	948,6	287,1	594,2	531,5	82,8	39,5		
Dez.	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3		
2016 Jan.	7 823,5	1 266,8	1 066,5	200,3	3 322,6	3 225,5	1 686,6	942,9	286,9	596,0	535,4	85,3	41,5		
Febr.	7 913,1	1 264,9	1 062,1	202,8	3 324,6	3 227,5	1 694,0	937,1	283,2	596,3	537,0	86,0	42,5		
März	7 783,4	1 252,3	1 058,8	193,5	3 319,6	3 221,8	1 682,6	944,7	290,4	594,4	536,2	86,8	40,1		
April	7 806,5	1 258,6	1 060,8	197,8	3 332,8	3 240,8	1 704,9	943,2	291,0	592,7	535,6	82,4	38,4		
Mai	7 812,4	1 230,3	1 027,5	202,8	3 348,6	3 253,6	1 717,2	945,3	292,6	591,1	535,0	84,9	41,7		
<b>Veränderungen 4)</b>															
2008	313,3	65,8	121,7	55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	20,2	21,2	7,5	0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3		
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	2,4	- 2,5	0,0		
2015	- 179,5	- 61,1	- 49,6	- 11,5	104,9	105,5	153,7	- 36,9	- 10,0	- 11,3	4,2	- 0,2	- 0,3		
2014 Sept.	- 27,7	- 13,1	- 8,4	- 4,7	0,4	- 1,7	1,0	- 3,3	- 4,5	0,6	0,1	0,9	3,2		
Okt.	8,0	2,9	5,6	2,7	5,0	5,9	20,5	- 14,1	- 9,7	- 0,4	- 0,3	- 0,0	- 2,0		
Nov.	84,4	- 4,9	- 7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	- 3,3	- 0,2	- 0,7	- 0,4	0,9	- 0,0		
Dez.	- 54,1	- 25,6	- 5,4	- 20,2	- 1,3	1,5	- 0,9	- 0,0	7,3	2,4	2,2	- 1,5	- 2,4		
2015 Jan.	278,4	54,3	23,1	31,3	13,8	5,2	14,5	- 8,2	- 4,7	- 1,2	- 1,1	2,2	2,5		
Febr.	- 70,0	- 14,9	- 4,3	- 10,7	5,9	12,1	12,4	0,2	1,8	- 0,5	0,8	0,8	1,7		
März	86,5	10,9	- 1,2	12,0	- 4,6	- 8,0	- 1,9	- 4,0	0,2	- 2,2	- 0,9	1,2	1,8		
April	- 63,9	- 11,7	- 15,3	3,7	9,7	10,2	24,5	- 11,9	- 2,3	- 2,4	- 0,2	1,7	1,0		
Mai	- 92,5	- 25,5	- 15,3	- 10,2	19,8	18,8	25,9	- 5,6	- 3,8	- 1,5	0,2	- 0,9	- 1,7		
Juni	- 191,7	- 39,1	- 12,4	- 26,7	- 5,2	- 7,8	2,9	- 9,0	- 5,3	- 1,7	- 0,4	2,9	1,2		
Juli	57,5	- 9,9	- 11,0	1,1	25,9	28,6	12,9	17,6	1,0	- 1,9	- 0,4	- 0,5	0,6		
Aug.	- 8,8	- 11,6	- 6,1	- 5,5	11,9	13,6	17,7	- 2,8	- 1,8	- 1,3	0,3	- 1,8	- 1,3		
Sept.	- 7,3	0,8	3,6	- 2,8	- 4,9	- 7,7	- 0,4	- 6,7	- 3,3	- 0,6	0,8	1,4	0,6		
Okt.	25,1	13,7	20,6	- 7,0	9,5	13,5	25,6	- 12,2	- 4,3	0,1	1,3	- 2,8	- 2,5		
Nov.	59,7	14,4	10,3	4,1	22,2	26,3	21,0	5,6	8,0	- 0,3	0,9	- 2,6	- 0,2		
Dez.	- 252,6	- 42,5	- 41,5	- 1,0	1,0	0,9	- 1,4	0,1	4,5	2,2	3,0	- 1,8	- 4,1		
2016 Jan.	169,4	- 0,4	1,0	- 1,4	16,0	10,8	16,5	- 5,3	- 4,5	- 0,4	0,9	4,6	6,3		
Febr.	94,5	- 0,5	- 3,3	2,7	4,3	4,2	7,4	- 3,5	- 1,8	0,3	1,6	0,7	1,0		
März	- 107,0	- 10,1	- 1,9	- 8,3	- 3,2	- 4,6	- 10,1	7,4	7,0	- 1,9	- 0,8	1,1	- 2,3		
April	31,0	6,3	2,0	4,3	13,1	18,9	22,2	- 1,5	0,6	- 1,8	- 0,7	- 4,5	- 1,6		
Mai	39,9	- 0,3	- 5,0	4,7	15,8	12,8	12,3	2,0	1,6	- 1,5	- 0,6	2,6	3,3		

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen 1)	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>																
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008			
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009			
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010			
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011			
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013			
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014			
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015			
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,7	41,0	523,9	550,3	1 051,2	2014 Aug.			
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	Sept.			
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.			
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.			
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	Dez.			
41,8	15,5	3,4	2,7	18,0	12,7	6,8	3,5	1 103,7	44,2	614,3	543,2	1 256,2	2015 Jan.			
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 104,3	44,7	610,1	557,4	1 188,7	Febr.			
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 108,0	46,2	624,5	565,4	1 263,6	März			
41,1	15,7	3,4	2,7	10,9	9,4	11,4	3,3	1 098,8	47,6	647,9	563,4	1 164,9	April			
41,9	16,2	3,4	2,7	12,8	9,5	5,0	3,4	1 087,3	42,9	645,6	567,6	1 104,3	Mai			
43,5	18,0	3,4	2,8	12,5	10,9	3,3	3,5	1 076,1	41,2	605,9	564,7	1 001,3	Juni			
42,4	16,9	3,4	2,7	10,3	8,9	4,5	3,5	1 077,7	39,0	627,0	565,1	1 027,2	Juli			
41,8	14,9	3,4	2,8	10,4	9,7	6,6	3,5	1 061,0	36,3	634,9	573,2	1 000,8	Aug.			
42,6	14,8	3,4	2,7	12,0	10,5	7,0	4,1	1 060,5	43,6	606,7	577,1	1 018,1	Sept.			
42,2	15,5	3,4	2,8	10,8	8,7	6,6	4,1	1 069,9	48,1	609,1	578,5	1 009,4	Okt.			
40,0	14,3	3,4	2,8	9,3	7,8	6,1	3,9	1 075,9	50,6	599,6	574,7	1 060,4	Nov.			
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	Dez.			
40,4	15,0	3,3	2,7	11,8	8,4	2,8	3,8	1 021,1	49,5	583,5	566,5	1 056,5	2016 Jan.			
40,1	14,9	3,3	2,7	11,2	8,5	4,2	3,7	1 020,2	51,2	595,3	579,5	1 120,8	Febr.			
43,5	18,6	3,3	2,7	11,0	8,3	3,2	3,5	1 014,7	49,0	557,1	576,3	1 056,7	März			
40,7	17,0	3,2	2,7	9,6	7,9	3,7	3,1	1 019,3	50,3	606,6	583,6	998,9	April			
40,0	15,9	3,2	2,7	10,0	8,1	3,5	2,7	1 029,7	49,7	611,6	584,0	1 002,1	Mai			
<b>Veränderungen 4)</b>																
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	- 50,2	- 0,1	- 39,3	- 56,1	2008			
- 5,7	- 7,7	0,1	- 0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009			
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010			
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011			
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012			
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013			
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014			
- 0,0	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 0,9	- 0,0	- 80,5	9,3	- 26,6	28,0	- 143,3	2015			
- 2,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	1,1	0,8	- 2,7	0,0	- 4,4	0,8	5,7	- 2,6	- 10,9	2014 Sept.			
2,0	0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,3	1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,2	- 0,9	- 4,9	6,3	Okt.			
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	2,2	- 0,6	25,3	- 5,1	46,1	Nov.			
0,9	0,8	0,0	0,0	- 1,4	- 0,3	- 6,2	- 0,1	- 13,5	- 1,9	- 31,8	- 6,2	30,6	Dez.			
- 0,4	- 0,4	0,1	0,0	6,4	1,2	3,4	0,0	8,1	4,0	63,5	3,9	131,3	2015 Jan.			
- 0,9	- 1,1	0,0	0,0	- 7,0	- 3,8	1,2	- 0,0	- 1,7	0,5	- 5,7	13,6	- 68,4	Febr.			
- 0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	- 0,0	- 6,5	1,2	6,4	5,4	75,3	März			
0,7	1,1	0,0	0,0	- 2,2	0,2	3,8	- 0,2	0,4	1,7	31,8	0,6	- 98,3	April			
0,7	0,5	0,0	0,0	1,9	0,1	- 6,4	0,1	- 16,7	- 4,9	- 7,1	2,8	- 59,4	Mai			
1,6	1,8	0,0	0,0	- 0,3	1,5	- 1,6	0,1	- 7,2	- 1,6	- 36,0	- 1,8	- 100,8	Juni			
- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	- 2,0	1,2	- 0,0	- 3,1	- 2,4	17,4	- 0,7	- 26,6	Juli			
- 0,5	- 2,0	- 0,0	- 0,0	0,1	0,8	2,0	0,1	- 10,3	- 2,6	13,0	9,7	- 23,6	Aug.			
0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	0,5	0,5	- 0,2	7,3	- 27,9	4,0	19,9	Sept.			
- 0,3	0,7	- 0,0	0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,4	0,0	10,8	5,9	2,3	- 0,0	- 10,7	Okt.			
- 2,4	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,1	- 4,0	2,3	- 16,8	- 6,7	51,2	Nov.			
2,3	1,8	- 0,0	0,0	2,0	1,8	- 3,6	- 0,5	- 50,1	- 2,1	- 67,8	- 2,8	- 86,4	Dez.			
- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,0	0,5	- 1,3	0,3	0,3	5,8	1,3	59,2	- 2,2	90,4	2016 Jan.			
- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	0,1	1,4	- 0,1	- 1,1	1,6	11,6	13,2	65,7	Febr.			
3,5	4,0	- 0,0	- 0,0	0,3	0,4	- 0,9	- 0,2	4,8	- 1,8	- 30,7	- 0,2	- 66,4	März			
- 2,8	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,5	- 0,5	- 0,4	3,9	1,2	49,2	7,2	- 48,8	April			
- 0,7	- 1,1	- 0,0	- 0,0	0,4	0,3	- 0,2	- 0,4	12,0	1,0	5,0	4,4	3,6	Mai			

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarkt-fonds-anteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. \* in Tabelle II, 1).

#### IV. Banken

#### 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen \*)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
<b>Alle Bankengruppen</b>													
2015 Dez.	1 775	7 708,3	186,6	2 413,4	1 893,2	517,3	3 985,4	338,1	2 849,9	0,7	788,6	120,4	1 002,5
2016 Jan.	1 773	7 866,1	198,6	2 449,2	1 930,9	514,3	4 005,4	358,8	2 852,0	0,7	784,2	119,9	1 093,0
Febr.	1 772	7 955,7	192,3	2 475,1	1 952,8	517,5	4 013,8	366,8	2 859,7	0,7	775,0	119,1	1 155,3
März	1 771	7 826,0	194,6	2 415,9	1 892,9	518,0	4 001,6	357,4	2 855,3	0,7	777,9	119,4	1 094,5
April	1 769	7 849,5	207,7	2 456,6	1 934,4	516,7	4 023,1	371,9	2 866,1	0,7	773,7	119,0	1 043,1
Mai	1 769	7 860,5	226,7	2 431,2	1 912,1	513,8	4 031,1	368,5	2 876,2	0,6	775,5	119,1	1 052,4
<b>Kreditbanken 6)</b>													
2016 April	269	3 110,5	123,6	998,2	913,9	84,1	1 155,5	194,9	724,7	0,4	227,6	56,7	776,6
Mai	270	3 158,6	139,3	991,2	904,1	87,0	1 195,5	193,5	747,4	0,3	246,8	56,7	775,9
<b>Großbanken 7)</b>													
2016 April	4	1 878,2	51,5	560,0	522,3	37,6	473,5	107,6	257,5	0,2	101,1	50,3	742,8
Mai	4	1 912,5	59,7	549,2	508,6	40,5	512,2	108,3	277,4	0,2	119,7	50,4	741,0
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>													
2016 April	160	907,7	38,8	231,2	189,3	41,8	604,8	63,5	426,8	0,2	114,0	5,4	27,6
Mai	161	908,8	42,4	227,5	185,5	41,9	605,1	61,4	429,1	0,2	114,0	5,4	28,4
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>													
2016 April	105	324,6	33,2	207,0	202,3	4,7	77,2	23,9	40,4	0,0	12,6	0,9	6,3
Mai	105	337,3	37,2	214,6	210,0	4,6	78,1	23,8	40,9	-	13,2	0,9	6,4
<b>Landesbanken</b>													
2016 April	9	937,8	11,9	281,8	205,3	75,7	516,4	56,0	363,9	0,1	95,3	11,0	116,8
Mai	9	939,9	10,8	279,2	204,4	74,3	517,4	56,1	364,9	0,1	95,0	11,0	121,5
<b>Sparkassen</b>													
2016 April	412	1 149,2	22,2	190,0	69,4	120,2	907,1	49,6	703,4	0,1	153,9	14,4	15,6
Mai	412	1 150,2	21,2	189,8	69,1	120,3	909,2	49,3	705,3	0,1	154,4	14,4	15,5
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>													
2016 April	2	296,5	2,9	169,0	140,2	28,8	66,7	11,8	24,2	0,1	30,4	13,2	44,6
Mai	2	296,5	2,7	168,2	140,2	28,0	65,4	12,8	23,3	0,0	29,3	13,2	47,0
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
2016 April	1 021	823,8	12,5	168,4	61,6	106,3	609,7	32,1	478,3	0,1	99,1	14,9	18,2
Mai	1 021	826,7	12,1	168,6	61,4	106,6	612,8	32,3	480,6	0,0	99,8	15,0	18,3
<b>Realkreditinstitute</b>													
2016 April	16	345,6	2,1	70,1	50,0	19,8	261,7	7,1	195,0	-	59,6	0,2	11,6
Mai	15	289,5	2,5	54,5	37,7	16,4	223,2	4,7	176,7	-	41,8	0,2	9,2
<b>Bausparkassen</b>													
2016 April	21	213,1	0,1	59,0	41,2	17,8	149,5	1,4	125,8	.	22,2	0,3	4,1
Mai	21	212,5	0,1	58,2	40,7	17,5	149,7	1,3	126,1	.	22,3	0,3	4,2
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>													
2016 April	19	973,1	32,5	520,2	452,8	64,1	356,5	18,9	250,8	-	85,4	8,2	55,6
Mai	19	986,6	38,1	521,5	454,4	63,7	357,9	18,5	252,0	-	86,1	8,2	60,8
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>													
2016 April	139	1 004,9	56,3	394,0	353,0	40,9	452,8	68,0	271,4	0,3	110,7	4,3	97,6
Mai	139	1 013,2	62,3	394,6	353,6	40,9	455,4	66,8	273,8	0,2	111,9	4,2	96,8
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>													
2016 April	34	680,3	23,1	187,0	150,7	36,2	375,6	44,1	231,0	0,3	98,2	3,3	91,3
Mai	34	675,9	25,1	180,0	143,7	36,2	377,2	43,0	232,9	0,2	98,7	3,3	90,3

\* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
<b>Alle Bankengruppen</b>															
1 677,6	454,5	1 223,0	3 425,9	1 776,3	284,9	694,4	29,1	605,4	542,0	64,9	1 107,6	479,0	1 018,3	2015 Dez.	
1 704,0	497,2	1 206,7	3 471,5	1 818,7	289,2	695,2	59,3	605,0	542,9	63,5	1 108,6	478,5	1 103,5	2016 Jan.	
1 706,1	509,6	1 196,5	3 482,7	1 834,6	286,3	693,3	62,6	605,2	544,4	63,3	1 120,6	478,6	1 167,7	Febr.	
1 682,0	497,5	1 184,5	3 450,0	1 807,2	281,8	694,8	40,4	603,2	543,6	63,0	1 110,4	480,2	1 103,3	März	
1 718,2	493,9	1 224,2	3 483,4	1 836,5	290,4	692,7	60,3	601,4	542,9	62,4	1 119,0	483,5	1 045,4	April	
1 691,4	531,5	1 159,9	3 502,4	1 852,5	294,6	693,4	58,2	599,8	542,3	62,2	1 132,7	480,6	1 053,4	Mai	
<b>Kreditbanken 6)</b>															
760,0	325,7	434,2	1 313,2	804,0	156,4	223,5	42,8	105,3	97,0	24,1	147,8	164,3	725,2	2016 April	
767,0	367,7	399,3	1 338,0	810,5	161,0	237,1	43,3	104,9	96,7	24,6	157,4	164,9	731,4	Mai	
<b>Großbanken 7)</b>															
437,5	189,6	247,9	558,7	329,1	87,0	71,6	42,8	65,3	63,9	5,7	111,2	98,5	672,3	2016 April	
433,7	206,9	226,8	580,3	333,8	90,4	85,3	43,2	65,0	63,6	5,8	122,3	98,5	677,7	Mai	
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>															
162,4	52,8	109,6	606,5	378,2	47,6	123,9	–	39,5	32,9	17,2	35,9	57,5	45,3	2016 April	
160,8	51,3	109,5	609,6	380,1	48,2	124,3	0,1	39,4	32,8	17,6	34,6	58,0	45,9	Mai	
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>															
160,1	83,4	76,7	148,1	96,7	21,7	28,0	–	0,4	0,2	1,2	0,6	8,3	7,5	2016 April	
172,6	109,5	63,0	148,1	96,7	22,4	27,5	–	0,5	0,2	1,2	0,5	8,3	7,8	Mai	
<b>Landesbanken</b>															
264,2	50,6	213,6	299,5	126,5	64,8	94,5	12,3	13,7	10,6	0,0	206,6	55,5	111,9	2016 April	
258,5	48,1	210,5	299,8	127,5	63,6	95,0	11,2	13,6	10,6	0,0	207,0	55,5	119,1	Mai	
<b>Sparkassen</b>															
136,4	11,4	124,9	859,8	503,0	17,9	15,2	–	295,3	263,2	28,4	14,2	95,8	43,1	2016 April	
134,8	10,9	123,9	862,2	506,5	17,7	15,2	–	294,8	263,2	27,9	13,9	96,8	42,6	Mai	
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>															
159,0	48,2	110,9	28,9	13,3	5,6	8,5	3,6	–	–	1,5	48,5	15,1	44,9	2016 April	
159,0	50,9	108,1	28,6	13,0	5,5	8,5	2,4	–	–	1,5	49,0	15,2	44,8	Mai	
<b>Kreditgenossenschaften</b>															
104,2	2,6	101,6	613,1	369,2	32,2	17,0	–	186,6	171,6	8,1	8,6	65,1	32,8	2016 April	
104,5	3,0	101,4	615,7	371,5	33,6	16,7	–	185,9	171,3	7,9	8,3	66,1	32,1	Mai	
<b>Realkreditinstitute</b>															
77,0	6,2	70,8	134,2	8,5	9,0	116,7	–	0,1	0,1	.	104,3	15,4	14,7	2016 April	
54,7	5,7	48,9	120,5	8,2	9,5	102,7	–	0,1	0,1	.	94,5	9,8	9,9	Mai	
<b>Bausparkassen</b>															
21,4	2,9	18,6	165,4	0,9	0,9	163,1	–	0,3	0,3	0,2	2,4	10,1	13,7	2016 April	
20,3	2,6	17,7	166,0	0,8	0,9	163,8	–	0,3	0,3	0,2	2,4	10,1	13,6	Mai	
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>															
195,9	46,3	149,7	69,2	11,2	3,7	54,3	1,7	–	–	.	586,5	62,1	59,3	2016 April	
192,6	42,6	150,1	71,7	14,3	2,9	54,4	1,3	–	–	.	600,1	62,3	59,9	Mai	
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>															
314,7	143,8	170,9	514,1	353,7	50,1	80,3	10,1	21,4	21,0	8,6	24,9	50,2	101,0	2016 April	
325,2	168,9	156,2	515,3	355,1	50,8	79,4	9,9	21,5	21,0	8,5	23,6	50,6	98,6	Mai	
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>															
154,6	60,4	94,2	366,0	257,0	28,3	52,2	10,1	21,0	20,7	7,4	24,2	41,9	93,5	2016 April	
152,6	59,4	93,2	367,2	258,4	28,5	51,9	9,9	21,0	20,7	7,4	23,1	42,3	90,8	Mai	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

#### IV. Banken

#### 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2014 Dez.	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015 Jan.	15,2	69,3	1 490,7	1 128,5	0,0	2,7	359,4	1,7	3 191,5	2 725,6	0,4	1,1	464,5
Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6
März	15,2	97,5	1 488,9	1 127,0	0,0	3,2	358,6	1,6	3 212,0	2 738,7	0,3	1,5	471,5
April	15,9	91,7	1 473,6	1 117,3	0,0	3,4	352,8	1,6	3 221,1	2 745,0	0,4	1,5	474,2
Mai	16,1	95,0	1 466,4	1 114,3	0,0	3,5	348,6	1,6	3 207,9	2 743,3	0,3	1,7	462,5
Juni	15,1	115,4	1 424,2	1 082,1	0,0	3,3	338,8	1,6	3 200,4	2 745,2	0,3	2,4	452,5
Juli	15,4	116,6	1 429,7	1 091,8	0,0	2,7	335,2	1,6	3 228,7	2 748,4	0,3	2,4	477,6
Aug.	15,2	133,6	1 418,0	1 086,8	0,0	2,1	329,1	1,6	3 230,9	2 751,1	0,3	1,9	477,5
Sept.	15,6	139,8	1 384,6	1 059,7	0,0	2,3	322,7	1,6	3 230,8	2 756,1	0,3	1,7	472,8
Okt.	16,2	140,0	1 421,3	1 100,0	0,0	2,1	319,1	1,6	3 232,0	2 764,6	0,3	1,5	465,6
Nov.	15,7	152,2	1 438,4	1 122,6	0,0	2,6	313,2	1,6	3 249,0	2 775,2	0,3	1,0	472,5
Dez.	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016 Jan.	16,2	170,9	1 368,7	1 086,0	0,0	2,0	280,8	1,6	3 238,7	2 771,0	0,4	0,7	466,5
Febr.	15,9	164,3	1 379,8	1 098,3	0,0	1,8	279,7	1,6	3 248,0	2 781,4	0,4	1,5	464,7
März	17,2	166,6	1 358,5	1 076,3	0,0	2,0	280,2	1,6	3 247,2	2 785,9	0,3	1,2	459,7
April	16,9	179,8	1 392,1	1 110,3	0,0	2,1	279,7	1,6	3 260,6	2 798,3	0,4	1,3	460,6
Mai	18,4	197,2	1 367,7	1 086,7	0,0	1,8	279,2	1,5	3 264,8	2 805,3	0,3	1,4	457,8
<b>Veränderungen *)</b>													
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	– 68,6	– 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	– 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	– 48,8	– 204,1	– 170,6	+ 0,0	– 0,7	– 32,7	– 0,2	+ 4,4	+ 0,3	– 0,1	– 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	– 4,3	– 119,3	– 87,1	+ 0,0	+ 0,4	– 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	– 0,1	– 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	– 80,7	– 4,3	– 0,0	– 0,4	– 75,9	– 0,1	+ 68,9	+ 54,1	– 0,0	– 0,3	+ 15,1
2014 Dez.	+ 3,6	+ 28,5	– 60,8	– 55,6	+ 0,0	– 0,1	– 5,1	+ 0,1	– 11,7	– 7,6	+ 0,1	– 0,1	– 4,1
2015 Jan.	– 3,8	– 12,0	+ 63,8	+ 62,0	– 0,0	+ 0,6	+ 1,3	– 0,1	+ 26,4	+ 15,6	– 0,1	+ 0,4	+ 10,5
Febr.	– 0,0	+ 0,4	– 4,7	– 2,8	+ 0,0	+ 0,4	– 2,2	– 0,0	+ 13,5	+ 11,2	– 0,0	+ 0,2	+ 2,1
März	+ 0,1	+ 27,8	+ 3,0	+ 1,4	–	+ 0,2	+ 1,4	– 0,0	+ 7,0	+ 1,9	– 0,0	+ 0,2	+ 4,9
April	+ 0,6	– 5,7	– 15,3	– 9,7	–	+ 0,2	– 5,8	+ 0,0	+ 9,1	+ 6,4	+ 0,0	– 0,0	+ 2,8
Mai	+ 0,3	+ 3,3	– 7,2	– 3,0	+ 0,0	+ 0,1	– 4,3	– 0,1	– 13,1	– 1,5	– 0,0	+ 0,2	– 11,7
Juni	– 1,1	+ 20,4	– 42,1	– 32,1	– 0,0	– 0,2	– 9,8	+ 0,1	– 7,5	+ 1,9	– 0,0	+ 0,7	– 10,1
Juli	+ 0,3	+ 1,2	+ 5,5	+ 9,7	– 0,0	– 0,6	– 3,6	– 0,0	+ 28,3	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,1
Aug.	– 0,1	+ 17,0	– 12,4	– 5,6	+ 0,0	– 0,7	– 6,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,0	– 0,5	– 0,1
Sept.	+ 0,3	+ 6,3	– 33,3	– 27,1	–	+ 0,2	– 6,4	– 0,0	– 0,1	+ 4,9	+ 0,0	– 0,3	– 4,7
Okt.	+ 0,7	+ 0,1	+ 36,6	+ 40,3	– 0,0	– 0,2	– 3,5	– 0,0	+ 1,2	+ 8,5	+ 0,0	– 0,1	– 7,2
Nov.	– 0,6	+ 12,3	+ 17,3	+ 22,7	–	+ 0,5	– 5,9	+ 0,0	+ 16,7	+ 10,3	– 0,0	– 0,5	+ 6,9
Dez.	+ 3,6	+ 2,8	– 91,8	– 59,9	–	– 0,9	– 31,0	+ 0,1	– 15,1	– 11,1	+ 0,1	– 0,6	– 3,5
2016 Jan.	– 3,1	+ 15,9	+ 22,2	+ 23,4	–	+ 0,3	– 1,5	– 0,0	+ 4,5	+ 6,7	– 0,0	+ 0,3	– 2,4
Febr.	– 0,3	– 6,5	+ 11,9	+ 13,1	–	– 0,2	– 1,0	– 0,0	+ 9,6	+ 10,6	– 0,1	+ 0,8	– 1,7
März	+ 1,3	+ 2,3	– 21,3	– 22,1	–	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,0	– 0,8	+ 4,5	– 0,0	– 0,3	– 5,0
April	– 0,3	+ 13,2	+ 33,6	+ 34,0	–	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	+ 13,3	+ 12,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,8
Mai	+ 1,5	+ 17,4	+ 3,9	+ 4,8	–	– 0,4	– 0,5	– 0,0	+ 5,7	+ 8,4	– 0,1	+ 0,1	– 2,7

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*: statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014 Dez.
-	26,1	93,1	1 137,9	174,9	963,1	0,0	11,3	3 128,6	1 537,9	919,5	606,6	64,7	30,8	2015 Jan.
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	Febr.
-	25,9	92,3	1 134,4	178,0	956,4	0,0	11,2	3 131,7	1 548,8	916,0	603,9	63,0	30,7	März
-	25,8	92,5	1 117,5	163,4	954,0	0,0	11,2	3 140,9	1 572,3	905,2	601,5	61,9	30,2	April
-	25,7	92,8	1 103,0	164,4	938,6	0,0	11,1	3 158,8	1 597,3	900,5	600,0	61,0	30,2	Mai
-	25,3	92,5	1 090,2	161,7	928,4	0,0	11,1	3 151,7	1 600,1	892,9	598,3	60,4	29,6	Juni
-	25,0	92,4	1 079,0	152,5	926,5	0,0	10,8	3 179,3	1 612,9	910,4	596,4	59,5	29,5	Juli
-	25,0	92,1	1 072,5	149,0	923,4	0,0	10,8	3 193,8	1 630,7	909,1	595,2	58,8	29,5	Aug.
-	24,9	92,0	1 076,0	153,1	922,9	0,0	10,8	3 186,8	1 630,7	903,5	594,6	58,1	29,5	Sept.
-	24,7	91,9	1 096,4	150,5	945,8	0,0	10,6	3 197,7	1 655,5	890,2	594,6	57,5	29,5	Okt.
-	24,5	92,0	1 106,0	158,2	947,7	0,0	10,5	3 224,8	1 676,9	896,7	594,3	56,8	29,5	Nov.
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	Dez.
-	20,3	90,0	1 066,1	145,0	921,1	0,0	6,0	3 233,8	1 689,6	893,3	596,1	54,8	29,3	2016 Jan.
-	20,2	89,8	1 061,7	151,8	909,9	0,0	5,9	3 236,2	1 697,4	887,8	596,4	54,6	29,3	Febr.
-	19,9	90,3	1 058,6	147,9	910,7	0,0	5,9	3 231,2	1 687,4	894,9	594,5	54,4	29,1	März
-	19,8	89,8	1 060,2	149,7	910,4	0,0	5,9	3 249,8	1 709,6	893,5	592,7	54,0	29,0	April
-	19,7	89,9	1 026,8	142,0	884,7	0,0	5,8	3 262,7	1 721,8	896,0	591,2	53,7	29,0	Mai
<b>Veränderungen *)</b>														
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	+ 0,1	- 0,8	- 5,0	- 28,0	+ 23,0	-	+ 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	2014 Dez.
-	- 0,4	- 1,2	+ 26,1	+ 47,1	- 21,0	- 0,0	- 0,4	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 1,1	- 1,3	- 0,1	2015 Jan.
-	+ 0,1	- 0,9	- 4,4	- 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 8,8	- 7,9	+ 0,0	- 0,1	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	März
-	- 0,1	+ 0,2	- 17,0	- 14,6	- 2,4	- 0,0	- 0,0	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,4	- 1,0	- 0,5	April
-	- 0,1	+ 0,3	- 14,4	+ 1,0	- 15,4	+ 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 1,5	- 0,9	- 0,1	Mai
-	- 0,3	- 0,3	- 12,9	- 2,8	- 10,1	- 0,0	- 0,1	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 1,7	- 0,6	- 0,5	Juni
-	- 0,3	- 0,2	- 11,1	- 9,2	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 1,9	- 1,1	- 0,1	Juli
-	- 0,1	- 0,3	- 7,1	- 3,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,0	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	- 0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	Sept.
-	- 0,2	- 0,1	+ 20,3	- 2,6	+ 22,9	+ 0,0	- 0,2	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	Okt.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 11,6	+ 7,7	+ 3,9	+ 0,0	- 0,1	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	- 0,3	- 0,6	- 0,0	Nov.
-	- 0,1	- 2,0	- 42,4	- 27,1	- 15,2	-	- 0,1	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	Dez.
-	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 13,9	- 13,4	- 0,0	- 0,1	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	2016 Jan.
-	- 0,1	- 0,2	- 3,1	+ 7,0	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	Febr.
-	- 0,3	+ 0,5	- 3,2	- 4,0	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	- 1,9	- 0,2	- 0,2	März
-	- 0,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,9	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 1,8	- 0,5	- 0,1	April
-	- 0,1	+ 0,1	- 5,1	- 2,9	- 2,2	+ 0,0	- 0,0	+ 12,9	+ 12,2	+ 2,5	- 1,5	- 0,3	- 0,0	Mai

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### IV. Banken

#### 4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2014 Dez.	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015 Jan.	0,2	1 213,2	966,6	684,2	282,4	10,9	235,7	1,1	770,7	445,3	117,5	327,8	7,0	318,4
Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5
März	0,3	1 186,6	944,4	654,9	289,5	10,9	231,4	1,1	777,0	447,4	113,2	334,2	7,2	322,4
April	0,2	1 199,9	958,7	675,5	283,1	10,0	231,3	1,1	780,2	455,7	124,6	331,1	6,1	318,4
Mai	0,3	1 189,7	948,9	665,0	284,0	9,1	231,7	1,1	787,3	459,0	127,1	331,8	6,3	322,0
Juni	0,3	1 142,5	903,1	617,1	286,0	8,1	231,3	1,1	765,7	435,1	104,4	330,7	7,5	323,1
Juli	0,3	1 149,0	911,5	625,0	286,5	6,6	230,9	1,1	760,0	433,4	103,3	330,1	5,0	321,6
Aug.	0,3	1 140,9	904,7	619,3	285,3	6,1	230,2	1,1	761,5	435,8	106,9	328,8	5,8	319,9
Sept.	0,3	1 152,8	914,7	627,4	287,4	4,4	233,7	1,1	760,7	434,9	106,6	328,3	6,0	319,8
Okt.	0,3	1 138,7	900,4	617,1	283,4	2,9	235,3	1,1	772,2	446,5	116,4	330,1	6,1	319,6
Nov.	0,3	1 112,9	873,2	598,4	274,8	2,8	237,0	1,1	784,8	450,0	103,7	346,4	6,9	327,9
Dez.	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016 Jan.	0,3	1 080,5	844,9	570,2	274,8	1,9	233,6	1,0	766,7	440,2	101,3	338,8	8,9	317,6
Febr.	0,3	1 095,3	854,5	580,2	274,3	3,1	237,8	1,0	765,9	445,3	102,6	342,7	10,2	310,3
März	0,3	1 057,4	816,6	551,7	264,9	3,0	237,8	1,0	754,4	427,1	87,9	339,2	9,1	318,2
April	0,3	1 064,5	824,2	559,7	264,5	3,3	237,1	1,0	762,5	440,0	99,9	340,0	9,4	313,1
Mai	0,3	1 063,5	825,4	554,4	271,0	3,5	234,6	1,0	766,3	439,7	94,3	345,4	8,9	317,7
<b>Veränderungen *)</b>														
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2014 Dez.	- 0,0	- 33,1	- 30,7	- 44,4	+ 13,6	- 0,8	- 1,6	- 0,0	- 20,8	- 23,1	- 20,2	- 2,9	- 1,9	+ 4,1
2015 Jan.	+ 0,0	+ 62,4	+ 57,8	+ 50,3	+ 7,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 20,6	- 2,3	+ 0,6	+ 2,5
Febr.	+ 0,0	- 17,1	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 3,6	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,4	- 3,2
März	+ 0,0	- 24,0	- 24,5	- 39,9	+ 15,4	+ 1,5	- 1,1	+ 0,0	+ 1,9	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,1
April	- 0,0	+ 25,3	+ 26,1	+ 27,4	- 1,3	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	+ 10,4	+ 14,3	+ 12,7	+ 1,6	- 1,1	- 2,9
Mai	+ 0,0	- 17,8	- 17,3	- 15,2	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	+ 0,2	+ 2,9
Juni	+ 0,0	- 41,3	- 40,1	- 44,0	+ 4,0	- 0,9	- 0,3	- 0,0	- 18,3	- 21,2	- 20,7	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7
Juli	+ 0,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,5	-	- 9,1	- 4,4	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,2
Aug.	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 0,7
Sept.	+ 0,0	+ 14,0	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,2	- 1,7	+ 3,6	- 0,0	- 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,0
Okt.	+ 0,0	- 20,2	- 20,2	- 13,9	- 6,3	- 1,5	+ 1,5	+ 0,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,9
Nov.	+ 0,0	- 38,2	- 39,4	- 25,9	- 13,5	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 4,9	- 2,7	- 5,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 6,8
Dez.	- 0,0	- 36,7	- 33,4	- 37,5	+ 4,1	- 1,6	- 1,7	- 0,1	- 27,1	- 20,7	- 18,9	- 1,9	+ 0,8	- 7,2
2016 Jan.	- 0,0	+ 16,1	+ 16,8	+ 15,6	+ 1,2	+ 0,7	- 1,4	+ 0,0	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,6	- 0,4	+ 1,3	- 1,3
Febr.	+ 0,0	+ 14,9	+ 9,6	+ 10,3	- 0,7	+ 1,1	+ 4,2	+ 0,0	- 0,2	+ 5,8	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,1	- 7,1
März	- 0,0	- 26,3	- 26,5	- 22,8	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 12,2	- 13,6	+ 1,3	- 0,9	+ 9,3
April	- 0,0	+ 6,6	+ 7,0	+ 7,6	- 0,5	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	+ 7,5	+ 12,7	+ 11,9	+ 0,7	+ 0,1	- 5,3
Mai	+ 0,0	- 5,7	- 3,3	- 7,9	+ 4,6	+ 0,2	- 2,6	+ 0,0	- 1,2	- 4,6	- 6,3	+ 1,7	- 0,4	+ 3,9

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014 Dez.
14,0	35,8	691,4	338,7	352,6	260,2	92,5	0,1	260,9	141,4	119,5	59,2	60,3	0,7	2015 Jan.
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	Febr.
14,1	36,1	712,5	369,6	342,9	256,1	86,9	0,1	253,6	131,2	122,4	64,7	57,7	0,9	März
13,8	36,0	729,9	348,1	381,8	297,3	84,5	0,1	265,1	146,9	118,2	62,3	55,9	0,9	April
13,8	36,8	714,0	357,6	356,4	270,8	85,7	0,1	265,4	142,7	122,7	70,8	51,9	0,9	Mai
13,6	36,4	671,4	331,2	340,2	256,3	83,9	0,1	240,5	127,7	112,8	61,6	51,2	0,9	Juni
13,6	35,3	690,6	342,8	347,7	266,7	81,0	0,1	244,4	131,9	112,5	62,0	50,5	0,9	Juli
13,7	35,2	681,5	334,5	347,0	264,5	82,5	0,1	253,6	135,3	118,3	65,9	52,4	0,9	Aug.
13,7	35,2	672,0	346,4	325,5	244,3	81,2	0,1	234,5	128,3	106,3	53,2	53,1	0,9	Sept.
13,5	35,2	656,9	362,9	294,0	212,7	81,3	0,1	243,4	134,6	108,8	56,6	52,3	0,8	Okt.
13,6	34,8	649,0	373,8	275,2	190,5	84,6	0,1	243,2	136,3	106,9	55,7	51,2	0,8	Nov.
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	Dez.
13,2	29,6	637,8	352,2	285,7	201,3	84,3	0,1	237,7	129,1	108,6	60,5	48,2	0,8	2016 Jan.
13,2	29,0	644,4	357,8	286,6	201,8	84,8	0,1	246,4	137,2	109,2	61,8	47,5	0,8	Febr.
13,3	28,9	623,4	349,6	273,8	192,0	81,8	0,0	218,8	119,8	99,0	52,9	46,1	0,8	März
13,3	28,9	658,0	344,2	313,8	234,1	79,6	0,0	233,6	126,9	106,7	62,0	44,8	0,8	April
13,3	28,9	664,6	389,5	275,1	195,6	79,5	0,0	239,7	130,6	109,0	64,2	44,8	0,7	Mai
<b>Veränderungen *)</b>														
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015
- 0,2	- 2,1	- 22,0	- 25,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	- 0,0	- 39,3	- 19,8	- 19,5	- 18,4	- 1,1	- 0,1	2014 Dez.
+ 0,0	- 0,1	+ 68,7	+ 56,0	+ 12,8	+ 11,5	+ 1,3	-	+ 35,9	+ 26,3	+ 9,6	+ 10,6	- 1,0	- 0,0	2015 Jan.
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	Febr.
+ 0,1	+ 0,3	+ 32,7	+ 56,4	- 23,8	- 17,3	- 6,4	- 0,0	- 12,6	- 13,0	+ 0,4	+ 2,4	- 2,0	+ 0,0	März
- 0,4	- 0,0	+ 25,2	- 17,7	+ 42,9	+ 44,3	- 1,3	-	+ 12,9	+ 16,0	- 3,0	- 1,9	- 1,1	- 0,0	April
+ 0,0	+ 0,1	- 20,1	+ 8,0	- 28,1	- 28,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 4,8	+ 3,9	+ 8,2	- 4,3	- 0,0	Mai
- 0,2	- 0,3	- 39,2	- 25,0	- 14,1	- 12,8	- 1,3	- 0,0	- 23,9	- 14,5	- 9,3	- 8,9	- 0,5	+ 0,0	Juni
+ 0,0	- 1,2	+ 16,0	+ 10,6	+ 5,4	+ 8,7	- 3,3	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 0,0	Juli
+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 6,7	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,2	- 0,0	Aug.
+ 0,1	+ 0,0	- 9,5	+ 12,0	- 21,5	- 20,1	- 1,4	- 0,0	- 18,9	- 7,0	- 11,9	- 12,6	+ 0,7	+ 0,0	Sept.
- 0,2	- 0,1	- 18,2	+ 15,2	- 33,4	- 33,1	- 0,3	- 0,0	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,0	+ 3,1	- 1,1	- 0,2	Okt.
+ 0,1	- 0,5	- 14,3	+ 8,4	- 22,7	- 25,2	+ 2,5	-	- 2,3	+ 0,6	- 2,9	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	Nov.
- 0,2	- 4,3	- 32,0	- 48,3	+ 16,4	+ 15,5	+ 0,8	- 0,0	- 40,4	- 32,6	- 7,9	- 6,0	- 1,9	- 0,1	Dez.
+ 0,1	- 0,9	+ 27,6	+ 29,5	- 1,9	- 1,6	- 0,2	-	+ 36,9	+ 26,4	+ 10,6	+ 11,2	- 0,6	+ 0,1	2016 Jan.
+ 0,0	- 0,4	+ 6,2	+ 5,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,3	-	+ 8,9	+ 8,3	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 0,0	Febr.
+ 0,0	- 0,0	- 14,0	- 5,4	- 8,6	- 6,7	- 2,0	- 0,0	- 25,6	- 16,5	- 9,1	- 7,9	- 1,2	+ 0,0	März
+ 0,0	- 0,0	+ 34,2	- 5,7	+ 39,9	+ 40,6	- 0,7	-	+ 14,7	+ 7,1	+ 7,6	+ 9,1	- 1,4	- 0,0	April
+ 0,0	+ 0,0	+ 2,7	+ 44,1	- 41,4	- 40,6	- 0,9	+ 0,0	+ 5,0	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,9	- 0,2	- 0,1	Mai

#### IV. Banken

##### 5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt  mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen				an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>											
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2014 Dez.	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015 Jan.	3 191,5	2 726,0	267,9	214,7	214,0	0,7	53,1	52,8	0,4	2 923,7	2 388,4
Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5
März	3 212,0	2 739,0	278,1	220,4	219,4	1,0	57,7	57,1	0,6	2 933,9	2 399,1
April	3 221,1	2 745,4	284,0	216,6	215,7	1,0	67,3	66,8	0,5	2 937,1	2 403,4
Mai	3 207,9	2 743,6	272,4	215,8	214,7	1,1	56,6	55,9	0,7	2 935,5	2 407,1
Juni	3 200,4	2 745,5	279,2	223,8	222,5	1,3	55,4	54,3	1,1	2 921,2	2 397,0
Juli	3 228,7	2 748,7	273,0	215,4	214,0	1,3	57,6	56,5	1,1	2 955,7	2 430,2
Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,8
Nov.	3 249,0	2 775,5	264,2	212,9	212,3	0,6	51,3	50,9	0,4	2 984,8	2 451,1
Dez.	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016 Jan.	3 238,7	2 771,4	259,0	208,1	207,7	0,4	50,9	50,5	0,3	2 979,7	2 452,5
Febr.	3 248,0	2 781,8	266,3	214,3	213,6	0,7	52,0	51,2	0,8	2 981,7	2 456,1
März	3 247,2	2 786,3	271,4	218,7	217,9	0,8	52,6	52,2	0,4	2 975,9	2 454,1
April	3 260,6	2 798,7	273,9	217,9	217,2	0,8	56,0	55,5	0,5	2 986,6	2 466,5
Mai	3 264,8	2 805,6	276,1	221,2	220,4	0,8	55,0	54,4	0,6	2 988,7	2 472,7
<b>Veränderungen *)</b>											
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2014 Dez.	- 11,7	- 7,4	- 8,1	- 1,3	- 1,5	+ 0,2	- 6,8	- 6,5	- 0,3	- 3,6	+ 5,1
2015 Jan.	+ 26,4	+ 15,5	+ 10,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,9
Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1
März	+ 7,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,7	+ 7,6
April	+ 9,1	+ 6,4	+ 5,9	- 3,7	- 3,8	+ 0,0	+ 9,6	+ 9,7	- 0,0	+ 3,3	+ 4,3
Mai	- 13,1	- 1,6	- 11,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 10,9	+ 0,1	- 1,6	+ 3,8
Juni	- 7,5	+ 1,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 14,3	- 10,1
Juli	+ 28,3	+ 3,1	- 6,2	- 8,4	- 8,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 34,4	+ 31,9
Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,1	+ 5,7
Nov.	+ 16,7	+ 10,3	- 0,9	+ 3,4	+ 3,5	- 0,1	- 4,3	- 3,9	- 0,4	+ 17,6	+ 14,1
Dez.	- 15,1	- 11,0	- 8,6	- 5,1	- 4,7	- 0,4	- 3,5	- 3,3	- 0,2	- 6,5	+ 0,3
2016 Jan.	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1
Febr.	+ 9,6	+ 10,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,6
März	- 0,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 6,0	- 2,2
April	+ 13,3	+ 12,4	+ 2,6	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 10,7	+ 12,3
Mai	+ 5,7	+ 8,3	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,0	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 3,5	+ 7,7

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite												Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte							
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014 Dez.
2 175,2	252,5	1 922,7	213,2	24,0	535,3	284,0	32,7	251,3	251,3	–	2,1	2015 Jan.
2 179,6	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	–	2,1	Febr.
2 180,6	251,7	1 928,9	218,6	23,8	534,8	281,9	32,3	249,5	252,9	–	2,1	März
2 182,1	250,5	1 931,7	221,3	23,7	533,7	280,8	29,5	251,3	252,9	–	2,1	April
2 192,6	253,2	1 939,4	214,5	23,6	528,4	280,4	29,5	250,9	248,0	–	2,1	Mai
2 190,5	251,5	1 939,0	206,5	23,3	524,2	278,3	28,7	249,5	246,0	–	2,0	Juni
2 201,5	250,8	1 950,6	228,7	23,0	525,5	276,6	28,5	248,2	248,9	–	2,0	Juli
2 208,2	251,0	1 957,2	224,4	22,9	528,9	275,7	28,2	247,6	253,1	–	2,0	Aug.
2 208,7	251,2	1 957,4	219,7	22,9	530,6	277,5	29,3	248,2	253,1	–	2,0	Sept.
2 220,0	253,2	1 966,8	213,8	22,7	530,2	278,5	29,3	249,2	251,8	–	2,0	Okt.
2 233,7	256,1	1 977,6	217,4	22,5	533,8	278,6	28,1	250,5	255,1	–	2,0	Nov.
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	Dez.
2 235,3	257,1	1 978,3	217,2	18,2	527,2	277,8	27,7	250,1	249,4	–	2,1	2016 Jan.
2 240,2	257,4	1 982,8	215,9	18,0	525,6	276,8	27,7	249,1	248,8	–	2,1	Febr.
2 240,5	257,3	1 983,2	213,5	17,9	521,8	275,6	27,5	248,1	246,2	–	2,0	März
2 249,9	258,6	1 991,3	216,6	17,8	520,1	276,1	27,5	248,7	244,0	–	2,0	April
2 255,8	258,0	1 997,8	216,9	17,7	516,0	275,1	27,1	247,9	240,9	–	2,0	Mai
<b>Veränderungen *)</b>												
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015
+ 1,4	– 0,7	+ 2,1	+ 3,7	+ 0,1	– 8,7	– 0,9	– 0,4	– 0,5	– 7,8	–	– 0,0	2014 Dez.
+ 4,8	+ 1,6	+ 3,2	+ 9,1	– 0,4	+ 1,8	+ 0,4	– 0,9	+ 1,2	+ 1,5	–	– 0,0	2015 Jan.
+ 4,4	– 1,1	+ 5,4	– 1,2	+ 0,1	+ 2,4	– 0,9	– 0,0	– 0,9	+ 3,4	–	–	Febr.
+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 6,6	– 0,2	– 2,9	– 1,2	– 0,3	– 0,9	– 1,7	–	– 0,0	März
+ 1,6	– 1,2	+ 2,8	+ 2,7	– 0,1	– 1,0	– 1,1	– 1,8	+ 0,7	+ 0,0	–	– 0,0	April
+ 10,6	+ 2,8	+ 7,8	– 6,8	– 0,1	– 5,5	– 0,5	– 0,1	– 0,5	– 4,9	–	– 0,0	Mai
– 2,1	– 1,7	– 0,4	– 8,0	– 0,3	– 4,2	– 2,1	– 0,7	– 1,4	– 2,0	–	– 0,1	Juni
+ 9,7	– 0,7	+ 10,4	+ 22,2	– 0,3	+ 2,5	– 0,4	– 0,2	– 0,2	+ 2,9	–	– 0,0	Juli
+ 6,9	+ 0,1	+ 6,8	– 4,3	– 0,1	+ 3,1	– 1,1	– 0,3	– 0,8	+ 4,3	–	– 0,0	Aug.
+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	– 4,7	– 0,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	– 0,1	–	– 0,0	Sept.
+ 11,6	+ 1,9	+ 9,7	– 5,9	– 0,1	– 0,7	+ 0,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,3	–	– 0,0	Okt.
+ 10,5	+ 2,0	+ 8,6	+ 3,6	– 0,2	+ 3,5	+ 0,2	– 1,1	+ 1,3	+ 3,4	–	–	Nov.
– 1,3	– 0,1	– 1,2	+ 1,6	– 0,2	– 6,8	– 1,7	– 0,2	– 1,5	– 5,1	–	+ 0,1	Dez.
+ 3,0	+ 0,4	+ 2,5	– 1,8	– 0,1	+ 0,2	+ 0,9	– 0,2	+ 1,1	– 0,6	–	+ 0,0	2016 Jan.
+ 4,8	+ 1,0	+ 3,7	– 1,1	– 0,1	– 1,7	– 1,1	– 0,0	– 1,0	– 0,6	–	+ 0,0	Febr.
+ 0,2	– 0,1	+ 0,2	– 2,4	– 0,2	– 3,8	– 1,2	– 0,2	– 1,0	– 2,6	–	– 0,1	März
+ 9,2	+ 1,2	+ 8,0	+ 3,0	– 0,0	– 1,6	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 2,2	–	– 0,0	April
+ 7,4	+ 0,8	+ 6,6	+ 0,3	– 0,1	– 4,2	– 1,1	– 0,4	– 0,8	– 3,1	–	– 0,0	Mai

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-  
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

#### IV. Banken

#### 6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche \*)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
<b>Kredite insgesamt</b>														
2014	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 März	2 400,0	1 229,7	1 192,0	987,3	204,7	1 305,7	329,9	127,4	99,6	60,9	125,0	48,2	70,0	129,2
2015 Juni	2 413,0	1 234,8	1 205,1	992,0	213,1	1 309,4	334,8	128,1	99,4	61,4	123,2	49,1	67,1	130,2
2015 Sept.	2 426,3	1 244,5	1 218,5	1 001,2	217,3	1 309,0	336,5	127,5	100,6	61,7	125,3	50,0	65,6	129,5
2015 Dez.	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5
2016 März	2 458,5	1 227,2	1 235,2	987,0	248,2	1 328,6	342,5	133,3	101,9	62,2	126,6	50,1	62,6	131,6
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2014	212,1	–	7,6	–	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 März	219,5	–	7,7	–	7,7	184,4	3,9	34,7	6,0	13,0	42,3	3,9	6,3	25,6
2015 Juni	222,5	–	8,3	–	8,3	188,3	4,2	35,5	5,5	12,9	41,4	4,3	6,0	27,7
2015 Sept.	217,6	–	8,5	–	8,5	183,3	4,3	34,6	5,3	12,8	43,5	4,4	5,2	26,6
2015 Dez.	207,6	–	8,5	–	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1
2016 März	218,0	–	7,7	–	7,7	185,1	4,1	39,4	4,9	13,0	43,6	4,0	5,3	24,6
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2014	251,7	–	35,8	–	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 März	251,7	–	35,3	–	35,3	179,1	13,2	24,6	5,3	10,0	16,4	4,2	11,7	39,4
2015 Juni	251,5	–	35,7	–	35,7	177,9	13,6	24,3	5,2	10,2	16,1	4,3	11,5	39,3
2015 Sept.	251,2	–	35,5	–	35,5	176,8	13,4	24,0	5,1	10,3	15,8	4,4	11,3	39,3
2015 Dez.	256,0	–	35,2	–	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1
2016 März	257,3	–	34,8	–	34,8	181,8	13,2	23,9	5,1	10,4	16,2	4,5	11,5	41,2
<b>Langfristige Kredite</b>														
2014	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 März	1 928,9	1 229,7	1 149,0	987,3	161,7	942,2	312,9	68,1	88,4	38,0	66,3	40,1	52,1	64,2
2015 Juni	1 939,0	1 234,8	1 161,1	992,0	169,1	943,3	317,0	68,3	88,8	38,3	65,7	40,5	49,7	63,2
2015 Sept.	1 957,4	1 244,5	1 174,5	1 001,2	173,3	948,9	318,8	68,8	90,2	38,5	66,0	41,2	49,0	63,6
2015 Dez.	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3
2016 März	1 983,2	1 227,2	1 192,7	987,0	205,7	961,7	325,3	70,1	91,9	38,8	66,8	41,7	45,8	65,8
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														
2015 1.Vj.	+ 17,9	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,3	+ 15,6	+ 1,6	+ 4,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 4,1
2015 2.Vj.	+ 13,3	+ 4,7	+ 12,6	+ 7,5	+ 5,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 0,7	– 0,1	+ 0,5	– 1,8	+ 1,0	– 2,9	+ 1,8
2015 3.Vj.	+ 13,2	+ 9,8	+ 13,6	+ 9,3	+ 4,3	– 0,6	+ 2,0	– 0,5	– 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,9	– 1,4	– 0,6
2015 4.Vj.	+ 13,7	+ 9,0	+ 11,4	+ 9,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,1	– 0,4	+ 0,7	– 1,1	– 0,1	+ 0,0	– 0,0	+ 1,2
2016 1.Vj.	+ 18,5	+ 3,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 0,2	+ 14,1	+ 2,9	+ 5,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,1	– 2,8	+ 1,0
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2015 1.Vj.	+ 7,7	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 7,5	– 0,0	+ 2,2	– 0,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,3
2015 2.Vj.	+ 3,2	–	+ 0,6	–	+ 0,6	+ 3,9	+ 0,3	+ 0,7	– 0,5	– 0,0	– 0,9	+ 0,4	– 0,3	+ 2,1
2015 3.Vj.	– 4,7	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 4,8	+ 0,0	– 0,8	– 0,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,0	– 0,7	– 1,2
2015 4.Vj.	– 7,1	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 7,1	+ 0,0	– 0,7	– 0,1	– 1,3	– 1,1	– 0,5	+ 0,3	– 2,2
2016 1.Vj.	+ 10,6	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 11,4	– 0,0	+ 5,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2015 1.Vj.	+ 0,8	–	– 0,6	–	– 0,6	+ 1,3	– 0,2	+ 1,1	– 0,1	+ 0,1	– 0,2	– 0,0	+ 0,3	+ 0,1
2015 2.Vj.	– 0,1	–	+ 0,4	–	+ 0,4	– 1,2	+ 0,5	– 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 0,1	– 0,2	– 0,1
2015 3.Vj.	– 0,0	–	– 0,2	–	– 0,2	– 0,8	– 0,2	– 0,2	– 0,1	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1
2015 4.Vj.	+ 3,8	–	– 0,3	–	– 0,3	+ 3,4	– 0,1	– 0,4	– 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6
2016 1.Vj.	+ 1,4	–	– 0,4	–	– 0,4	+ 0,5	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	– 0,2	+ 0,0	– 0,3	+ 0,1
<b>Langfristige Kredite</b>														
2015 1.Vj.	+ 9,4	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 0,8	+ 6,8	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,1	– 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,6
2015 2.Vj.	+ 10,2	+ 4,7	+ 11,6	+ 7,5	+ 4,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	– 0,6	+ 0,4	– 2,4	– 0,2
2015 3.Vj.	+ 17,9	+ 9,8	+ 13,7	+ 9,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	– 0,5	+ 0,6
2015 4.Vj.	+ 17,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 9,0	+ 2,7	+ 8,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	– 0,7	+ 1,8
2016 1.Vj.	+ 6,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	– 0,2	+ 0,0	– 2,6	+ 0,6

\* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>													<b>Kredite insgesamt</b>	
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	2014	
645,3	188,6	33,8	173,5	390,9	48,2	1 080,0	858,2	221,8	150,0	11,3	14,4	3,9	2015 März	
650,7	190,9	34,8	174,6	393,1	48,1	1 089,6	866,8	222,8	151,6	11,0	14,1	3,5	Juni	
649,0	191,5	32,0	175,9	394,7	47,7	1 103,0	878,4	224,6	153,6	11,0	14,2	3,6	Sept.	
654,3	193,4	32,4	176,5	395,6	46,8	1 111,6	887,1	224,6	154,4	10,1	14,2	3,5	Dez.	
660,2	194,8	34,4	177,4	397,2	47,1	1 115,9	889,2	226,6	156,8	10,3	14,1	3,4	2016 März	
													Kurzfristige Kredite	
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	2014	
52,6	8,3	5,9	11,1	27,2	6,6	34,4	3,8	30,6	2,1	11,3	0,7	0,0	2015 März	
54,9	8,6	6,9	10,9	27,0	6,6	33,7	4,1	29,5	1,9	11,0	0,6	0,0	Juni	
51,0	8,6	6,2	10,4	26,1	6,3	33,8	4,2	29,6	1,7	11,0	0,6	0,0	Sept.	
48,7	8,7	4,9	10,7	25,4	5,6	33,2	4,2	29,0	1,7	10,1	0,5	0,0	Dez.	
50,3	8,1	6,5	10,5	25,6	6,2	32,4	3,7	28,7	1,8	10,3	0,5	0,0	2016 März	
													Mittelfristige Kredite	
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	2014	
67,6	9,7	7,2	19,1	31,9	3,5	72,1	22,1	50,1	45,0	-	0,5	0,0	2015 März	
66,9	9,9	7,0	19,4	32,1	3,6	73,2	22,0	51,2	46,2	-	0,5	0,0	Juni	
66,5	9,9	7,0	19,5	32,3	3,5	73,9	22,1	51,9	46,9	-	0,5	0,0	Sept.	
68,4	10,1	7,3	19,3	32,4	3,5	74,2	21,9	52,3	47,4	-	0,6	0,0	Dez.	
69,1	10,1	7,2	19,4	32,7	3,5	74,9	21,5	53,3	48,1	-	0,6	0,0	2016 März	
													Langfristige Kredite	
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7	2014	
525,1	170,5	20,7	143,3	331,8	38,1	973,5	832,3	141,2	102,9	-	13,2	3,9	2015 März	
528,8	172,4	20,8	144,3	333,9	37,9	982,7	840,6	142,1	103,6	-	13,0	3,5	Juni	
531,5	173,0	18,8	146,0	336,3	37,9	995,3	852,1	143,2	105,0	-	13,2	3,6	Sept.	
537,3	174,6	20,2	146,5	337,8	37,7	1 004,2	861,0	143,3	105,3	-	13,0	3,5	Dez.	
540,8	176,7	20,7	147,6	338,9	37,4	1 008,6	864,0	144,6	106,9	-	13,0	3,4	2016 März	
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>													<b>Kredite insgesamt</b>	
+ 2,5	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	
+ 4,9	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,1	+ 9,6	+ 8,6	+ 1,0	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3	2.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,3	+ 13,5	+ 11,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	3.Vj.	
+ 4,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,9	+ 9,0	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,0	- 0,9	- 0,3	- 0,1	4.Vj.	
+ 6,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	
													Kurzfristige Kredite	
+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
+ 2,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 3,7	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
- 1,6	+ 0,1	- 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
+ 2,1	- 0,4	+ 1,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
													Mittelfristige Kredite	
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	-	- 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
- 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,1	+ 1,2	-	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.	
- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,5	-	-	- 0,0	4.Vj.	
+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
													Langfristige Kredite	
+ 2,4	+ 0,4	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	- 0,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	-	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	
+ 3,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,3	- 0,1	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	+ 0,7	-	- 0,2	- 0,3	2.Vj.	
+ 2,9	+ 0,5	- 0,5	+ 1,7	+ 2,8	- 0,0	+ 12,7	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,3	+ 0,1	3.Vj.	
+ 5,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5	- 0,2	+ 8,6	+ 8,6	+ 0,0	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	4.Vj.	
+ 3,2	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Nichtbanken insgesamt</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7		
2015	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5		
2015 Juni	3 151,7	1 600,1	892,9	242,7	650,2	32,9	617,4	598,3	60,4	29,6	23,1	2,2		
Juli	3 179,3	1 612,9	910,4	241,8	668,6	33,6	635,1	596,4	59,5	29,5	22,8	1,7		
Aug.	3 193,8	1 630,7	909,1	241,4	667,7	33,5	634,2	595,2	58,8	29,5	22,7	2,7		
Sept.	3 186,8	1 630,7	903,5	238,9	664,6	33,2	631,4	594,6	58,1	29,5	22,7	2,6		
Okt.	3 197,7	1 655,5	890,2	231,6	658,6	34,7	623,9	594,6	57,5	29,5	22,7	1,9		
Nov.	3 224,8	1 676,9	896,7	239,6	657,1	35,1	622,0	594,3	56,8	29,5	22,5	2,0		
Dez.	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5		
2016 Jan.	3 233,8	1 689,6	893,3	236,2	657,1	39,0	618,1	596,1	54,8	29,3	20,1	0,5		
Febr.	3 236,2	1 697,4	887,8	232,0	655,9	39,5	616,4	596,4	54,6	29,3	19,9	0,8		
März	3 231,2	1 687,4	894,9	236,4	658,5	41,4	617,1	594,5	54,4	29,1	19,8	1,6		
April	3 249,8	1 709,6	893,5	235,9	657,7	42,2	615,5	592,7	54,0	29,0	19,7	1,7		
Mai	3 262,7	1 721,8	896,0	237,7	658,3	41,9	616,4	591,2	53,7	29,0	19,6	1,5		
<b>Veränderungen *)</b>														
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7		
2015	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 13,6	- 14,7	+ 7,6	- 22,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	- 5,7	- 1,2		
2015 Juni	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 4,1	- 3,5	+ 0,2	- 3,6	- 1,7	- 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,1		
Juli	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 0,8	+ 18,5	+ 0,7	+ 17,8	- 1,9	- 1,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6		
Aug.	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 0,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 1,1		
Sept.	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 2,6	- 3,0	- 0,2	- 2,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Okt.	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	- 7,2	- 6,0	+ 1,5	- 7,5	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,7		
Nov.	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	+ 8,0	- 1,5	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1		
Dez.	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 3,4	- 1,7	+ 2,2	- 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	- 2,0	- 1,5		
2016 Jan.	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 7,2	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,1		
Febr.	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,0	- 1,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,4		
März	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,7	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,8		
April	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 0,5	- 0,9	+ 0,8	- 1,7	- 1,8	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,1		
Mai	+ 12,9	+ 12,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,7	- 0,3	+ 1,0	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,2		
<b>Inländische öffentliche Haushalte</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5		
2015	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5		
2015 Juni	193,8	57,8	129,1	84,7	44,3	9,7	34,7	3,8	3,2	28,3	2,8	1,4		
Juli	189,2	54,0	128,1	84,2	43,9	9,7	34,2	3,7	3,4	28,2	2,8	1,3		
Aug.	197,1	60,8	129,2	85,3	43,8	9,7	34,1	3,7	3,5	28,2	2,8	1,9		
Sept.	197,4	59,8	130,4	86,4	44,0	9,7	34,3	3,7	3,5	28,1	2,9	2,1		
Okt.	191,6	58,7	125,6	81,3	44,3	9,8	34,5	3,7	3,5	28,1	2,9	1,6		
Nov.	200,5	58,4	134,7	90,7	44,0	9,5	34,5	3,7	3,5	28,1	2,8	1,6		
Dez.	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5		
2016 Jan.	193,0	56,6	129,2	83,9	45,3	10,6	34,7	3,7	3,6	27,9	2,7	0,1		
Febr.	194,5	61,4	125,9	80,4	45,6	10,6	34,9	3,6	3,6	27,9	2,7	0,5		
März	198,3	60,5	130,5	84,1	46,4	10,9	35,5	3,6	3,7	27,7	2,7	1,2		
April	196,0	60,8	127,7	79,9	47,8	11,0	36,9	3,7	3,7	27,6	2,6	1,3		
Mai	204,3	63,5	133,0	84,4	48,6	11,2	37,4	3,8	4,0	27,6	2,6	1,1		
<b>Veränderungen *)</b>														
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2		
2015	+ 10,1	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 0,0	+ 1,2	- 1,2	- 2,1	+ 0,1		
2015 Juni	+ 1,8	- 0,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,2		
Juli	- 4,7	- 3,8	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2		
Aug.	+ 7,9	+ 6,8	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	+ 0,6		
Sept.	+ 0,2	- 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2		
Okt.	- 6,2	- 1,1	- 5,1	- 5,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5		
Nov.	+ 8,8	- 0,3	+ 9,1	+ 9,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0		
Dez.	- 3,0	- 0,9	- 2,1	- 2,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 1,0		
2016 Jan.	- 4,5	- 1,0	- 3,5	- 3,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4		
Febr.	+ 3,0	+ 4,8	- 1,8	- 2,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,4		
März	+ 3,8	- 0,9	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,8		
April	- 2,3	+ 0,4	- 2,8	- 4,3	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 0,1		
Mai	+ 8,2	+ 2,6	+ 5,2	+ 4,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2		

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Unternehmen und Privatpersonen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2015	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-		
2015 Juni	2 957,9	1 542,3	763,8	157,9	605,9	23,2	582,7	594,6	57,2	1,4	20,3	0,8		
Juli	2 990,1	1 558,9	782,3	157,6	624,7	23,8	600,9	592,7	56,1	1,4	20,0	0,4		
Aug.	2 996,7	1 569,9	780,0	156,1	623,9	23,8	600,1	591,5	55,3	1,4	19,9	0,8		
Sept.	2 989,4	1 570,9	773,0	152,4	620,6	23,5	597,1	590,9	54,6	1,4	19,8	0,5		
Okt.	3 006,2	1 596,7	764,6	150,3	614,3	24,9	589,4	590,9	53,9	1,3	19,8	0,3		
Nov.	3 024,3	1 618,5	762,0	149,0	613,0	25,6	587,5	590,5	53,3	1,4	19,7	0,4		
Dez.	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-		
2016 Jan.	3 040,8	1 633,0	764,1	152,3	611,8	28,4	583,5	592,4	51,3	1,4	17,4	0,4		
Febr.	3 041,7	1 636,1	761,9	151,6	610,3	28,8	581,5	592,7	51,0	1,4	17,2	0,3		
März	3 032,9	1 626,9	764,4	152,2	612,2	30,5	581,6	590,9	50,7	1,4	17,2	0,3		
April	3 053,8	1 648,8	765,8	156,0	609,8	31,2	578,6	589,0	50,3	1,4	17,1	0,3		
Mai	3 058,4	1 658,3	763,0	153,3	609,7	30,7	579,0	587,4	49,7	1,4	17,0	0,4		
<b>Veränderungen *)</b>														
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5		
2015	+ 96,4	+ 151,0	- 32,0	- 16,5	- 15,4	+ 5,1	- 20,6	- 11,3	- 11,3	- 0,4	- 3,7	- 1,2		
2015 Juni	- 8,8	+ 3,6	- 10,0	- 6,0	- 4,0	+ 0,2	- 4,1	- 1,6	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,1		
Juli	+ 32,2	+ 16,6	+ 18,8	- 0,1	+ 18,9	+ 0,7	+ 18,2	- 1,9	- 1,3	- 0,0	- 0,3	- 0,4		
Aug.	+ 6,6	+ 11,0	- 2,3	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,4		
Sept.	- 7,1	+ 0,9	- 6,7	- 3,7	- 3,0	- 0,1	- 3,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,3		
Okt.	+ 17,2	+ 25,9	- 8,1	- 1,8	- 6,3	+ 1,4	- 7,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,2		
Nov.	+ 18,2	+ 21,8	- 2,6	- 1,3	- 1,3	+ 0,7	- 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1		
Dez.	+ 3,0	- 2,3	+ 3,9	+ 6,4	- 2,5	+ 1,5	- 4,0	+ 2,2	- 0,7	+ 0,0	- 1,9	- 0,4		
2016 Jan.	+ 13,6	+ 16,8	- 2,2	- 3,3	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,4	+ 0,4		
Febr.	+ 1,8	+ 3,1	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,7	- 1,7	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0		
März	- 8,8	- 9,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	-		
April	+ 20,9	+ 21,8	+ 1,7	+ 3,8	- 2,3	+ 0,7	- 3,0	- 1,9	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	-		
Mai	+ 4,7	+ 9,6	- 2,4	- 2,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0		
<b>darunter: inländische Unternehmen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2		
2015	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-		
2015 Juni	997,9	476,9	499,5	95,6	403,9	11,7	392,2	7,1	14,4	1,3	16,0	0,8		
Juli	1 025,2	483,1	521,0	97,1	423,9	12,2	411,7	7,1	14,0	1,3	15,8	0,4		
Aug.	1 029,4	488,2	520,1	97,0	423,1	12,1	411,0	7,1	13,9	1,3	15,7	0,8		
Sept.	1 024,3	489,3	514,0	94,5	419,5	11,8	407,7	7,1	13,9	1,3	15,7	0,5		
Okt.	1 031,8	504,5	506,3	93,2	413,1	12,9	400,2	7,1	13,9	1,3	15,8	0,3		
Nov.	1 033,9	508,8	504,3	92,7	411,6	13,4	398,2	7,0	13,9	1,3	15,8	0,4		
Dez.	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-		
2016 Jan.	1 037,6	512,8	504,2	97,4	406,9	15,3	391,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,4		
Febr.	1 033,9	510,7	502,8	97,4	405,3	15,7	389,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,3		
März	1 029,9	504,8	504,6	98,0	406,7	17,2	389,5	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3		
April	1 032,3	506,7	505,1	101,3	403,8	17,5	386,4	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3		
Mai	1 035,4	513,4	501,5	98,2	403,3	17,0	386,3	7,3	13,3	1,3	13,7	0,4		
<b>Veränderungen *)</b>														
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5		
2015	+ 22,7	+ 46,0	- 22,1	- 3,8	- 18,3	+ 3,7	- 22,0	+ 0,3	- 1,5	- 0,5	- 2,5	- 1,2		
2015 Juni	- 8,1	- 0,2	- 7,9	- 4,0	- 3,9	+ 0,1	- 4,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Juli	+ 27,5	+ 6,2	+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	+ 0,5	+ 19,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,2	- 0,4		
Aug.	+ 4,1	+ 5,1	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,0	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,4		
Sept.	- 5,0	+ 1,0	- 5,9	- 2,5	- 3,5	- 0,2	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3		
Okt.	+ 8,0	+ 15,3	- 7,3	- 1,0	- 6,4	+ 1,1	- 7,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,2		
Nov.	+ 2,1	+ 4,3	- 2,1	- 0,5	- 1,6	+ 0,5	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1		
Dez.	- 4,1	- 5,9	+ 2,2	+ 7,2	- 4,9	+ 1,0	- 5,9	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	- 1,8	- 0,4		
2016 Jan.	+ 7,9	+ 10,0	- 2,2	- 2,6	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,4		
Febr.	- 2,9	- 2,1	- 0,8	+ 0,4	- 1,1	+ 0,5	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0		
März	- 4,1	- 5,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	-		
April	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,5	+ 3,3	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-		
Mai	+ 3,3	+ 6,8	- 3,6	- 3,1	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)						
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen					
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck					
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6	
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8	
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6	
2015 Dez.	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6	
2016 Jan.	2 003,3	1 120,2	1 087,7	192,1	751,6	144,1	32,5	259,9	247,0	25,2	180,4	41,4	
Febr.	2 007,8	1 125,4	1 091,4	192,6	754,6	144,1	34,0	259,1	246,6	24,8	180,2	41,6	
März	2 003,0	1 122,1	1 088,6	188,6	756,1	143,9	33,5	259,7	247,0	24,8	180,6	41,7	
April	2 021,5	1 142,1	1 108,3	193,2	769,7	145,5	33,8	260,7	247,7	25,1	180,7	41,9	
Mai	2 023,0	1 144,9	1 110,3	193,7	771,7	144,9	34,7	261,5	248,5	25,3	181,2	42,0	
<b>Veränderungen *)</b>													
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6	
2015	+ 73,7	+ 105,0	+ 101,1	+ 15,6	+ 75,4	+ 10,1	+ 3,9	- 9,9	- 8,1	- 3,0	- 4,5	- 0,7	
2015 Dez.	+ 7,1	+ 3,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,5	
2016 Jan.	+ 5,7	+ 6,7	+ 6,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	
Febr.	+ 4,7	+ 5,2	+ 3,6	+ 0,5	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,5	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	
März	- 4,8	- 3,3	- 2,7	- 4,0	+ 1,5	- 0,2	- 0,5	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	
April	+ 18,5	+ 20,0	+ 19,7	+ 4,6	+ 13,5	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	
Mai	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1	
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5	
2015 Dez.	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5	
2016 Jan.	193,0	8,4	2,7	3,0	2,6	0,1	14,1	45,9	13,5	15,0	16,5	0,9	13,5	
Febr.	194,5	8,5	2,8	2,9	2,7	0,1	14,1	46,9	15,0	14,7	16,3	0,9	13,5	
März	198,3	8,3	3,3	2,3	2,6	0,1	14,0	51,4	15,3	19,2	16,0	0,9	13,3	
April	196,0	7,9	3,2	2,0	2,6	0,1	14,0	49,3	14,5	16,9	17,0	0,9	13,2	
Mai	204,3	8,1	3,3	2,1	2,7	0,1	14,0	49,4	13,7	17,7	17,1	0,9	13,2	
<b>Veränderungen *)</b>														
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5	
2015	+ 10,1	- 1,9	+ 0,5	+ 0,4	- 2,9	+ 0,0	- 0,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6	
2015 Dez.	- 3,0	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 5,3	+ 0,5	- 6,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
2016 Jan.	- 4,5	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	
Febr.	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	
März	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	+ 4,4	+ 0,3	+ 4,5	- 0,4	+ 0,0	- 0,1	
April	- 2,3	- 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,0	- 0,9	- 2,2	+ 1,0	+ 0,0	- 0,1	
Mai	+ 8,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen <sup>3)</sup>			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr <sup>2)</sup>		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe <sup>4)</sup>	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) <sup>5)</sup>	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	–	2015
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	–	2015 Dez.
12,8	54,9	205,0	13,1	191,9	585,2	576,2	9,0	37,9	0,0	3,7	–	2016 Jan.
12,6	54,1	205,0	13,2	191,8	585,5	576,5	9,0	37,7	0,1	3,5	–	Febr.
12,7	54,2	205,5	13,4	192,1	583,6	574,6	9,0	37,6	0,1	3,4	–	März
13,0	54,7	206,0	13,8	192,2	581,8	572,7	9,0	37,1	0,1	3,4	–	April
13,0	55,1	206,4	13,7	192,7	580,1	571,1	9,0	36,4	0,1	3,3	–	Mai
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	– 2,0	+ 9,0	– 2,1	– 1,9	– 0,3	– 10,9	+ 0,0	– 1,9	–	2014
– 1,8	– 12,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	– 11,5	– 11,1	– 0,5	– 9,8	+ 0,0	– 1,2	–	2015
+ 0,0	– 0,8	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	– 0,1	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	2015 Dez.
– 0,3	– 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	– 0,4	– 0,4	+ 0,0	– 0,6	+ 0,0	– 0,2	–	2016 Jan.
– 0,1	– 0,7	+ 0,2	+ 0,2	– 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	Febr.
+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	– 1,9	– 1,9	+ 0,0	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	März
+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	– 1,9	– 1,9	– 0,0	– 0,5	+ 0,0	– 0,1	–	April
+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	– 0,1	+ 0,5	– 1,7	– 1,6	– 0,0	– 0,6	+ 0,0	– 0,1	–	Mai

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen <sup>3)</sup>		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2) 4)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	–	2014
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	–	2015
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	–	2015 Dez.
46,9	24,3	9,0	8,4	5,2	0,4	91,9	16,1	57,0	17,8	1,1	–	2016 Jan.
50,0	27,3	9,0	8,5	5,2	0,4	89,1	16,3	53,7	18,1	1,0	–	Febr.
48,8	25,8	9,2	8,6	5,3	0,4	89,8	16,1	53,5	19,2	1,1	–	März
49,0	26,1	9,0	8,7	5,3	0,4	89,8	17,1	52,0	19,6	1,1	–	April
53,6	30,1	9,3	8,8	5,5	0,4	93,2	16,5	55,3	20,0	1,3	–	Mai
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 2,9	– 2,4	+ 4,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,0	2014
+ 4,1	+ 3,8	– 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	–	2015
+ 0,8	+ 1,3	– 0,5	– 0,0	+ 0,0	+ 0,0	– 0,3	– 3,3	+ 2,2	+ 0,8	– 0,0	–	2015 Dez.
– 5,5	– 4,9	– 0,6	+ 0,1	– 0,0	–	+ 0,6	+ 4,0	– 3,6	+ 0,3	– 0,0	–	2016 Jan.
+ 3,2	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	–	– 1,8	+ 0,2	– 2,5	+ 0,6	– 0,0	–	Febr.
– 1,2	– 1,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	– 0,0	+ 0,1	– 0,2	– 0,7	+ 1,0	+ 0,0	–	März
+ 0,2	+ 0,3	– 0,2	+ 0,0	+ 0,0	–	+ 0,0	+ 1,1	– 1,5	+ 0,4	+ 0,1	–	April
+ 4,6	+ 4,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	–	+ 3,4	– 0,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,2	–	Mai

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

#### IV. Banken

#### 10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)							
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7
2016 Jan.	605,0	596,1	535,5	378,0	60,6	46,9	8,9	7,4	0,2	63,5	54,8	39,9	8,7
Febr.	605,2	596,4	537,1	377,5	59,3	45,5	8,8	7,4	0,2	63,3	54,6	39,7	8,7
März	603,2	594,5	536,3	375,6	58,2	44,4	8,7	7,3	0,1	63,0	54,4	39,3	8,5
April	601,4	592,7	535,6	373,4	57,1	43,3	8,6	7,3	0,1	62,4	54,0	38,9	8,4
Mai	599,8	591,2	535,0	369,7	56,2	42,3	8,6	7,3	0,1	62,2	53,7	38,4	8,5
<b>Veränderungen *)</b>													
2014	- 3,0	- 2,4	- 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8
2015	- 11,6	- 11,3	+ 4,3	- 20,6	- 15,6	- 16,3	- 0,3	+ 0,0	.	- 15,1	- 10,1	- 6,6	- 5,1
2016 Jan.	- 0,4	- 0,4	+ 0,9	- 1,8	- 1,3	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,0
Febr.	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,6	- 0,5	- 1,3	- 1,3	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,0
März	- 2,0	- 1,9	- 0,8	- 2,1	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,2
April	- 1,8	- 1,8	- 0,7	- 2,2	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,1
Mai	- 1,6	- 1,5	- 0,6	- 3,7	- 0,9	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,1

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### 11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene	
	ins- gesamt	darunter:								ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit								
						bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	über 2 Jahre										
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016 Jan.	1 076,5	189,8	28,3	380,2	87,0	105,3	2,4	31,7	5,8	939,4	0,2	0,2	32,2	0,5
Febr.	1 088,5	187,0	32,0	392,8	96,6	119,0	2,5	32,6	5,9	936,9	0,2	0,2	32,1	0,5
März	1 077,6	178,4	30,8	378,0	92,2	113,7	2,4	31,1	5,7	932,9	0,3	0,2	32,8	0,5
April	1 085,7	177,9	32,2	386,4	95,9	118,6	2,4	31,3	5,9	935,7	0,3	0,2	33,3	0,5
Mai	1 098,6	177,9	32,6	403,2	98,4	120,3	2,7	32,4	6,0	946,0	0,2	0,2	34,0	0,5
<b>Veränderungen *)</b>														
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2015	- 38,5	- 97,2	+ 3,9	+ 30,1	+ 19,5	+ 26,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,7	- 66,8	- 0,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7
2016 Jan.	+ 0,7	+ 1,2	- 2,0	- 3,9	- 1,7	- 4,5	+ 0,3	+ 3,3	+ 0,0	+ 1,9	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,0
Febr.	+ 12,1	- 2,8	+ 3,7	+ 12,7	+ 9,6	+ 13,7	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 0,0	- 0,1	-
März	- 10,9	- 8,7	- 1,2	- 14,8	- 4,4	- 5,4	- 0,1	- 1,5	- 0,1	- 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	-
April	+ 7,8	- 0,5	+ 1,4	+ 8,4	+ 3,6	+ 4,9	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,5	-
Mai	+ 13,0	- 0,0	+ 0,4	+ 16,8	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,0	+ 10,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,8	-

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

#### IV. Banken

##### 12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland \*) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2015	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	98,5
2016 März	21	213,1	41,5	0,0	17,7	15,3	94,6	17,6	22,0	2,1	19,6	160,1	5,2	2,4	10,1	7,9
April	21	213,1	41,3	0,0	17,8	15,4	94,3	17,6	22,2	2,1	19,4	160,1	5,3	2,4	10,1	7,5
Mai	21	212,5	40,8	0,0	17,5	15,1	94,7	17,6	22,3	2,1	18,2	160,8	5,2	2,4	10,1	7,8
<b>Private Bausparkassen</b>																
2016 März	12	147,4	25,3	-	9,5	11,3	73,8	15,0	9,0	1,4	16,6	105,4	4,9	2,4	6,6	5,0
April	12	147,3	25,2	-	9,5	11,4	73,4	15,0	9,3	1,4	16,4	105,3	5,0	2,4	6,6	4,9
Mai	12	146,6	24,8	-	9,1	11,2	73,7	15,1	9,3	1,4	15,5	105,6	4,9	2,4	6,6	4,8
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2016 März	9	65,7	16,2	0,0	8,2	4,0	20,8	2,6	12,9	0,7	3,1	54,8	0,3	-	3,5	2,9
April	9	65,8	16,1	0,0	8,3	4,0	20,9	2,6	13,0	0,7	3,0	54,9	0,3	-	3,5	2,7
Mai	9	65,9	16,0	0,0	8,3	3,9	21,0	2,6	13,0	0,7	2,8	55,2	0,3	-	3,5	3,1

##### Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zutei-lungen 11)	ins-gesamt	Zuteilungen		neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten	ins-gesamt	dar-unter aus Zutei-lungen	ins-gesamt		darunter Til-gungen im Quartal
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)								
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015	28,1	2,5	8,2	51,5	31,2	44,4	19,9	4,2	5,3	3,6	19,2	15,6	8,1	9,5	8,3	0,4
2016 März	2,2	0,0	0,6	4,0	2,3	3,4	1,4	0,3	0,4	0,3	1,6	16,0	8,3	0,7	1,9	0,0
April	2,4	0,0	0,6	4,6	3,1	4,0	1,7	0,6	0,7	0,6	1,5	16,1	8,4	0,7		0,0
Mai	2,5	0,0	0,5	3,5	2,1	3,1	1,3	0,3	0,3	0,2	1,4	16,1	8,5	0,7		0,0
<b>Private Bausparkassen</b>																
2016 März	1,4	0,0	0,3	2,9	1,5	2,6	1,0	0,3	0,3	0,2	1,3	11,3	5,0	0,5	1,3	0,0
April	1,6	0,0	0,3	3,5	2,4	3,2	1,4	0,5	0,6	0,5	1,2	11,4	5,1	0,5		0,0
Mai	1,6	0,0	0,3	2,6	1,4	2,4	1,0	0,2	0,3	0,2	1,1	11,3	5,1	0,5		0,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2016 März	0,8	0,0	0,4	1,2	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,2	0,2	0,5	0,0
April	0,8	0,0	0,3	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,7	3,3	0,2		0,0
Mai	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,0	0,3	4,8	3,4	0,2		0,0

\* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **2** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **3** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **4** Einschl. Ausgleichsforderungen. **5** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **6** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **7** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. **8** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **9** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **10** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **11** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **12** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. **13** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

#### IV. Banken

#### 13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) <sup>\*)</sup>

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen <sup>7)</sup>	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen <sup>1)</sup> bzw. Auslands-töchter	Bilanz-summe <sup>7)</sup>	Guthaben und Buchkredite				Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere <sup>2) 3)</sup>	Buchkredite			Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere <sup>2)</sup>	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handelsbestands	
				ins-gesamt	zu-sammen	deutsche Banken	auslän-dische Banken		ins-gesamt	zu-sammen	an deutsche Nicht-banken				an auslän-dische Nicht-banken
<b>Auslandsfilialen</b>															
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>															
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9
2015	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
2015 Juli	53	203	1 983,3	579,6	561,7	199,1	362,6	17,9	632,2	512,8	14,5	498,3	119,5	771,5	538,8
Aug.	52	202	1 966,9	602,1	584,4	189,0	395,4	17,7	627,2	511,0	14,3	496,7	116,2	737,6	544,1
Sept.	51	199	1 977,3	586,4	568,5	180,7	387,8	17,9	624,9	507,9	13,9	494,0	117,0	766,0	552,1
Okt.	51	199	1 946,7	558,2	540,2	152,9	387,3	18,0	633,7	513,2	13,9	499,3	120,5	754,8	525,1
Nov.	51	199	1 980,5	533,8	515,8	150,0	365,8	18,0	658,8	528,5	14,6	513,9	130,4	787,9	557,2
Dez.	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
2016 Jan.	50	196	1 960,5	540,7	523,3	169,1	354,2	17,4	652,2	529,7	14,2	515,5	122,6	767,5	568,7
Febr.	49	192	2 022,6	555,3	538,2	173,5	364,7	17,2	658,4	538,2	14,3	523,9	120,2	808,8	607,9
März	49	192	1 943,8	558,9	543,2	172,4	370,8	15,7	642,2	529,2	14,6	514,6	113,1	742,6	557,5
April	49	192	1 933,2	545,0	529,1	177,2	351,8	15,9	659,8	545,1	14,7	530,4	114,7	728,4	539,0
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>															
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4
2015	- 5	- 7	- 145,0	- 56,3	- 56,0	- 40,0	- 16,0	- 0,3	+ 4,5	+ 7,0	+ 0,0	+ 7,0	- 2,6	- 109,0	- 58,2
2015 Aug.	- 1	- 1	- 14,3	+ 28,9	+ 28,9	- 10,1	+ 38,9	+ 0,0	+ 4,2	+ 6,1	- 0,2	+ 6,2	- 1,9	- 31,9	+ 10,5
Sept.	- 1	- 3	+ 10,3	- 15,7	- 15,9	- 8,4	- 7,6	+ 0,2	- 1,8	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 0,9	+ 28,3	+ 8,1
Okt.	-	-	- 32,3	- 33,6	- 33,5	- 27,8	- 5,7	- 0,1	+ 1,4	- 1,0	- 0,0	- 1,0	+ 2,4	- 12,9	- 31,3
Nov.	-	-	+ 30,2	- 35,3	- 34,8	- 2,9	- 31,9	- 0,5	+ 10,7	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,2	+ 7,8	+ 29,4	+ 23,8
Dez.	-	- 1	- 135,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 11,2	- 10,6	- 0,4	- 11,7	- 6,8	- 0,6	- 6,2	- 4,9	- 106,1	- 51,3
2016 Jan.	- 1	- 2	+ 118,2	+ 16,1	+ 15,9	+ 7,9	+ 8,1	+ 0,2	+ 20,9	+ 21,3	+ 0,2	+ 21,1	- 0,4	+ 85,8	+ 71,1
Febr.	- 1	- 4	+ 61,6	+ 13,6	+ 13,8	+ 4,4	+ 9,5	- 0,3	+ 5,1	+ 7,4	+ 0,1	+ 7,3	- 2,3	+ 40,7	+ 38,8
März	-	-	- 75,2	+ 14,9	+ 16,0	- 1,0	+ 17,0	- 1,1	- 1,0	+ 4,0	+ 0,3	+ 3,7	- 5,0	- 62,5	- 39,6
April	-	-	- 10,9	- 14,2	- 14,4	+ 4,8	- 19,2	+ 0,2	+ 15,9	+ 14,4	+ 0,2	+ 14,3	+ 1,4	- 14,5	- 18,8
<b>Auslandstöchter</b>															
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>															
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-
2015	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
2015 Juli	25	60	377,2	131,4	116,0	65,2	50,9	15,4	190,0	156,3	22,5	133,8	33,7	55,8	-
Aug.	25	60	382,5	136,1	121,6	67,2	54,4	14,5	185,4	152,3	22,4	129,9	33,1	61,0	-
Sept.	25	59	386,2	133,4	119,3	58,0	61,2	14,1	186,1	152,0	22,8	129,2	34,2	66,7	-
Okt.	25	59	380,8	130,3	114,9	55,6	59,2	15,4	185,8	152,7	22,8	129,9	33,0	64,8	-
Nov.	25	59	379,5	121,1	107,4	44,5	62,8	13,7	191,7	158,3	22,5	135,8	33,3	66,8	-
Dez.	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
2016 Jan.	24	58	375,6	129,1	116,5	53,7	62,7	12,7	185,1	152,9	21,7	131,1	32,3	61,3	-
Febr.	24	58	359,4	120,7	108,5	50,7	57,9	12,2	174,1	141,8	22,3	119,6	32,3	64,6	-
März	24	58	352,2	113,6	102,1	47,9	54,2	11,5	173,4	140,6	22,6	118,1	32,8	65,2	-
April	24	58	349,7	116,3	104,9	48,9	56,0	11,4	169,8	137,4	23,0	114,4	32,4	63,7	-
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>															
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-
2015	- 4	- 5	- 23,9	- 33,3	- 28,7	- 33,3	+ 4,6	- 4,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 0,6	+ 5,6	+ 0,3	+ 2,9	-
2015 Aug.	-	-	+ 7,9	+ 5,8	+ 6,5	+ 2,0	+ 4,5	- 0,7	- 3,3	- 2,7	- 0,1	- 2,6	- 0,6	+ 5,3	-
Sept.	-	- 1	+ 3,9	- 2,6	- 2,3	- 9,1	+ 6,9	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 1,0	+ 5,7	-
Okt.	-	-	- 7,2	- 4,0	- 5,1	- 2,4	- 2,7	+ 1,1	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,1	- 2,0	-
Nov.	-	-	- 4,8	- 10,9	- 8,8	- 11,1	+ 2,3	- 2,1	+ 4,1	+ 3,8	- 0,2	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,0	-
Dez.	- 1	- 1	- 0,7	+ 6,8	+ 7,2	+ 5,6	+ 1,7	- 0,4	- 5,9	- 4,3	- 0,3	- 4,0	- 1,5	- 1,6	-
2016 Jan.	-	-	+ 0,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,4	+ 0,9	- 0,5	+ 1,4	+ 0,5	- 3,8	-
Febr.	-	-	- 16,4	- 8,5	- 8,0	- 3,1	- 5,0	- 0,5	- 11,2	- 11,2	+ 0,5	- 11,7	+ 0,0	+ 3,3	-
März	-	-	- 3,7	- 5,2	- 4,8	- 2,7	- 2,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	-
April	-	-	- 2,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,8	- 0,1	- 3,7	- 3,3	+ 0,4	- 3,7	- 0,4	- 1,5	-

\* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				auslän- dische Nicht- banken	ins- gesamt			ins- gesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands	
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)		mittel- und lang- fristig							
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													<b>Auslandsfilialen</b>	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014	
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015	
1 143,4	792,8	417,7	375,1	350,5	20,4	15,8	4,7	330,1	144,1	47,6	648,1	536,0	2015 Juli	
1 144,2	797,5	416,5	381,0	346,7	19,9	15,4	4,6	326,8	138,3	47,3	637,1	537,1	Aug.	
1 122,3	774,4	419,2	355,3	347,8	19,4	14,9	4,5	328,4	141,6	47,3	666,1	544,8	Sept.	
1 124,6	763,8	406,5	357,3	360,8	19,7	15,0	4,7	341,1	141,0	47,6	633,5	520,6	Okt.	
1 124,3	742,0	377,3	364,7	382,3	22,0	17,0	5,0	360,3	138,6	48,4	669,2	554,0	Nov.	
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	Dez.	
1 101,8	733,9	357,8	376,1	367,9	21,3	16,6	4,8	346,5	129,4	50,0	679,3	566,3	2016 Jan.	
1 105,0	734,8	368,7	366,1	370,3	22,1	17,4	4,7	348,2	127,7	49,7	740,1	605,7	Febr.	
1 083,8	714,8	344,5	370,3	369,0	23,6	19,5	4,1	345,4	121,3	49,4	689,3	559,2	März	
1 108,9	719,0	348,0	371,0	389,9	21,5	17,4	4,1	368,5	117,7	49,4	657,2	541,5	April	
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>	
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014	
- 30,8	- 53,8	- 57,0	+ 3,2	+ 23,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 22,5	- 2,1	+ 4,7	- 124,1	- 65,8	2015	
+ 7,6	+ 11,2	- 1,2	+ 12,4	- 3,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 3,0	- 3,8	- 0,3	- 11,0	+ 6,7	2015 Aug.	
- 22,1	- 23,2	+ 2,7	+ 25,9	+ 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,0	+ 29,0	+ 7,7	Sept.	
- 2,7	- 15,5	- 12,7	- 2,8	+ 12,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 12,5	- 2,2	+ 0,2	- 32,6	- 28,7	Okt.	
- 11,5	- 33,4	- 29,2	- 4,2	+ 21,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 19,6	- 6,0	+ 0,9	+ 35,7	+ 24,6	Nov.	
- 55,2	- 18,9	- 18,0	- 0,9	- 36,4	- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 35,4	- 7,2	+ 1,5	- 66,8	- 49,3	Dez.	
+ 42,4	+ 20,1	- 1,5	+ 21,6	+ 22,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 22,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 76,2	+ 70,3	2016 Jan.	
+ 2,0	- 0,4	+ 10,9	- 11,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 1,6	- 2,2	- 0,3	+ 60,9	+ 39,1	Febr.	
- 9,5	- 8,6	- 24,2	+ 15,5	- 0,9	+ 1,5	+ 2,1	- 0,7	- 2,3	- 2,7	- 0,3	- 50,9	- 34,9	März	
+ 24,6	+ 3,7	+ 3,5	+ 0,2	+ 20,9	- 2,1	- 2,1	- 0,0	+ 23,0	- 4,0	- 0,0	- 32,0	- 18,0	April	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014	
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015	
289,0	155,5	78,2	77,3	133,5	14,2	11,7	2,5	119,4	17,9	26,4	43,9	-	2015 Juli	
298,2	160,9	82,3	78,6	137,3	13,9	11,4	2,5	123,3	14,3	26,2	43,8	-	Aug.	
301,6	168,9	94,6	74,3	132,7	14,4	11,9	2,5	118,2	14,4	26,3	44,0	-	Sept.	
298,3	166,2	91,7	74,5	132,1	14,8	12,3	2,5	117,3	13,4	26,5	42,6	-	Okt.	
293,4	159,3	90,2	69,0	134,1	11,8	9,2	2,6	122,3	14,8	26,7	44,7	-	Nov.	
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	Dez.	
294,1	170,0	101,9	68,1	124,1	11,9	9,4	2,6	112,2	14,5	26,4	40,6	-	2016 Jan.	
282,1	157,1	99,1	58,0	125,0	13,2	10,5	2,8	111,8	12,9	24,3	40,1	-	Febr.	
275,0	160,5	100,5	59,9	114,5	13,4	10,5	2,9	101,1	13,3	24,2	39,6	-	März	
274,5	161,1	102,8	58,3	113,4	13,8	10,9	2,9	99,6	13,5	24,2	37,5	-	April	
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>	
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014	
- 12,3	- 11,2	- 1,5	- 9,7	- 1,1	- 7,2	- 4,0	- 3,2	+ 6,1	- 4,0	+ 0,4	- 7,9	-	2015	
+ 11,0	+ 6,5	+ 4,1	+ 2,4	+ 4,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 4,7	- 3,6	- 0,2	+ 0,6	-	2015 Aug.	
+ 3,4	+ 8,0	+ 12,3	- 4,3	+ 4,6	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	+ 5,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,3	-	Sept.	
- 4,7	- 3,5	- 2,9	- 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 1,5	- 1,1	+ 0,2	- 1,7	-	Okt.	
- 7,8	- 8,6	- 1,5	- 7,1	+ 0,8	- 3,0	- 3,1	+ 0,1	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,4	-	Nov.	
+ 1,3	+ 8,7	+ 9,3	- 0,6	- 7,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,0	- 8,7	- 8,7	- 0,4	- 1,2	-	Dez.	
+ 2,3	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,3	- 1,3	- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 1,9	-	2016 Jan.	
- 12,1	- 12,9	- 2,8	- 10,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,5	- 1,6	- 2,1	- 0,7	-	Febr.	
- 4,2	+ 4,8	+ 1,4	+ 3,4	- 9,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 9,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	-	März	
- 0,5	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,2	- 0,1	- 2,1	-	April	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

## V. Mindestreserven

### 1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 8)	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016 März	11 475,9	114,8	114,3	570,0	455,7	0,0
April	11 548,6	115,5	115,0	623,8	508,7	0,0
Mai	.	.	.	.	.	.
Juni p)	11 630,4	116,3	115,8	...	...	...

### 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012 8)	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016 März	3 156 940	27,5	31 569	31 398	162 446	131 048	0
April r)	3 183 073	27,6	31 831	31 659	186 505	154 846	0
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni p)	3 205 801	27,6	32 058	31 887	...	...	...

#### a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben und Bausparkassen
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 914	556	1 409
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	10 230	601	1 531
2012 8)	5 388	4 696	2 477	9 626	5 262	248	871
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 479	239	906
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	6 100	226	1 127
2016 März	5 993	5 107	2 126	10 650	6 283	239	1 001
April	5 903	5 167	2 222	10 713	6 328	235	1 095
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	5 967	5 196	2 366	10 742	6 342	231	1 046

#### b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 8)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016 März	2 105 121	3 158	357 530	594 110	97 018
April	2 117 242	2 655	361 713	594 518	107 165
Mai	.	.	.	.	.
Juni	2 128 104	3 241	378 003	590 967	105 797

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren beträgt 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durch-

schnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 9 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

## VI. Zinssätze

### 1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

### 2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszins-satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszins-satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95	2016 1. Juli	–0,88
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

### 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) \*)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
<b>Hauptrefinanzierungsgeschäfte</b>						
2016 8. Juni	50 848	50 848	0,00	–	–	7
15. Juni	49 140	49 140	0,00	–	–	7
22. Juni	49 883	49 883	0,00	–	–	7
29. Juni	53 054	53 054	0,00	–	–	7
6. Juli	44 089	44 089	0,00	–	–	7
13. Juli	42 467	42 467	0,00	–	–	7
<b>Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte</b>						
2016 28. April	9 388	9 388	2) ...	–	–	91
26. Mai	6 270	6 270	2) ...	–	–	98
29. Juni	6 724	6 724	0,00	–	–	819
29. Juni	399 289	399 289	0,00	–	–	1 456
30. Juni	7 726	7 726	2) ...	–	–	91

\* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

### 4. Geldmarktsätze nach Monaten \*)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmontatsgeld	Neunmontatsgeld	Zwölfmontatsgeld
2015 Dez.	– 0,20	– 0,23	– 0,19	– 0,13	– 0,04	0,00	0,06
2016 Jan.	– 0,24	– 0,26	– 0,22	– 0,15	– 0,06	– 0,01	0,04
Febr.	– 0,24	– 0,27	– 0,25	– 0,18	– 0,12	– 0,06	– 0,01
März	– 0,29	– 0,32	– 0,31	– 0,23	– 0,13	– 0,07	– 0,01
April	– 0,34	– 0,36	– 0,34	– 0,25	– 0,14	– 0,07	– 0,01
Mai	– 0,34	– 0,36	– 0,35	– 0,26	– 0,14	– 0,08	– 0,01
Juni	– 0,33	– 0,37	– 0,36	– 0,27	– 0,16	– 0,10	– 0,03

\* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
 a) Bestände <sup>o)</sup>

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Mai	0,57	86 761	1,76	224 571	0,30	77 340	2,26	19 282
Juni	0,54	84 531	1,75	224 254	0,29	74 338	2,22	19 325
Juli	0,52	82 865	1,73	221 848	0,27	76 685	2,19	17 642
Aug.	0,51	81 011	1,71	221 355	0,26	77 081	2,17	17 717
Sept.	0,50	79 461	1,70	221 031	0,26	75 281	2,17	17 611
Okt.	0,49	78 623	1,69	220 371	0,25	74 750	2,15	17 702
Nov.	0,48	77 788	1,67	219 914	0,24	76 639	2,09	17 194
Dez.	0,46	77 515	1,66	221 625	0,22	79 591	2,04	17 364
2016 Jan.	0,45	76 746	1,64	221 432	0,22	79 489	2,00	17 335
Febr.	0,44	75 932	1,62	221 154	0,21	80 142	2,00	17 271
März	0,44	76 809	1,61	221 229	0,20	82 706	1,95	17 573
April	0,44	77 166	1,59	220 954	0,19	83 709	1,92	17 490
Mai	0,43	77 295	1,58	220 985	0,19	80 922	1,86	18 010

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte <sup>3)</sup>						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte <sup>4) 5)</sup>					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Mai	2,69	5 138	2,56	27 817	3,53	1 019 301	7,47	55 239	4,62	77 540	4,64	306 013
Juni	2,68	5 138	2,52	27 830	3,50	1 022 718	7,60	56 765	4,58	77 795	4,62	305 203
Juli	2,64	5 301	2,49	27 836	3,46	1 028 020	7,46	54 891	4,54	78 042	4,59	306 587
Aug.	2,63	5 233	2,46	27 881	3,44	1 032 080	7,46	54 768	4,51	78 424	4,56	307 560
Sept.	2,64	5 135	2,44	27 890	3,41	1 036 799	7,55	55 936	4,48	78 671	4,54	306 905
Okt.	2,62	5 160	2,41	27 887	3,38	1 041 492	7,43	54 093	4,44	79 409	4,51	307 750
Nov.	2,61	5 139	2,38	27 838	3,36	1 044 861	7,39	53 821	4,42	79 222	4,49	308 002
Dez.	2,62	5 029	2,36	27 692	3,33	1 047 658	7,38	54 838	4,39	79 345	4,46	306 514
2016 Jan.	2,61	5 011	2,34	27 438	3,30	1 047 865	7,44	52 884	4,35	79 779	4,43	307 381
Febr.	2,60	5 022	2,36	27 364	3,27	1 049 663	7,45	53 249	4,31	80 351	4,41	307 866
März	2,63	5 014	2,34	27 371	3,24	1 052 498	7,49	54 287	4,29	80 695	4,38	307 355
April	2,56	4 928	2,31	27 215	3,21	1 057 019	7,33	52 229	4,27	81 376	4,35	308 474
Mai	2,57	4 959	2,29	27 187	3,19	1 059 863	7,36	52 678	4,24	81 793	4,33	309 251

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Mai	2,91	130 402	2,45	128 043	2,91	580 567
Juni	2,89	134 307	2,43	127 057	2,88	580 448
Juli	2,80	130 434	2,43	125 698	2,85	585 342
Aug.	2,82	130 317	2,41	126 738	2,84	587 082
Sept.	2,86	132 444	2,39	126 160	2,82	585 043
Okt.	2,80	130 602	2,36	127 257	2,80	587 398
Nov.	2,82	128 922	2,33	129 015	2,78	594 272
Dez.	2,77	125 750	2,29	129 455	2,74	593 021
2016 Jan.	2,68	130 505	2,26	129 655	2,72	595 850
Febr.	2,67	134 107	2,23	130 842	2,70	598 794
März	2,65	137 421	2,20	130 530	2,67	597 332
April	2,66	136 364	2,18	131 883	2,64	601 069
Mai	2,60	136 538	2,15	132 698	2,62	605 918

\* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EUW gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen.

o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Mai	0,16	1 058 904	0,36	5 630	0,74	657	0,94	884	0,47	528 271	0,58	71 013
Juni	0,15	1 062 893	0,29	6 524	0,70	703	0,88	880	0,46	527 934	0,56	69 686
Juli	0,14	1 073 284	0,33	6 953	0,74	656	0,93	866	0,44	527 609	0,54	68 185
Aug.	0,14	1 079 170	0,32	5 546	0,65	636	0,94	879	0,43	527 949	0,52	66 653
Sept.	0,14	1 079 060	0,34	6 158	0,87	668	1,12	971	0,42	528 705	0,51	65 229
Okt.	0,15	1 089 962	0,34	5 760	0,71	793	0,90	1 088	0,41	529 980	0,49	63 966
Nov.	0,14	1 107 307	0,34	5 900	0,69	840	0,89	1 196	0,40	530 810	0,47	62 774
Dez.	0,13	1 111 065	0,28	6 140	0,50	1 161	0,97	1 379	0,39	533 865	0,45	61 900
2016 Jan.	0,12	1 117 856	0,35	7 184	0,62	1 024	1,00	1 360	0,37	534 775	0,43	60 627
Febr.	0,12	1 123 332	0,34	6 226	0,71	914	1,03	1 493	0,36	536 409	0,40	59 334
März	0,11	1 120 146	0,34	6 804	0,82	1 137	0,93	1 721	0,34	535 575	0,39	58 239
April	0,10	1 140 220	0,35	5 852	0,69	994	0,94	1 130	0,32	534 792	0,38	57 125
Mai	0,10	1 142 947	0,34	5 430	0,69	747	0,89	901	0,31	534 122	0,37	56 154

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2015 Mai	0,06	342 155	0,12	10 161	0,33	1 010	0,55	634
Juni	0,06	342 151	0,20	10 205	0,43	484	0,41	512
Juli	0,06	351 672	0,17	10 002	0,31	565	0,61	1 243
Aug.	0,06	354 182	0,11	8 622	0,30	312	0,73	305
Sept.	0,05	357 208	0,15	8 732	0,22	723	0,54	351
Okt.	0,05	373 013	0,10	10 805	0,28	798	0,43	528
Nov.	0,05	377 900	0,11	10 676	0,39	574	0,56	326
Dez.	0,04	375 456	0,07	14 914	0,36	1 338	0,57	872
2016 Jan.	0,03	370 533	0,10	9 780	0,32	1 283	0,42	489
Febr.	0,03	369 125	0,08	10 334	0,48	890	0,50	244
März	0,05	369 344	- 0,03	14 907	0,20	931	1,34	1 057
April	0,05	377 546	- 0,01	10 820	0,13	851	0,40	439
Mai	0,01	380 942	- 0,02	9 700	0,18	694	0,52	1 123

Kredite an private Haushalte																	
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)																	
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)				variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen					
		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren					
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2015 Mai	1,95	6 519	1,91	2 062	1,69	3 364	2,78	815	2,03	2 340	1,96	1 983	2,92	617	1,95	1 628	
Juni	1,95	8 380	2,02	2 716	1,69	4 215	2,74	998	2,05	3 167	2,01	2 452	2,84	771	2,04	2 119	
Juli	2,08	8 720	1,92	3 489	1,75	4 272	2,75	1 149	2,27	3 299	1,93	2 649	2,91	868	2,21	2 152	
Aug.	2,12	6 485	2,01	2 170	1,88	3 121	2,72	909	2,21	2 455	2,06	1 801	2,83	694	2,16	1 665	
Sept.	2,19	6 448	1,99	2 333	1,91	3 289	2,96	838	2,30	2 321	1,96	1 949	3,21	618	2,23	1 576	
Okt.	2,07	7 280	1,93	2 886	1,76	3 823	2,75	966	2,29	2 491	1,97	2 264	2,88	745	2,21	1 636	
Nov.	2,03	6 561	1,97	2 146	1,75	3 295	2,74	872	2,17	2 394	2,07	1 872	2,81	694	2,13	1 556	
Dez.	2,05	8 344	2,03	2 796	1,81	4 005	2,75	1 136	2,11	3 203	2,06	2 469	2,80	886	2,06	2 163	
2016 Jan.	1,96	7 252	2,01	2 816	1,68	3 753	2,63	1 054	2,11	2 445	2,04	2 153	2,70	823	2,03	1 617	
Febr.	2,05	6 669	2,10	2 300	1,87	3 388	2,64	904	2,08	2 377	2,15	2 032	2,76	690	2,05	1 528	
März	2,02	7 255	1,87	2 578	1,77	3 549	2,70	996	2,09	2 710	1,96	2 167	2,81	756	2,03	1 796	
April	2,03	6 381	1,89	2 492	1,81	3 375	2,68	981	2,09	2 025	2,02	2 079	2,87	757	2,01	1 420	
Mai	2,00	5 898	1,92	1 926	1,77	2 921	2,71	876	2,03	2 101	2,01	1 859	2,97	647	1,97	1 372	

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittssätze einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>											
2015 Mai	6,31	6,24	7 346	7,46	1 458	5,08	304	4,94	2 839	7,20	4 203
Juni	6,37	6,29	8 006	7,63	1 547	4,83	327	4,98	3 211	7,33	4 468
Juli	6,48	6,40	8 959	7,81	1 769	5,09	361	5,01	3 554	7,47	5 044
Aug.	6,34	6,26	7 313	7,71	1 263	5,33	309	4,98	3 020	7,31	3 984
Sept.	6,28	6,21	7 331	7,63	1 200	5,20	338	4,94	3 052	7,28	3 941
Okt.	6,28	6,20	7 233	7,69	1 135	5,17	309	4,88	3 104	7,36	3 820
Nov.	6,21	6,15	6 657	7,58	1 055	5,24	276	4,90	2 993	7,32	3 388
Dez.	6,03	5,97	6 067	7,30	934	5,67	316	4,78	2 867	7,19	2 884
2016 Jan.	6,44	6,37	7 338	7,52	1 426	5,59	309	4,99	2 938	7,41	4 091
Febr.	6,25	6,20	7 862	7,44	1 444	5,55	322	4,94	3 260	7,22	4 280
März	6,06	6,04	8 415	7,33	1 833	5,49	341	4,79	3 577	7,07	4 497
April	6,21	6,19	8 734	7,33	1 814	5,89	310	4,88	3 548	7,16	4 876
Mai	6,22	6,20	8 244	7,47	1 715	5,89	306	4,90	3 329	7,16	4 609
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>											
2015 Mai	.	3,30	226	.	.	2,86	23	3,69	128	2,78	75
Juni	.	3,11	301	.	.	2,86	35	3,59	156	2,50	110
Juli	.	3,44	281	.	.	2,81	28	3,93	156	2,85	97
Aug.	.	3,49	240	.	.	3,05	18	3,86	144	2,92	78
Sept.	.	3,28	238	.	.	2,52	38	3,90	116	2,78	84
Okt.	.	3,33	244	.	.	2,33	41	3,87	131	2,89	72
Nov.	.	3,58	218	.	.	2,84	23	3,90	136	3,14	59
Dez.	.	3,39	219	.	.	2,72	22	3,89	128	2,66	69
2016 Jan.	.	3,32	191	.	.	2,50	21	3,72	111	2,85	59
Febr.	.	3,51	220	.	.	2,85	33	3,84	135	3,08	52
März	.	3,29	260	.	.	2,58	25	3,71	158	2,65	77
April	.	3,49	206	.	.	2,75	13	3,80	145	2,77	48
Mai	.	3,56	202	.	.	2,69	18	3,95	135	2,79	49

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>													
2015 Mai	1,81	1,77	19 549	1,95	4 229	2,20	2 315	1,84	1 754	1,61	7 123	1,78	8 357
Juni	1,89	1,85	24 015	1,98	5 330	2,11	2 798	1,81	2 197	1,72	9 297	1,92	9 723
Juli	2,04	1,99	25 310	2,06	6 017	2,17	2 915	1,81	2 502	1,86	10 095	2,10	9 798
Aug.	2,09	2,06	19 745	2,15	4 445	2,27	2 290	1,95	1 939	1,92	7 566	2,15	7 950
Sept.	2,07	2,03	19 161	2,08	4 209	2,17	2 344	1,98	1 851	1,92	7 276	2,12	7 690
Okt.	2,07	2,05	19 874	2,04	5 455	2,11	2 577	1,99	2 125	1,94	7 230	2,14	7 942
Nov.	2,04	2,02	18 426	2,11	4 212	2,27	2 190	1,94	1 874	1,89	7 319	2,09	7 043
Dez.	1,98	1,95	19 521	2,02	4 769	2,16	2 713	1,88	2 045	1,83	7 385	2,01	7 378
2016 Jan.	2,00	1,97	18 507	2,05	5 833	2,22	2 413	1,87	2 054	1,84	6 800	2,05	7 240
Febr.	1,97	1,96	18 778	2,16	4 870	2,45	2 584	1,86	1 994	1,79	6 837	1,97	7 363
März	1,85	1,82	22 396	1,94	4 799	2,10	2 618	1,82	2 256	1,70	8 246	1,86	9 276
April	1,93	1,88	17 859	1,94	4 981	2,16	2 206	1,82	1 820	1,67	6 054	1,97	7 779
Mai	1,86	1,79	17 968	2,03	3 654	2,19	2 133	1,83	1 698	1,62	6 635	1,83	7 502
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>													
2015 Mai	.	1,68	9 274	.	.	2,16	879	1,56	849	1,54	3 669	1,74	3 877
Juni	.	1,76	11 120	.	.	2,02	1 096	1,59	1 090	1,65	4 502	1,84	4 432
Juli	.	1,91	11 976	.	.	2,15	1 134	1,69	1 314	1,80	4 906	2,03	4 622
Aug.	.	1,98	9 203	.	.	2,23	794	1,71	1 016	1,86	3 653	2,11	3 740
Sept.	.	1,96	8 434	.	.	2,13	912	1,74	878	1,87	3 334	2,07	3 310
Okt.	.	1,99	9 323	.	.	2,10	995	1,71	1 063	1,86	3 583	2,16	3 682
Nov.	.	1,94	8 245	.	.	2,21	812	1,69	888	1,83	3 378	2,05	3 167
Dez.	.	1,86	8 294	.	.	2,06	969	1,63	915	1,77	3 272	1,95	3 138
2016 Jan.	.	1,92	8 349	.	.	2,30	916	1,62	1 003	1,80	3 276	2,04	3 154
Febr.	.	1,89	7 875	.	.	2,47	987	1,62	875	1,73	3 048	1,95	2 965
März	.	1,74	9 786	.	.	2,01	1 002	1,63	1 075	1,63	3 807	1,81	3 902
April	.	1,89	7 980	.	.	2,17	848	1,53	843	1,62	2 827	2,14	3 462
Mai	.	1,71	7 343	.	.	2,08	783	1,53	752	1,54	2 804	1,81	3 004

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*; Anmerkung 12 s. S. 47\*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Mai	8,99	41 166	9,03	34 577	15,44	3 755	4,09	65 569	4,10	65 334		
Juni	9,01	43 164	9,06	36 409	15,28	3 864	4,08	68 150	4,09	67 919		
Juli	8,90	41 364	8,92	34 649	15,36	3 861	3,97	64 222	3,98	63 998		
Aug.	8,91	41 624	8,93	34 639	15,39	3 989	4,01	64 895	4,03	64 693		
Sept.	8,95	42 843	9,01	35 907	15,43	3 899	4,08	65 570	4,10	65 322		
Okt.	8,89	41 116	8,89	34 203	15,43	3 971	4,00	62 917	4,01	62 664		
Nov.	8,82	40 622	8,82	33 577	15,32	4 064	3,92	65 212	3,94	64 959		
Dez.	8,69	41 921	8,80	34 544	15,31	3 938	3,94	61 493	3,96	61 270		
2016 Jan.	8,83	40 469	8,78	33 630	15,36	4 043	3,82	65 219	3,84	65 010		
Febr.	8,82	41 049	8,81	34 005	15,36	4 071	3,79	67 167	3,80	66 930		
März	8,81	42 187	8,80	35 211	15,42	3 982	3,84	68 638	3,85	68 394		
April	8,70	40 129	8,67	33 142	15,24	4 067	3,83	66 708	3,85	66 461		
Mai	8,72	40 781	8,75	33 466	15,21	4 135	3,70	67 212	3,71	66 974		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)					
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>																
2015 Mai	1,66	50 883	1,63	16 561	2,60	6 817	2,91	1 277	1,87	1 334	1,38	33 591	1,92	1 496	1,75	6 368
Juni	1,71	68 584	1,86	19 621	2,67	8 097	2,87	1 487	1,99	1 733	1,41	43 785	1,91	2 647	1,95	10 835
Juli	1,68	69 195	1,64	24 802	2,64	8 543	2,91	1 586	2,05	1 791	1,37	45 314	1,94	2 211	1,97	9 750
Aug.	1,62	49 640	1,67	14 967	2,64	6 644	2,99	1 260	2,03	1 321	1,28	33 589	1,99	1 497	1,98	5 329
Sept.	1,84	60 340	1,82	19 271	2,78	8 061	2,91	1 323	2,08	1 333	1,56	39 892	1,69	1 704	2,11	8 027
Okt.	1,68	57 781	1,57	20 890	2,64	8 271	2,89	1 452	2,07	1 254	1,37	37 386	1,71	2 319	1,86	7 099
Nov.	1,67	51 840	1,63	16 651	2,71	7 599	2,91	1 381	2,09	1 254	1,30	32 330	1,98	2 249	1,81	7 027
Dez.	1,68	71 770	1,68	21 964	2,63	8 367	2,90	1 688	1,98	1 765	1,42	46 829	1,79	3 286	1,82	9 835
2016 Jan.	1,60	56 798	1,62	19 979	2,58	7 835	2,87	1 331	2,02	1 328	1,26	38 673	2,16	2 309	1,90	5 322
Febr.	1,54	52 765	1,61	15 300	2,71	7 805	2,78	1 310	1,93	1 160	1,20	34 426	1,42	2 142	1,67	5 922
März	1,64	62 713	1,70	19 300	2,67	8 680	2,73	1 524	1,88	1 394	1,35	41 099	1,76	2 294	1,68	7 722
April	1,55	57 589	1,60	19 803	2,60	8 290	2,74	1 645	1,82	1 410	1,23	38 162	1,56	1 933	1,68	6 149
Mai	1,47	53 170	1,55	15 321	2,59	7 987	2,73	1 363	1,85	1 338	1,11	34 259	1,55	1 651	1,64	6 572
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>																
2015 Mai	1,84	7 214	.	.	2,61	735	2,51	102	1,68	479	1,71	4 202	2,05	427	1,77	1 269
Juni	1,73	10 890	.	.	2,11	642	2,51	133	1,84	561	1,53	5 897	1,90	677	1,94	2 980
Juli	1,70	13 470	.	.	1,99	894	2,59	175	1,86	593	1,55	8 144	1,85	592	1,87	3 072
Aug.	1,65	6 913	.	.	2,14	546	2,69	128	1,86	445	1,41	4 037	1,91	302	1,93	1 455
Sept.	1,93	9 689	.	.	2,07	584	2,73	101	1,92	380	1,63	5 151	1,65	395	2,44	3 078
Okt.	1,72	9 269	.	.	1,99	722	2,53	160	1,94	448	1,60	5 036	1,83	752	1,78	2 151
Nov.	1,76	7 680	.	.	2,04	503	2,62	130	1,92	395	1,48	4 036	2,31	1 162	1,87	1 454
Dez.	1,61	13 483	.	.	1,98	636	2,57	150	1,76	539	1,47	7 249	1,84	1 438	1,67	3 471
2016 Jan.	1,65	9 419	.	.	2,01	674	2,55	125	1,89	463	1,33	6 286	3,51	656	1,93	1 215
Febr.	1,60	8 658	.	.	2,07	554	2,29	149	1,84	382	1,45	4 958	1,69	627	1,71	1 988
März	1,62	10 561	.	.	1,94	611	2,60	154	1,73	406	1,50	5 407	1,79	1 089	1,66	2 894
April	1,59	9 251	.	.	1,95	660	2,39	153	1,67	438	1,49	5 471	1,92	530	1,57	1 999
Mai	1,58	5 951	.	.	2,03	479	2,60	134	1,65	406	1,47	2 864	1,57	364	1,55	1 704

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*; Anmerkung 11 s. S. 46\*. 12 Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Soll-salden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Einschließlich echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
<b>Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1	81,0
2014 2.Vj.	2 339,8	2 266,5	538,5	345,4	291,6	226,3	736,6	66,1	61,9	73,3
3.Vj.	2 380,2	2 305,6	530,3	366,1	293,9	227,3	758,5	67,2	62,3	74,7
4.Vj.	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015 1.Vj.	2 531,6	2 454,3	517,8	411,7	305,0	239,5	845,5	70,7	64,2	77,3
2.Vj.	2 471,6	2 394,1	509,8	393,4	305,3	236,1	813,8	70,7	65,1	77,5
3.Vj.	2 485,9	2 407,4	498,1	408,3	308,8	238,7	817,7	71,0	65,0	78,5
4.Vj.	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1	81,0
2016 1.Vj.	2 592,0	2 509,3	486,8	458,8	314,3	249,2	860,6	73,6	66,0	82,7
<b>Versicherungen</b>										
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0	51,7
2014 2.Vj.	1 823,8	1 776,3	381,8	299,8	263,8	212,9	506,6	61,5	50,0	47,5
3.Vj.	1 855,8	1 807,3	375,2	316,5	266,1	213,5	523,2	62,5	50,3	48,5
4.Vj.	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015 1.Vj.	1 976,3	1 926,5	362,6	355,3	276,2	224,9	590,0	65,7	51,8	49,9
2.Vj.	1 927,0	1 877,1	355,5	339,5	276,4	221,6	565,7	65,8	52,6	49,9
3.Vj.	1 935,2	1 884,7	345,7	351,0	279,6	224,0	566,2	65,9	52,3	50,5
4.Vj.	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0	51,7
2016 1.Vj.	2 018,5	1 965,5	333,9	394,5	284,4	233,6	597,8	68,3	53,0	53,0
<b>Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1	29,3
2014 2.Vj.	516,0	490,2	156,8	45,6	27,8	13,4	230,0	4,6	11,9	25,8
3.Vj.	524,4	498,3	155,1	49,6	27,8	13,8	235,2	4,7	12,0	26,1
4.Vj.	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015 1.Vj.	555,2	527,8	155,2	56,4	28,8	14,6	255,4	4,9	12,4	27,4
2.Vj.	544,6	517,0	154,2	53,9	28,9	14,5	248,1	5,0	12,5	27,6
3.Vj.	550,7	522,7	152,4	57,2	29,1	14,7	251,6	5,0	12,7	28,0
4.Vj.	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1	29,3
2016 1.Vj.	573,5	543,8	152,9	64,3	30,0	15,5	262,8	5,2	13,0	29,7

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. \* Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2015 4.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and

pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
<b>Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)</b>									
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015	2 514,9	18,3	92,3	233,1	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	120,3
2014 2.Vj.	2 339,8	16,2	86,7	184,1	1 844,3	1 553,4	290,9	72,6	136,1
3.Vj.	2 380,2	17,6	86,3	188,0	1 861,3	1 568,1	293,3	72,6	154,4
4.Vj.	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015 1.Vj.	2 531,6	17,7	90,8	223,1	1 937,6	1 631,9	305,8	74,8	187,5
2.Vj.	2 471,6	17,9	91,1	206,2	1 942,6	1 636,5	306,1	75,0	138,8
3.Vj.	2 485,9	17,5	91,6	208,4	1 954,5	1 647,4	307,1	75,5	138,3
4.Vj.	2 514,9	18,3	92,3	233,1	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	120,3
2016 1.Vj.	2 592,0	17,7	95,4	231,7	2 011,7	1 690,7	321,0	78,0	157,4
<b>Versicherungen</b>									
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015	1 948,9	18,3	87,3	221,7	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	80,3
2014 2.Vj.	1 823,8	16,2	82,3	175,6	1 380,4	1 090,0	290,4	69,6	99,8
3.Vj.	1 855,8	17,6	81,8	179,3	1 392,5	1 099,7	292,8	69,6	115,1
4.Vj.	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015 1.Vj.	1 976,3	17,7	86,1	212,6	1 449,7	1 144,4	305,3	71,6	138,7
2.Vj.	1 927,0	17,9	86,3	196,5	1 452,9	1 147,3	305,6	71,8	101,7
3.Vj.	1 935,2	17,5	86,8	198,5	1 460,5	1 153,9	306,6	72,2	99,7
4.Vj.	1 948,9	18,3	87,3	221,7	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	80,3
2016 1.Vj.	2 018,5	17,7	90,4	220,8	1 500,8	1 180,3	320,5	74,6	114,2
<b>Pensionseinrichtungen 5)</b>									
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015	566,0	–	5,0	11,3	506,3	505,8	0,5	3,3	40,0
2014 2.Vj.	516,0	–	4,4	8,4	463,9	463,4	0,5	3,0	36,3
3.Vj.	524,4	–	4,5	8,7	468,9	468,4	0,5	3,1	39,3
4.Vj.	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015 1.Vj.	555,2	–	4,8	10,5	487,9	487,4	0,5	3,2	48,8
2.Vj.	544,6	–	4,8	9,7	489,8	489,3	0,5	3,2	37,1
3.Vj.	550,7	–	4,8	9,9	494,0	493,5	0,5	3,2	38,7
4.Vj.	566,0	–	5,0	11,3	506,3	505,8	0,5	3,3	40,0
2016 1.Vj.	573,5	–	5,0	10,9	510,9	510,4	0,5	3,4	43,2

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. \* Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2015 4.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsreuehand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

## VIII. Kapitalmarkt

### 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																	
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb											
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)							
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	–	13 723	125 772						
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	.	32 978	157 940						
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	.	56 530	116 583						
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	–	26 762	96 476	.	–	123 238	244 560					
2008	76 490	66 139	–	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	–	49 813	58 254					
2009	70 208	–	538	–	114 902	22 709	91 655	70 747	12 973	8 645	77 181	–	19 945					
2010	146 620	–	1 212	–	7 621	24 044	–	17 635	92 682	–	103 271	22 967	172 986	53 938				
2011	33 649	–	13 575	–	46 796	850	59 521	20 075	–	23 876	–	94 793	36 805	34 112	57 525			
2012	51 813	–	21 419	–	98 820	–	8 701	86 103	73 231	–	3 767	–	42 017	–	3 573	41 823	55 580	
2013	–	12 603	–	101 616	–	117 187	153	15 415	89 013	18 583	–	25 778	–	12 708	57 069	–	31 185	
2014	63 381	–	31 962	–	47 404	–	1 330	16 776	95 341	51 779	–	12 124	–	11 951	75 854	–	11 601	
2015	32 891	–	36 010	–	65 778	26 762	3 006	68 902	123 662	–	66 330	121 164	68 828	–	90 773	–	90 773	
2015 Juli	–	1 881	–	2 977	585	1 688	–	5 251	1 097	9 990	–	11 603	13 155	–	14 768	–	11 870	
Aug.	18 142	–	14 808	1 576	1 949	11 284	3 334	15 405	–	781	–	9 915	6 271	–	2 736	–	2 736	
Sept.	36 863	–	20 567	3 560	19 563	–	2 555	16 296	45 478	1 546	–	12 775	31 157	–	8 615	–	8 615	
Okt.	4 370	–	1 263	–	5 758	–	6 129	–	892	5 633	–	12 250	12 664	–	6 387	–	2 432	
Nov.	–	821	–	2 159	–	14 282	–	1 729	13 853	1 338	–	5 797	3 259	–	10 309	–	6 618	
Dez.	–	59 323	–	57 836	–	55 168	–	996	–	1 487	–	13 826	–	39 384	11 090	14 468	–	45 497
2016 Jan.	8 853	–	1 881	–	7 474	2 924	–	12 279	10 733	6 823	–	2 236	12 023	–	7 436	–	2 029	
Febr.	31 114	–	19 483	–	14 851	1 224	3 407	11 631	20 916	2 002	–	2 002	12 911	–	6 003	–	10 198	
März	26 539	–	12 729	–	1 330	4 510	6 889	13 810	26 890	1 261	–	13 401	12 228	–	351	–	351	
April	12 556	–	3 469	–	7 238	1 970	–	12 677	16 025	34 517	–	5 143	15 821	–	23 839	–	21 961	
Mai	34 876	–	29 686	–	8 729	3 993	–	16 964	5 190	17 234	–	6 102	18 093	–	5 243	–	17 642	

Mio €

Zeit	Aktien									
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb					
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu- sammen 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)			
2004	–	3 317	10 157	–	13 474	7 432	5 045	2 387	–	10 748
2005	–	32 364	13 766	–	18 597	1 036	10 208	–	9 172	31 329
2006	–	26 276	9 061	–	17 214	7 528	11 323	–	3 795	18 748
2007	–	5 009	10 053	–	15 062	–	6 702	–	55 606	57 299
2008	–	29 452	11 326	–	40 778	2 743	–	23 079	–	32 194
2009	–	35 980	23 962	–	12 018	30 496	–	8 335	–	5 484
2010	–	37 767	20 049	–	17 719	36 406	–	7 340	–	1 361
2011	–	25 833	21 713	–	4 120	40 804	–	670	–	14 971
2012	–	15 061	5 120	–	9 941	14 405	–	10 259	–	656
2013	–	21 553	10 106	–	11 447	18 344	–	11 991	–	3 209
2014	–	47 506	18 778	–	28 728	39 661	–	17 203	–	7 845
2015	–	38 855	7 668	–	31 187	24 017	–	5 421	–	14 838
2015 Juli	–	5 029	510	–	4 519	8 147	–	1 279	–	6 868
Aug.	–	962	122	–	840	1 261	–	6 693	–	299
Sept.	–	4 412	966	–	5 378	2 610	–	9 059	–	1 802
Okt.	–	1 268	903	–	365	838	–	150	–	2 106
Nov.	–	4 836	640	–	4 196	1 526	–	5 566	–	3 310
Dez.	–	5 812	1 100	–	4 712	6 195	–	4 336	–	383
2016 Jan.	–	1 294	120	–	1 414	367	–	5 901	–	1 661
Febr.	–	611	66	–	677	1 539	–	5 401	–	2 150
März	–	8 290	59	–	8 231	5 935	–	1 861	–	2 355
April	–	949	39	–	988	472	–	639	–	1 421
Mai	–	5 753	288	–	5 465	7 147	–	2 838	–	1 394

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## VIII. Kapitalmarkt

### 2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben						
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen					
<b>Brutto-Absatz 4)</b>														
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344					
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600					
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69					
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–					
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–					
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–					
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–					
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–					
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–					
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–					
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–					
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700	–					
2015 Okt.	141 457	92 061	2 675	1 210	62 892	25 285	4 253	45 143	–					
Nov.	100 701	62 684	4 141	1 158	40 780	16 605	5 567	32 450	–					
Dez.	65 645	45 949	1 436	793	32 123	11 597	8 406	11 290	–					
2016 Jan.	120 383	77 552	1 810	1 099	54 961	19 682	6 448	36 384	–					
Febr.	127 058	80 388	6 236	886	55 057	18 208	4 135	42 535	–					
März	111 271	61 483	2 722	1 030	38 521	19 209	9 240	40 548	–					
April	115 428	69 506	1 282	536	53 522	14 167	5 762	40 160	–					
Mai	109 656	67 125	3 518	355	48 486	14 766	7 177	35 353	–					
<b>darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)</b>														
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320					
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400					
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69					
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–					
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–					
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–					
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–					
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–					
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–					
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–					
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–					
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742	–					
2015 Okt.	38 693	15 655	2 170	708	2 740	10 038	1 652	21 385	–					
Nov.	33 799	16 563	1 910	1 158	6 586	6 909	4 010	13 227	–					
Dez.	14 240	5 609	36	43	1 269	4 262	6 029	2 603	–					
2016 Jan.	29 680	15 067	1 810	1 099	7 480	4 678	3 168	11 446	–					
Febr.	36 168	19 792	5 716	540	9 953	3 582	1 579	14 797	–					
März	37 922	17 301	2 209	1 030	6 745	7 317	5 178	15 444	–					
April	30 946	11 246	1 207	511	4 680	4 848	4 481	15 219	–					
Mai	36 255	17 367	2 711	55	8 707	5 895	4 908	13 980	–					
<b>Netto-Absatz 6)</b>														
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	83 293	18 768	–	22 124				
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	37 242	10 099	65 819	–	35 963			
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	20 150	44 890	15 605	55 482	–	19 208			
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	42 567	3 683	32 093	–	29 750			
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	25 165	34 074	82 653	–	31 607			
2009	76 441	–	75 554	858	–	80 646	25 579	–	48 508	–	21 037			
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	63 368	28 296	–	48 822	–	10 904		
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	44 290	32 904	–	44 852	–	5 989		
2012	–	85 298	–	100 198	–	4 177	–	3 259	–	51 099	–	2 605		
2013	–	140 017	–	125 932	–	17 364	–	3 778	–	4 027	–	3 057		
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	23 856	–	862	–	2 626		
2015	–	65 147	–	77 273	–	9 271	–	9 754	–	2 758	–	1 441		
2015 Okt.	1 738	8 310	–	674	–	652	–	5 887	–	3 749	–	279		
Nov.	4 210	–	10 065	–	3 189	–	9 889	–	9 760	–	4 483	–	15 536	
Dez.	–	81 812	–	66 259	–	610	–	1 459	–	8 176	–	56 013	–	16 984
2016 Jan.	–	6 853	–	4 029	–	3 139	–	445	–	4 467	–	3 145	–	2 324
Febr.	–	16 450	–	12 194	–	4 786	–	42	–	6 832	–	534	–	122
März	–	11 323	–	4 244	–	977	–	477	–	1 174	–	2 571	–	4 323
April	–	8 359	–	7 324	–	236	–	1 468	–	6 691	–	1 865	–	1 909
Mai	–	28 473	–	9 196	–	1 402	–	660	–	9 052	–	2 206	–	3 294

\* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

## VIII. Kapitalmarkt

### 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2015 Nov.	3 127 974	1 220 432	131 208	77 138	574 987	437 098	256 180	1 651 361	6 547
2015 Dez.	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2016 Jan.	3 039 308	1 158 202	127 460	75 234	571 278	384 231	259 936	1 621 171	6 356
2016 Febr.	3 055 758	1 170 396	132 246	75 276	578 109	384 765	260 058	1 625 304	6 356
2016 März	3 067 081	1 174 640	133 223	74 800	579 283	387 335	264 380	1 628 060	6 137
2016 April	3 058 722	1 181 964	133 459	73 331	585 974	389 200	266 289	1 610 468	5 978
2016 Mai	3 087 195	1 191 160	132 057	72 672	595 026	391 406	269 584	1 626 451	5 389

#### Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Mai 2016

bis unter 2	1 045 844	476 085	40 496	30 634	251 037	153 918	49 056	520 702	1 884
2 bis unter 4	666 273	291 696	38 794	19 562	158 579	74 762	52 734	321 844	255
4 bis unter 6	439 276	180 635	23 534	8 932	88 632	59 537	36 894	221 749	341
6 bis unter 8	306 589	85 791	15 880	6 789	34 453	28 670	25 009	195 790	1 333
8 bis unter 10	237 648	73 132	10 036	4 863	33 899	24 334	13 584	150 931	111
10 bis unter 15	123 700	29 058	3 041	1 222	11 127	13 667	15 508	79 134	498
15 bis unter 20	40 231	11 093	101	618	7 189	3 185	3 821	25 318	-
20 und darüber	227 633	43 671	175	52	10 111	33 333	72 979	110 984	967

\* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtgeführten Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtgeführten Schuldverschreibungen.

### 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	-	1 760	-	2 286	887 217		
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	-	1 443	-	3 060	-	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	1 256	-	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	974	927 256	
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	-	486	-	993	-	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	-	478	-	594	-	2 411	1 150 188	
2013	171 741	-	6 879	2 971	718	476	-	1 432	-	619	-	8 992	1 432 658	
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	-	465	-	1 044	-	1 446	1 478 063	
2015	177 416	319	4 634	397	599	-	-	1 394	-	1 385	-	2 535	1 614 442	
2015 Nov.	176 443	-	2 354	319	18	85	-	0	-	931	-	1 845	1 685 764	
2015 Dez.	177 416	973	1 081	-	23	-	-	10	-	73	-	48	1 614 442	
2016 Jan.	177 279	-	136	112	43	-	-	2	-	222	-	68	1 468 888	
2016 Febr.	177 125	-	154	52	-	1	-	0	-	63	-	144	1 435 286	
2016 März	177 113	-	12	57	-	0	-	0	-	2	-	67	1 512 940	
2016 April	176 705	-	408	31	-	34	-	281	-	2	-	188	1 528 339	
2016 Mai	175 609	-	1 097	209	14	5	-	4	-	378	-	942	1 529 297	

\* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierte Markt aufge-

hoben) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

## VIII. Kapitalmarkt

### 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016 Jan.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	1,6	2,8	141,46	115,09	464,93	9 798,11
Febr.	0,2	0,1	0,1	0,2	0,4	1,3	2,8	142,48	116,73	451,93	9 495,40
März	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	1,2	2,4	142,21	116,20	473,69	9 965,51
April	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	1,1	2,2	141,89	112,67	474,25	10 038,97
Mai	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	1,0	2,1	142,19	113,75	478,01	10 262,74
Juni	0,0	–	0,1	–	0,0	0,7	2,0	143,74	116,88	450,95	9 680,09

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

### 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer				Ausländer 5)	
		zu-sammen	Publikumsfonds		Spezial-fonds	darunter	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	übrige Sektoren 3)							
			zu-sammen	Geldmarkt-fonds				Wertpapier-fonds		Immobilien-fonds	zu-sammen	darunter ausländische Anteile			
2004	14 435	1 453	– 3 978	– 6 160	– 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	– 124	7 001	– 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	– 14 257	490	– 9 362	– 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	– 7 872	– 4 839	– 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	– 229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	– 7 911	– 14 409	– 12 171	– 11 149	799	6 498	10 509	11 315	– 16 625	– 9 252	27 940	19 761	– 8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	– 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	– 14 995	– 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 511	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 438	
2013	123 743	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 407	117 675	771	100	116 904	32 305	6 069	
2014	139 011	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	41 302	144 168	819	– 1 745	143 349	43 046	– 5 154	
2015	181 632	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 495	176 116	7 362	494	168 754	35 001	5 515	
2015 Nov.	7 478	6 401	2 786	– 176	2 186	193	3 615	1 077	8 427	1 025	– 65	7 402	1 142	– 949	
Dez.	26 600	26 955	5 428	– 248	5 262	487	21 527	– 355	25 069	– 1 935	– 2 182	27 004	1 827	1 531	
2016 Jan.	17 489	15 246	2 675	366	673	1 335	12 571	2 243	18 048	– 339	– 397	18 387	2 640	– 559	
Febr.	13 857	9 934	1 404	– 79	469	704	8 530	3 924	14 315	557	– 107	13 758	3 817	– 457	
März	11 178	7 620	1 620	– 191	657	836	6 000	3 558	12 939	1 053	915	11 886	2 643	– 1 761	
April	12 939	6 740	1 705	– 76	940	496	5 035	6 199	14 526	671	– 230	13 855	6 429	– 1 587	
Mai	12 788	11 294	5 506	– 50	1 132	4 156	5 788	1 494	12 635	887	– 65	11 748	1 559	– 154	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014					2015					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
<b>Geldvermögensbildung</b>														
Bargeld und Einlagen	4,68	- 7,30	41,49	- 4,62	- 10,85	3,71	28,11	20,52	0,15					
Schuldverschreibungen insgesamt	0,65	- 1,26	- 0,93	- 3,57	- 1,48	0,56	0,51	- 0,52	0,87					
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,56	1,62	- 0,77	0,40	- 1,06	0,93	- 1,42	0,78	0,98					
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,91	- 2,88	- 0,15	- 3,97	- 0,42	- 0,37	1,93	- 1,29	0,10					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 1,27	- 1,88	0,73	- 2,74	- 0,07	0,24	0,94	- 0,38	0,51					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,10	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,14	- 1,26	1,93	- 0,52	0,75	- 0,27	0,87	0,58	0,31					
Staat	0,07	- 0,57	- 0,41	- 2,12	- 0,28	- 0,08	0,39	- 0,44	- 0,46					
Schuldverschreibungen des Auslands	1,91	0,62	- 1,66	- 0,83	- 1,41	0,32	- 0,42	- 0,14	0,37					
Kredite insgesamt	9,45	14,24	30,19	4,76	23,01	5,79	1,29	0,11	6,50					
kurzfristige Kredite	27,76	36,06	25,03	2,25	20,39	1,61	1,10	1,93	3,21					
langfristige Kredite	- 18,32	- 21,83	5,17	2,50	2,62	4,18	0,19	- 1,82	3,29					
nachrichtlich:														
Kredite an inländische Sektoren	2,36	10,23	11,76	8,37	17,82	- 1,20	0,44	- 5,30	0,78					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	0,31	2,30	9,79	- 1,43	0,02	4,30	- 0,60	3,28					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 1,81	10,65	9,68	- 1,39	19,30	- 1,17	3,81	- 4,64	- 2,50					
Staat	0,26	0,11	- 0,22	0,03	- 0,05	- 0,05	- 0,05	- 0,05	0,00					
Kredite an das Ausland	7,09	4,01	18,44	- 3,61	5,19	6,99	0,85	5,41	5,72					
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	39,55	10,18	47,40	- 6,68	3,23	9,09	14,47	20,61	9,11					
Anteilsrechte insgesamt	31,90	20,57	31,05	3,82	- 4,92	6,27	10,59	19,11	8,66					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	8,70	- 1,62	- 10,41	- 2,76	- 16,68	1,41	1,98	2,88	- 6,00					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,95	3,78	- 2,37	3,19	- 2,59	0,34	- 0,14	0,02	0,17					
Börsennotierte Aktien des Auslands	1,41	9,31	7,25	0,30	10,12	- 0,22	- 5,02	2,37	1,60					
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	21,80	12,87	34,22	6,28	1,64	5,08	13,64	13,86	13,06					
Anteile an Investmentfonds	7,65	- 10,38	16,35	- 10,50	8,15	2,82	3,87	1,50	0,45					
Geldmarktfonds	- 0,15	0,23	0,21	- 0,08	- 0,25	0,17	- 0,06	0,35	- 0,30					
Sonstige Investmentfonds	7,80	- 10,61	16,13	- 10,41	8,40	2,65	3,93	1,15	0,75					
Versicherungstechnische Rückstellungen	3,02	1,04	1,65	0,06	0,29	0,55	0,56	0,25	2,07					
Finanzderivate	6,49	- 1,27	3,07	- 3,94	3,55	- 2,41	2,07	- 0,14	- 0,37					
Sonstige Forderungen	167,66	- 92,43	63,32	- 46,69	- 27,86	48,21	15,17	27,80	9,20					
<b>Insgesamt</b>	<b>231,49</b>	<b>- 76,81</b>	<b>186,19</b>	<b>- 60,69</b>	<b>- 10,12</b>	<b>65,50</b>	<b>62,17</b>	<b>68,63</b>	<b>27,53</b>					
<b>Außenfinanzierung</b>														
Schuldverschreibungen insgesamt	12,78	1,26	7,78	4,32	3,58	4,91	0,46	- 1,17	10,40					
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,12	- 11,63	1,96	- 0,88	1,26	- 0,04	1,01	- 0,27	2,04					
langfristige Schuldverschreibungen	13,90	12,89	5,82	5,20	2,32	4,95	- 0,55	- 0,89	8,36					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,10	4,25	1,75	0,18	0,95	2,72	- 0,72	- 1,20	4,97					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,10	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66					
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,85	4,11	2,06	0,44	1,26	1,85	- 0,44	- 0,61	3,59					
Staat	- 0,05	0,00	0,02	0,00	0,01	- 0,00	0,01	0,01	0,00					
Private Haushalte	1,50	0,20	0,46	- 0,16	0,22	0,29	0,03	- 0,07	0,73					
Schuldverschreibungen des Auslands	7,67	- 2,99	6,03	4,14	2,63	2,19	1,18	0,03	5,43					
Kredite insgesamt	27,15	- 15,51	47,95	- 12,40	28,94	17,03	- 2,13	4,10	14,68					
kurzfristige Kredite	24,45	1,96	21,17	- 9,82	8,16	14,80	- 2,94	1,16	16,55					
langfristige Kredite	2,71	- 17,47	26,77	- 2,59	20,78	2,24	0,81	2,95	- 1,88					
nachrichtlich:														
Kredite von inländischen Sektoren	- 4,64	2,51	23,34	- 0,23	22,29	6,62	- 0,74	- 4,83	3,15					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	0,31	2,30	9,79	- 1,43	0,02	4,30	- 0,60	3,28					
finanzielle Kapitalgesellschaften	12,69	13,48	15,16	- 5,33	15,91	8,19	- 1,72	- 7,22	3,50					
Staat	- 21,23	- 10,67	5,89	- 4,68	7,81	- 1,59	- 3,32	3,00	- 3,63					
Kredite aus dem Ausland	31,74	- 18,01	24,60	- 12,18	6,65	10,41	- 1,39	8,93	11,53					
Anteilsrechte insgesamt	12,04	27,88	15,04	15,43	0,05	5,40	5,89	3,69	3,25					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 4,47	- 0,97	6,66	- 4,69	- 1,81	- 3,65	0,73	11,39	- 2,71					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,02	1,59	11,05	- 0,31	17,66	- 5,34	- 6,36	5,09	- 1,14					
Staat	- 0,88	0,03	0,11	0,01	0,06	0,01	0,02	0,01	0,00					
Private Haushalte	- 8,21	2,80	3,55	1,57	- 5,43	0,61	4,95	3,43	4,61					
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,80	9,72	- 0,64	6,65	2,08	5,36	1,97	- 10,04	2,75					
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	8,70	19,13	9,02	13,46	- 0,22	3,70	3,20	2,34	3,21					
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,34	6,05	6,05	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51					
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	3,72	1,93	- 8,22	1,92	10,89	- 16,16	- 1,04	- 1,92	8,63					
Sonstige Verbindlichkeiten	19,44	- 11,43	56,92	- 19,56	28,57	18,60	0,16	9,60	8,40					
<b>Insgesamt</b>	<b>81,46</b>	<b>10,18</b>	<b>125,52</b>	<b>- 8,77</b>	<b>73,54</b>	<b>31,30</b>	<b>4,87</b>	<b>15,81</b>	<b>46,87</b>					

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2016					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
<b>Geldvermögen</b>									
Bargeld und Einlagen	411,5	406,5	463,7	406,5	387,7	397,2	432,0	463,7	455,2
Schuldverschreibungen insgesamt	45,0	49,6	47,8	49,6	48,6	48,4	48,4	47,8	48,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	5,1	6,8	6,0	6,8	5,7	6,7	5,2	6,0	7,0
langfristige Schuldverschreibungen	39,9	42,9	41,7	42,9	42,9	41,7	43,2	41,7	41,7
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	24,6	22,9	23,3	22,9	23,0	23,0	23,8	23,3	23,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	12,7	14,5	12,7	13,5	13,2	14,0	14,5	14,8
Staat	6,1	5,7	5,2	5,7	5,4	5,3	5,6	5,2	4,8
Schuldverschreibungen des Auslands	20,5	26,7	24,4	26,7	25,6	25,4	24,7	24,4	24,9
Kredite insgesamt	447,0	466,0	496,0	466,0	493,4	498,2	497,4	496,0	500,1
kurzfristige Kredite	340,0	375,8	399,7	375,8	398,6	399,5	399,6	399,7	401,6
langfristige Kredite	107,0	90,2	96,3	90,2	94,9	98,7	97,9	96,3	98,5
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	305,2	315,4	327,2	315,4	333,2	332,0	332,5	327,2	328,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,5	216,2	214,8	214,8	219,1	218,5	221,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	82,1	92,8	102,4	92,8	112,1	110,9	107,1	102,4	100,0
Staat	6,5	6,4	6,2	6,4	6,4	6,3	6,3	6,2	6,2
Kredite an das Ausland	141,8	150,5	168,8	150,5	160,2	166,1	165,0	168,8	172,1
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 810,8	1 921,5	2 101,8	1 921,5	2 150,8	2 087,2	1 979,2	2 101,8	2 036,1
Anteilsrechte insgesamt	1 672,7	1 786,0	1 949,8	1 786,0	1 999,7	1 937,2	1 829,3	1 949,8	1 885,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	275,4	262,2	273,0	262,2	290,6	274,6	239,0	273,0	248,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	5,7	10,0	6,3	10,0	7,4	7,2	5,9	6,3	6,1
Börsennotierte Aktien des Auslands	52,2	62,2	69,5	62,2	74,0	71,8	66,4	69,5	70,9
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 345,1	1 461,5	1 607,3	1 461,5	1 635,1	1 590,8	1 523,9	1 607,3	1 566,0
Anteile an Investmentfonds	138,1	135,5	151,9	135,5	151,0	150,0	149,8	151,9	151,1
Geldmarktfonds	1,1	1,2	1,4	1,2	0,9	1,1	1,0	1,4	1,0
Sonstige Investmentfonds	137,0	134,4	150,6	134,4	150,1	149,0	148,8	150,6	150,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	46,1	47,3	48,7	47,3	47,6	48,0	48,3	48,7	50,9
Finanzderivate	16,8	22,7	24,0	22,7	25,9	23,0	24,6	24,0	23,2
Sonstige Forderungen	891,1	857,9	929,5	857,9	900,0	927,0	922,0	929,5	922,9
<b>Insgesamt</b>	<b>3 668,4</b>	<b>3 771,4</b>	<b>4 111,5</b>	<b>3 771,4</b>	<b>4 054,0</b>	<b>4 028,9</b>	<b>3 952,0</b>	<b>4 111,5</b>	<b>4 037,3</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>									
Schuldverschreibungen insgesamt	138,9	150,9	156,8	150,9	159,5	157,2	158,1	156,8	173,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	13,4	1,8	3,0	1,8	2,3	2,3	3,3	3,0	5,1
langfristige Schuldverschreibungen	125,4	149,1	153,7	149,1	157,1	154,9	154,8	153,7	168,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	51,1	60,1	58,6	60,1	62,6	62,7	60,7	58,6	65,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,8	39,8	39,9	39,8	42,0	42,8	41,3	39,9	45,9
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,6	15,8	15,0	15,8	16,4	15,3	15,2	15,0	15,6
Schuldverschreibungen des Auslands	87,8	90,7	98,1	90,7	96,9	94,5	97,4	98,1	107,3
Kredite insgesamt	1 418,5	1 388,8	1 439,5	1 388,8	1 422,6	1 439,0	1 436,6	1 439,5	1 451,4
kurzfristige Kredite	494,2	496,2	517,8	496,2	508,5	522,0	517,8	517,8	532,5
langfristige Kredite	924,2	892,6	921,7	892,6	914,1	917,1	918,8	921,7	918,9
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 098,7	1 083,3	1 104,9	1 083,3	1 105,3	1 112,1	1 112,3	1 104,9	1 108,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,5	216,2	214,8	214,8	219,1	218,5	221,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	821,1	814,5	828,3	814,5	831,1	839,6	838,0	828,3	828,6
Staat	61,0	52,6	58,0	52,6	59,4	57,7	55,1	58,0	57,7
Kredite aus dem Ausland	319,8	305,5	334,6	305,5	317,3	326,9	324,3	334,6	343,3
Anteilsrechte insgesamt	2 436,6	2 542,2	2 670,9	2 542,2	2 860,2	2 715,7	2 484,8	2 670,9	2 567,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	571,9	570,0	626,4	570,0	681,4	625,1	551,6	626,4	585,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	120,3	133,9	150,1	133,9	181,9	159,4	130,8	150,1	140,3
Staat	35,2	35,2	43,4	35,2	42,9	39,5	41,1	43,4	41,5
Private Haushalte	146,6	148,7	166,2	148,7	173,4	158,8	146,5	166,2	161,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	670,8	719,9	756,3	719,9	839,8	789,6	693,2	756,3	724,7
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 194,0	1 252,3	1 288,3	1 252,3	1 339,0	1 301,0	1 240,0	1 288,3	1 257,5
Versicherungstechnische Rückstellungen	243,9	249,9	256,0	249,9	251,5	253,0	254,5	256,0	257,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	37,3	54,0	42,0	54,0	63,9	46,6	44,7	42,0	49,8
Sonstige Verbindlichkeiten	964,8	985,6	1 051,6	985,6	1 037,2	1 023,9	1 025,4	1 051,6	1 044,3
<b>Insgesamt</b>	<b>5 240,0</b>	<b>5 371,4</b>	<b>5 616,8</b>	<b>5 371,4</b>	<b>5 794,9</b>	<b>5 635,4</b>	<b>5 404,0</b>	<b>5 616,8</b>	<b>5 543,5</b>

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014					2015					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
<b>Geldvermögensbildung</b>														
Bargeld und Einlagen	63,87	85,60	85,21	40,18	14,61	31,14	8,49	30,98	8,12					
Bargeld	8,08	15,42	14,05	6,88	4,12	7,18	3,01	0,26	2,42					
Einlagen insgesamt	55,79	70,18	71,16	33,30	10,49	23,96	5,48	31,24	5,70					
Sichteinlagen	89,41	73,84	100,96	33,62	19,30	34,43	15,01	32,22	7,24					
Termineinlagen	- 9,78	8,74	- 9,22	4,12	- 2,32	- 3,12	- 4,21	0,44	0,83					
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 23,85	- 12,41	- 20,58	- 4,44	- 6,49	- 7,35	- 5,32	- 1,43	- 2,37					
Schuldverschreibungen insgesamt	- 17,81	- 18,00	- 17,40	- 5,89	- 7,38	- 5,09	- 1,87	- 3,07	- 1,76					
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,36	- 0,67	0,75	- 0,32	0,29	0,31	0,28	- 0,13	0,10					
langfristige Schuldverschreibungen	- 17,45	- 17,33	- 18,16	- 5,57	- 7,66	- 5,40	- 2,14	- 2,95	- 1,86					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 14,86	- 15,08	- 9,34	- 4,25	- 4,76	- 2,98	- 0,16	- 1,45	1,08					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,24	0,02	0,39	- 0,23	0,21	0,23	0,02	- 0,07	0,67					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 12,46	- 12,52	- 6,80	- 3,58	- 4,05	- 2,40	0,44	- 0,78	0,74					
Staat	- 3,64	- 2,58	- 2,93	- 0,44	- 0,91	- 0,81	- 0,61	- 0,60	- 0,33					
Schuldverschreibungen des Auslands	- 2,94	- 2,93	- 8,06	- 1,64	- 2,62	- 2,11	- 1,71	- 1,62	- 2,84					
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	9,63	36,87	46,39	10,43	4,53	10,53	16,85	14,48	15,67					
Anteilsrechte insgesamt	- 0,41	12,17	15,03	3,95	- 6,26	2,87	11,73	6,69	10,26					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 5,63	4,61	4,06	1,79	- 6,53	1,13	6,67	2,79	6,59					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,29	2,69	3,77	1,55	- 5,50	0,49	6,03	2,76	4,52					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,35	1,93	0,28	- 4,25	- 1,03	0,64	0,64	0,03	2,07					
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,99	3,70	6,75	1,06	0,66	0,80	3,00	2,30	1,65					
Übrige Anteilsrechte 1)	2,24	3,86	4,22	1,10	- 0,39	0,95	2,07	1,60	2,02					
Anteile an Investmentfonds	10,04	24,70	31,36	6,49	10,79	7,66	5,12	7,79	5,41					
Geldmarktfonds	- 0,30	- 0,34	- 0,57	0,12	- 0,16	- 0,02	- 0,10	- 0,30	- 0,30					
Sonstige Investmentfonds	10,34	25,04	31,93	6,37	10,95	7,68	5,22	8,09	5,71					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	26,02	24,46	19,75	5,88	5,63	5,07	4,93	4,12	5,70					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	30,40	33,33	7,67	16,20	8,99	5,28	2,87	19,32					
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	19,39	28,83	28,31	7,31	6,19	4,09	6,21	11,82	3,49					
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Sonstige Forderungen 2)	9,76	- 34,02	- 15,91	- 25,03	11,75	- 10,21	0,02	- 17,47	8,37					
<b>Insgesamt</b>	<b>142,56</b>	<b>154,13</b>	<b>179,68</b>	<b>40,55</b>	<b>51,53</b>	<b>44,53</b>	<b>39,90</b>	<b>43,72</b>	<b>58,91</b>					
<b>Außenfinanzierung</b>														
Kredite insgesamt	11,96	19,31	38,41	4,18	3,59	11,78	14,56	8,48	6,23					
kurzfristige Kredite	- 3,31	- 1,98	- 3,17	- 2,04	1,00	- 1,26	- 1,51	- 1,40	- 0,42					
langfristige Kredite	15,27	21,29	41,58	6,22	2,59	13,04	16,07	9,88	6,64					
nachrichtlich:														
Wohnungsbaukredite	18,89	23,58	35,84	8,33	2,30	10,24	13,76	9,53	4,51					
Konsumentenkredite	- 0,30	1,21	5,44	- 1,71	1,57	2,15	1,40	0,32	2,11					
Gewerbliche Kredite	- 6,64	- 5,49	- 2,88	- 2,44	- 0,29	- 0,61	- 0,60	- 1,38	- 0,38					
nachrichtlich:														
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,60	18,87	39,35	4,17	3,27	11,60	15,09	9,38	5,24					
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	- 0,60	0,43	- 0,94	0,01	0,32	0,18	- 0,53	- 0,90	0,99					
Kredite vom Staat und Ausland	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,01	0,78	0,31	0,31	0,25	0,05	- 0,01	0,02	0,17					
<b>Insgesamt</b>	<b>11,94</b>	<b>20,09</b>	<b>38,72</b>	<b>4,49</b>	<b>3,84</b>	<b>11,83</b>	<b>14,55</b>	<b>8,50</b>	<b>6,40</b>					

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014					2015					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
<b>Geldvermögen</b>														
Bargeld und Einlagen	1 910,8	1 997,9	2 083,1	1 997,9	2 012,5	2 043,6	2 052,1	2 083,1	2 091,3					
Bargeld	112,0	127,5	141,5	127,5	131,6	138,8	141,8	141,5	143,9					
Einlagen insgesamt	1 798,8	1 870,4	1 941,6	1 870,4	1 880,9	1 904,8	1 910,3	1 941,6	1 947,4					
Sichteinlagen	907,8	981,4	1 082,4	981,4	1 000,6	1 035,1	1 050,1	1 082,4	1 089,8					
Termineinlagen	245,9	256,4	246,8	256,4	254,0	250,9	246,4	246,8	248,3					
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	645,1	632,7	612,4	632,7	626,2	618,9	613,8	612,4	609,3					
Schuldverschreibungen insgesamt	179,0	162,2	139,8	162,2	156,8	149,2	144,0	139,8	137,1					
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,7	2,1	2,9	2,1	2,4	2,7	3,0	2,9	2,9					
langfristige Schuldverschreibungen	176,3	160,1	136,9	160,1	154,3	146,5	141,0	136,9	134,2					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	116,9	102,4	89,4	102,4	98,6	94,3	92,2	89,4	89,6					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	14,2	14,1	13,4	14,1	14,8	13,7	13,5	13,4	13,9					
finanzielle Kapitalgesellschaften	90,7	78,7	69,5	78,7	75,1	72,9	71,5	69,5	69,4					
Staat	12,0	9,6	6,5	9,6	8,7	7,8	7,1	6,5	6,3					
Schuldverschreibungen des Auslands	62,0	59,8	50,3	59,8	58,2	54,9	51,8	50,3	47,6					
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	885,9	951,4	1 040,7	951,4	1 051,1	1 018,4	982,1	1 040,7	1 024,3					
Anteilsrechte insgesamt	487,6	508,9	555,9	508,9	563,4	537,0	518,3	555,9	544,9					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	167,4	169,7	188,9	169,7	197,9	179,6	168,4	188,9	181,8					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	140,4	142,1	158,7	142,1	165,4	151,1	140,2	158,7	154,1					
finanzielle Kapitalgesellschaften	26,9	27,6	30,3	27,6	32,5	28,5	28,2	30,3	27,6					
Börsennotierte Aktien des Auslands	55,8	64,0	74,8	64,0	74,6	71,7	67,9	74,8	73,1					
Übrige Anteilsrechte 1)	264,4	275,3	292,2	275,3	290,9	285,7	282,0	292,2	290,1					
Anteile an Investmentfonds	398,3	442,5	484,8	442,5	487,7	481,3	463,8	484,8	479,3					
Geldmarktfonds	4,4	4,0	3,4	4,0	3,8	3,8	3,7	3,4	3,1					
Sonstige Investmentfonds	393,8	438,5	481,4	438,5	483,8	477,5	460,1	481,4	476,3					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	291,3	307,3	323,0	307,3	311,5	315,7	319,8	323,0	328,7					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	847,3	885,6	922,5	885,6	903,1	912,9	918,8	922,5	941,7					
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	708,3	745,6	777,9	745,6	753,2	758,2	765,2	777,9	781,4					
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					
Sonstige Forderungen 2)	36,7	35,8	34,8	35,8	35,6	35,5	35,1	34,8	34,6					
<b>Insgesamt</b>	<b>4 859,4</b>	<b>5 085,8</b>	<b>5 321,8</b>	<b>5 085,8</b>	<b>5 223,8</b>	<b>5 233,4</b>	<b>5 217,1</b>	<b>5 321,8</b>	<b>5 339,2</b>					
<b>Verbindlichkeiten</b>														
Kredite insgesamt	1 549,6	1 569,2	1 605,6	1 569,2	1 571,6	1 583,1	1 597,3	1 605,6	1 612,2					
kurzfristige Kredite	66,4	64,6	60,9	64,6	65,6	64,1	62,6	60,9	60,5					
langfristige Kredite	1 483,2	1 504,7	1 544,7	1 504,7	1 506,0	1 519,0	1 534,7	1 544,7	1 551,7					
nachrichtlich:														
Wohnungsbaukredite	1 092,9	1 116,8	1 152,7	1 116,8	1 119,0	1 129,5	1 142,9	1 152,7	1 157,3					
Konsumentenkredite	188,7	188,9	191,9	188,9	189,2	191,2	192,2	191,9	194,0					
Gewerbliche Kredite	268,0	263,6	260,9	263,6	263,3	262,5	262,1	260,9	260,9					
nachrichtlich:														
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 458,4	1 477,6	1 514,9	1 477,6	1 479,6	1 491,0	1 505,7	1 514,9	1 520,5					
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,2	91,7	90,7	91,7	92,0	92,2	91,6	90,7	91,7					
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					
Sonstige Verbindlichkeiten	15,6	16,5	16,5	16,5	17,5	17,3	17,5	16,5	17,2					
<b>Insgesamt</b>	<b>1 565,2</b>	<b>1 585,7</b>	<b>1 622,1</b>	<b>1 585,7</b>	<b>1 589,1</b>	<b>1 600,4</b>	<b>1 614,8</b>	<b>1 622,1</b>	<b>1 629,4</b>					

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
<b>Finanzierungssaldo <sup>1)</sup></b>										
2010	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,6
2012 p)	- 2,7	- 16,3	- 7,4	+ 2,7	+ 18,3	- 0,1	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7
2013 p)	- 3,8	- 7,7	- 3,2	+ 1,7	+ 5,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2014 p)	+ 8,4	+ 8,6	- 0,8	- 2,8	+ 3,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1
2015 ts)	+ 19,6	+ 10,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 4,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
2014 1.Hj. p)	+ 10,8	+ 1,7	- 0,7	+ 3,3	+ 6,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5
2.Hj. p)	- 2,4	+ 6,9	- 0,0	- 6,1	- 3,2	- 0,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2
2015 1.Hj. ts)	+ 13,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 5,0	+ 3,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
2.Hj. ts)	+ 6,1	+ 7,4	- 0,2	- 2,2	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
<b>Schuldenstand <sup>2)</sup></b>										
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende</b>										
2010	2 089,9	1 335,2	629,7	143,0	1,3	81,0	51,7	24,4	5,5	0,1
2011	2 116,8	1 342,3	644,1	146,8	1,3	78,3	49,7	23,8	5,4	0,0
2012 p)	2 193,3	1 386,6	672,3	151,0	1,2	79,6	50,3	24,4	5,5	0,0
2013 p)	2 177,8	1 389,6	650,7	153,5	1,3	77,2	49,3	23,1	5,4	0,0
2014 p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,7	47,9	22,1	5,3	0,0
2015 p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,2	45,3	21,4	5,1	0,0
2014 1.Vj. p)	2 168,9	1 386,8	646,5	153,3	1,2	76,1	48,6	22,7	5,4	0,0
2.Vj. p)	2 175,8	1 395,3	644,6	154,0	1,1	75,8	48,6	22,4	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 176,6	1 391,4	647,1	154,3	1,1	75,2	48,1	22,4	5,3	0,0
4.Vj. p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,7	47,9	22,1	5,3	0,0
2015 1.Vj. p)	2 185,8	1 399,3	653,5	154,3	1,4	74,4	47,6	22,2	5,3	0,0
2.Vj. p)	2 152,0	1 382,7	633,8	153,8	1,4	72,6	46,6	21,4	5,2	0,0
3.Vj. p)	2 154,1	1 377,2	641,9	154,3	1,5	72,0	46,0	21,4	5,2	0,0
4.Vj. p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,2	45,3	21,4	5,1	0,0
2016 1.Vj. p)	2 167,5	1 384,9	643,6	155,9	1,2	71,1	45,4	21,1	5,1	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

### 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen \*)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt <sup>1)</sup>
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
<b>Mrd €</b>												
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	1 219,2	634,5	203,5	63,9	59,4	258,0	- 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	67,5	61,4	237,2	- 25,9	1 045,6
2012 p)	1 222,1	623,9	454,2	144,0	1 224,8	644,4	212,9	63,1	62,2	242,3	- 2,7	1 082,6
2013 p)	1 252,4	642,0	464,9	145,5	1 256,2	665,7	218,6	56,0	63,5	252,4	- 3,8	1 111,3
2014 p)	1 299,6	665,1	481,9	152,5	1 291,2	691,1	224,6	51,5	63,2	260,8	+ 8,4	1 151,5
2015 ts)	1 350,7	698,1	500,8	151,8	1 331,1	722,9	229,6	48,0	66,6	264,1	+ 19,6	1 204,4
<b>in % des BIP</b>												
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	47,3	24,6	7,9	2,5	2,3	10,0	- 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	2,5	2,3	8,8	- 1,0	38,7
2012 p)	44,4	22,6	16,5	5,2	44,5	23,4	7,7	2,3	2,3	8,8	- 0,1	39,3
2013 p)	44,4	22,8	16,5	5,2	44,5	23,6	7,8	2,0	2,3	8,9	- 0,1	39,4
2014 p)	44,6	22,8	16,5	5,2	44,3	23,7	7,7	1,8	2,2	8,9	+ 0,3	39,5
2015 ts)	44,6	23,1	16,6	5,0	44,0	23,9	7,6	1,6	2,2	8,7	+ 0,6	39,8
<b>Zuwachsraten in %</b>												
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 1,7	+ 1,9	+ 14,8	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,3	- 8,1	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	- 6,5	+ 1,4	+ 2,1	.	+ 3,5
2013 p)	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,7	- 11,2	+ 2,1	+ 4,2	.	+ 2,6
2014 p)	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,7	- 8,1	- 0,5	+ 3,3	.	+ 3,6
2015 ts)	+ 3,9	+ 5,0	+ 3,9	- 0,5	+ 3,1	+ 4,6	+ 2,2	- 6,8	+ 5,3	+ 1,3	.	+ 4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. \* Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,4	551,1	+ 3,2	1 245,1	1 236,8	+ 8,4
2013 1.Vj. p)	178,0	148,6	2,6	187,8	53,7	74,9	22,5	6,0	2,9	- 9,8	128,5	132,3	- 3,8	281,3	294,9	- 13,6
2.Vj. p)	193,8	155,3	4,8	185,0	54,7	68,7	14,2	8,5	8,0	+ 8,8	133,1	132,6	+ 0,5	302,0	292,7	+ 9,4
3.Vj. p)	183,8	151,8	2,4	192,3	55,2	70,9	20,1	11,6	3,2	- 8,5	131,6	132,6	- 1,0	290,4	299,9	- 9,5
4.Vj. p)	204,7	164,2	4,6	207,5	60,8	71,0	10,0	15,4	8,3	- 2,8	142,7	134,2	+ 8,5	321,9	316,2	+ 5,7
2014 1.Vj. p)	188,2	153,6	2,0	193,9	56,7	77,9	20,0	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	296,0	305,0	- 9,0
2.Vj. p)	193,1	157,4	2,2	188,1	56,9	71,8	9,8	9,8	8,2	+ 5,0	136,4	135,8	+ 0,6	304,5	299,0	+ 5,6
3.Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,5	57,1	71,2	17,7	11,3	4,0	- 1,4	136,3	137,4	- 1,1	303,1	305,5	- 2,4
4.Vj. p)	219,0	174,9	3,5	211,8	65,4	73,5	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,6	327,6	+ 14,0
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	208,5	167,7	1,5	185,4	59,5	73,2	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,2	302,0	+ 23,2
3.Vj. p)	202,7	159,0	3,8	197,9	62,3	70,9	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	- 2,1	318,0	315,5	+ 2,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

### 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,2	+ 2,0	218,7	218,8	- 0,1
2015 p)	338,2	326,4	+ 11,8	353,9	349,2	+ 4,7	232,7	229,1	+ 3,6
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,4	+ 3,4
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,1	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	88,6	- 2,9	60,3	57,9	+ 2,4
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	50,0	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,8	52,0	+ 2,8
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,4	- 0,5
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,0	61,0	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4.Vj. p)	91,4	83,3	+ 8,1	94,1	96,6	- 2,6	69,0	65,9	+ 3,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabfuhrung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772	
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241	
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638	
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803	
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577	
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	- 6 908	6 754	
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433	
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633	
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	- 392	7 558	
4.Vj.	177 978	156 200	84 089	64 613	7 499	29 461	- 7 684	6 618	
2016 1.Vj.	170 358	144 841	74 113	61 972	8 755	17 121	+ 8 396	6 488	
2015 April	.	40 632	21 101	16 860	2 671	.	.	2 211	
2015 Mai	.	42 348	22 837	16 922	2 589	.	.	2 211	
2016 April	.	43 471	23 512	18 425	1 533	.	.	2 171	
2016 Mai	.	45 095	24 615	18 342	2 138	.	.	2 171	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

### 6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlagen 6)				
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265	1 339	10 701
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673	1 294	10 051
2015 April	43 476	16 603	14 701	1 154	- 1 217	1 964	15 560	11 093	4 467	1 491	7 691	1 684	447	2 843
2015 Mai	44 903	16 050	13 532	126	430	1 962	18 535	14 212	4 323	264	8 154	1 535	364	2 555
2016 April	46 346	17 704	15 408	947	- 345	1 694	16 490	12 248	4 242	1 700	8 187	1 833	432	2 875
2016 Mai	47 665	17 925	13 737	329	1 141	2 717	18 530	14 366	4 164	256	8 862	1 716	375	2 570

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2015: 52,3/45,5/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2015: 22,4/77,6. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	14 921	15 930	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	.	11 249	6 290	2 801	60 396	45 752	13 215
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	- 1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	3 683	4 278	2 187	2 361	1 465	470	937	.	2 561	1 617	660	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 981	3 714	2 436	2 108	1 643	496	1 102	.	3 021	1 335	672	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	5 034	4 155	1 972	1 883	1 678	534	930	.	2 906	1 670	689	14 561	11 339	2 899
2016 1.Vj.	4 620	2 722	3 979	5 946	2 489	1 685	565	547	.	3 217	1 668	787	15 639	12 090	3 121
2015 April	2 927	1 328	964	689	860	569	138	216	.	842	629	213	.	.	.
Mai	3 311	1 239	1 139	844	713	495	184	231	.	824	484	227	.	.	.
2016 April	3 094	1 599	1 036	719	817	579	142	203	.	974	627	232	.	.	.
Mai	3 352	1 691	1 230	927	772	514	179	197	.	975	503	238	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

### 8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versi- cherung der Rentner							
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	+ 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. \* Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben 6)
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. \* Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltssicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

### 10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)		Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	29 056	28 939	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. \* Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

### 12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142
2016 1.Vj.	+ 61 941	+ 10 993	+ 8 501	- 19 345

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

### 13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2009	1 781 987	4 440	556 202	188 858	134 956	897 531
2010	2 089 946	4 440	691 199	208 244	133 531	1 052 532
2011	2 116 832	4 440	631 193	208 005	120 689	1 152 505
2012	2 193 258	4 440	634 707	200 406	140 259	1 213 445
2013	2 177 830	4 440	625 050	190 921	144 951	1 212 468
2014 p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905	1 239 089
2015 p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358	1 136 465
2013 1.Vj.	2 183 148	4 440	627 633	194 817	144 972	1 211 286
2.Vj.	2 182 551	4 440	620 339	201 034	136 826	1 219 912
3.Vj.	2 162 541	4 440	621 661	191 759	142 018	1 202 663
4.Vj.	2 177 830	4 440	625 050	190 921	144 951	1 212 468
2014 1.Vj. p)	2 168 893	4 440	622 203	190 620	131 109	1 220 521
2.Vj. p)	2 175 778	4 440	619 901	189 862	131 186	1 230 389
3.Vj. p)	2 176 615	4 440	621 869	189 118	127 758	1 233 431
4.Vj. p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905	1 239 089
2015 1.Vj. p)	2 185 757	12 335	620 410	189 242	136 092	1 227 678
2.Vj. p)	2 152 027	34 310	606 650	187 345	137 223	1 186 499
3.Vj. p)	2 154 069	54 990	610 635	188 220	138 513	1 161 710
4.Vj. p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358	1 136 465
2016 1.Vj. p)	2 167 478	100 051	600 501	183 172	150 139	1 133 614

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
<b>Gebietskörperschaften</b>												
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 903	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 606	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 254	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 806	70	113 198	4 440	2
2013	1 816 017	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 429	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj.	1 809 286	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 383	21	110 476	4 440	2
2.Vj.	1 821 829	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	285 729	16	110 859	4 440	2
3.Vj.	1 818 450	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	280 889	16	110 147	4 440	2
4.Vj.	1 822 276	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	281 984	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj. p)	1 821 447	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 067	42	111 561	4 440	2
2.Vj. p)	1 806 385	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	270 776	42	110 944	4 440	2
3.Vj. p)	1 810 270	26 213	424 534	256 613	1 677	715 763	1 106	269 138	42	110 741	4 440	2
4.Vj. p)	1 811 144	19 735	429 513	246 940	1 305	725 236	1 070	271 419	42	111 442	4 440	2
2016 1.Vj. p)	1 824 906	22 658	426 579	240 281	1 205	730 491	1 051	287 519	42	110 638	4 440	2
<b>Bund 7) 8)</b>												
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	-	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	-	8 373	4 440	2
3.Vj.	1 119 670	24 157	98 087	256 613	1 677	713 766	1 106	11 776	-	8 046	4 440	2
4.Vj.	1 113 741	18 536	96 389	246 940	1 305	723 238	1 070	13 825	-	7 996	4 440	2
2016 1.Vj.	1 124 734	20 869	98 232	240 281	1 205	728 457	1 051	22 533	-	7 664	4 440	2
<b>Länder</b>												
2010	528 696	1 176	265 631	.	.	.	.	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 870	1 975	283 601	.	.	.	.	154 844	62	97 387	.	1
2012	540 836	950	299 750	.	.	.	.	138 698	52	101 386	.	1
2013	545 814	125	313 412	.	.	.	.	133 899	35	98 343	.	1
2014 1.Vj.	540 134	261	309 346	.	.	.	.	132 020	10	98 495	.	1
2.Vj.	542 656	1 098	314 024	.	.	.	.	128 616	5	98 913	.	1
3.Vj.	546 756	856	322 362	.	.	.	.	125 257	5	98 276	.	1
4.Vj.	549 692	0	326 188	.	.	.	.	124 802	5	98 697	.	1
2015 1.Vj. p)	547 175	1 821	323 055	.	.	.	.	123 632	5	98 662	.	1
2.Vj. p)	537 972	2 040	320 492	.	.	.	.	117 313	5	98 121	.	1
3.Vj. p)	543 326	2 056	326 447	.	.	.	.	116 573	5	98 245	.	1
4.Vj. p)	550 085	1 199	333 124	.	.	.	.	116 761	5	98 996	.	1
2016 1.Vj. p)	551 943	1 789	328 347	.	.	.	.	123 278	5	98 524	.	1
<b>Gemeinden 9)</b>												
2010	128 740	.	-	.	.	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	.	-	.	.	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013	137 697	.	-	.	.	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj.	140 198	.	-	.	.	1 046	.	135 811	11	3 330	.	.
2.Vj.	140 719	.	-	.	.	1 046	.	136 332	11	3 330	.	.
3.Vj.	141 274	.	-	.	.	1 046	.	136 888	11	3 330	.	.
4.Vj.	142 456	.	-	.	.	1 297	.	136 674	37	4 448	.	.
2015 1.Vj. p)	147 230	.	-	.	.	1 597	.	141 146	37	4 450	.	.
2.Vj. p)	146 776	.	-	.	.	1 847	.	140 442	37	4 450	.	.
3.Vj. p)	147 274	.	-	.	.	1 997	.	140 790	37	4 450	.	.
4.Vj. p)	147 318	.	-	.	.	1 997	.	140 834	37	4 450	.	.
2016 1.Vj. p)	148 229	.	-	.	.	2 034	.	141 708	37	4 450	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Wäh-

rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 9 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2014			2015			2016						
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	3.Vj.		4.Vj.		1.Vj.		
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
<b>Preisbereinigt, verkettet</b>													
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	106,3	108,1	110,2	0,4	1,6	2,0	1,6	1,1	1,1	2,2	2,3	2,3	0,5
Baugewerbe	101,3	104,0	104,0	- 1,2	2,6	0,0	0,2	- 0,4	- 2,2	- 0,6	- 0,4	2,6	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	103,9	105,2	106,7	- 2,4	1,3	1,4	0,7	1,5	1,7	1,3	1,4	1,3	1,2
Information und Kommunikation	122,6	125,5	129,6	6,0	2,4	3,3	2,5	2,4	2,2	3,5	3,4	3,9	2,3
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	99,1	99,8	98,8	0,5	0,6	- 1,0	- 0,0	0,2	0,0	- 1,2	- 2,0	- 0,7	2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	102,6	103,6	105,0	1,4	1,0	1,3	1,0	0,9	0,9	1,2	1,4	1,7	0,9
Unternehmensdienstleister <sup>1)</sup>	104,0	106,6	109,2	0,6	2,4	2,5	2,6	2,2	1,8	2,7	2,2	3,4	1,8
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,6	103,7	105,2	0,6	1,0	1,5	0,7	1,2	1,4	1,7	1,7	1,3	0,7
Sonstige Dienstleister	98,4	98,5	98,9	- 0,9	0,1	0,4	- 0,0	0,0	- 0,1	0,3	0,1	1,2	0,3
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>104,4</b>	<b>106,0</b>	<b>107,6</b>	<b>0,3</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,3</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>	<b>1,9</b>	<b>1,0</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>104,4</b>	<b>106,1</b>	<b>107,9</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>	<b>1,3</b>
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	103,0	103,9	106,1	0,6	0,9	2,0	0,5	1,6	2,3	1,7	2,2	1,9	1,8
Konsumausgaben des Staates	103,0	104,8	107,4	0,8	1,7	2,5	1,8	2,0	2,1	2,4	2,4	3,0	2,7
Ausrüstungen	101,6	106,3	111,4	- 2,3	4,5	4,8	3,8	2,3	3,9	3,4	5,4	6,3	2,4
Bauten	107,5	110,7	111,0	- 1,1	2,9	0,3	- 0,0	1,1	- 2,2	- 0,0	0,2	3,2	1,9
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	106,3	109,7	112,5	- 0,3	3,1	2,6	3,7	3,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,2
Vorratsveränderungen <sup>5) 6)</sup>	.	.	.	0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,9	- 0,3	- 0,4	- 1,0	- 0,3	- 0,4	- 0,1
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>102,7</b>	<b>104,1</b>	<b>105,7</b>	<b>0,8</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>	<b>0,0</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>0,8</b>	<b>1,9</b>	<b>2,3</b>	<b>2,0</b>
<b>Außenbeitrag <sup>6)</sup></b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>- 0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,2</b>	<b>1,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,9</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>- 0,5</b>
Exporte	113,0	117,6	123,9	1,6	4,0	5,4	4,7	4,4	4,8	6,5	5,2	5,0	1,5
Importe	109,9	114,0	120,7	3,1	3,7	5,8	2,4	4,6	5,8	5,4	6,2	5,9	3,1
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>104,4</b>	<b>106,1</b>	<b>107,9</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>	<b>1,3</b>
<b>In jeweiligen Preisen (Mrd €)</b>													
<b>III. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	1 562,7	1 592,2	1 634,8	1,9	1,9	2,7	1,5	2,3	2,6	2,6	2,9	2,6	2,4
Konsumausgaben des Staates	541,9	564,0	586,8	3,7	4,1	4,0	4,1	4,0	3,5	4,0	3,8	4,7	4,9
Ausrüstungen	181,3	189,8	200,1	- 2,0	4,7	5,4	4,0	2,6	4,3	4,0	6,1	6,9	3,0
Bauten	277,2	291,8	297,6	1,6	5,2	2,0	1,8	2,7	- 0,2	1,7	1,8	4,7	3,2
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	98,8	103,5	108,5	0,9	4,8	4,7	5,6	5,4	4,8	4,8	4,8	4,6	4,7
Vorratsveränderungen <sup>5)</sup>	- 10,5	- 22,0	- 38,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>2 651,4</b>	<b>2 719,3</b>	<b>2 789,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>1,3</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>1,8</b>	<b>2,9</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>
<b>Außenbeitrag</b>	<b>169,4</b>	<b>196,4</b>	<b>236,2</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>
Exporte	1 283,1	1 333,2	1 419,7	1,3	3,9	6,5	4,8	4,7	5,6	8,4	6,4	5,5	0,8
Importe	1 113,7	1 136,8	1 183,5	1,3	2,1	4,1	1,1	3,1	3,4	4,6	4,9	3,5	0,0
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>2 820,8</b>	<b>2 915,7</b>	<b>3 025,9</b>	<b>2,4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,8</b>	<b>2,9</b>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>	<b>3,7</b>	<b>3,7</b>	<b>4,4</b>	<b>3,1</b>
<b>IV. Preise (2010 = 100)</b>													
Privater Konsum	104,9	105,9	106,6	1,2	1,0	0,6	1,0	0,7	0,4	0,9	0,6	0,7	0,6
Bruttoinlandsprodukt	104,7	106,6	108,7	2,1	1,7	2,1	1,7	1,6	2,0	2,1	1,9	2,2	1,8
Terms of Trade	98,3	99,7	102,4	1,4	1,5	2,7	1,3	1,7	3,1	2,6	2,4	2,8	2,5
<b>V. Verteilung des Volkseinkommens</b>													
Arbeitnehmerentgelt	1 430,8	1 485,3	1 541,3	2,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,4	3,9	3,9	3,8	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	665,8	690,9	719,9	0,9	3,8	4,2	4,2	1,5	4,0	2,9	4,1	5,8	1,8
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2 096,6</b>	<b>2 176,2</b>	<b>2 261,2</b>	<b>2,2</b>	<b>3,8</b>	<b>3,9</b>	<b>3,9</b>	<b>3,1</b>	<b>3,6</b>	<b>3,6</b>	<b>4,0</b>	<b>4,4</b>	<b>3,2</b>
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 882,0	2 982,4	3 091,3	2,2	3,5	3,7	3,4	3,1	3,3	3,3	3,7	4,2	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2016. <sup>1</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. <sup>2</sup> Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

<sup>3</sup> Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>4</sup> Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutzpflanzen und -pflanzen. <sup>5</sup> Einschl. Nettozugang an Wertsachen. <sup>6</sup> Wachstumsbeitrag zum BIP.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 2. Produktion im Produzierenden Gewerbe <sup>1)</sup>

Arbeitstäglich bereinigt <sup>2)</sup>

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
<b>2010=100</b>												
Gewicht in % <sup>1)</sup>	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2012	106,3	105,9	97,4	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,7
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,7	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015	108,5	106,0	97,5	110,3	106,2	117,6	102,8	101,9	111,4	109,5	114,8	119,3
2015 1.Vj.	105,2	84,1	104,7	108,3	106,2	113,8	104,0	99,3	110,4	107,6	107,3	122,7
2.Vj.	108,4	108,3	91,3	110,6	107,7	117,5	101,5	100,7	113,4	108,0	115,9	120,3
3.Vj.	109,0	113,8	93,1	110,4	107,4	116,6	100,2	103,2	112,2	111,0	113,5	117,5
4.Vj.	111,3	117,9	100,7	111,7	103,3	122,6	105,4	104,4	109,7	111,3	122,5	116,5
2016 1.Vj. <sup>x)</sup>	106,9	87,2	101,8	110,4	107,6	117,0	105,6	100,2	112,2	109,6	108,4	126,4
2015 Mai	106,7	107,7	89,4	108,8	106,4	115,0	99,7	99,8	111,9	106,1	112,1	119,8
Juni	111,0	111,4	89,3	113,7	109,8	121,9	102,6	103,5	115,2	113,5	123,4	120,3
Juli <sup>2)</sup>	111,7	116,0	94,2	113,4	109,9	121,0	97,2	104,8	114,8	111,7	116,1	126,8
Aug. <sup>2)</sup>	102,1	110,2	90,7	102,4	102,5	103,8	90,8	100,8	105,8	105,0	105,6	96,8
Sept.	113,3	115,1	94,5	115,5	109,9	125,1	112,7	103,9	116,0	116,2	118,9	129,0
Okt.	113,9	119,0	99,0	115,2	110,2	123,2	109,5	106,7	117,6	112,6	116,1	130,4
Nov.	115,7	120,6	101,3	116,9	109,5	127,0	113,4	108,7	117,1	115,8	121,3	129,5
Dez.	104,2	114,2	101,7	103,1	90,2	117,7	93,4	97,7	94,3	105,5	130,0	89,7
2016 Jan. <sup>x)</sup>	100,4	72,3	106,4	103,7	103,2	106,1	99,0	99,0	106,9	102,9	95,3	116,1
Febr. <sup>x)</sup>	104,3	85,2	96,9	108,0	105,1	115,3	104,3	95,7	109,3	107,2	105,6	127,1
März <sup>x)</sup>	116,1	104,0	102,2	119,6	114,6	129,5	113,4	105,9	120,5	118,7	124,2	136,1
April <sup>x)</sup>	108,3	104,9	91,2	111,0	107,8	118,5	105,4	99,4	113,4	107,9	110,0	130,0
Mai <sup>x)p)</sup>	106,3	106,0	90,2	108,4	107,2	113,1	98,4	100,7	111,5	106,3	107,4	117,0
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>												
2012	- 0,4	- 1,0	+ 1,9	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,1
2013	+ 0,1	- 0,3	- 1,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,9
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,2	+ 4,1
2015	+ 0,6	- 2,2	+ 5,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
2015 1.Vj.	+ 0,1	- 4,4	+ 5,8	- 0,1	- 0,6	+ 0,4	+ 1,6	- 0,7	- 0,6	+ 1,3	- 0,7	+ 0,1
2.Vj.	+ 1,2	- 2,0	+ 6,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,4	- 1,3
3.Vj.	+ 1,0	- 2,3	+ 7,5	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	- 1,3	+ 2,6
4.Vj.	- 0,3	- 0,8	+ 1,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,6	- 1,0	+ 0,1	- 2,2	- 2,0
2016 1.Vj. <sup>x)</sup>	+ 1,6	+ 3,6	- 2,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,0	+ 3,0
2015 Mai	+ 1,6	+ 0,1	+ 4,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,0	+ 5,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,9	- 0,4
Juni	+ 1,3	- 3,4	+ 7,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,4	- 2,1
Juli <sup>2)</sup>	+ 0,6	- 2,8	+ 11,0	+ 0,3	- 0,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	- 2,3
Aug. <sup>2)</sup>	+ 2,4	- 1,3	+ 6,7	+ 2,5	+ 0,6	+ 4,8	+ 8,9	+ 0,3	+ 1,9	- 0,3	- 0,7	+ 15,7
Sept.	+ 0,2	- 2,6	+ 5,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,0	- 1,2	+ 1,0	+ 0,8	- 4,3	- 1,0
Okt.	+ 0,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	+ 2,1	+ 1,2	- 2,8	+ 0,6	- 1,7	- 0,2	+ 3,5
Nov.	± 0,0	± 0,0	+ 2,9	- 0,3	± 0,0	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 1,6	- 0,3	- 1,7	- 3,6
Dez.	- 1,0	- 1,5	- 0,2	- 1,2	- 0,1	- 1,7	- 0,5	- 2,3	- 2,1	+ 2,7	- 4,5	- 7,0
2016 Jan. <sup>x)</sup>	+ 2,7	+ 2,0	± 0,0	+ 3,2	+ 1,4	+ 5,2	+ 4,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 0,7	+ 7,5
Febr. <sup>x)</sup>	+ 2,0	+ 8,4	- 4,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5
März <sup>x)</sup>	+ 0,4	+ 1,1	- 4,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,9
April <sup>x)</sup>	+ 0,8	- 0,8	- 4,3	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 3,4	- 2,0	+ 7,6
Mai <sup>x)p)</sup>	- 0,4	- 1,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,8	- 1,7	- 1,3	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	- 4,2	- 2,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. <sup>1)</sup> Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. <sup>2)</sup> Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. <sup>2)</sup> Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. <sup>x)</sup> Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie \*)

Arbeitstäglich bereinigt ◻

Zeit	Industrie		davon:				davon:					
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten	
			2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
<b>insgesamt</b>												
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,3	- 0,9	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,6	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2015	114,8	+ 2,1	103,0	- 0,9	123,2	+ 3,9	114,3	+ 3,2	106,7	+ 4,2	116,9	+ 2,8
2015 Mai	113,7	+ 6,1	104,5	+ 2,3	120,5	+ 8,6	110,9	+ 4,9	101,8	+ 3,8	114,1	+ 5,2
Juni	123,4	+ 9,1	106,7	+ 0,9	136,5	+ 14,8	114,3	+ 5,4	108,0	+ 3,1	116,5	+ 6,2
Juli	116,6	± 0,0	105,0	- 1,3	124,4	+ 0,3	118,7	+ 3,5	107,8	+ 10,0	122,6	+ 1,7
Aug.	102,7	+ 2,4	93,4	- 1,2	108,4	+ 5,3	109,7	- 0,6	99,5	+ 5,9	113,3	- 2,5
Sept.	112,0	+ 0,1	100,0	- 1,8	120,1	+ 1,0	114,2	+ 1,6	116,4	+ 6,7	113,5	- 0,1
Okt.	113,8	- 1,0	102,9	- 3,9	120,6	± 0,0	120,2	+ 4,9	114,8	+ 5,8	122,1	+ 4,5
Nov.	116,6	+ 1,7	105,3	+ 1,1	124,9	+ 2,1	115,4	+ 1,9	109,6	+ 4,6	117,4	+ 1,0
Dez.	110,6	- 1,9	90,3	- 2,5	125,5	- 2,6	106,3	+ 8,8	98,7	+ 6,2	109,0	+ 9,7
2016 Jan.	114,1	+ 0,2	102,9	- 5,1	120,3	+ 2,0	126,6	+ 11,6	116,1	+ 10,6	130,3	+ 12,0
Febr.	112,4	+ 0,1	100,6	- 1,8	120,0	+ 1,4	119,2	- 0,7	104,1	+ 2,8	124,4	- 1,8
März	127,3	+ 1,4	108,8	- 3,9	141,1	+ 4,3	123,1	+ 4,9	118,0	+ 3,6	124,9	+ 5,2
April	113,8	- 1,9	105,0	+ 1,1	120,4	- 4,0	111,6	+ 0,8	117,1	+ 12,8	109,6	- 3,1
Mai	112,1	- 1,4	101,6	- 2,8	119,5	- 0,8	111,6	+ 0,6	100,8	- 1,0	115,4	+ 1,1
<b>aus dem Inland</b>												
2011	109,7	+ 10,3	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	103,9	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,5	101,9	- 1,4	107,6	+ 2,1	100,4	+ 1,2	102,8	+ 0,9	99,5	+ 1,3
2014	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,1	102,4	+ 2,0	102,8	± 0,0	102,2	+ 2,7
2015	107,4	+ 1,7	99,0	- 1,8	116,3	+ 4,9	105,2	+ 2,7	102,1	- 0,7	106,3	+ 4,0
2015 Mai	105,8	+ 1,8	101,1	- 0,2	111,3	+ 3,2	100,8	+ 5,7	92,2	- 0,9	103,8	+ 7,8
Juni	107,2	+ 1,9	100,7	- 1,2	114,5	+ 4,8	102,0	+ 2,1	100,0	- 6,2	102,7	+ 5,2
Juli	112,4	+ 3,6	101,5	- 2,5	123,5	+ 9,3	110,7	+ 2,2	104,6	+ 3,0	112,9	+ 2,0
Aug.	98,9	+ 1,0	93,1	- 1,0	103,5	+ 2,5	106,6	+ 3,6	99,7	+ 4,2	109,1	+ 3,5
Sept.	105,4	+ 3,1	96,2	- 0,6	114,3	+ 6,8	107,8	+ 2,4	115,0	+ 2,4	105,3	+ 2,4
Okt.	107,8	- 1,1	98,8	- 3,1	116,8	+ 0,4	108,3	+ 1,5	113,0	+ 2,1	106,7	+ 1,3
Nov.	110,4	+ 4,2	102,0	+ 1,8	119,1	+ 6,2	108,3	+ 5,6	108,4	+ 2,0	108,2	+ 6,8
Dez.	97,9	+ 0,7	84,1	- 4,2	112,8	+ 4,4	90,8	+ 2,7	83,6	- 1,4	93,4	+ 4,1
2016 Jan.	105,6	- 2,3	98,3	- 5,7	112,7	+ 0,4	107,1	+ 0,8	105,1	+ 3,3	107,8	- 0,1
Febr.	105,6	+ 0,6	95,0	- 2,4	115,5	+ 3,3	110,1	- 0,7	99,4	+ 0,5	113,9	- 1,1
März	117,2	- 4,2	102,9	- 5,1	132,3	- 4,2	113,1	+ 2,0	114,7	+ 5,7	112,6	+ 0,7
April	108,7	+ 0,6	102,2	+ 1,7	116,3	- 0,9	101,8	+ 2,7	105,1	+ 5,3	100,6	+ 1,8
Mai	105,4	- 0,4	95,8	- 5,2	115,0	+ 3,3	105,6	+ 4,8	95,8	+ 3,9	109,0	+ 5,0
<b>aus dem Ausland</b>												
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,3	- 0,5	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,7	+ 3,5	97,3	- 3,7	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,8	104,8	- 0,4	118,5	+ 6,2	110,7	+ 2,8	100,8	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,5	123,4	+ 4,1	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,3	123,5	+ 8,2
2015	120,7	+ 2,4	107,8	+ 0,4	127,4	+ 3,2	122,1	+ 3,5	110,7	+ 8,4	126,0	+ 2,0
2015 Mai	120,2	+ 9,4	108,6	+ 5,2	126,2	+ 11,8	119,6	+ 4,4	110,1	+ 7,4	122,9	+ 3,5
Juni	136,6	+ 14,3	113,8	+ 3,3	150,1	+ 20,2	124,9	+ 8,0	115,0	+ 11,3	128,3	+ 7,0
Juli	120,0	- 2,6	109,2	± 0,0	125,0	- 4,4	125,6	+ 4,5	110,5	+ 16,6	130,8	+ 1,4
Aug.	105,8	+ 3,5	93,8	- 1,4	111,4	+ 7,0	112,4	- 3,8	99,3	+ 7,2	116,9	- 6,7
Sept.	117,3	- 2,0	104,5	- 3,0	123,6	- 2,1	119,7	+ 1,0	117,6	+ 10,6	120,4	- 1,9
Okt.	118,6	- 1,0	107,7	- 4,7	122,9	- 0,2	130,4	+ 7,4	116,3	+ 9,2	135,2	+ 6,9
Nov.	121,7	- 0,2	109,2	+ 0,2	128,4	- 0,2	121,5	- 0,7	110,7	+ 7,0	125,2	- 2,9
Dez.	121,0	- 3,4	97,7	- 0,6	133,3	- 6,0	119,6	+ 13,2	111,8	+ 11,8	122,3	+ 13,7
2016 Jan.	121,0	+ 1,9	108,3	- 4,5	125,0	+ 3,0	143,3	+ 19,9	125,6	+ 16,5	149,4	+ 21,0
Febr.	118,0	- 0,3	107,1	- 1,1	122,7	+ 0,2	126,9	- 0,8	108,2	+ 4,7	133,3	- 2,3
März	135,5	+ 5,8	115,8	- 2,6	146,5	+ 9,7	131,6	+ 7,0	120,9	+ 1,9	135,3	+ 8,7
April	118,0	- 3,7	108,2	+ 0,3	122,9	- 5,8	119,9	- 0,6	127,6	+ 18,9	117,3	- 6,3
Mai	117,5	- 2,2	108,4	- 0,2	122,2	- 3,2	116,8	- 2,3	105,1	- 4,5	120,8	- 1,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◻ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe \*)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)			
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	107,1	+ 7,5	112,1	+ 12,4	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,8	91,5	- 8,1	102,0	+ 2,5	112,7	+ 13,2	95,9	- 3,7
2012	114,7	+ 7,1	121,4	+ 8,3	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,8	+ 0,3	107,9	+ 5,8	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8
2013	119,2	+ 3,9	126,5	+ 4,2	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,3	111,9	+ 3,7	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2
2014	118,5	- 0,6	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,3	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,0	- 3,4
2015	124,2	+ 4,8	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,3	+ 5,1
2015 April	127,0	- 5,2	133,1	- 0,2	171,4	+ 0,8	118,6	- 2,5	100,9	+ 5,3	120,9	- 10,2	118,1	- 5,8	118,2	- 7,9
Mai	132,8	+ 4,0	138,2	+ 5,6	167,9	+ 6,9	131,0	+ 6,6	101,3	- 1,6	127,4	+ 2,2	130,6	+ 8,6	120,9	- 2,1
Juni	137,8	+ 4,4	145,5	+ 4,0	175,0	+ 7,4	139,1	+ 4,6	106,7	- 7,3	130,0	+ 4,7	134,1	+ 2,0	126,6	+ 5,4
Juli	132,0	- 3,4	139,4	- 0,4	184,5	+ 28,1	120,3	- 18,4	107,2	- 1,9	124,6	- 6,5	120,7	- 13,6	122,4	- 6,1
Aug.	123,9	+ 2,0	130,1	+ 6,2	157,6	+ 24,1	123,1	- 5,7	96,8	+ 7,9	117,6	- 2,3	119,3	- 4,3	115,0	- 0,8
Sept.	134,3	+ 10,3	151,3	+ 16,3	202,3	+ 35,8	133,8	+ 3,7	103,1	+ 7,3	117,3	+ 3,3	128,3	+ 4,0	113,1	+ 3,4
Okt.	117,7	+ 3,5	128,0	- 1,0	158,4	+ 4,2	116,4	- 10,0	102,8	+ 21,7	107,5	+ 9,7	120,5	+ 1,1	98,6	+ 6,4
Nov.	118,8	+ 19,6	137,1	+ 21,3	152,4	+ 17,1	144,6	+ 24,0	84,9	+ 24,3	100,5	+ 17,3	140,4	+ 28,9	83,2	+ 7,8
Dez.	123,3	+ 21,0	135,0	+ 10,6	166,7	+ 8,0	125,4	+ 8,9	101,2	+ 27,6	111,6	+ 36,4	114,8	+ 4,6	114,6	+ 57,2
2016 Jan.	108,5	+ 13,9	117,7	+ 15,5	147,4	+ 20,5	106,6	+ 6,1	92,0	+ 40,0	99,3	+ 11,8	111,5	+ 7,0	89,7	+ 19,0
Febr.	120,6	+ 15,0	126,0	+ 11,0	157,8	+ 15,4	115,4	+ 9,2	94,7	+ 4,2	115,3	+ 19,7	109,5	+ 5,7	117,1	+ 25,4
März	164,7	+ 15,5	168,4	+ 12,3	227,3	+ 19,9	146,7	+ 9,9	117,0	- 2,9	160,9	+ 18,9	150,0	+ 9,6	154,5	+ 19,1
April	151,0	+ 18,9	155,3	+ 16,7	195,8	+ 14,2	142,3	+ 20,0	114,0	+ 13,0	146,7	+ 21,3	140,3	+ 18,8	143,8	+ 21,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

### 5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen \*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	102,7	+ 2,6	101,1	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,3	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,8	100,8	- 0,3	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,6	+ 0,9	100,7	+ 0,4	105,8	- 1,1
2013	106,3	+ 1,7	101,3	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,1	+ 0,8	95,4	- 3,6	102,3	- 2,2	103,4	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,2	+ 1,8	102,7	+ 1,4	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,7	94,6	- 0,8	101,9	- 0,4	110,7	+ 7,1	107,1	+ 2,5
2015 3)	111,3	+ 2,9	105,7	+ 2,9	114,8	+ 2,9	105,5	+ 0,6	95,9	+ 1,4	104,9	+ 2,9	117,0	+ 5,7	115,4	+ 7,7
2015 Mai 3)	111,8	+ 4,0	105,3	+ 3,5	117,5	+ 5,2	108,0	+ 1,3	81,2	- 3,7	108,5	+ 5,5	113,3	+ 5,1	120,5	+ 10,0
Juni	108,7	+ 1,7	102,8	+ 1,5	114,2	+ 0,5	105,6	+ 3,2	82,1	- 0,2	102,4	+ 3,2	114,4	+ 5,0	121,5	+ 9,6
Juli	111,7	+ 4,1	106,4	+ 4,2	115,6	+ 3,2	108,1	+ 4,6	91,0	+ 1,1	103,4	+ 4,0	119,9	+ 5,4	118,5	+ 9,1
Aug.	108,0	+ 2,4	102,8	+ 2,4	115,2	+ 6,3	96,4	- 9,8	86,4	+ 3,2	99,3	+ 0,0	112,1	+ 4,7	105,6	+ 6,1
Sept.	108,5	+ 3,4	102,9	+ 3,7	110,1	+ 3,8	112,5	+ 4,7	93,4	+ 2,0	102,3	+ 3,5	114,0	+ 5,2	114,4	+ 6,8
Okt.	114,5	+ 2,7	108,1	+ 2,3	115,6	+ 1,9	120,6	+ 6,1	98,1	- 0,4	110,7	+ 1,9	119,5	+ 4,5	124,4	+ 7,2
Nov.	115,9	+ 2,8	109,8	+ 2,2	116,5	+ 3,2	104,4	- 2,9	110,9	+ 1,2	114,9	+ 3,9	123,0	+ 6,2	124,5	+ 10,5
Dez.	131,5	+ 3,5	125,7	+ 3,2	133,8	+ 3,6	124,1	+ 0,5	148,3	+ 1,2	113,4	+ 5,6	131,2	+ 4,5	106,4	+ 4,5
2016 Jan.	103,8	+ 2,2	99,8	+ 1,8	108,3	+ 3,4	92,2	+ 3,6	99,0	- 2,6	93,3	+ 3,0	116,2	+ 3,2	105,2	+ 9,8
Febr.	100,0	+ 2,0	95,6	+ 1,9	105,6	+ 3,4	80,0	- 1,8	85,7	- 0,2	94,5	+ 4,0	113,4	+ 4,2	110,9	+ 9,4
März	113,3	+ 0,3	107,3	+ 0,3	117,0	+ 1,1	97,2	- 8,7	91,1	+ 1,0	112,4	- 0,1	123,4	+ 3,6	135,7	+ 5,6
April	112,7	+ 0,4	106,0	+ 0,3	117,2	+ 0,3	112,1	+ 2,5	81,5	- 0,5	111,3	+ 1,5	118,5	+ 1,8	132,4	+ 7,6
Mai	113,0	+ 1,1	106,2	+ 0,9	118,0	+ 0,4	109,1	+ 1,0	79,6	- 2,0	109,7	+ 1,1	118,7	+ 4,8	...	...

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufs-

räumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2015 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt \*)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd	
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung								Empfänger von Arbeits- losengeld nach dem SGB III
2011	41 577	+ 1,4	28 687	+ 2,4	8 579	19 091	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466	
2012	42 060	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 738	19 600	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478	
2013	42 328	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 782	19 954	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457	
2014	42 703	+ 0,9	30 197	+ 1,6	8 859	20 328	770	5 029	94	49	2 898	933	6,7	490	
2015	43 056	+ 0,8	30 822	+ 2,1	8 936	20 836	806	4 856	88	44	2 795	859	6,4	569	
2013 2.Vj.	42 249	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 746	19 864	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459	
3.Vj.	42 515	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 809	19 952	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471	
4.Vj.	42 666	+ 0,6	30 118	+ 1,2	8 877	20 230	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455	
2014 1.Vj.	42 226	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 759	20 099	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452	
2.Vj.	42 667	+ 1,0	30 080	+ 1,7	8 828	20 251	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487	
3.Vj.	42 903	+ 0,9	30 284	+ 1,7	8 895	20 341	799	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512	
4.Vj.	43 016	+ 0,8	30 614	+ 1,6	8 955	20 622	796	5 018	77	46	2 738	846	6,3	510	
2015 1.Vj.	42 523	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 831	20 547	756	4 863	169	51	2 993	1 011	6,9	515	
2.Vj.	42 987	+ 0,7	30 671	+ 2,0	8 894	20 736	792	4 863	61	47	2 772	822	6,3	560	
3.Vj.	43 274	+ 0,9	30 927	+ 2,1	8 973	20 861	840	4 868	47	33	2 851	827	6,3	595	
4.Vj.	43 440	+ 1,0	31 329	+ 2,3	9 048	21 198	837	4 828	77	46	2 655	775	6,0	604	
2016 1.Vj.	8) 43 056	8) + 1,3	9) 31 064	9) + 2,3	9) 8 926	9) 21 118	9) 792	9) 4 780	9) ...	9) 51	2 892	932	6,6	610	
2.Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 674	782	10) 6,1	653	
2013 Febr.	41 853	+ 0,8	29 345	+ 1,5	8 682	19 749	698	4 962	245	104	3 156	1 132	7,4	448	
März	41 926	+ 0,7	29 423	+ 1,2	8 701	19 798	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463	
April	42 083	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 744	19 863	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460	
Mai	42 288	+ 0,6	29 637	+ 1,2	8 762	19 899	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457	
Juni	42 376	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 763	19 863	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459	
Juli	42 419	+ 0,6	29 596	+ 1,2	8 768	19 814	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469	
Aug.	42 484	+ 0,6	29 843	+ 1,2	8 825	19 998	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471	
Sept.	42 641	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 905	20 224	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473	
Okt.	42 746	+ 0,6	30 181	+ 1,2	8 899	20 252	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466	
Nov.	42 730	+ 0,6	30 149	+ 1,1	8 888	20 249	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458	
Dez.	42 523	+ 0,6	29 884	+ 1,2	8 781	20 158	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440	
2014 Jan.	42 170	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 738	20 054	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425	
Febr.	42 195	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 749	20 085	728	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456	
März	42 312	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 796	20 158	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476	
April	42 522	+ 1,0	30 060	+ 1,7	8 825	20 240	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485	
Mai	42 684	+ 0,9	30 125	+ 1,6	8 835	20 289	750	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481	
Juni	42 795	+ 1,0	30 175	+ 1,9	8 853	20 292	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495	
Juli	42 833	+ 1,0	30 121	+ 1,8	8 859	20 217	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502	
Aug.	42 857	+ 0,9	30 312	+ 1,6	8 903	20 358	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515	
Sept.	43 020	+ 0,9	30 663	+ 1,7	8 991	20 603	812	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518	
Okt.	43 118	+ 0,9	30 676	+ 1,6	8 979	20 641	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517	
Nov.	43 067	+ 0,8	30 636	+ 1,6	8 960	20 642	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515	
Dez.	42 862	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 863	20 563	753	5 012	107	39	2 764	867	6,4	498	
2015 Jan.	42 459	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 813	20 493	747	4 846	169	50	3 032	1 043	7,0	485	
Febr.	42 475	+ 0,7	30 342	+ 1,9	8 818	20 542	756	4 821	183	52	3 017	1 034	6,9	519	
März	42 635	+ 0,8	30 528	+ 2,0	8 864	20 649	777	4 829	154	50	2 932	955	6,8	542	
April	42 820	+ 0,7	30 645	+ 1,9	8 893	20 720	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552	
Mai	43 002	+ 0,7	30 718	+ 2,0	8 900	20 773	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557	
Juni	43 138	+ 0,8	30 771	+ 2,0	8 914	20 785	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572	
Juli	43 181	+ 0,8	30 744	+ 2,1	8 933	20 722	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589	
Aug.	43 236	+ 0,9	30 986	+ 2,2	8 992	20 896	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597	
Sept.	43 406	+ 0,9	31 330	+ 2,2	9 075	21 147	850	4 810	51	39	2 708	799	6,2	600	
Okt.	43 493	+ 0,9	31 365	+ 2,2	9 067	21 199	846	4 813	61	47	2 649	764	6,0	612	
Nov.	43 505	+ 1,0	31 384	+ 2,4	9 058	21 241	842	4 845	66	52	2 633	764	6,0	610	
Dez.	43 322	+ 1,1	31 145	+ 2,5	8 962	21 160	797	4 843	105	39	2 681	798	6,1	591	
2016 Jan.	42 991	+ 1,3	9) 30 958	9) + 2,3	9) 8 901	9) 21 053	9) 782	9) 4 772	9) ...	9) 48	2 920	961	6,7	581	
Febr.	43 015	+ 1,3	9) 31 052	9) + 2,3	9) 8 920	9) 21 112	9) 793	9) 4 758	9) ...	9) 50	2 911	947	6,6	614	
März	8) 43 162	8) + 1,2	9) 31 219	9) + 2,3	9) 8 954	9) 21 221	9) 807	9) 4 779	9) ...	9) 53	2 845	888	6,5	635	
April	8) 43 364	8) + 1,3	9) 31 327	9) + 2,2	9) 8 983	9) 21 287	9) 811	9) 4 807	9) ...	9) 55	2 744	817	6,3	640	
Mai	8) 43 561	8) + 1,3	...	...	...	...	...	...	...	...	2 664	774	10) 6,0	655	
Juni	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 614	754	5,9	665	

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. \* Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stel-

len mit Arbeitsort im Ausland. 8 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2014 und 2015 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,3 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,4 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 31,2 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Ab Mai 2016 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)		
	insgesamt	darunter:					Baupreisindex			Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnmieten 2)	Wohnmieten 2)								
2010 = 100														
<b>Indexstand</b>														
2011	7)	102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7)	104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	141,9	110,4
2013		105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	133,1	101,0
2014		106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	120,8	96,8
2015		106,9	112,4	105,1	107,4	106,9	106,7	111,3	103,9 8)	106,9	104,9	100,9	80,1	92,5
2014 Aug.		107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	110,0	105,7	111,5	104,1	103,5	123,6	96,3
Sept.		107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		105,7	107,9	104,3	103,8	122,2	95,0
Okt.		106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	103,7	104,2	103,5	111,9	95,5
Nov.		106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	103,6	104,2	102,7	103,1	97,5
Dez.		106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	102,7	103,9	101,0	84,3	96,0
2015 Jan.		105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2	102,4	104,4	100,2	71,4	97,7
Febr.		106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3	104,8	104,7	101,6	86,2	97,2
März		107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4	105,1	105,3	102,6	86,9	98,9
April		107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5		104,5	106,0	105,6	103,2	94,0	98,3
Mai		107,1	113,2	105,1	110,9	106,2	106,5	111,1	104,5	104,8	105,4	103,0	96,9	96,4
Juni		107,0	112,6	104,9	110,4	106,3	106,6		104,4	105,3	105,3	102,5	93,3	94,9
Juli		107,2	111,8	104,4	109,8	107,8	106,7		104,4	104,5	105,4	101,8	85,5	94,8
Aug.		107,2	111,5	104,9	107,5	108,1	106,8	111,5	103,9	102,1	104,9	100,3	72,3	89,0
Sept.		107,0	112,1	105,9	105,7	107,0	106,9		103,5 8)	107,4	104,6	99,6	71,8	87,0
Okt.		107,0	112,7	106,1	104,9	106,9	107,0		103,1	108,9	104,4	99,3	72,6	86,2
Nov.		107,1	112,9	106,0	105,0	107,1	107,1	111,8	102,9	107,6	104,5	99,1	71,4	85,9
Dez.		107,0	112,4	105,6	102,0	108,4	107,1		102,4	107,3	104,1	97,9	60,2	83,6
2016 Jan.		106,1	112,4	105,0	99,5	106,8	107,3		101,7	106,8	103,9	96,4	50,0	82,3
Febr.		106,5	113,2	105,1	98,6	107,7	107,4	112,5	101,2	106,0	103,4	95,8	51,5	82,2
März		107,3	113,7	106,1	99,6	108,8	107,5		101,2	106,5	103,6	96,5	60,1	85,6
April		106,9	113,8	106,8	100,5	106,6	107,6		101,3	105,9	103,5	96,4	63,5	87,2
Mai		107,2	113,2	106,7	102,1	107,5	107,7	113,1	101,7	106,0	103,7	97,3	70,0	89,9
Juni		107,3	112,7	106,1	103,3	108,0	107,8		...	...	...	...	73,7	92,1
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>														
2011	7)	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7)	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013		+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2014		+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 8,0	- 0,3	- 2,2	- 9,2	- 4,2
2015		+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2	- 7,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	- 1,8 8)	- 3,8	+ 0,9	- 2,6	- 33,7	- 4,4
2014 Aug.		+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 6,5	- 0,1	- 1,9	- 8,6	- 1,8
Sept.		+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4		- 1,0	- 10,7	+ 0,1	- 1,6	- 9,9	- 2,4
Okt.		+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,3	+ 1,7	+ 1,6		- 1,0	- 14,5	+ 0,3	- 1,2	- 14,0	+ 0,2
Nov.		+ 0,6	+ 0,0	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9	- 15,3	+ 0,3	- 2,1	- 20,9	+ 1,2
Dez.		+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,6	+ 1,4	+ 1,4		- 1,7	- 16,1	+ 0,1	- 3,7	- 35,9	- 0,6
2015 Jan.		- 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	+ 1,2	+ 1,3		- 2,2	- 14,3	+ 0,4	- 4,4	- 44,8	+ 1,8
Febr.		+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1	- 12,2	+ 0,7	- 3,0	- 33,3	+ 0,0
März		+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	+ 1,3	+ 1,3		- 1,7	- 12,7	+ 1,4	- 1,4	- 31,0	+ 2,1
April		+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	- 5,9	+ 1,2	+ 1,3		- 1,5	- 12,5	+ 1,6	- 0,6	- 25,5	- 1,0
Mai		+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 5,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,5	- 1,3	- 11,8	+ 1,4	- 0,8	- 25,0	- 2,5
Juni		+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	- 5,9	+ 0,9	+ 1,2		- 1,4	- 10,5	+ 1,3	- 1,4	- 29,8	- 2,6
Juli		+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	- 6,2	+ 1,0	+ 1,2		- 1,3	- 8,3	+ 1,2	- 1,7	- 33,0	- 0,8
Aug.		+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 7,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,7	- 8,4	+ 0,8	- 3,1	- 41,5	- 7,6
Sept.		± 0,0	+ 1,1	+ 1,3	- 9,3	+ 1,1	+ 1,2		- 2,1 8)	- 0,5	+ 0,3	- 4,0	- 41,2	- 8,4
Okt.		+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	- 8,6	+ 1,4	+ 1,1		- 2,3	+ 5,0	+ 0,2	- 4,1	- 35,1	- 9,7
Nov.		+ 0,4	+ 2,3	+ 1,2	- 7,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	- 2,5	+ 3,9	+ 0,3	- 3,5	- 30,7	- 11,9
Dez.		+ 0,3	+ 1,4	+ 1,1	- 6,5	+ 1,3	+ 1,0		- 2,3	+ 4,5	+ 0,2	- 3,1	- 28,6	- 12,9
2016 Jan.		+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	- 5,8	+ 1,4	+ 1,1		- 2,4	+ 4,3	- 0,5	- 3,8	- 30,0	- 15,8
Febr.		± 0,0	+ 0,8	+ 1,1	- 8,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	- 3,0	+ 1,1	- 1,2	- 5,7	- 40,3	- 15,4
März		+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	- 8,9	+ 1,9	+ 1,1		- 3,1	+ 1,3	- 1,6	- 5,9	- 30,8	- 13,4
April		- 0,1	+ 0,5	+ 1,4	- 8,5	+ 0,6	+ 1,0		- 3,1	- 0,1	- 2,0	- 6,6	- 32,4	- 11,3
Mai		+ 0,1	± 0,0	+ 1,5	- 7,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,8	- 2,7	+ 1,1	- 1,6	- 5,5	- 27,8	- 6,7
Juni		+ 0,3	+ 0,1	+ 1,1	- 6,4	+ 1,6	+ 1,1		...	...	...	...	- 21,0	- 3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab September 2015 vorläufig.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 8. Einkommen der privaten Haushalte \*)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,2	0,5	1 029,1	2,4	1 582,6	2,6	165,9	4,9	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,2	7,0	1 055,7	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	387,7	1,2	1 089,9	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	383,0	- 1,2	1 112,4	2,1	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,5	4,1	757,8	3,9	389,3	1,6	1 147,1	3,1	1 690,4	2,2	156,5	- 1,0	9,3
2013	1 168,3	3,1	779,7	2,9	398,5	2,4	1 178,2	2,7	1 719,8	1,7	157,1	0,4	9,1
2014	1 213,7	3,9	808,1	3,6	409,8	2,8	1 217,8	3,4	1 759,7	2,3	167,6	6,7	9,5
2015	1 261,1	3,9	836,5	3,5	426,5	4,1	1 263,0	3,7	1 809,8	2,8	175,0	4,4	9,7
2014 4.Vj.	334,8	3,8	222,0	3,5	102,6	4,7	324,6	3,9	447,5	3,1	36,7	13,0	8,2
2015 1.Vj.	292,5	3,5	193,9	2,8	108,5	4,2	302,4	3,3	448,3	2,8	58,0	4,0	12,9
2.Vj.	308,6	4,1	200,2	3,4	105,2	4,7	305,3	3,8	447,9	2,8	41,7	4,9	9,3
3.Vj.	311,8	4,1	211,5	3,7	106,8	4,2	318,4	3,9	453,7	3,0	36,7	3,9	8,1
4.Vj.	348,2	4,0	231,0	4,1	106,0	3,3	337,0	3,8	459,9	2,8	38,6	5,1	8,4
2016 1.Vj.	305,0	4,3	202,0	4,2	111,4	2,7	313,5	3,7	459,6	2,5	60,0	3,5	13,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2016. \* Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

### 9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	
2008	96,5	2,8	96,3	2,9	96,2	3,1	95,9	3,3	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,3	2,2	98,2	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,2	2,8
2013	107,1	2,5	107,1	2,5	107,4	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2014	110,3	3,0	110,2	2,9	110,4	2,8	110,4	2,9	111,4	2,7
2015	112,9	2,3	112,7	2,3	112,9	2,3	113,0	2,4	114,4	2,8
2014 4.Vj.	123,1	2,9	122,9	2,8	123,3	2,8	111,2	2,8	121,7	2,7
2015 1.Vj.	104,5	2,2	104,4	2,2	104,3	2,3	111,7	2,3	107,5	2,5
2.Vj.	105,9	2,3	105,7	2,2	106,0	2,3	112,8	2,3	112,3	3,0
3.Vj.	115,1	2,5	114,9	2,4	115,3	2,4	113,6	2,4	112,8	2,9
4.Vj.	126,0	2,4	125,8	2,3	126,2	2,3	113,9	2,4	125,0	2,7
2016 1.Vj.	106,5	2,0	106,4	1,9	106,7	2,3	114,3	2,3	110,4	2,7
2015 Nov.	163,7	2,5	163,4	2,5	163,9	2,4	113,9	2,4	.	.
Dez.	108,2	2,1	108,0	2,0	108,3	2,1	113,9	2,4	.	.
2016 Jan.	106,4	2,2	106,2	2,2	106,6	2,4	114,1	2,4	.	.
Febr.	106,3	2,1	106,2	2,1	106,5	2,3	114,1	2,3	.	.
März	106,9	1,6	106,7	1,6	107,1	2,3	114,7	2,3	.	.
April	108,2	2,0	108,1	2,0	108,3	1,9	114,8	2,0	.	.
Mai	108,1	1,9	107,9	1,9	108,2	1,8	115,3	2,3	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2016.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen <sup>\*)</sup>

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva							
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden			darunter:			
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel <sup>1)</sup>		insgesamt	langfristig		kurzfristig		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
												zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden		
<b>Insgesamt (Mrd €)</b>																	
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	160,9	
2012	1 904,7	1 178,7	380,6	490,5	240,6	726,0	189,9	179,1	125,9	561,6	1 343,1	719,0	380,1	624,1	180,0	160,6	
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,3	635,9	191,3	166,8	
2014	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8	
2015 <sup>p)</sup>	2 277,7	1 428,2	476,5	582,6	283,4	849,5	216,8	195,8	140,9	642,1	1 635,5	887,6	475,2	747,9	234,6	186,2	
2015 1.Vj.	2 257,4	1 399,4	456,7	558,9	284,4	858,0	220,3	212,5	139,0	607,7	1 649,8	910,0	454,1	739,7	224,9	184,3	
2.Vj.	2 218,5	1 384,0	459,8	557,6	281,8	834,5	219,1	204,4	132,0	629,9	1 588,6	857,6	449,8	731,0	224,7	180,7	
3.Vj.	2 206,1	1 368,1	450,6	553,4	277,8	838,0	219,0	195,9	142,1	622,7	1 583,4	861,4	450,4	722,0	213,9	179,3	
4.Vj. <sup>p)</sup>	2 277,7	1 428,2	476,5	582,6	283,4	849,5	216,8	195,8	140,9	642,1	1 635,5	887,6	475,2	747,9	234,6	186,2	
<b>in % der Bilanzsumme</b>																	
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8	
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,8	9,5	8,4	
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6	
2014	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5	
2015 <sup>p)</sup>	100,0	62,7	20,9	25,6	12,4	37,3	9,5	8,6	6,2	28,2	71,8	39,0	20,9	32,8	10,3	8,2	
2015 1.Vj.	100,0	62,0	20,2	24,8	12,6	38,0	9,8	9,4	6,2	26,9	73,1	40,3	20,1	32,8	10,0	8,2	
2.Vj.	100,0	62,4	20,7	25,1	12,7	37,6	9,9	9,2	6,0	28,4	71,6	38,7	20,3	33,0	10,1	8,2	
3.Vj.	100,0	62,0	20,4	25,1	12,6	38,0	9,9	8,9	6,4	28,2	71,8	39,1	20,4	32,7	9,7	8,1	
4.Vj. <sup>p)</sup>	100,0	62,7	20,9	25,6	12,4	37,3	9,5	8,6	6,2	28,2	71,8	39,0	20,9	32,8	10,3	8,2	
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) <sup>2)</sup></b>																	
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7	
2012	1 540,7	921,3	258,9	388,0	222,1	619,4	172,5	140,4	98,1	443,7	1 097,0	581,8	286,6	515,2	161,0	116,5	
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	286,2	521,4	170,4	118,6	
2014	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4	
2015 <sup>p)</sup>	1 819,9	1 102,0	305,8	460,6	268,2	717,9	199,9	150,0	108,2	491,1	1 328,7	712,3	360,0	616,4	209,5	131,3	
2015 1.Vj.	1 810,1	1 084,9	291,7	445,3	269,4	725,2	202,3	162,9	108,4	470,3	1 339,8	730,0	341,4	609,8	202,0	134,5	
2.Vj.	1 782,5	1 075,0	295,2	446,2	267,7	707,5	202,0	156,0	107,0	492,7	1 289,8	693,7	343,5	596,1	195,9	132,0	
3.Vj.	1 771,2	1 058,9	286,4	440,9	263,7	712,3	201,8	148,8	114,7	482,6	1 288,5	697,3	345,0	591,2	185,1	129,7	
4.Vj. <sup>p)</sup>	1 819,9	1 102,0	305,8	460,6	268,2	717,9	199,9	150,0	108,2	491,1	1 328,7	712,3	360,0	616,4	209,5	131,3	
<b>in % der Bilanzsumme</b>																	
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9	
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6	
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,4	33,4	10,9	7,6	
2014	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5	
2015 <sup>p)</sup>	100,0	60,6	16,8	25,3	14,7	39,5	11,0	8,2	5,9	27,0	73,0	39,1	19,8	33,9	11,5	7,2	
2015 1.Vj.	100,0	59,9	16,1	24,6	14,9	40,1	11,2	9,0	6,0	26,0	74,0	40,3	18,9	33,7	11,2	7,4	
2.Vj.	100,0	60,3	16,6	25,0	15,0	39,7	11,3	8,8	6,0	27,6	72,4	38,9	19,3	33,4	11,0	7,4	
3.Vj.	100,0	59,8	16,2	24,9	14,9	40,2	11,4	8,4	6,5	27,3	72,8	39,4	19,5	33,4	10,5	7,3	
4.Vj. <sup>p)</sup>	100,0	60,6	16,8	25,3	14,7	39,5	11,0	8,2	5,9	27,0	73,0	39,1	19,8	33,9	11,5	7,2	
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)</b>																	
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,1	
2012	364,0	257,4	121,7	102,6	18,4	106,5	17,4	38,7	27,9	117,9	246,1	137,1	93,6	108,9	18,9	44,2	
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,8	48,2	
2014	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4	
2015 <sup>p)</sup>	457,8	326,1	170,7	122,1	15,2	131,7	16,9	45,7	32,8	151,0	306,8	175,3	115,1	131,5	25,1	54,9	
2015 1.Vj.	447,3	314,5	165,0	113,6	14,9	132,8	17,9	49,6	30,6	137,3	310,0	180,1	112,7	129,9	23,0	49,8	
2.Vj.	436,0	309,1	164,6	111,4	14,1	126,9	17,1	48,3	25,0	137,3	298,8	163,9	106,3	134,9	28,8	48,7	
3.Vj.	434,9	309,2	164,2	112,5	14,1	125,6	17,2	47,1	27,4	140,0	294,8	164,0	105,3	130,8	28,8	49,6	
4.Vj. <sup>p)</sup>	457,8	326,1	170,7	122,1	15,2	131,7	16,9	45,7	32,8	151,0	306,8	175,3	115,1	131,5	25,1	54,9	
<b>in % der Bilanzsumme</b>																	
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,1	
2012	100,0	70,7	33,4	28,2	5,1	29,3	4,8	10,6	7,7	32,4	67,6	37,7	25,7	29,9	5,2	12,1	
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7	
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6	
2015 <sup>p)</sup>	100,0	71,2	37,3	26,7	3,3	28,8	3,7	10,0	7,2	33,0	67,0	38,3	25,1	28,7	5,5	12,0	
2015 1.Vj.	100,0	70,3	36,9	25,4	3,3	29,7	4,0	11,1	6,8	30,7	69,3	40,3	25,2	29,0	5,1	11,1	
2.Vj.	100,0	70,9	37,8	25,6	3,2	29,1	3,9	11,1	5,7	31,5	68,5	37,6	24,4	30,9	6,6	11,2	
3.Vj.	100,0	71,1	37,8	25,9	3,2	28,9	3,9	10,8	6,3	32,2	67,8	37,7	24,2	30,1	6,6	11,4	
4.Vj. <sup>p)</sup>	100,0	71,2	37,3	26,7	3,3	28,8	3,7	10,0	7,2	33,0	67,0	38,3	25,1	28,7	5,5	12,0	

\* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen \*)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes				Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes				
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	Verteilung 2)			Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	Verteilung 2)		
							1.Quartil	Median	3.Quartil					1.Quartil	Median	3.Quartil
				%	%	%	%	%		%	%	%	%	%	%	
<b>Insgesamt</b>																
2007	1 234,1	4,4	173,6	15,1	14,1	1,3	7,8	12,7	18,4	95,6	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1
2008	1 307,5	6,4	164,5	-5,6	12,6	-1,6	5,8	11,6	17,6	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,5	6,6	12,1
2009	1 175,4	-10,5	138,4	-16,4	11,8	-0,8	4,0	9,5	15,8	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3
2010	1 340,0	13,2	184,3	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	18,6	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1
2011	1 434,5	8,4	177,9	-0,3	12,4	-1,1	5,5	10,7	17,4	94,6	-5,4	6,6	-1,0	2,7	6,6	11,9
2012	1 552,7	6,6	190,8	3,3	12,3	-0,4	5,1	10,1	17,5	96,9	-7,1	6,2	-0,9	1,8	6,1	11,0
2013	1 557,4	-0,5	188,5	-2,5	12,1	-0,2	5,0	9,9	18,2	99,9	6,2	6,4	0,4	1,8	5,8	10,8
2014	1 586,1	1,0	200,7	4,9	12,7	0,5	5,6	10,2	17,2	109,2	7,4	6,9	0,4	1,8	6,2	11,1
2015 p)	1 672,7	6,6	199,5	-0,5	11,9	-0,9	5,9	10,5	17,3	91,8	-15,5	5,5	-1,4	1,4	6,4	10,8
2013 2.Vj.	393,6	1,1	48,3	-1,4	12,3	-0,3	4,1	9,2	16,7	27,3	-4,8	6,9	-0,4	0,9	4,9	10,2
3.Vj.	384,3	-1,6	47,2	-1,0	12,3	0,1	5,1	10,3	16,1	25,6	99,8	6,7	3,5	1,3	5,8	11,8
4.Vj.	406,7	-0,4	47,6	-1,6	11,7	-0,1	5,2	11,1	19,5	20,5	-12,2	5,0	-0,7	0,9	6,7	12,6
2014 1.Vj.	381,5	-0,1	50,2	8,9	13,2	1,1	3,7	8,7	16,2	30,6	15,3	8,0	1,1	0,1	5,1	10,2
2.Vj.	386,7	-2,0	47,9	-0,2	12,4	0,2	4,6	9,7	16,9	26,4	-2,3	6,8	-0,0	1,3	5,7	11,1
3.Vj.	394,7	2,8	49,9	3,9	12,6	0,1	5,4	11,3	18,3	28,6	8,2	7,2	0,4	1,8	6,8	12,7
4.Vj.	423,6	3,0	52,8	7,2	12,5	0,5	4,0	11,6	19,3	23,5	8,7	5,6	0,3	0,5	6,7	12,0
2015 1.Vj.	409,8	7,3	51,2	1,9	12,5	-0,7	4,5	9,7	17,2	28,8	-5,9	7,0	-1,0	-0,8	5,9	11,4
2.Vj.	425,7	9,9	52,9	10,2	12,4	0,0	4,7	9,7	16,6	30,8	16,6	7,2	0,4	1,3	5,6	10,9
3.Vj.	416,8	5,4	49,5	-0,6	11,9	-0,7	4,8	10,5	16,6	17,2	-39,5	4,1	-3,1	1,0	6,3	11,5
4.Vj. p)	437,0	3,9	46,3	-12,5	10,6	-2,0	6,9	11,7	18,3	15,4	-35,1	3,5	-2,1	2,2	7,4	12,3
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)</b>																
2007	900,5	3,8	129,6	16,9	14,4	1,6	7,8	12,7	17,6	73,8	33,1	8,2	1,8	5,0	8,6	12,5
2008	966,1	7,2	122,6	-6,2	12,7	-1,8	5,8	11,3	15,6	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	6,7	11,4
2009	854,1	-11,5	97,7	-19,9	11,4	-1,2	2,9	9,2	14,0	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	4,7	8,8
2010	999,2	15,7	139,1	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	16,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,9
2011	1 098,9	10,6	131,9	-2,6	12,0	-1,6	5,3	10,7	16,2	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	6,8	11,2
2012	1 194,3	7,6	143,1	5,5	12,0	-0,2	5,2	10,2	15,9	83,0	-2,8	7,0	-0,3	1,8	6,1	9,8
2013	1 195,9	-0,7	140,2	-2,2	11,7	-0,2	4,3	9,9	15,4	75,1	-5,1	6,3	-0,3	1,2	5,6	9,8
2014	1 217,7	0,9	149,9	5,7	12,3	0,6	5,1	9,4	15,1	81,8	7,8	6,7	0,4	1,0	5,8	9,9
2015 p)	1 301,8	6,6	146,3	-2,2	11,2	-1,0	6,1	10,2	15,1	64,8	-19,4	5,0	-1,7	1,3	6,3	9,8
2013 2.Vj.	303,3	1,4	36,0	-2,1	11,9	-0,4	3,6	9,1	15,2	20,6	-8,4	6,8	-0,7	0,4	5,0	9,4
3.Vj.	290,7	-2,2	33,4	-0,4	11,5	0,2	4,5	10,1	15,0	17,5	15,3	6,0	1,0	0,8	5,7	10,1
4.Vj.	311,6	-0,5	34,6	1,9	11,1	0,3	4,5	10,7	15,5	14,3	-7,3	4,6	-0,3	0,0	6,0	10,4
2014 1.Vj.	297,8	0,1	39,1	6,4	13,1	0,8	3,5	8,7	14,5	25,0	10,4	8,4	0,8	0,3	5,3	9,0
2.Vj.	297,2	-2,3	36,1	0,3	12,1	0,3	4,0	9,4	15,3	20,5	-0,2	6,9	0,2	1,1	5,3	10,6
3.Vj.	300,0	3,3	36,4	6,3	12,1	0,3	4,2	10,3	16,0	20,9	12,6	7,0	0,6	1,2	6,3	10,3
4.Vj.	322,9	2,8	38,4	10,1	11,9	0,8	3,3	10,6	15,6	15,5	9,1	4,8	0,3	-0,7	6,1	10,3
2015 1.Vj.	319,0	7,0	41,2	5,4	12,9	-0,2	5,4	9,7	14,9	25,3	1,4	7,9	-0,4	0,9	6,0	9,6
2.Vj.	329,0	10,5	40,1	11,2	12,2	0,1	4,4	9,5	15,2	24,1	17,9	7,3	0,5	1,4	5,3	9,7
3.Vj.	316,5	5,3	34,3	-5,2	10,8	-1,2	4,6	10,0	15,1	8,8	-54,6	2,8	-4,0	1,0	5,8	10,1
4.Vj. p)	338,0	4,0	30,7	-19,8	9,1	-2,7	5,9	11,0	16,2	6,6	-53,8	2,0	-2,8	2,0	6,4	10,8
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor</b>																
2007	333,5	6,4	43,9	9,3	13,2	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	-9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,3
2008	341,4	4,0	41,9	-3,7	12,3	-1,0	5,9	12,5	19,7	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7
2009	321,3	-7,4	40,8	-4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7
2010	340,8	5,8	45,2	8,7	13,3	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4
2011	335,6	1,5	45,9	7,6	13,7	0,8	5,7	10,6	20,9	19,8	-0,8	5,9	-0,1	3,2	6,4	13,8
2012	358,4	3,0	47,7	-3,3	13,3	-0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0
2013	361,5	-0,1	48,2	-3,5	13,3	-0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	91,7	6,9	3,0	2,7	5,9	12,2
2014	368,4	1,0	50,8	2,2	13,8	0,2	6,2	12,7	23,2	27,4	5,7	7,4	0,3	2,9	7,2	14,1
2015 p)	370,9	6,4	53,3	5,3	14,4	-0,1	5,9	11,1	22,1	27,0	-1,5	7,3	-0,6	1,4	6,7	14,0
2013 2.Vj.	90,3	-0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9
3.Vj.	93,5	0,5	13,8	-2,8	14,8	-0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1
4.Vj.	95,1	0,1	13,0	-11,1	13,6	-1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	-24,2	6,6	-1,9	2,0	8,1	16,1
2014 1.Vj.	83,7	-0,6	11,1	20,1	13,3	2,3	3,8	8,9	21,2	5,6	49,8	6,7	2,2	-0,4	4,6	13,1
2.Vj.	89,5	-0,5	11,9	-1,8	13,3	-0,2	4,8	10,4	18,7	6,0	-10,0	6,7	-0,7	1,4	6,0	13,0
3.Vj.	94,7	1,1	13,5	-2,9	14,2	-0,6	7,1	13,1	24,6	7,7	-3,4	8,1	-0,4	3,1	7,8	13,8
4.Vj.	100,7	3,7	14,4	-1,6	14,3	-0,7	5,4	15,6	25,3	8,1	7,5	8,0	0,2	2,1	8,4	19,5
2015 1.Vj.	90,9	8,7	10,1	-12,1	11,1	-2,7	3,8	9,6	22,2	3,5	-45,4	3,9	-3,4	-2,6	5,6	14,3
2.Vj.	96,7	7,8	12,8	7,0	13,2	-0,1	5,0	11,4	21,7	6,7	11,2	6,9	0,2	1,3	6,7	13,8
3.Vj.	100,3	5,9	15,2	13,8	15,2	1,1	5,2	12,1	20,0	8,4	9,1	8,4	0,3	0,7	7,1	13,1
4.Vj. p)	99,0	3,5	15,6	9,7	15,8	0,9	7,8	14,1	26,2	8,7	9,2	8,8	0,5	2,3	9,7	17,5

\* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Bereinigt

um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

## XII. Außenwirtschaft

### 1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion \*)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015		2016			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April p)
A. Leistungsbilanz	+ 215 159	+ 251 343	+ 329 586	+ 97 315	+ 106 287	+ 60 610	+ 14 376	+ 36 771	+ 33 997
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 914 039	1 968 822	2 114 420	526 662	539 441	501 888	167 868	184 880	172 405
Einfuhr	1 703 470	1 721 229	1 760 112	437 146	440 407	420 541	139 854	145 455	139 960
Saldo	+ 210 569	+ 247 594	+ 354 310	+ 89 516	+ 99 035	+ 81 346	+ 28 013	+ 39 425	+ 32 445
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	647 717	707 405	769 169	202 613	199 912	177 758	57 311	62 370	58 817
Ausgaben	578 716	631 846	711 110	183 865	187 470	168 954	54 893	58 079	53 441
Saldo	+ 69 001	+ 75 558	+ 58 061	+ 18 751	+ 12 443	+ 8 803	+ 2 418	+ 4 291	+ 5 376
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	611 127	633 589	621 913	147 343	160 529	142 621	47 060	51 308	48 676
Ausgaben	531 996	563 804	572 481	136 419	135 510	128 129	41 132	45 539	43 663
Saldo	+ 79 131	+ 69 789	+ 49 428	+ 10 923	+ 25 018	+ 14 492	+ 5 928	+ 5 769	+ 5 013
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	88 185	92 947	103 260	23 929	26 258	22 558	7 587	7 820	8 228
Ausgaben	231 725	234 539	235 475	45 804	56 468	66 590	29 570	20 534	17 065
Saldo	- 143 539	- 141 593	- 132 211	- 21 873	- 30 209	- 44 032	- 21 983	- 12 714	- 8 837
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 20 588	+ 19 086	- 15 587	+ 5 297	+ 6 305	- 953	+ 1 343	- 127	+ 276
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 350 211	+ 370 297	+ 274 597	+ 57 717	+ 170 644	+ 48 868	- 5 502	+ 70 765	+ 50 899
1. Direktinvestitionen	- 58 477	+ 59 624	+ 108 983	- 10 391	+ 39 287	+ 43 527	+ 45 000	+ 30 453	+ 10 682
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 611 335	+ 195 890	+ 635 768	+ 114 014	+ 181 324	+ 165 670	+ 84 285	+ 43 966	+ 25 375
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 669 813	+ 136 262	+ 526 787	+ 124 406	+ 142 038	+ 122 143	+ 39 285	+ 13 513	+ 14 693
2. Wertpapieranlagen	- 3 844	+ 113 297	+ 201 330	+ 94 330	+ 121 540	+ 142 649	+ 34 158	+ 21 452	+ 118 085
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 258 618	+ 455 442	+ 395 319	+ 25 547	+ 105 444	+ 134 951	+ 47 248	+ 51 876	+ 73 381
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 171 690	+ 143 539	+ 12 577	- 13 330	- 4 109	- 17 519	- 18 814	+ 5 470	+ 14 634
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 79 370	+ 222 275	+ 371 797	+ 71 011	+ 74 905	+ 140 305	+ 65 259	+ 38 677	+ 73 471
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 7 559	+ 89 628	+ 10 944	- 32 134	+ 34 648	+ 12 164	+ 803	+ 7 729	- 14 724
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 262 463	+ 342 144	+ 193 989	- 68 783	- 16 096	- 7 698	+ 13 090	+ 30 424	- 44 704
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 189 935	+ 262 328	+ 239 360	+ 4 756	+ 54 205	- 7 916	+ 22 802	+ 3 083	+ 18 255
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 64 320	+ 98 062	+ 8 766	- 61 331	- 11 180	- 23 511	- 24 677	+ 26 933	- 86 959
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 8 208	- 18 242	- 54 136	- 12 209	- 59 120	+ 23 730	+ 14 966	+ 408	+ 24 000
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 14 605	+ 42 827	+ 84 892	- 1 192	+ 54 203	+ 18 559	+ 6 811	- 3 096	- 6 078
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 393 233	+ 150 171	- 131 174	- 27 702	- 48 966	- 156 837	- 92 532	+ 20 892	- 70 183
Eurosysteem	+ 57 972	+ 55 790	- 13 537	- 18 210	+ 3 184	- 7 278	- 18 306	- 4 869	- 6 860
Staat	- 9 132	+ 10 692	+ 20 032	+ 3 832	+ 1 906	+ 8 245	+ 533	- 798	- 4 280
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 262 772	+ 101 813	- 128 148	- 33 056	- 44 254	- 85 405	- 37 963	+ 21 641	- 58 548
Unternehmen und Privatpersonen	+ 81 622	- 18 125	- 9 520	+ 19 733	- 9 802	- 72 399	- 36 795	+ 4 917	- 494
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 691	+ 4 380	+ 10 568	+ 2 672	+ 4 579	+ 970	+ 1 061	+ 1 064	- 1 607
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 114 462	+ 99 869	- 39 401	- 44 896	+ 58 051	- 10 791	- 21 222	+ 34 120	+ 16 626

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

## XII. Außenwirtschaft

### 2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)	
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)								
2001	-	7 911	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 155	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 116
2002	+	41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606
2003	+	31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292
2004	+	101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748
2005	+	105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960
2006	+	135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511
2007	+	169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130
2008	+	143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088
2009	+	141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683
2010	+	144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351
2011	+	164 581	+ 163 426	- 8 900	- 32 482	+ 69 156	- 35 520	+ 1 642	+ 120 858	+ 2 836	- 45 365
2012	+	193 593	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 65 825	- 39 858	- 413	+ 144 802	+ 1 297	- 48 378
2013	+	190 420	+ 211 647	- 4 331	- 43 223	+ 65 754	- 43 758	- 591	+ 218 884	+ 838	+ 29 056
2014	+	212 880	+ 226 499	- 7 739	- 35 353	+ 62 387	- 40 653	+ 1 138	+ 244 434	- 2 564	+ 30 415
2015 r)	+	256 145	+ 263 186	- 4 407	- 31 230	+ 63 739	- 39 550	- 159	+ 225 848	- 2 213	- 30 137
2013 2.Vj.	+	45 113	+ 55 055	+ 1 547	- 10 255	+ 7 804	- 7 491	+ 743	+ 59 059	+ 72	+ 13 203
3.Vj.	+	41 102	+ 50 743	- 3 290	- 16 483	+ 16 129	- 9 287	- 5	+ 54 577	- 785	+ 13 480
4.Vj.	+	62 069	+ 53 496	- 1 273	- 6 470	+ 26 157	- 11 114	- 1 738	+ 71 558	+ 1 464	+ 11 227
2014 1.Vj.	+	48 137	+ 52 292	+ 168	- 6 298	+ 17 061	- 14 918	+ 2 142	+ 60 264	- 565	+ 9 985
2.Vj.	+	44 982	+ 54 295	- 2 031	- 7 242	+ 4 641	- 6 712	+ 519	+ 55 960	- 610	+ 10 458
3.Vj.	+	54 257	+ 60 313	- 2 818	- 15 461	+ 17 223	- 7 818	+ 367	+ 59 283	+ 332	+ 4 659
4.Vj.	+	65 503	+ 59 599	- 3 058	- 6 352	+ 23 462	- 11 206	- 1 890	+ 68 927	- 1 722	+ 5 313
2015 1.Vj. r)	+	58 230	+ 60 426	- 1 680	- 4 714	+ 18 340	- 15 822	+ 218	+ 30 366	- 21	- 28 082
2.Vj. r)	+	58 504	+ 69 391	- 2 043	- 5 941	+ 2 107	- 7 052	+ 1 098	+ 72 772	- 465	+ 13 170
3.Vj. r)	+	65 959	+ 68 045	+ 577	- 13 852	+ 18 393	- 6 628	+ 703	+ 64 091	- 1 455	- 2 571
4.Vj. r)	+	73 452	+ 65 324	- 1 260	- 6 722	+ 24 898	- 10 048	- 2 178	+ 58 620	- 272	- 12 654
2016 1.Vj.	+	64 949	+ 64 691	+ 333	- 5 707	+ 19 425	- 13 460	- 417	+ 22 749	+ 1 228	- 41 783
2013 Dez.	+	22 942	+ 14 328	- 1 242	+ 1 327	+ 13 414	- 6 126	- 2 406	+ 24 876	+ 1 269	+ 4 340
2014 Jan.	+	13 276	+ 15 435	- 945	- 2 527	+ 4 741	- 4 371	+ 1 486	+ 2 235	- 375	- 12 527
Febr.	+	13 109	+ 17 038	- 278	- 2 507	+ 5 908	- 7 330	+ 417	+ 22 757	- 898	+ 9 231
März	+	21 752	+ 19 819	+ 1 391	- 1 263	+ 6 413	- 3 217	+ 239	+ 35 273	+ 708	+ 13 281
April	+	16 501	+ 18 418	- 720	- 1 585	+ 2 911	- 3 243	+ 186	+ 29 516	+ 151	+ 12 830
Mai	+	12 180	+ 17 917	- 1 675	- 1 948	- 2 726	- 1 063	- 72	+ 9 435	- 631	- 2 673
Juni	+	16 301	+ 17 960	+ 363	- 3 708	+ 4 456	- 2 406	+ 405	+ 17 008	- 130	+ 302
Juli	+	20 303	+ 22 747	- 1 684	- 4 991	+ 5 562	- 3 016	- 402	+ 13 449	+ 431	- 6 452
Aug.	+	10 707	+ 14 254	- 748	- 6 617	+ 5 430	- 2 359	+ 426	+ 13 062	+ 166	+ 1 930
Sept.	+	23 247	+ 23 312	- 385	- 3 853	+ 6 231	- 2 442	+ 343	+ 32 772	- 265	+ 9 181
Okt.	+	21 331	+ 22 823	- 1 448	- 4 994	+ 6 058	- 2 556	- 112	+ 15 294	+ 203	- 5 926
Nov.	+	18 686	+ 18 095	- 382	- 2 039	+ 6 130	- 3 500	+ 152	+ 22 905	+ 30	+ 4 067
Dez.	+	25 486	+ 18 681	- 1 228	+ 681	+ 11 274	- 5 150	- 1 930	+ 30 728	- 1 955	+ 7 172
2015 Jan. r)	+	14 904	+ 15 713	- 1 154	- 1 713	+ 5 103	- 4 199	+ 20	- 3 644	+ 372	- 18 569
Febr. r)	+	16 279	+ 19 585	- 948	- 1 625	+ 5 826	- 7 505	+ 24	+ 11 597	+ 266	- 4 707
März r)	+	27 046	+ 25 129	+ 422	- 1 376	+ 7 411	- 4 117	+ 173	+ 22 413	- 660	- 4 806
April r)	+	21 546	+ 22 552	- 1 240	- 1 432	+ 3 303	- 2 877	+ 348	+ 31 171	- 69	+ 9 276
Mai r)	+	11 683	+ 21 472	- 437	- 2 002	- 5 805	- 1 982	+ 557	+ 17 542	- 78	+ 5 301
Juni r)	+	25 275	+ 25 366	- 367	- 2 507	+ 4 609	- 2 194	+ 192	+ 24 059	- 318	- 1 408
Juli r)	+	25 385	+ 25 485	- 1 024	- 4 339	+ 6 553	- 2 314	+ 462	+ 20 319	- 1 170	- 5 528
Aug. r)	+	14 429	+ 16 856	+ 472	- 5 423	+ 5 735	- 2 739	+ 40	+ 19 461	- 180	+ 4 992
Sept. r)	+	26 144	+ 25 704	+ 1 129	- 4 090	+ 6 106	- 1 575	+ 201	+ 24 311	- 105	- 2 035
Okt. r)	+	22 158	+ 24 284	+ 23	- 5 847	+ 6 808	- 3 087	- 94	+ 16 509	+ 154	- 5 555
Nov. r)	+	25 371	+ 22 723	- 378	- 1 741	+ 6 874	- 2 485	+ 163	+ 20 203	- 548	- 5 331
Dez. r)	+	25 923	+ 18 317	- 905	+ 866	+ 11 216	- 4 476	- 2 248	+ 21 908	+ 123	- 1 767
2016 Jan.	+	14 160	+ 13 749	- 183	- 2 455	+ 5 140	- 2 275	- 89	- 5 751	- 186	- 19 822
Febr.	+	20 896	+ 22 626	+ 673	- 1 143	+ 6 932	- 7 518	+ 426	+ 9 125	+ 1 478	- 12 197
März	+	29 894	+ 28 316	- 158	- 2 109	+ 7 353	- 3 666	- 754	+ 19 375	- 64	- 9 764
April	+	28 351	+ 27 650	- 188	- 845	+ 3 238	- 1 692	+ 1 267	+ 36 312	+ 696	+ 6 694
Mai r)	+	17 517	+ 23 296	+ 87	- 1 840	- 3 353	- 587	+ 150	+ 4 252	+ 776	- 13 415

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

## XII. Außenwirtschaft

### 3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern \*)

Mio €

Ländergruppe/Land		2013	2014	2015	2015		2016			
					Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 088 025	1 123 746	1 196 379	91 843	88 596	99 401	107 005	104 344	97 229
	Einfuhr	890 393	910 145	948 504	73 160	75 264	79 451	80 852	78 610	76 196
	Saldo	+ 197 632	+ 213 601	+ 247 875	+ 18 683	+ 13 332	+ 19 950	+ 26 153	+ 25 734	+ 21 033
I. Europäische Länder	Ausfuhr	743 067	761 914	805 238	59 757	62 564	68 866	72 525	71 097	...
	Einfuhr	625 934	642 738	654 077	49 878	50 333	55 238	56 274	55 516	...
	Saldo	+ 117 133	+ 119 176	+ 151 161	+ 9 879	+ 12 231	+ 13 628	+ 16 251	+ 15 580	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	618 383	648 446	693 903	51 522	54 568	59 610	62 680	61 296	...
	Einfuhr	509 738	527 117	543 523	41 585	41 979	46 826	47 382	47 012	...
	Saldo	+ 108 645	+ 121 329	+ 150 380	+ 9 937	+ 12 588	+ 12 784	+ 15 298	+ 14 284	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	405 220	413 753	435 076	32 319	34 292	37 030	39 039	38 527	...
	Einfuhr	343 487	350 550	356 960	27 242	27 650	30 398	31 063	30 511	...
	Saldo	+ 61 732	+ 63 203	+ 78 116	+ 5 077	+ 6 641	+ 6 632	+ 7 977	+ 8 017	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 954	47 345	46 417	3 512	3 661	3 921	4 175	4 148	...
	Einfuhr	41 965	42 548	40 103	2 941	3 227	3 404	3 434	3 521	...
	Saldo	+ 5 989	+ 4 797	+ 6 315	+ 571	+ 434	+ 517	+ 741	+ 626	...
Frankreich	Ausfuhr	99 250	100 580	102 959	7 526	8 403	8 661	9 055	8 931	...
	Einfuhr	63 489	66 714	66 932	5 354	5 136	6 069	5 819	5 690	...
	Saldo	+ 35 761	+ 33 866	+ 36 027	+ 2 172	+ 3 267	+ 2 592	+ 3 237	+ 3 240	...
Italien	Ausfuhr	53 212	54 240	58 084	4 147	4 741	5 129	5 448	5 285	...
	Einfuhr	46 911	48 522	49 051	3 627	3 791	4 296	4 385	4 334	...
	Saldo	+ 6 301	+ 5 718	+ 9 034	+ 520	+ 949	+ 833	+ 1 063	+ 951	...
Niederlande	Ausfuhr	70 975	72 736	79 491	6 132	5 993	6 520	6 933	6 668	...
	Einfuhr	88 698	87 796	87 954	6 694	6 722	6 754	7 289	6 851	...
	Saldo	- 17 723	- 15 060	- 8 463	- 561	- 729	- 233	- 356	- 182	...
Österreich	Ausfuhr	56 217	55 807	58 099	4 307	4 463	4 875	5 239	5 185	...
	Einfuhr	36 734	36 218	37 293	2 690	2 852	3 180	3 388	3 270	...
	Saldo	+ 19 483	+ 19 590	+ 20 806	+ 1 617	+ 1 611	+ 1 695	+ 1 850	+ 1 915	...
Spanien	Ausfuhr	31 349	34 820	38 783	2 913	3 097	3 431	3 534	3 665	...
	Einfuhr	23 639	24 804	26 469	2 306	2 093	2 363	2 337	2 465	...
	Saldo	+ 7 709	+ 10 016	+ 12 314	+ 607	+ 1 005	+ 1 068	+ 1 197	+ 1 199	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	213 163	234 693	258 827	19 203	20 276	22 580	23 641	22 768	...
	Einfuhr	166 251	176 567	186 563	14 343	14 329	16 428	16 320	16 501	...
	Saldo	+ 46 912	+ 58 126	+ 72 264	+ 4 860	+ 5 947	+ 6 152	+ 7 321	+ 6 267	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	71 280	79 163	89 288	6 373	6 920	7 939	7 983	7 346	...
	Einfuhr	39 466	38 545	38 324	2 855	2 715	3 310	2 982	3 063	...
	Saldo	+ 31 815	+ 40 618	+ 50 964	+ 3 518	+ 4 205	+ 4 628	+ 5 001	+ 4 283	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	124 684	113 468	111 336	8 235	7 996	9 256	9 845	9 801	...
	Einfuhr	116 196	115 621	110 555	8 293	8 353	8 412	8 891	8 504	...
	Saldo	+ 8 488	- 2 153	+ 781	- 58	- 357	+ 844	+ 954	+ 1 297	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	46 924	46 202	49 279	3 710	3 838	4 053	4 382	4 241	...
	Einfuhr	38 321	39 392	42 466	3 240	3 314	3 520	3 641	3 705	...
	Saldo	+ 8 603	+ 6 810	+ 6 813	+ 470	+ 524	+ 533	+ 740	+ 536	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	341 213	358 337	388 569	31 914	25 861	30 521	34 284	33 033	...
	Einfuhr	264 459	267 407	294 425	23 282	24 931	24 111	24 578	23 094	...
	Saldo	+ 76 754	+ 90 930	+ 94 144	+ 8 633	+ 930	+ 6 409	+ 9 706	+ 9 939	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 803	22 505	24 038	1 981	1 486	1 866	2 695	2 339	...
	Einfuhr	23 108	20 242	18 222	1 364	1 309	1 216	1 328	1 284	...
	Saldo	- 1 305	+ 2 263	+ 5 816	+ 617	+ 177	+ 651	+ 1 368	+ 1 055	...
2. Amerika	Ausfuhr	130 427	135 293	157 416	12 238	10 080	12 428	13 986	12 475	...
	Einfuhr	75 023	74 191	84 941	6 887	6 462	6 746	7 312	6 877	...
	Saldo	+ 55 404	+ 61 103	+ 72 475	+ 5 350	+ 3 618	+ 5 681	+ 6 674	+ 5 598	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	89 348	95 928	113 990	8 804	7 474	8 952	10 566	9 024	...
	Einfuhr	48 582	49 207	59 644	4 927	4 541	4 871	5 282	4 847	...
	Saldo	+ 40 766	+ 46 721	+ 54 346	+ 3 877	+ 2 934	+ 4 081	+ 5 284	+ 4 177	...
3. Asien	Ausfuhr	179 038	190 973	196 869	16 898	13 601	15 454	16 759	17 322	...
	Einfuhr	162 960	170 050	188 324	14 775	16 898	15 931	15 675	14 664	...
	Saldo	+ 16 077	+ 20 923	+ 8 546	+ 2 124	- 3 298	- 477	+ 1 084	+ 2 657	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 754	35 462	39 697	3 851	2 468	2 850	3 322	3 470	...
	Einfuhr	8 921	7 865	7 317	573	531	530	458	449	...
	Saldo	+ 23 833	+ 27 598	+ 32 380	+ 3 278	+ 1 937	+ 2 320	+ 2 864	+ 3 021	...
Japan	Ausfuhr	17 076	16 910	17 031	1 363	1 277	1 413	1 556	1 470	...
	Einfuhr	19 492	19 007	20 229	1 647	1 692	1 717	1 938	1 831	...
	Saldo	- 2 416	- 2 097	- 3 198	- 284	- 414	- 305	- 383	- 361	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	66 912	74 369	71 385	5 999	5 162	5 914	6 122	6 572	...
	Einfuhr	74 544	79 828	91 681	7 269	8 326	7 853	7 395	6 816	...
	Saldo	- 7 633	- 5 459	- 20 296	- 1 270	- 3 163	- 1 940	- 1 273	- 244	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	45 894	48 476	51 669	4 104	3 588	3 929	4 305	4 423	...
	Einfuhr	36 672	38 782	42 438	3 252	3 985	3 413	3 495	3 304	...
	Saldo	+ 9 222	+ 9 695	+ 9 231	+ 852	- 398	+ 516	+ 811	+ 1 120	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 946	9 566	10 246	798	694	773	844	898	...
	Einfuhr	3 368	2 924	2 938	256	261	219	263	269	...
	Saldo	+ 6 578	+ 6 641	+ 7 308	+ 542	+ 432	+ 554	+ 581	+ 629	...

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

## XII. Außenwirtschaft

### 4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2011	- 32 482	- 8 533	- 33 755	+ 7 812	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 358	+ 64 718	+ 1 081
2012	- 32 775	- 10 189	- 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	- 9 459	+ 3 103	+ 3 155	+ 61 666	+ 1 005
2013	- 43 223	- 12 075	- 37 713	+ 8 123	+ 3 605	- 758	- 5 912	+ 3 078	+ 523	+ 64 008	+ 1 223
2014	- 35 353	- 13 254	- 37 653	+ 7 817	+ 4 274	+ 2 600	- 1 785	+ 3 035	+ 259	+ 61 258	+ 871
2015	- 31 230	- 12 655	- 36 632	+ 10 181	+ 5 118	+ 3 796	- 3 659	+ 3 102	+ 735	+ 63 370	- 366
2014 3.Vj.	- 15 461	- 3 248	- 15 929	+ 2 179	+ 859	+ 232	- 226	+ 744	- 549	+ 18 766	- 994
4.Vj.	- 6 352	- 3 312	- 7 278	+ 2 076	+ 1 130	+ 1 550	- 1 206	+ 705	+ 132	+ 19 643	+ 3 687
2015 1.Vj.	- 4 714	- 2 926	- 5 740	+ 2 319	+ 1 306	+ 278	- 347	+ 904	+ 799	+ 18 598	- 1 057
2.Vj.	- 5 941	- 2 218	- 7 808	+ 2 272	+ 1 093	+ 1 298	- 1 155	+ 830	- 31	+ 3 256	- 1 118
3.Vj.	- 13 852	- 3 352	- 14 495	+ 2 779	+ 847	+ 292	- 594	+ 770	- 445	+ 20 042	- 1 204
4.Vj.	- 6 722	- 4 158	- 8 590	+ 2 811	+ 1 872	+ 1 928	- 1 563	+ 598	+ 411	+ 21 474	+ 3 013
2016 1.Vj.	- 5 707	- 2 439	- 6 421	+ 2 272	+ 1 243	+ 249	- 1 168	+ 840	+ 754	+ 19 316	- 645
2015 Juli	- 4 339	- 1 130	- 3 660	+ 1 084	+ 149	- 194	- 679	+ 270	- 237	+ 7 147	- 357
Aug.	- 5 423	- 883	- 5 944	+ 777	+ 569	+ 75	- 391	+ 268	- 98	+ 6 226	- 393
Sept.	- 4 090	- 1 339	- 4 890	+ 918	+ 129	+ 412	+ 476	+ 232	- 110	+ 6 670	- 454
Okt.	- 5 847	- 1 409	- 5 526	+ 686	+ 436	+ 197	- 675	+ 235	+ 144	+ 7 076	- 411
Nov.	- 1 741	- 1 530	- 1 759	+ 1 044	+ 609	+ 260	- 683	+ 220	+ 139	+ 7 175	- 440
Dez.	+ 866	- 1 220	- 1 304	+ 1 081	+ 826	+ 1 471	- 205	+ 143	+ 128	+ 7 223	+ 3 864
2016 Jan.	- 2 455	- 921	- 1 687	+ 952	+ 184	- 459	- 722	+ 276	+ 258	+ 5 227	- 345
Febr.	- 1 143	- 1 039	- 1 723	+ 607	+ 774	+ 165	- 138	+ 290	+ 272	+ 6 590	+ 70
März	- 2 109	- 479	- 3 011	+ 714	+ 285	+ 543	- 308	+ 274	+ 224	+ 7 498	- 370
April	- 845	- 443	- 1 174	+ 809	+ 480	- 5	- 666	+ 300	- 33	+ 3 726	- 455
Mai p)	- 1 840	- 400	- 3 302	+ 810	+ 736	+ 250	- 374	+ 242	- 120	- 2 889	- 343

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

### 5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)			
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Persönliche Über-tragungen 3)	darunter:	
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammen-arbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Heimat-überweisungen	
2011	- 35 520	- 21 293	- 4 446	+ 6 718	- 14 227	- 2 977	- 2 977	+ 1 642
2012	- 39 858	- 25 493	- 5 214	+ 5 206	- 14 366	- 2 952	- 2 952	+ 413
2013	- 43 758	- 29 708	- 5 611	+ 6 177	- 14 050	- 3 250	- 3 229	+ 591
2014	- 40 653	- 28 169	- 6 076	+ 8 088	- 12 485	- 3 476	- 3 451	+ 1 138
2015	- 39 550	- 25 546	- 7 065	+ 9 800	- 14 004	- 3 540	- 3 523	+ 159
2014 3.Vj.	- 7 818	- 4 601	- 1 196	+ 939	- 3 216	- 870	- 863	+ 367
4.Vj.	- 11 206	- 8 633	- 1 944	+ 759	- 2 573	- 866	- 863	- 1 890
2015 1.Vj.	- 15 822	- 12 975	- 2 614	+ 1 327	- 2 847	- 885	- 881	+ 218
2.Vj.	- 7 052	- 1 803	- 1 161	+ 6 278	- 5 249	- 885	- 881	+ 1 098
3.Vj.	- 6 628	- 3 850	- 1 196	+ 1 212	- 2 778	- 885	- 881	+ 703
4.Vj.	- 10 048	- 6 918	- 2 094	+ 981	- 3 130	- 885	- 881	- 2 178
2016 1.Vj.	- 13 460	- 10 054	- 2 704	+ 1 284	- 3 406	- 1 270	- 1 267	- 417
2015 Juli	- 2 314	- 1 338	- 464	+ 278	- 976	- 295	- 294	+ 462
Aug.	- 2 739	- 1 961	- 441	+ 276	- 778	- 295	- 294	+ 40
Sept.	- 1 575	- 551	- 291	+ 659	- 1 024	- 295	- 294	+ 201
Okt.	- 3 087	- 2 281	- 394	+ 197	- 806	- 295	- 294	- 94
Nov.	- 2 485	- 1 543	- 722	+ 77	- 941	- 295	- 294	+ 163
Dez.	- 4 476	- 3 094	- 979	+ 707	- 1 383	- 295	- 294	- 2 248
2016 Jan.	- 2 275	- 1 167	- 1 181	+ 586	- 1 109	- 441	- 440	- 89
Febr.	- 7 518	- 6 258	- 1 079	+ 281	- 1 260	- 441	- 440	+ 426
März	- 3 666	- 2 629	- 444	+ 416	- 1 038	- 388	- 387	- 754
April	- 1 692	- 703	- 509	+ 1 217	- 989	- 354	- 353	+ 1 267
Mai p)	- 587	- 540	- 406	+ 3 003	- 1 126	- 350	- 350	+ 150

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

### 6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögens-übertragungen
2011	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 591	+ 1 076	- 1 667
2014	+ 1 138	+ 2 782	- 1 643
2015	- 159	+ 2 136	- 2 295
2014 3.Vj.	+ 367	+ 711	- 344
4.Vj.	- 1 890	+ 332	- 2 222
2015 1.Vj.	+ 218	- 10	+ 228
2.Vj.	+ 1 098	+ 1 143	- 45
3.Vj.	+ 703	+ 870	- 167
4.Vj.	- 2 178	+ 134	- 2 312
2016 1.Vj.	- 417	- 676	+ 259
2015 Juli	+ 462	+ 534	- 72
Aug.	+ 40	+ 294	- 255
Sept.	+ 201	+ 41	+ 160
Okt.	- 94	+ 141	- 235
Nov.	+ 163	+ 274	- 110
Dez.	- 2 248	- 281	- 1 966
2016 Jan.	- 89	+ 2	- 91
Febr.	+ 426	+ 188	+ 238
März	- 754	- 866	+ 112
April	+ 1 267	+ 1 411	- 144
Mai p)	+ 150	+ 243	- 93

## XII. Außenwirtschaft

### 7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015		2016			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April	Mai p)
<b>I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)</b>	+ 60 705	+ 299 954	+ 253 658	+ 81 368	- 53 343	+ 155 981	+ 12 020	+ 69 332	+ 28 447
1. Direktinvestitionen	+ 68 688	+ 85 658	+ 98 017	+ 14 089	+ 29 606	+ 30 747	+ 22 874	+ 805	+ 1 828
Beteiligungskapital	+ 43 586	+ 66 413	+ 69 542	+ 12 265	+ 22 053	+ 22 203	+ 9 525	+ 5 047	+ 4 656
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 17 880	+ 21 373	+ 15 866	+ 1 772	+ 4 442	+ 7 335	+ 4 013	+ 2 249	+ 2 306
Direktinvestitionskredite	+ 25 103	+ 19 246	+ 28 475	+ 1 824	+ 7 552	+ 8 544	+ 13 349	- 4 242	- 2 827
2. Wertpapieranlagen	+ 140 366	+ 149 023	+ 124 134	+ 26 451	+ 17 656	+ 47 212	+ 22 744	+ 21 287	+ 10 763
Aktien 2)	+ 18 946	+ 12 380	+ 19 737	+ 1 139	+ 7 552	+ 1 314	+ 5 376	- 937	+ 4 079
Investmentsfondanteile 3)	+ 32 407	+ 41 302	+ 35 495	+ 4 586	+ 4 620	+ 9 724	+ 3 558	+ 6 199	+ 1 494
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 84 469	+ 95 794	+ 73 923	+ 26 607	+ 6 023	+ 31 209	+ 16 065	+ 15 607	+ 8 202
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 4 543	- 454	- 5 021	- 5 880	- 539	+ 4 965	- 2 255	+ 418	- 3 011
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 23 944	+ 31 769	+ 25 796	+ 2 720	+ 5 492	+ 4 925	+ 893	+ 2 522	+ 1 188
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 173 131	+ 36 069	+ 7 923	+ 39 563	- 105 825	+ 71 868	- 34 426	+ 44 022	+ 13 892
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 56 929	+ 76 305	- 90 287	+ 16 755	- 110 672	+ 11 342	- 39 927	+ 20 263	- 7 505
kurzfristig	- 50 777	+ 21 149	- 2 803	+ 2 020	- 15 050	+ 1 948	- 2 313	+ 710	+ 6 293
Unternehmen und Privatpersonen 9)									
langfristig	+ 21 335	- 7 517	- 13 097	- 4 217	- 22 398	+ 30 486	+ 2 468	+ 11 195	- 10 276
kurzfristig	+ 7 033	+ 2 091	+ 12 588	+ 5 420	+ 1 260	- 772	- 873	- 522	+ 1 795
Staat									
langfristig	+ 14 302	- 9 608	- 25 685	- 9 637	- 23 658	+ 31 258	+ 3 341	+ 11 717	- 12 071
kurzfristig	+ 7 982	+ 17 161	- 12 057	+ 2 925	- 1 790	+ 5 061	- 1 150	- 4 021	+ 1 902
langfristig	+ 15 663	- 405	- 7 425	- 803	- 1 202	- 1 367	- 97	- 220	- 221
kurzfristig	- 7 681	+ 17 566	- 4 632	+ 3 728	- 588	+ 6 428	- 1 053	- 3 801	+ 2 123
Bundesbank	- 145 519	- 49 880	+ 123 364	+ 24 100	+ 29 035	+ 24 980	+ 4 184	+ 16 584	+ 29 771
5. Währungsreserven	+ 838	- 2 564	- 2 213	- 1 455	- 272	+ 1 228	- 64	+ 696	+ 776
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)</b>	- 158 179	+ 55 521	+ 27 809	+ 17 278	- 111 963	+ 133 231	- 7 355	+ 33 020	+ 24 196
1. Direktinvestitionen	+ 47 079	+ 6 240	+ 41 579	+ 9 022	+ 4 087	+ 26 907	+ 17 905	+ 5 761	+ 5 692
Beteiligungskapital	+ 685	+ 23 991	+ 18 498	+ 1 941	+ 1 593	+ 6 492	+ 981	+ 4 774	+ 634
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	- 4 538	+ 3 662	+ 5 765	+ 2 287	- 1 378	+ 3 677	+ 873	+ 1 331	+ 269
Direktinvestitionskredite	+ 46 394	- 17 751	+ 23 081	+ 7 081	+ 2 494	+ 20 416	+ 16 924	+ 987	+ 5 058
2. Wertpapieranlagen	- 20 184	+ 11 583	- 75 003	- 19 364	- 49 097	+ 6 102	+ 243	- 25 312	+ 16 394
Aktien 2)	+ 4 933	+ 5 137	+ 10 255	- 5 225	+ 4 866	- 2 998	+ 2 354	- 1 764	- 1 401
Investmentsfondanteile 3)	+ 6 069	- 5 154	+ 5 515	+ 3 610	+ 584	- 2 777	- 1 761	- 1 587	+ 154
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	- 8 329	+ 14 785	- 97 980	- 22 953	- 32 606	- 6 427	+ 3 979	- 27 331	+ 15 843
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	- 22 857	- 3 185	+ 7 207	+ 5 204	- 21 941	+ 18 303	- 4 330	+ 5 369	+ 1 799
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 185 075	+ 37 698	+ 61 232	+ 27 620	- 66 953	+ 100 221	- 25 503	+ 52 571	+ 2 110
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 158 323	+ 32 495	- 41 434	- 2 169	- 99 753	+ 41 105	- 39 478	+ 48 647	+ 7 642
kurzfristig	- 16 819	- 14 555	- 19 517	- 60	- 1 753	- 3 913	- 3 143	- 1 856	- 1 461
Unternehmen und Privatpersonen 9)									
langfristig	- 141 504	+ 47 050	- 21 918	- 2 108	- 98 000	+ 45 018	- 36 335	+ 50 503	+ 9 103
kurzfristig	- 1 957	+ 16 777	+ 18 120	+ 3 985	+ 5 579	+ 39 419	+ 7 805	+ 32	- 9 928
langfristig	- 13 166	- 2 008	+ 15 290	+ 6 976	- 1 038	+ 141	- 245	+ 1 005	- 1 801
kurzfristig	+ 11 209	+ 18 785	+ 2 829	- 2 991	+ 6 616	+ 39 278	+ 8 050	- 973	- 8 127
Staat									
langfristig	- 1 900	- 5 610	- 11 235	- 250	+ 204	+ 5 643	+ 2 024	- 801	- 2 732
kurzfristig	+ 8 979	- 931	- 3 654	+ 0	+ 283	- 2 478	+ 80	+ 105	+ 68
Bundesbank	- 10 878	- 4 680	- 7 582	- 251	- 79	+ 8 121	+ 1 944	- 907	- 2 800
Bundesbank	- 22 895	- 5 964	+ 95 782	+ 26 054	+ 27 018	+ 14 054	+ 4 147	+ 4 694	+ 7 129
<b>III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)</b>	+ 218 884	+ 244 434	+ 225 848	+ 64 091	+ 58 620	+ 22 749	+ 19 375	+ 36 312	+ 4 252

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

## XII. Außenwirtschaft

### 8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion <sup>o)</sup>

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva <sup>3) 4)</sup>	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
		insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB <sup>1)</sup>	Wertpapieranlagen <sup>2)</sup>		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. <sup>5)</sup>	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 213	37 735
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 296	12 098
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2013 Okt.	785 449	154 486	106 477	12 941	7 981	27 086	574 449	561 497	56 514	425 957	359 492
Nov.	761 730	148 010	99 631	12 962	7 945	27 473	557 441	544 488	56 278	412 241	349 489
Dez.	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	13 030	8 080	28 388	512 785	500 357	54 153	405 409	311 459
Febr.	718 317	152 432	104 678	12 862	7 728	27 165	511 660	499 232	54 225	394 012	324 305
März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	382 743	304 814
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	403 530	289 426
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	406 416	274 472
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	399 788	278 348
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	378 120	282 401
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	380 001	301 323
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 216	310 586
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 445	285 345
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 850	282 119
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	452 230	298 833
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	444 069	300 483
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	435 366	332 490
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 617	325 820
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	437 079	321 421
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	440 233	316 029
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	446 157	317 090
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	443 522	337 764
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	466 216	308 212
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	474 882	311 811
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	491 813	321 506
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	482 988	324 983
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	500 440	338 895
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 730	31 962	621 617	609 190	44 491	504 187	333 188
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	508 944	347 323
Mai	884 887	173 927	118 133	14 970	6 839	33 984	667 972	655 544	42 988	519 210	365 677
Juni	921 455	184 628	128 963	14 746	6 780	34 139	693 498	681 070	43 329	537 378	384 077

<sup>o)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EVU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

## XII. Außenwirtschaft

### 9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland \*)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
<b>Alle Länder</b>														
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	785 507	281 970	503 537	323 869	179 668	164 454	15 214	936 110	143 112	792 998	630 740	162 258	95 301	66 957
2014	822 028	278 523	543 506	357 855	185 651	170 854	14 797	939 809	150 429	789 379	624 860	164 519	98 104	66 415
2015	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285
2015 Dez.	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285
2016 Jan.	846 398	273 154	573 244	388 749	184 495	169 786	14 708	974 421	146 162	828 259	654 534	173 725	100 803	72 922
Febr.	874 773	291 586	583 187	393 091	190 095	175 332	14 763	1 009 838	164 012	845 826	667 275	178 551	103 967	74 583
März	883 207	287 250	595 957	400 697	195 260	180 437	14 822	1 027 771	165 906	861 865	679 384	182 481	108 046	74 435
April r)	890 888	298 645	592 243	397 288	194 955	179 780	15 175	1 027 429	167 545	859 884	679 990	179 894	105 422	74 472
Mai	879 074	281 857	597 216	402 925	194 291	178 997	15 294	1 025 855	148 681	877 174	698 157	179 017	104 813	74 205
<b>Industrieländer <sup>1)</sup></b>														
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	694 860	278 667	416 194	294 116	122 077	108 620	13 458	849 161	141 744	707 417	593 197	114 219	79 543	34 676
2014	720 924	273 624	447 300	321 894	125 406	112 308	13 098	851 172	149 212	701 960	585 678	116 282	81 103	35 179
2015	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575
2015 Dez.	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575
2016 Jan.	743 124	269 139	473 986	347 306	126 680	113 404	13 276	882 924	143 944	738 981	620 048	118 932	82 347	36 585
Febr.	770 595	287 714	482 881	351 585	131 297	118 011	13 286	913 388	156 995	756 393	633 157	123 236	85 904	37 332
März	778 357	283 324	495 033	359 834	135 199	121 844	13 355	927 197	154 259	772 937	645 563	127 374	89 901	37 474
April r)	784 153	295 131	489 022	355 235	133 787	120 105	13 682	930 270	158 850	771 420	646 146	125 274	87 540	37 734
Mai	773 894	278 088	495 806	362 635	133 171	119 388	13 783	929 756	140 318	789 438	664 252	125 186	87 047	38 139
<b>EU-Länder <sup>1)</sup></b>														
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	586 790	264 116	322 674	235 608	87 066	76 539	10 527	710 428	127 372	583 057	503 394	79 662	53 339	26 323
2014	606 568	258 507	348 061	259 475	88 585	77 975	10 611	712 497	134 943	577 555	496 878	80 677	53 797	26 880
2015	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354
2015 Dez.	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354
2016 Jan.	613 335	250 758	362 577	271 602	90 975	80 300	10 675	730 367	134 847	595 520	515 261	80 259	54 071	26 188
Febr.	639 193	271 325	367 868	273 949	93 919	83 284	10 635	754 032	148 517	605 515	521 753	83 762	56 972	26 790
März	643 718	266 225	377 494	281 292	96 201	85 399	10 803	768 240	145 494	622 746	536 094	86 652	59 707	26 945
April r)	655 949	278 786	377 162	281 741	95 422	84 334	11 087	767 248	148 165	619 084	535 043	84 041	56 975	27 065
Mai	645 237	260 976	384 261	288 958	95 303	84 129	11 175	765 686	130 355	635 331	551 349	83 982	56 544	27 439
<b>darunter: EWU-Mitgliedsländer <sup>2)</sup></b>														
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	427 049	197 297	229 752	173 609	56 143	49 968	6 175	602 056	101 150	500 906	447 404	53 502	36 670	16 832
2014	449 392	203 069	246 323	189 755	56 568	50 348	6 220	598 660	105 883	492 777	440 290	52 487	35 568	16 919
2015	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155
2015 Dez.	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155
2016 Jan.	461 143	200 677	260 466	200 521	59 946	53 194	6 751	598 659	101 003	497 656	446 583	51 072	36 016	15 056
Febr.	475 470	214 552	260 918	199 605	61 313	54 582	6 731	612 509	109 540	502 969	449 528	53 441	38 143	15 299
März	472 348	204 988	267 360	205 072	62 289	55 497	6 792	620 115	100 578	519 537	464 419	55 118	39 855	15 263
April r)	479 513	208 903	270 610	207 865	62 745	55 745	7 001	624 101	107 214	516 886	463 344	53 543	38 321	15 222
Mai	473 848	202 792	271 056	208 605	62 451	55 485	6 965	620 679	95 953	524 725	471 501	53 224	37 881	15 343
<b>Schwellen- und Entwicklungsländer <sup>3)</sup></b>														
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	90 640	3 303	87 337	29 751	57 586	55 829	1 757	86 946	1 368	85 578	37 543	48 035	15 755	32 280
2014	101 101	4 899	96 202	35 957	60 244	58 546	1 699	88 634	1 217	87 417	39 182	48 235	17 001	31 234
2015	104 086	3 093	100 994	40 788	60 205	58 758	1 448	90 701	997	89 704	34 836	54 868	19 157	35 710
2015 Dez.	104 086	3 093	100 994	40 788	60 205	58 758	1 448	90 701	997	89 704	34 836	54 868	19 157	35 710
2016 Jan.	102 303	3 206	99 097	41 431	57 666	56 233	1 432	90 088	1 010	89 079	34 286	54 793	18 456	36 336
Febr.	103 209	3 062	100 147	41 494	58 653	57 175	1 478	90 274	1 041	89 233	33 918	55 315	18 064	37 251
März	103 883	3 114	100 769	40 851	59 917	58 450	1 467	89 814	1 087	88 728	33 621	55 106	18 145	36 961
April r)	105 756	2 701	103 055	42 041	61 014	59 521	1 493	89 565	1 301	88 264	33 645	54 619	17 881	36 738
Mai	104 168	2 955	101 213	40 256	60 957	59 445	1 512	88 948	1 412	87 536	33 705	53 831	17 765	36 066

\* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien. r Berichtigt.

## XII. Außenwirtschaft

### 10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen \*)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2015 Juni	1,4530	6,9587	7,4603	138,74	1,3854	8,7550	9,2722	1,0455	1,1213	0,72078
Juli	1,4844	6,8269	7,4616	135,68	1,4124	8,9357	9,3860	1,0492	1,0996	0,70685
Aug.	1,5269	7,0626	7,4627	137,12	1,4637	9,1815	9,5155	1,0777	1,1139	0,71423
Sept.	1,5900	7,1462	7,4610	134,85	1,4882	9,3075	9,3924	1,0913	1,1221	0,73129
Okt.	1,5586	7,1346	7,4601	134,84	1,4685	9,2892	9,3485	1,0882	1,1235	0,73287
Nov.	1,5011	6,8398	7,4602	131,60	1,4248	9,2572	9,3133	1,0833	1,0736	0,70658
Dez.	1,5009	7,0193	7,4612	132,36	1,4904	9,4642	9,2451	1,0827	1,0877	0,72595
2016 Jan.	1,5510	7,1393	7,4619	128,32	1,5447	9,5899	9,2826	1,0941	1,0860	0,75459
Febr.	1,5556	7,2658	7,4628	127,35	1,5317	9,5628	9,4105	1,1018	1,1093	0,77559
März	1,4823	7,2220	7,4569	125,39	1,4697	9,4300	9,2848	1,0920	1,1100	0,78020
April	1,4802	7,3461	7,4427	124,29	1,4559	9,3224	9,2027	1,0930	1,1339	0,79230
Mai	1,5461	7,3864	7,4386	123,21	1,4626	9,3036	9,2948	1,1059	1,1311	0,77779
Juni	1,5173	7,4023	7,4371	118,45	1,4477	9,3278	9,3338	1,0894	1,1229	0,79049

\* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik.

1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

### 11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft \*)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-19 1)				EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	26 ausgewählte Industrieländer 5)			37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,3	96,0	96,0	96,1	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,5	85,8	85,3	87,9	85,8	91,7	97,3	85,1	90,7	92,9	91,9	90,8	
2001	87,8	87,1	86,4	86,2	90,5	86,9	91,5	96,3	85,9	90,0	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,2	89,3	89,6	95,0	90,5	92,1	95,3	88,4	90,5	93,5	91,9	91,7	
2003	100,7	101,2	100,2	101,0	106,9	101,4	95,6	94,4	97,6	94,8	97,1	96,5	96,7	
2004	104,5	105,0	103,0	104,5	111,5	105,1	95,8	93,2	100,0	95,0	98,5	98,0	98,3	
2005	102,9	103,5	100,8	102,5	109,5	102,5	94,7	91,9	99,1	92,9	98,5	96,9	96,6	
2006	102,8	103,5	100,1	101,4	109,4	101,8	93,5	90,2	98,5	91,2	98,6	96,5	95,8	
2007	106,3	106,2	101,9	103,7	112,9	103,8	94,4	89,4	102,5	91,4	100,9	97,9	97,0	
2008	109,4	108,3	103,3	107,0	117,1	105,8	94,6	88,0	105,6	90,5	102,2	97,8	97,1	
2009	110,8	109,0	104,0	111,7	120,0	106,8	94,7	88,8	104,8	91,0	101,8	98,0	97,5	
2010	103,6	101,3	95,6	103,6	111,5	97,8	92,2	88,4	98,4	87,2	98,8	93,6	92,0	
2011	103,3	100,2	93,5	102,3	112,2	97,2	91,9	88,2	97,7	86,4	98,2	92,8	91,3	
2012	97,6	95,0	88,0	95,9	107,0	92,4	90,0	88,2	92,8	83,8	95,9	89,8	88,2	
2013	101,2	98,2	91,1	99,1	111,9	95,5	92,5	88,7	98,6	85,8	98,3	91,6	90,3	
2014	101,8	97,8	91,2	100,5	114,7	96,0	93,3	89,5	99,2	86,6	98,5	91,8	91,0	
2015	92,4	88,4	83,4 p)	91,5	106,5 p)	87,8	90,9	90,7	91,0	83,2	94,7	86,9 p)	86,3	
2013 Juni	101,1	98,2			111,8	95,6					98,3	91,7	90,3	
Juli	101,0	98,2			111,8	95,5					98,6	91,7	90,4	
Aug.	101,7	98,7	91,1	99,3	113,3	96,7	92,6	88,7	98,8	85,9	98,6	91,9	90,9	
Sept.	101,6	98,4			113,2	96,4					98,5	91,7	90,8	
Okt.	102,5	99,0			114,1	96,8					98,9	92,1	91,1	
Nov.	102,2	98,7			114,1	96,6	93,4	89,0	100,5	86,7	98,8	92,1	91,1	
Dez.	103,4	99,9	92,1	100,0	115,7	98,0					99,3	92,7	91,9	
2014 Jan.	103,0	99,4			115,8	97,9					99,2	92,5	91,9	
Febr.	103,2	99,6	92,9	102,3	116,3	98,2	93,7	89,2	100,9	87,2	99,0	92,6	92,0	
März	104,3	100,6			117,5	99,0					99,3	93,1	92,4	
April	104,2	100,3			117,0	98,4					99,2	93,0	92,2	
Mai	103,6	99,5	92,6	101,8	116,1	97,3	93,6	89,5	100,2	87,3	98,8	92,6	91,5	
Juni	102,7	98,7			115,1	96,5					98,7	92,3	91,2	
Juli	102,3	98,2			114,7	95,9					98,7	92,2	91,1	
Aug.	101,5	97,5	90,6	99,9	114,0	95,3	92,9	89,5	98,3	86,2	98,4	91,8	90,7	
Sept.	99,9	95,9			112,3	93,9					98,0	91,0	89,9	
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,2					97,6	90,4	89,4	
Nov.	99,0	94,9	89,0	97,9	111,9	93,2	92,8	89,9	97,3	85,5	97,7	90,3	89,5	
Dez.	99,0	94,8			113,1	93,8					97,6	90,2	89,8	
2015 Jan.	95,2	91,0			108,9	90,1					95,7	88,2	87,5	
Febr.	93,3	89,5	83,8 p)	92,4	107,0	88,7	90,9	90,5	91,3	83,2	95,2	87,5	86,8	
März	90,6	86,9			103,8	85,9					94,2	86,1	85,2	
April	89,7	86,0			102,4	84,7					94,0	85,7	84,5	
Mai	91,6	87,8	82,2 p)	90,4	104,7	86,5	90,5	90,6	90,1	82,6	94,6	86,6	85,6	
Juni	92,3	88,5			106,0	87,5					94,7	86,9	86,1	
Juli	91,3	87,5			105,1	86,6					94,3	86,3	85,6	
Aug.	93,0	89,0	83,8 p)	91,9	108,1	89,0	91,1	90,7	91,3	83,4	94,9	87,2	87,0	
Sept.	93,8	89,6			109,6	90,1					95,1	87,6	87,7	
Okt.	93,6	89,6			109,0	89,6					95,1	87,5	87,4	
Nov.	91,1	87,1	83,9 p)	91,4	106,0 p)	86,8	91,1	91,0	91,2	83,6	94,1	86,2 p)	85,8	
Dez.	92,5	88,2			108,0 p)	88,3					94,3	86,7 p)	86,5	
2016 Jan.	93,6	89,1			109,9 p)	89,6					94,5	87,1 p)	87,3	
Febr.	94,7	90,0 p)	85,4 p)	92,3	111,3 p)	90,8 p)	91,6 p)	91,1	92,1 p)	84,4	95,0	87,5 p)	87,7	
März	94,1	89,5			110,0 p)	89,8					95,0	87,4 p)	87,3	
April	94,8 p)	90,1			110,6 p)	90,2					p) 95,4	p) 87,9	p) 87,6	
Mai	95,1 p)	90,4	...	...	111,1 p)	90,6	...	...	...	...	p) 95,2	p) 88,0	p) 87,8	
Juni	94,7 p)	90,2			110,5 p)	90,2					p) 95,0	p) 87,8	p) 87,5	

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitts der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasi-

lien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentiniens wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. 5 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 7 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

## Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

### ■ Geschäftsbericht

- Personalausgaben des Staates: Entwicklung und Perspektiven

### ■ Finanzstabilitätsbericht

#### November 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2015

### ■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2015 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2016 beigefügte Verzeichnis.

#### Dezember 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014
- Die Einlagensicherung in Deutschland

### Aufsätze im Monatsbericht

#### August 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2015

#### September 2015

- Zur jüngeren Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2014

#### Oktober 2015

- Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds

#### Januar 2016

- Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport
- Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum
- Die Aufsicht über die weniger bedeutenden Institute im einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus

#### Februar 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2015/2016

- **März 2016**
- Zur Schwäche des Welthandels
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014
- Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik

#### **April 2016**

- Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen
- Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland

#### **Mai 2016**

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016

#### **Juni 2016**

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017 mit einem Ausblick auf das Jahr 2018
- Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euro-Raum
- Struktur und Dynamik der industriellen Fertigungstiefe im Spiegel der Jahresabschlüsse deutscher Unternehmen

#### **Juli 2016**

- Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise
- Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum
- Abwicklung und Restrukturierung von Banken – Die neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL

## **Statistische Beihefte zum Monatsbericht**

- 1 Bankenstatistik <sup>1)</sup>
- 2 Kapitalmarktstatistik <sup>1)</sup>
- 3 Zahlungsbilanzstatistik <sup>1)</sup>
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen <sup>1)</sup>
- 5 Devisenkursstatistik

## **Sonderveröffentlichungen**

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 <sup>2)</sup>

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 <sup>2)</sup>

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 <sup>2)</sup>

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 <sup>2)</sup>

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 <sup>2)</sup>

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 <sup>2)</sup>

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

## ■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2016<sup>3)</sup>
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2016<sup>2)3)</sup>
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013<sup>2)3)</sup>
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2010 bis 2015, Mai 2016<sup>3)</sup>
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015<sup>3)</sup>
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2012 bis 2013, Mai 2016<sup>2)3)</sup>
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990<sup>o)</sup>
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2016<sup>1)</sup>
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011<sup>2)</sup>

## ■ Diskussionspapiere<sup>\*)</sup>

- 16/2016  
 Interbank intermediation
- 17/2016  
 Asset encumbrance, bank funding and financial fragility
- 18/2016  
 Black Monday, globalization and trading behavior of stock investors
- 19/2016  
 Point, interval and density forecasts of exchange rates with time-varying parameter models
- 20/2016  
 The effect of bank shocks on firm-level and aggregate investment
- 21/2016  
 On the dynamics of the investment income balance
- 22/2016  
 Banks' interest rate risk and search for yield: a theoretical rationale and some empirical evidence
- 23/2016  
 Transmission of global financial shocks to EMU member states: the role of monetary policy and national factors
- 24/2016  
 The payout behaviour of German savings banks
- 25/2016  
 Flying under the radar: the effects of short-sale disclosure rules on investor behavior and stock prices

---

<sup>o)</sup> Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.  
<sup>\*</sup> Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.  
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

## ■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 <sup>2)</sup>

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 <sup>2)</sup>

---

**1** Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

**2** Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

**3** Nur im Internet verfügbar.